

Institut für Kommunikationswissenschaft

Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern
Eine qualitative Studie zur Bedeutung interpersonalen Vertrauens
in einem professionellen Umfeld

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades Dr. phil.
im Fachbereich Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften
der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster

vorgelegt von
Marco Rustemeyer
aus Steinheim/ Westf.
2021

Dekan: Prof. Dr. Martin Bosen

Erster Gutachter: Prof. Dr. Blöbaum

Tag der mündlichen Prüfung: 08. November 2021

Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Schewe

Inhalt

1 Einleitung	8
1.1 Relevanz des Forschungsgegenstandes	8
1.2 Erkenntnisinteresse.....	10
1.3 Forschungsfragen und Aufbau der Arbeit.....	12
2 Das Verhältnis von Massenmedien und Politik in der demokratischen Gesellschaft	13
2.1 Die makroanalytische Ebene	14
2.1.1 Systemtheoretische Modellierungen	14
2.1.1.1 Organisationen und Rollen.....	17
2.1.1.2 Das politische Kommunikationssystem als Zone struktureller Koppelung	18
2.1.2 Gewaltenteilungs-Paradigmen	20
2.2 Steuerungs-Paradigmen.....	20
2.2.1 Steuerung der Medien durch die Politik.....	20
2.2.2 Steuerung der Politik durch die Medien.....	21
2.3 Die mikroanalytische Ebene.....	22
2.3.1 Das <i>adversary model</i>	22
2.3.2 Das <i>exchange model</i>	23
2.4 <i>expanded framework</i> nach Blumler und Gurevitch.....	26
3 Politikvermittlung im Wandel	28
3.1 Wandel im Journalismus und in den Massenmedien	28
3.2 Wandel im politischen System	31
4 Die Produktion politischer Nachrichten	34
4.1 Rahmenbedingungen der Nachrichtenproduktion.....	37
4.1.1 Wechselseitige Abhängigkeit und Anpassung	38
4.1.2 Regulation durch Berufsrollen	40
4.1.3 Entstehung einer gemeinsam geteilten beruflichen Kultur	41
4.1.4 Konfliktentstehung und Konfliktaustragung.....	42
4.2 Interaktionsformen von Politikern und Journalisten	45

4.3 Die Produktion politischer Nachrichten als Prozess mit wechselnden Machtverhältnissen	48
.....	
4.3.1 Die <i>agenda building</i> -Phase	50
4.3.2 Die <i>frame building</i> -Phase	53
5 Besonderheiten der Kommunalebene	57
5.1 Geringere Zahl von Akteuren im Kommunalen	57
5.2 Besondere Dynamik von Nähe und Distanz	58
5.3 Geringerer Professionalisierungsgrad im Kommunalen	60
6 Vertrauen in der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern	61
6.1 Überblick über Ansätze der Vertrauensforschung	62
6.1.1 Interpersonale Ansätze	63
6.1.2 Institutionelle Ansätze	69
6.1.3 Dispositionelle Ansätze der Vertrauensforschung	70
6.2 Interpersonales Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern und seine Veränderlichkeit im Zeitverlauf	72
6.2.1 Vertrauenswürdigkeit und individuelle Vertrauensneigung	74
6.2.2 Aktivierung von Vertrauen durch <i>risk taking in relationship</i>	77
6.3 Die Entwicklung von interpersonalem Vertrauen im Verlauf der Interaktionsgeschichte	79
.....	
6.3.1 <i>deterrence-based trust</i> und <i>calculus-based trust</i>	79
6.3.2 <i>Knowledge-based trust</i>	83
6.3.3 <i>identification-based trust</i>	85
6.3.4 Entwicklung von Vertrauen entlang der drei Phasen	85
7 Methodik	88
7.1 Leitfadengestützte Experteninterviews	89
7.2 Expertenauswahl und Feldzugang	92
7.3 Interviewführung	94
7.4 Datenauswertung mittels qualitativer Inhaltsanalyse	96

8 Empirische Befunde zu den Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern	98
8.1 <i>Calculus-based trust</i>	98
8.1.1 Kommunalebene	100
8.1.1.1 <i>Calculus-based trust</i> von Journalisten	100
8.1.1.2 <i>Calculus-based trust</i> von Politikern	108
8.1.1.3 Zwischenfazit	114
8.1.2 Bundesebene	121
8.1.2.1 <i>Calculus-based trust</i> von Journalisten	121
8.1.2.2 <i>Calculus-based trust</i> von Politikern	128
8.1.2.3 Zwischenfazit	135
8.2 <i>Knowledge-based trust</i>	141
8.2.1 Kommunalebene	142
8.2.1.1 <i>Knowledge-based trust</i> von Journalisten	142
8.2.1.2 <i>Knowledge-based trust</i> von Politikern	146
8.2.1.3 Zwischenfazit	150
8.2.2 Bundesebene	154
8.2.2.1 <i>Knowledge-based trust</i> von Journalisten	154
8.2.2.2 <i>Knowledge-based trust</i> von Politikern	159
8.2.2.3 Zwischenfazit	163
8.3. <i>Identification-based trust</i>	165
9 Zusammenfassung, Implikationen und Ausblick	168
9.1 Theoretischer Rahmen	169
9.2 Diskussion der Ergebnisse	170
9.3 Methodenkritik und Limitationen der Studie	182
9.4 Ausblick	184
Literatur	186
Anhang	200
Interviewleitfaden für die Interviews mit den befragten Journalisten	200

Interviewleitfaden für die Interviews mit den befragten Politikern	202
Kategoriensystem mit Kodierregeln.....	205

Abbildungen

Abbildung 1: Interdisziplinäres Modell der Vertrauenskonstrukte nach McKnight/ Chervany	72
Abbildung 2: Integrative Model of Organizational Trust nach Mayer, Davis und Schoorman	74
Abbildung 3: The Stages of Trust Development nach Lewicki und Bunker	88
Abbildung 4: Rücklaufquoten der Interviewanfragen.....	94
Abbildung 5: Demographie der befragten Experten	96

1 Einleitung

1.1 Relevanz des Forschungsgegenstandes

Journalisten und Politiker sind in westlichen Demokratien auf vielfältige Weise miteinander verbunden und aufeinander angewiesen. Der Kern der Interdependenz lässt sich als Tausch von Informationen gegen Publizität beschreiben: Journalisten benötigen exklusive Informationen aus dem politischen System für ihre Arbeit, während Politiker auf einen Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit angewiesen sind, um ihre politischen Inhalte zu kommunizieren (vgl. Sarcinelli, 2011; Tunstall, 1970). Um die Austauschbeziehungen für beide Seiten abzusichern, bedarf es verschiedener Regeln und Berufsnormen. Ferner, so legt die wissenschaftliche Literatur zum Thema nahe, ist ein regelmäßiges Verhandeln und die Verifikation von Informationen unabdingbar für das Gelingen der vielfältigen Austauschprozesse zwischen Journalisten und Politikern (vgl. Jarren & Donges, 2011; Mancini, 1993; Pfetsch & Mayerhöffer, 2011). Es ist jedoch zu vermuten, dass aufgrund der Komplexität des Interaktionszusammenhangs, Regeln und habitualisierte Verhaltensweisen allein nicht ausreichen, um ein für alle Beteiligten erfolgreiches Gelingen des Austauschs zu gewährleisten. Die Beteiligten stehen vor der Herausforderung, das Problem der Unsicherheit – beziehungsweise des Risikos – welches immanenter und dauernder Bestandteil der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern ist, zu bewältigen. Als Coping-Strategie ist etwa der Versuch, Kontrolle über das Gegenüber zu erlangen, vorstellbar. Die wissenschaftliche Literatur zum Thema legt jedoch nahe, dass Vertrauen der zentrale Mechanismus zur Bewältigung der Unsicherheit im Verhältnis von Journalisten und Politikern ist. Die Bedeutung von Vertrauen in diesem Zusammenhang wird in zahlreichen Arbeiten betont (vgl. Baugut & Grundler, 2009, S. 232; Blumler & Gurevitch, 1981, S. 481; Burgert, 2010, S. 69; Larsson, 2002, S. 24; Mancini, 1993, S. 37; Tunstall, 1970, S. 43). Es fehlen jedoch nach wie vor systematische und theoretisch fundierte Betrachtungen dieser Vertrauensbeziehungen. Vertrauen wird vielmehr aus einem Alltagsverständnis heraus als Mechanismus, der die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern 'stabilisiert' (vgl. Baugut & Grundler, 2009, S. 232), beschrieben. Ein umfassendes Verständnis der Vertrauensbeziehungen zwischen den beiden Arten von Akteuren entwickeln sie nicht und werden der Komplexität des Themas nicht gerecht. (vgl. Baugut & Grundler, 2009; Hoffmann, 2003). So handelt es sich beim professionellen Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern um einen sehr spezifischen Bereich der Vertrauensforschung, nämlich um interpersonale Vertrauensbeziehungen zwischen zwei hochspezialisierten Arten von Akteuren mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen. Einen ersten Zugriff auf das Thema bietet Niklas Luhmann, der bei seiner Funktionszuschreibung von Vertrauen den Begriff der Kontingenz in den Fokus nimmt: „Kontingenz ist

etwas, was weder notwendig ist noch unmöglich ist; was also so, wie es ist (war, sein wird), sein kann, aber auch anders möglich ist.“ (Luhmann, 1987, S. 152) Damit wird die Existenz einer objektiv wahrnehmbaren Welt negiert. Realität wird vielmehr als eine subjektiv geformte Wahrnehmung eines jeden Individuums verstanden. In der sozialen Interaktion werde aus Kontingenzen doppelte Kontingenzen. Die Akteure einer sozialen Interaktion sind für einander *black boxes*, also nicht durchschaubar und nicht berechenbar (vgl. Kohring, 2001, S. 55; Luhmann, 1987, S. 156). Soziales Handeln, so auch das Handeln zwischen Journalisten und Politikern, wird somit potentiell riskant. Dies wird anschaulich im Rückgriff auf die bereits beschriebenen unterschiedlichen, teilweise zuwiderlaufenden, Ziele, die Journalisten und Politiker in der Interaktion verfolgen. Es wurde ferner beschrieben, dass beide Arten von Akteuren wiederum über jeweils unterschiedliche Ressourcen und zum Teil sogar potente Sanktionsmittel verfügen. In dieser Konstellation entsteht neben strategischen Potentialen bei der Erreichung der eigenen Ziele vor allem für beide Seiten Unsicherheit. Die beteiligten Akteure befinden sich in einem Dilemma: Sie sind, wie ausführlich beschrieben wurde, aufeinander angewiesen, müssen sich also in die Interaktion begeben. Gleichzeitig fehlen ihnen jedoch ausreichende Informationen über ihr jeweiliges Gegenüber, über seine "Handlungsalternativen und -motivationen" (Kohring, 2001, S. 55). Um dieses Dilemma zu überwinden, benötigen die Akteure eine Strategie, die Handeln möglich macht. Eine der wichtigsten Folgen von doppelter Kontingenzen ist nach Luhmann die Entstehung von Vertrauen (beziehungsweise Misstrauen). Vertrauen kommt ihm zufolge dann zum Tragen, wenn das Sich-Einlassen auf eine von doppelter Kontingenzen geprägte Situation als besonders riskant empfunden wird (vgl. Luhmann, 1987, S. 179). Der vor diesem Problem stehende Akteur muss nun seine Gegenwart an seine zukünftige Gegenwart anschlussfähig machen. Diesen 'Brückenschlag' kann Vertrauen leisten: "Vertrauen ersetzt fehlende Information und ermöglicht damit die Vorwegnahme von Zukunft. (Kohring, 2001, S. 54)" Auf diese Weise stellt Vertrauen die Funktionsfähigkeit eines interpersonalen Handlungszusammenhangs sicher.

Zur Entwicklung eines auf die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern zugeschnittenen Verständnisses von Vertrauen, bedarf es zunächst einer umfassenden Vorstellung der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern. Diese wurden bereits in zahlreichen Arbeiten aus der Kommunikations- und aus der Politikwissenschaft aus den jeweiligen Fachperspektiven heraus beschrieben. Verschiedene Arbeiten an der Schnittstelle der beiden Disziplinen fokussieren die handlungstheoretische Akteursebene des Verhältnisses zwischen Journalisten und Politikern, welche ein wichtiger Ausgangspunkt für eine Betrachtung des interpersonalen Vertrauens zwischen diesen beiden Arten von Akteuren ist (vgl. Baugut, 2017; Blumler &

Gurevitch, 1981; Pfetsch & Mayerhöffer, 2011; Pöttker, 2003). Auch die sich wandelnden Rahmenbedingungen der Interaktionen von Journalisten und Politikern, etwa die Fragmentierung des Mediensystems oder die Digitalisierung, sollen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden (vgl. Bernhard, Vowe & Dohle, 2015; Mancini, 2013; Steindl, Laurer & Hanitzsch, 2017). Gerade die Digitalisierung, sowie die mit ihr einhergehenden Wandlungsprozesse, die den Journalismus und die Politik betreffen, sind gewissermaßen Querschnittsthemen dieser Arbeit, weil sie mutmaßlich einen bedeutenden Einfluss auf das Vertrauens in der Beziehung zwischen Politikern und Journalisten haben.

Ein weiteres Desiderat der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Interaktionen von Journalisten und Politikern im Allgemeinen und mit den Vertrauensbeziehungen dieser beiden Arten von Akteuren im Speziellen ist zudem die Betrachtung der Verhältnisse auf der Kommunalebene. Zwar mangelt es nicht an Beteuerungen der Bedeutung des Lokalen in wissenschaftlichen Arbeiten zu politischer Kommunikation. Jens Tenscher bezeichnet sie gar als Initiationsorte für die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft. Die kommunale Ebene sei demnach der Zusammenhang, in dem die Menschen ihre Alltagserfahrungen mit politischen Akteuren machten (vgl. Tenscher, 2013, S. 267f.). Laut Philip Baugut und Carsten Reinemann habe die kommunale Ebene durch die hier in der politischen Sozialisation entstehenden Einstellungen, Erfahrungen und Beteiligungsmöglichkeiten nicht nur das Potential, die Demokratie insgesamt zu stärken. Auch die lokale Berichterstattung leiste einen wichtigen Beitrag zur politischen Beteiligung der Bürger und habe zudem für die Mediennutzer höchsten Stellenwert. So sei es der Lokaljournalismus, der den Menschen die Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Leben in ihrem unmittelbaren Umfeld ermögliche. Die Berichterstattung beziehe sich dabei nicht ausschließlich auf dieses direkte Umfeld, sondern muss auch Dinge, die außerhalb des kommunalen Gefüges stattfinden, berichten und deren Relevanz für die Rezipienten des Lokaljournalismus verdeutlichen (vgl. Baugut, 2017; Baugut & Reinemann, 2013, S. 404). So häufig jedoch die Bedeutung der Kommunalebene betont wird, so häufig wird auch ihre Vernachlässigung beklagt. Vor allem auf kommunikationswissenschaftlicher Seite dominiert die Befassung mit der Bundesebene. Gerade auch die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern im Kommunalen sind stark unterforscht (vgl. Baugut & Reinemann, 2013, S. 404f.; Tenscher, 2013, S. 267).

1.2 Erkenntnisinteresse

Die vorliegende Arbeit verfolgt eine explorative Zielsetzung. Zum einen soll das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern aus den Perspektiven beider Arten von Akteuren

betrachtet werden. Zum anderen sollen die Verhältnisse sowohl auf der Kommunal- als auch auf der Bundesebene untersucht und miteinander verglichen werden.

Dabei wird der Aspekt des Vertrauens zwischen Journalisten und Politikern vor allem im Hinblick auf die Motivlagen, die dieses Vertrauen bedingen, die Beschaffenheit des Vertrauens und seine Entwicklung im Zeitverlauf betrachtet. Die Untersuchung dieser Motivlagen wird von früheren Arbeiten, die sich mit Vertrauen in professionellen Zusammenhängen auseinandersetzen, profitieren. Es wird in diesem Zusammenhang vor allem auch auf strategische Fragestellungen und Machtverhältnisse in der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern einzugehen sein. Es sollen jeweils aus Perspektive der Journalisten und der Politiker die relevanten Aspekte von Vertrauen beleuchtet werden. Es stehen etwa die Fragen, was ein Gegenüber vertrauenswürdig erscheinen lässt und wie sich Vertrauen und Kontrolle zueinander verhalten, im Mittelpunkt. Es wird in der vorliegenden Arbeit davon ausgegangen, dass ein Großteil der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern längerfristig angelegt ist, die jeweiligen Akteure also immer wieder miteinander interagieren. Die (Weiter-)Entwicklung der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern im Zeitverlauf ist daher ein weiteres Erkenntnisinteresse dieser Arbeit.

Der zweite explorative Schwerpunkt dieser Arbeit ist die Berücksichtigung der Kommunalebene, die trotz aller Relevanzzuschreibungen von der wissenschaftlichen Betrachtung, vor allem auch im kommunikationswissenschaftlichen Spektrum chronisch ignoriert wird. Somit ist der Vergleich von Bundes- und kommunaler Ebene im Hinblick auf die Vertrauensbeziehung der hier besprochenen Akteursgruppen der Versuch, eine neue Perspektive in die Forschung zu kommunaler politischer Kommunikation einzubringen. Die Gegenüberstellung von Bundes- und kommunaler Ebene verspricht dabei interessante Einblicke. Der Vergleich der beiden Ebenen wird zeigen, ob es Unterschiede zwischen kommunaler und Bundesebene bezogen auf das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern gibt und wie diese beschaffen sind. Die so identifizierten Varianzen können dann Hinweise darauf liefern, welche Faktoren Vertrauen auf welche Art und Weise beeinflussen. Die Landesebene wird in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, da hier nur geringe Unterschiede zur Bundesebene vermutet werden. Diese Annahme wird beispielsweise durch eine Studie von Olaf Hoffjann und Michael Lohse gestützt, in der die Verhältnisse von Journalisten und Politikern in Berlin mit denen in deutschen Landeshauptstädten verglichen werden. Den Autoren der Studie zufolge ließen sich keine nennenswerten Unterschiede zwischen der Bundes- und der Landesebene feststellen (vgl. Hoffjann & Lohse, 2016).

1.3 Forschungsfragen und Aufbau der Arbeit

Im einleitenden Kapitel dieser Arbeit wurde festgestellt, dass das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern zwar in zahlreichen Arbeiten erwähnt wird, eine systematische Betrachtung jedoch bislang fehlt. Dies gilt auch für die grundsätzliche Relevanz des Vertrauens zwischen Journalisten und Politikern. Daher lautet die erste Forschungsfrage:

Welche Bedeutung hat Vertrauen im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern?

Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einem fundierten Verständnis der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern ist die Untersuchung der Faktoren, die Journalisten beziehungsweise Politiker dazu veranlassen, den jeweils anderen als vertrauenswürdig einzuschätzen. Diesem Interesse trägt zweite Forschungsfrage Rechnung:

Welche Faktoren von Vertrauenswürdigkeit sind für Journalisten/ Politiker besonders relevant?

Die hier betrachteten Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern sind in aller Regel auf eine gewisse Dauer angelegt. Es erscheint wahrscheinlich, dass sich die Beziehungen im Laufe der Zeit entwickeln werden. Nach dieser Entwicklung fragt die dritte Forschungsfrage:

Wie entwickelt sich das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern im Zeitverlauf?

Ein zentrales Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist, die Vertrauensverhältnisse zwischen Journalisten und Politikern sowohl auf der kommunalen Ebene, als auch auf der Bundesebene zu untersuchen und die Verhältnisse auf diesen beiden Ebenen miteinander zu vergleichen. Daher lautet die vierte Forschungsfrage:

Wie unterscheiden sich die kommunale Ebene und die Bundesebene im Hinblick auf das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern?

Die Beziehungen von Journalisten und Politikern – und damit auch deren Vertrauensverhältnisse – sind vielfältigen Wandlungsprozessen ausgesetzt. Insbesondere die Digitalisierung hat das Arbeitsleben von Journalisten und Politikern in vielfältiger Weise verändert. Beide Arten von Akteuren haben durch die Digitalisierung neue Möglichkeiten, sehen sich aber auch jeweils spezifischen Herausforderungen ausgesetzt. Daher lautet die fünfte und letzte Forschungsfrage:

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern?

Bevor sich diese Arbeit im abschließenden Fazit der Beantwortung der Forschungsfragen widmet, gilt es, den Forschungsgegenstand für die Untersuchung zu erschließen. Dazu werden in Kapitel 2 die Verhältnisse zwischen Journalismus und Politik dargestellt. Dies geschieht

ausgehend von der Systemebene über die organisationelle Meso- bis hin zur akteursbezogenen Mikroebene. Auf diese Weise wird es möglich, die relevanten Einflussfaktoren auf das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern auf den verschiedenen Ebenen zu erfassen. Kapitel 3 fokussiert die sich wandelnden Rahmenbedingungen, unter denen die Interaktionen von Journalisten und Politikern stattfinden. Einen besonderen Schwerpunkt stellt hier die Digitalisierung dar. Anschließend werden in Kapitel 4 die Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern näher betrachtet und systematisiert. Dies geschieht mit einem Fokus auf den Nachrichtenproduktionsprozess. Dieser wird entlang zweier Phasen – die als *agenda building*- und der *frame building*-Phase bezeichnet werden – beschrieben. Kapitel 5 thematisiert die Spezifika der Kommunalebene im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit. Im sich daran anschließenden Kapitel 6 wird zunächst ein Überblick über die relevanten Strömungen der Vertrauensforschung geboten. Danach soll ein Verständnis der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern entwickelt werden. Die der Untersuchung zugrundeliegende Methodik wird in Kapitel 7 vorgestellt. In diesem Zuge wird erläutert, warum leitfadengestützte Experteninterviews als Erhebungsinstrument ausgewählt und wie diese Interviews mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. In Kapitel 8 werden die zentralen Ergebnisse der Arbeit vorgestellt und jeweils in einem Zwischenfazit zusammengefasst. Den Abschluss der Arbeit bildet Kapitel 9 mit einer zusammenfassenden Ergebnisdiskussion. Im Rahmen einer Methodenkritik wird daran anschließend geklärt, ob die gewählte Methode sowie ihre Anwendung angemessen waren. Ferner wird ein Überblick über Limitationen der Arbeit gegeben, der zugleich einen Ausgangspunkt für Gedanken zur weiteren Beschäftigung mit den Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern darstellt.

2 Das Verhältnis von Massenmedien und Politik in der demokratischen Gesellschaft

In modernen demokratischen Gesellschaften stehen die Politik und der massenmedial vermittelte Journalismus in einem engen Verhältnis zueinander. Die Untersuchung dieses komplexen Verhältnisses kann auf der Makro-, der Meso- wie auch der Mikroebene stattfinden. Erklärungsansätze, die das Verhältnis von Massenmedien und Politik auf der Makroebene thematisieren, sind zumeist systemtheoretisch und stehen oftmals in der Tradition der Theorie sozialer Systeme nach Niklas Luhmann (vgl. Luhmann, 1987). Auf der Mikroebene hingegen dominieren akteursbezogene handlungstheoretische Ansätze. Dieses Kapitel soll einen Überblick zu den theoretischen Ansätzen zum Verhältnis von Journalismus und Politik, sowie zwischen Journalisten und Politikern geben und deren zentrale Aussagen vermitteln. Die makroanalytischen Ansätze werden als Ausgangspunkt gewählt, da sich mit ihnen die Rahmenbedingungen der

Interaktionen von Journalisten und Politikern beschreiben lassen. Daran anschließend erfolgt eine Betrachtung der sogenannten Steuerungsparadigmen, die sich weder eindeutig der Makro- noch der Mikroebene zuordnen lassen. Arbeiten, die einem Steuerungs-Paradigma zuzurechnen sind, gehen entweder von der Vormachtstellung der Politik oder der Vormachtstellung der Medien im Verhältnis der beiden zueinander aus. Insbesondere Arbeiten des zweiten Typus' haben seit einiger Zeit eine gewisse Konjunktur.

Das Kapitel schließt mit der Betrachtung der Ansätze der mikroanalytischen Ebene, die die Akteurskonstellationen von Journalisten und Politikern beschreiben. Die mikroanalytische Ebene des Verhältnisses zwischen Journalisten und Politikern ist für das vorliegende Erkenntnisinteresse von zentraler Bedeutung. Vertrauen soll hier untersucht werden als ein soziales Phänomen zwischen zwei Individuen. Daher ist es zunächst einmal unabdingbar, ein Verständnis von generellen Einstellungen und Handlungen der beteiligten Akteure zu entwickeln. Als erste Annäherung an dieses Verständnis wurden einige zentrale Forschungsansätze zum Verhältnis von Journalisten und Politikern auf der Individualebene ausgewählt. Zunächst fokussiert diese Arbeit das sogenannte *adversary model*, welches die Gegnerschaft von Journalisten und Politikern betont. Anschließend wird das *exchange model*, welches nahezu deckungsgleich mit dem im deutschen Sprachraum verbreiteten Symbiose-Paradigma ist, als Gegenentwurf präsentiert. Hier wird die Beziehung wesentlich harmonischer als eine Tauschbeziehung dargestellt. Schlussendlich wird mit dem *expanded framework* nach Blumer und Gurevitch gewissermaßen die Synthese der beiden vorgenannten Forschungsansätze präsentiert.

2.1 Die makroanalytische Ebene

2.1.1 Systemtheoretische Modellierungen

Die Systemtheorie, so wie sie etwa von Niklas Luhmann vertreten wurde, betont die Autonomie und die Selbstreferenzialität sozialer Systeme, zu denen auch die Politik und der Journalismus zählen (vgl. Blöbaum, 2004; Luhmann, 1987). Obwohl diese Systeme ihrer jeweiligen Logik autonom folgen, sind der Journalismus und die Politik aufgrund ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Funktion miteinander verbunden. Ob das hier besprochene gesellschaftliche System tatsächlich als System des Journalismus zu bezeichnen ist, ist in der wissenschaftlichen Betrachtung keineswegs unumstritten. An anderer Stelle wird es als das Öffentlichkeitssystem (vgl. Kohring, 2006) oder Publizistik (vgl. Marcinkowski, 1993) bezeichnet. Da diese Arbeit jedoch ein Verhältnis auf der Akteursebene thematisiert, soll die Diskussion über den zutreffenden Systembegriff an dieser Stelle nicht weitergeführt werden.

Der Politik kommt in demokratisch verfassten Gesellschaften gemäß einer mittlerweile breit akzeptierten Definition, die Jürgen Gerhards in Anlehnung an Niklas Luhmann entwickelt hat, eine dreistufige Funktion zu: 1) die Formulierung und Aggregation, 2) die Herstellung und 3) die Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen (vgl. Gerhards, 1994, S. 93). In dieser Sichtweise erfolgt die Formulierung und Aggregation kollektiver politischer Inhalte in Parteien, NGOs und anderen politischen Interessengruppen. Die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen übernehmen die Regierung und das Parlament, für deren Durchsetzung ist die politische Administration verantwortlich.

Die Bedeutung des Umgangs mit der massenmedialen Öffentlichkeit ergibt sich für die Politik in demokratisch verfassten Gesellschaften aus dem Legitimationsdruck, unter dem Entscheidungen und Amtsträger stehen. Macht wird im demokratischen System nicht auf Dauer vergeben, sondern in regelmäßigen Abständen durch gleiche und freie Wahlen neu verteilt. Politik muss dementsprechend um Zustimmung werben und ist bestrebt, ihre Entscheidungen wirksam zu begründen. Politiker sind, um ihre Macht zu erhalten, auf das Vertrauen ihrer Wähler angewiesen. Wähler hingegen zeigen politisches Vertrauen, wenn sie der Ansicht sind, dass die entsprechenden Politiker zufriedenstellend handeln (vgl. Newton, 2001; Bentele, Bohse, Hitschfeld & Krebber, 2015). Die Darstellung von Politik hat sich also, insbesondere in den von hoher politischer Konkurrenz gekennzeichneten, westlichen Demokratien, zum entscheidenden Faktor ihrer Legitimierung entwickelt. Ulrich Sarcinelli befindet in diesem Zusammenhang:

„Und deshalb gilt das Prinzip der Legitimation durch Kommunikation inzwischen für alle anderen relevanten gesellschaftlichen Akteure. Wer im gesellschaftlichen oder politischen Raum Einfluss ausüben will *und* dabei Legitimität beansprucht, kann dies im Letzten dann nur im Lichte der Öffentlichkeit erfolgreich tun.“ (Sarcinelli, 2011, S. 309, Hervorhebung im Original)

Bewerber um politische Macht – oder Akteure, die ihre politische Macht erhalten wollen – sind im demokratischen System also auf Publizität angewiesen (vgl. Oberreuter, 2013; Sarcinelli, 2011). Ottfried Jarren und Patrick Donges beschreiben politische Kommunikation als zentralen Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung, Durchsetzung und Begründung kollektiv bindender Entscheidungen und verknüpfen politische Kommunikation damit direkt mit der bereits erwähnten systemtheoretischen Funktionszuschreibung des politischen Systems (vgl. Jarren & Donges, 2002, S. 42). Die Politikwissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von Politikerherstellung und Politikdarstellung. Es gilt jedoch zu beachten, dass der Begriff 'politische Kommunikation' weitaus mehr Facetten enthält, als die für diese Arbeit bedeutende Politikdarstellung. Doris Graber etwa definiert politische Kommunikation folgendermaßen:

„[...] the construction, sending, receiving, and processing of messages that potentially have significant direct or indirect impact on politics. The message senders or message receivers may be

politicians, journalists, members of interest groups, or private, unorganized citizens.“ (Graber & Smith, 2005, S. 479)

Die Herstellung und die Darstellung von Politik sind Aufgaben im politisch-administrativen System, die jeweils sehr unterschiedliche Handlungsrationitäten aufweisen (vgl. Edelman, 1985; Sarcinelli, 1987; Kepplinger, 1998; Sarcinelli & Tenscher, 2008). Allerdings suggeriert diese Unterscheidung einen Dualismus, der empirisch wenig Sinn ergibt. Politikherstellung und Politikdarstellung erscheinen schließlich sowohl für das Publikum wie auch für politische Akteure als untrennbar miteinander verbunden, wenn nicht gar als identisch (vgl. Edelman, 1985; Jarren, Donges & Weßler, 1996; Sarcinelli, 1987). Gleichzeitig befindet sich laut Sarcinelli zwischen Politikherstellung und Politikdarstellung jedoch eine stetig wachsende Kluft, die das demokratische System vor ein Legitimationsproblem stellt. Dieses Problem bestehe in der Diskrepanz zwischen dem durch mediale Darstellung geweckten Erwartungen an Politik und den tatsächlichen Möglichkeiten der Politik (vgl. Sarcinelli, 2011, S. 121).

Damit das politische System seine Funktion im demokratischen System erfüllen kann, ist es also auf die Vermittlung seiner Inhalte angewiesen. Die öffentliche Darstellung von Politik erfolgt im demokratischen System vor allem durch massenmediale Politikvermittlung. Dem massenmedial vermittelten Journalismus kommt in demokratischen Gesellschaften nach systemtheoretischer Lesart die Aufgabe zu, die Selbstbeobachtung der Gesellschaft insgesamt zu ermöglichen (vgl. Gerhards, 1994, S. 88; Marcinkowski, 1993, S. 113ff.). Luhmann spricht in diesem Zusammenhang von „Beobachtungen zweiter Ordnung“ (Luhmann, 1995, S. 60). Alternativ wird die gesellschaftliche Aufgabe der Massenmedien beschrieben als die „[...] Herstellung von Öffentlichkeit und [...] Agenda-Setting“ (Schulz, 2013, S. 57). Die für die demokratische Gesellschaftsform konstitutive Öffentlichkeit von politischen Themen begründet dementsprechend das Zusammenspiel von Massenmedien und Politik:

„Dabei wird den Massenmedien im demokratischen System gerade auch verfassungsrechtlich eine zentrale Rolle bei der Legitimationsbeschaffung zugeordnet. Sie gelten als Politikvermittlungsinstanz par excellence und schaffen erst die Grundlage dafür, dass das politische System sich selbst und seine Umwelt beobachten kann, indem es beobachtet, was Journalisten beobachtet haben.“ (Sarcinelli, 2011, S. 120)

Durch die Massenmedien wird das Regieren in modernen, demokratischen Gesellschaften also gewissermaßen überhaupt erst möglich. Heinrich Oberreuter befindet im Hinblick auf die verfassungsrechtlich verankerte Rolle des massenmedial vermittelten Journalismus: „Kommunikationssystem und politisches System können nicht auseinandergerückt werden. [...] Legitimität ist – zumindest unter den Prämissen der liberalen Demokratie – nur durch Kommunikation zu gewinnen.“ (Oberreuter, 2013, S. 128)

Die Massenmedien – oder genauer: Der politische Informationsjournalismus – ermöglichen über kommunikative Austauschprozesse die Rückbindung der politischen Eliten an das

massenmediale Publikum, zumindest in der theoretischen Vorstellung. Die journalistische Berichterstattung schafft also die Grundlage für die Beurteilung des Handelns von Politikern, indem er informiert: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“ (Luhmann, 1995, S. 5) Das gesellschaftliche System des Journalismus erbringt diese Leistung jedoch selbstredend nicht exklusiv für das politisch-administrative System. Da die Gesellschaft weitaus mehr Sinnbezirke als die Politik umfasst, konkurrieren politische Themen mit Themen etwa aus den Bereichen Wirtschaft, Sport und Unterhaltung. Selbst bezogen auf den rein politischen Journalismus buhlen die Akteure des politisch-administrativen Systems mit Verbänden, NGOs und sonstigen Akteuren um mediale Aufmerksamkeit.

2.1.1.1 Organisationen und Rollen

Um ihre Aufgaben bezogen auf die Vermittlung von Politik – und darüber hinaus – erfüllen zu können, strukturieren sich das politisch-administrative System und das journalistische System in Organisationen und Leistungsrollen. Bezogen auf das politisch-administrative System sind Interessengruppen und Parteien die kollektiven Akteure – oder Organisationen – die als Leistungsrollen die Aufgabe der Aggregation und Formulierung kollektiver Ziele erfüllen. Die Regierung und das Parlament stellen die kollektiv verbindlichen Entscheidungen her und die politische Administration ist jener kollektive Akteur, der diese Entscheidungen durchsetzt (vgl. Gerhards, 1994, S. 93; Tenscher, 2003, S. 30).

Politische Akteure müssen, um im Wettbewerb um Wählerstimmen erfolgreich zu sein, möglichst passgenau zugeschnittene Politik-Angebote für die unterschiedlichen Anspruchsgruppen bereithalten, beziehungsweise den Eindruck, möglichst passgenau zugeschnittene Politik-Angebote bereitzuhalten, vermitteln. Gleichzeitig müssen diese Angebote, wie bereits erwähnt, trotz hoher Konkurrenz mit anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, dem Wähler vermittelt werden. Die durch diesen Umstand zunehmende Medienorientierung des politisch-administrativen Systems hat zu einer Professionalisierung der politischen Kommunikation geführt. Ein deutliches Indiz dafür ist die Entstehung und Ausdifferenzierung der Berufsrolle professioneller politischer Kommunikatoren innerhalb von politischen Organisationen. Diese professionellen politischen Kommunikatoren organisieren den Austausch ihrer politischen Herkunftsorganisationen mit Journalisten und stellen ihn auf Dauer. Das zentrale Ziel dieser Akteure ist die Legitimation ihrer jeweiligen Organisation. Bezogen auf die Regierungskommunikation bedeutet dies etwa, Regierungsentscheidungen positiv darzustellen und den Bürgern zu erklären, um auf diese Weise die Arbeit der Regierung und letztlich auch ihre Macht zu legitimieren und

abzusichern (vgl. Strömbäck & Kioussis, 2014; Raupp & Kocks, 2018; Röttger, 2015). Ferner sind es auch die PR-Stellen politischer Organisationen, die die Beobachtung der Umwelt der politischen Organisationen vornehmen und es ihren politischen Organisationen somit ermöglichen, auf die Umwelt zu reagieren (vgl. Röttger, 2015, S. 13).

Das gesellschaftliche Funktionssystem Journalismus hat auf organisationaler Ebene die Massenmedien und Redaktionen ausgebildet. Innerhalb der Redaktionen wiederum haben sich spezifische Ressorts ausdifferenziert, deren Aufgabe die gezielte Berichterstattung, etwa über Wirtschaft, Sport oder eben Politik, ist. Diese journalistischen Strukturen stellen den Rahmen dar, innerhalb dessen die journalistischen Tätigkeiten des Sortierens und Selektierens von Informationsmaterial stattfinden. Um diese Aufgabenbereiche zu bewältigen, hat der Journalismus folgende vier Typen von Programmen ausgebildet: Rechercheprogramm, Selektionsprogramm, Darstellungs-/ Bearbeitungsprogramm und ein Koordinationsprogramm (vgl. Blöbaum, 2016, S. 151ff.; Jarren & Donges, 2011, S. 165 ff.). Vor allem die beiden erstgenannten Programme haben eine jeweils spezifische Bedeutung für den Gegenstandsbereich der vorliegenden Arbeit. So beschreibt das Rechercheprogramm die Informationssammlung der Journalisten. Bezogen auf den politischen Journalismus sind hiermit also auch die direkten Kontakte zu Politikern gemeint. Durch das Selektionsprogramm wird entschieden, welche Informationen aus dem politischen System zur Veröffentlichung in den journalistischen Medien ausgewählt werden. Handlungsleitend sind hier vor allem die Nachrichtenwerte, wie etwa Nähe, Prominenz oder Konflikt/ Kontroverse. Diese beeinflussen im Endeffekt auch, mit welchen Themen Politiker Aufmerksamkeit auf journalistischer Seite erzeugen können.

2.1.1.2 Das politische Kommunikationssystem als Zone struktureller Koppelung

Aus den bis hierher geschilderten Charakteristiken der beiden hier besprochenen Systeme Journalismus und Politik ergeben sich jeweils bestimmte Rollenerwartungen und Normenverständnisse sowie Handlungsorientierungen, die das Handeln der für die vorliegende Arbeit relevanten Individualakteure Journalisten und Politiker maßgeblich beeinflussen. Aus diesen unterschiedlichen, aber durch den professionellen Austausch aufeinander bezogenen, Handlungsorientierungen – oder auch *constraints* – entsteht ein Beziehungsgefüge, welches den Rahmen für die professionelle Vermittlung von Politik darstellt. Systemtheoretisch gewendet, handelt es sich bei dieser professionellen Politikvermittlung um einen Bereich struktureller Kopplung zwischen Politik und Massenmedien, eine Interpenetrationszone, in der Elemente beider beteiligter Systeme aufeinandertreffen. Diese Interpenetrationszone lässt sich auch als ein intermediäres

Kommunikationssystem, ein System politischer Kommunikation, beschreiben (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 12; Tenscher, 2003, S. 35ff.).

Der Begriff des politischen Kommunikationssystems findet sich unter anderem bei den Autoren Blumler und Gurevitch. Die hauptsächlichen Bestandteile dieses Systems verorten die Autoren in 1) den kommunikationsrelevanten Aspekten politischer Institutionen; 2) den politikrelevanten Aspekten von Medieninstitutionen; 3) den Publikumsorientierungen bezüglich politischer Kommunikation sowie in 4) den kommunikationsrelevanten Aspekten der politischen Kultur (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 12). Neben den Akteuren der Politik und des Journalismus, die zentral für die vorliegende Arbeit sind, ist also auch das Publikum politischer, massenmedial vermittelter Botschaften und Nachrichten Bestandteil des politischen Kommunikationssystems (vgl. ebd., S. 141 ff.). Ferner sind politische Organisationen und Medienorganisationen, sofern sie sich mit politischer Berichterstattung, sowie deren jeweiligen Strukturen und Normen befassen, dem politischen Kommunikationssystem zuzurechnen. Blumler und Gurevitch fassen dies folgendermaßen zusammen:

„The notion of a political communication *system* is intended to highlight the interdependence of key communicators within it, the reciprocal nature of their relationship with each other and with the audience, and a crystallization of communication norms, roles, genres, formats, traditions and practices that tend to persist over time.“ (Blumler & Gurevitch, 1995, S. 100; Hervorhebung im Original)

Für die vorliegende Arbeit ist die Konzeptionierung politischer Kommunikation als mehrdimensionales System interessant, weil es politische Kommunikation als eigenständigen Sinnbezirk begreift, in dem journalistische und politische Akteure aufeinandertreffen. Somit ermöglicht es die gleichberechtigte Betrachtung der beteiligten Akteure (vgl. ebd., S. 2).

Diese am politischen Kommunikationssystem beteiligten Akteure rekrutieren sich zum einen aus den mit der Berichterstattung über politische Themen befassten Vertretern des journalistischen Systems, zum anderen aus den Vertretern politischer Organisationen, die sich mit der Außendarstellung ihrer Organisation oder ihrer eigenen Person befassen. Bezogen auf das politisch-administrative System der Bundesrepublik Deutschland umfasst dies Akteure der Parteien, das Parlament und die Regierung. Im Wesentlichen sind hiermit politische Amts- und Mandatsträger sowie die Kommunikationsexperten des politischen Systems gemeint. Letztere werden unter anderem von Blumler und Gurevitch als die hauptsächlichen Akteure des politischen Kommunikationssystems auf politischer Seite genannt. Allerdings sprechen die beiden Autoren oftmals von *politicians* und meinen damit sowohl politische Mandatsträger als auch politische Kommunikationsexperten (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 34 f.). In dieser Arbeit wird klar unterschieden zwischen Politikern und politischen Kommunikationsexperten. Letztere sind nicht Gegenstand dieser Arbeit. Wenn hier von Politikern die Rede ist, sind also immer politische Amts- oder Mandatsträger gemeint.

2.1.2 Gewaltenteilungs-Paradigmen

Neben den systemtheoretischen und systemtheoretisch inspirierten Ansätzen zum Verhältnis von Journalismus und Politik sind vor allem normativ argumentierende Ansätze auf der Makro-Ebene prävalent. Hier ist insbesondere das Paradigma der Gewaltenteilung zu nennen. Dieser Ansatz fokussiert die Rolle des Journalismus als unabhängiger Beobachter und Kontrolleur der Politik. In der deutschsprachigen Forschungsliteratur ist in diesem Zusammenhang oftmals von den Medien als 'Vierter Gewalt' die Rede, international ist der Begriff *watchdog journalism* gebräuchlich (vgl. Van Aelst, Sehata & Van Dalen, 2008). Dem massenmedial vermittelten Journalismus wird eine unverzichtbare Leistung für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften zugesprochen, die in aller Regel in einer Kritik- und Kontrollfunktion Ausdruck findet. Diese kann auch als die zentrale Kraft gesehen werden, die den ständigen Legitimationsdruck auf das politisch-administrative System bewirkt. Die Arbeiten, die diesem Paradigma zuzuordnen sind, unterscheiden sich allerdings teilweise stark in ihren Definitionen der Funktion des massenmedialen Journalismus. Diese können von einer eher vermittelnden Rolle, über die Rolle einer Kontrollinstanz bis hin zu der Sichtweise, der Journalismus spiele eine anwaltliche Rolle, reichen (vgl. Jarren, Donges & Weßler, 1996, S. 20 f.; Sarcinelli, 2011, S. 122 f.; Tenscher, 2003, S. 46 ff.).

2.2 Steuerungs-Paradigmen

2.2.1 Steuerung der Medien durch die Politik

Die erste hier vorgestellte wissenschaftliche Strömung innerhalb der Steuerungs-Paradigmen geht von einer Instrumentalisierung der Medien durch die Politik aus. Arbeiten mit diesem Fokus stammen oftmals aus der Zeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols und gehen der Instrumentalisierung der Massenmedien durch politische Einflussnahme nach. Hiermit ist in erster Linie die kommunikationspolitische Einflussnahme durch politische Akteure, die beispielsweise den Rundfunkrat besetzen, gemeint (vgl. etwa Langenbucher & Lipp, 1982; Schatz, 1982). Pöttker etwa spricht von einer 'Kommunikationsstörung', wenn die Politik die Möglichkeiten des Journalismus mit repressiven Mitteln zu beschneiden versucht. Es bestehe mithin die Gefahr, dass dem Journalismus die Grundlagen zur Erfüllung seiner gesellschaftlichen Aufgaben genommen würden (vgl. Pöttker, 2003).

Daneben wird die Perspektive der Steuerung der Medien durch die Politik auch auf der Grundlage von PR-Aktivitäten politischer Akteure untersucht. Einen Forschungsstrang stellt in diesem Zusammenhang die wissenschaftliche Betrachtung sogenannter *spin doctors* dar, die vor

allem um die Jahrtausendwende durch Frank Esser und andere Forscher betrieben wurde. Esser und Kollegen beschreiben mit den *spin doctors* Akteure der politischen PR, die die politische Berichterstattung in ihrem Sinne – beziehungsweise im Sinne ihrer Auftraggeber – beeinflussen. Positive Themen der Berichterstattung werden dabei möglichst stark betont, während die *spin doctors* bei negativen Meldungen versuchen, Gegenpositionen in die öffentliche Diskussion einzubringen (vgl. Esser, Reinemann & Fan, 2000; Esser, 2000).

Weiterhin ist die vor allem mit Barbara Baerns assoziierte Determinationsthese den Ansätzen, die eine Übermacht der Politik annehmen, zuzurechnen. Die Determinationsthese schließt an die bereits seit den 1970er Jahren im englischsprachigen Raum verbreitete Forschung zum *agenda building* an (vgl. etwa Cobb, Ross & Ross, 1976). Die zentrale These von Barbara Baerns ist, dass die politische Öffentlichkeitsarbeit sowohl die Themen als auch das *timing* der politischen Berichterstattung kontrolliere. Die journalistische Recherche und der generelle Wille des Journalismus, seine Kontrollfunktion auszuüben, sei durch die Arbeit der politischen PR stark beschnitten. Weitere Brisanz erhält die Determinationsthese durch die Berücksichtigung der Publikumperspektive. So sei es für das Publikum nicht nachvollziehbar, wie politische Berichterstattung entstehe, da die entsprechenden Quellen und Arbeitsweisen nicht transparent seien (vgl. Baerns, 1985).

2.2.2 Steuerung der Politik durch die Medien

Arbeiten neueren Datums Bezug fokussieren weit überwiegend die Stärke der Massenmedien, beziehungsweise deren Einfluss auf die Politik. Die Befunde der letzten Jahrzehnte rangieren von einem kaum nachweisbaren Einfluss der Massenmedien auf die Politik bis hin zu sehr starken massenmedialen Effekten.

Hans Mathias Kepplinger als Anhänger der These starker Medien etwa beschreibt reziproke Effekte, die die Medien auf Politiker hätten. Damit ist gemeint, dass Politiker eine negative Berichterstattung über ihre Person oder ihre Partei mit gesteigerter Aufmerksamkeit verfolgen und gegebenenfalls ihr Handeln daran ausrichten. Er verweist jedoch selbst auf die schwache Datenlage zu diesem vermuteten Zusammenhang (vgl. Kepplinger & Marx, 2008). Ein weiteres Beispiel für die Forschung zu starken Medieneffekten und gewissermaßen ein Klassiker der Kommunikationswissenschaft ist die Schweigespirale nach Elisabeth Noelle-Neumann. Diese Theorie geht davon aus, dass die Massenmedien ein Meinungsklima herbeiführen können, in dem sich Menschen aus Angst vor Sanktionen nicht mehr frei äußern (vgl. Noelle-Neumann, 1974). Die Arbeiten zur vermuteten Übermacht der Medien haben in aller Regel gemein, dass

sie Befürchtungen artikulieren, nach denen die Massenmedien eine machtvolle Position besitzen, mit der sie das politische System beeinflussen könnten.

Fasst man das Instrumentalisierungs-Paradigma weiter, lässt sich auch die Forschung zur Medialisierung der Politik hinzurechnen. Diese markiert einen zentralen Forschungsstrang der Kommunikationswissenschaft, der im Wesentlichen beschreibt und untersucht, wie sich die Politik – und andere gesellschaftliche Teilbereiche – der Logik der Massenmedien anpassen. Die Medialisierung wird dabei oftmals aus normativer Sicht kritisch eingeordnet. Die zentrale Befürchtung ist dabei, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche, etwa die Politik oder der Sport, ihre eigenen Zielorientierungen der Logik der Massenmedien unterordnen, wodurch letztendlich ihre Funktion für die Gesellschaft leide (vgl. Blumler & Kavanagh, 1999; Mazzoleni & Schulz, 1999; Schulz, 2013). Ulrich Sarcinelli etwa gibt zu bedenken, dass eine zu starke Hinwendung der Politik zur Logik der Massenmedien auf Dauer zu einer Gefährdung der Balance zwischen Volkssouveränität und Amtsautorität der Politik, einem „Verlassen des Amtsethos“ (Sarcinelli, 2011, S. 115), führen würde. Dies führe schließlich zu einer mangelnden Besinnung auf die eigene Autorität und eine Ablehnung alles Institutionellen in der Politik (vgl. ebd., S. 116f.). Horst Pöttker spricht in diesem Zusammenhang von einer Kommunikationsstörung: Eine übermäßige Anpassung der Politik an die Funktionslogik der Massenmedien könne in letzter Konsequenz zur Vernachlässigung der zentralen Aufgabe von Politik, nämlich der Akkumulation von Macht, führen (vgl. Pöttker, 2003, S. 152ff.). Obwohl der wissenschaftliche Literaturkorpus zur Medialisierungs-Forschung Anlass zu weitaus extensiveren Ausführungen gibt, kann eine detaillierte Vorstellung dieses Themas hier nicht erfolgen. Eine aktuelle Übersicht zum Stand der Medialisierungsforschung findet sich bei Birkner (2019). In einem Kapitel zur Medialisierung der Politik kommt der Autor zu dem Schluss, dass die Befunde zur Medialisierung der deutschen Politik uneins in der Frage nach dem Medialisierungsgrad sind. Den Grund dafür sieht er in differierenden Verständnissen des Medialisierungsbegriffs sowie in der Untersuchung ganz unterschiedlicher Personengruppen oder Politikfelder (vgl. Birkner, 2019, S. 67ff.).

2.3 Die mikroanalytische Ebene

2.3.1 Das *adversary model*

Das erste hier vorgestellte Modell, welches die Verhältnisse zwischen Journalisten und Politikern auf der Mikroebene beschreibt, ist das sogenannte *adversary model*. Dieses beschreibt Journalisten und Politiker als Gegner. Durch die Beobachtungsfunktion des Journalismus besteht in dieser Sichtweise ein immerwährender Interessenkonflikt zwischen den beiden. Das

adversary model ist dementsprechend durch die starke Betonung der *watchdog function* charakterisiert. Journalisten sollen sich demnach nicht in Abhängigkeit von Politikern befinden, sondern unabhängig und kritisch über diese berichten. Der Logik der liberal-demokratischen Theorie folgend, müssen Machtinhaber demnach überwacht werden, da diese sonst ihre Macht missbrauchen könnten. Für die Bürger einer Gesellschaft erbringt der Journalismus die Leistung, ein unabhängiges Informationsangebot bereitzustellen (vgl. Blumler & Gurevitch, 1981; Pöttker, 2003). Diese Lesart erinnert stark an das bereits vorgestellte Gewaltenteilungs-Paradigma, welches allerdings nicht die mikroanalytische Akteursebene in den Blick nimmt, sondern die Politik und den Journalismus als gesellschaftliche Teilbereiche. Unter anderem bei den Autoren Eriksson und Östman ist zu lesen, dass die Literatur, die dem *adversary model* zuzurechnen ist, demgegenüber vor allem Nachrichteninhalte in den Blick nehme. Dabei geht es den Autoren zumeist um den interpretativen Charakter journalistischer Berichterstattung (vgl. Eriksson & Östman, 2013). Diese Arbeit wird im Kapitel zur Nachrichtenproduktion noch einmal näher auf interpretative Berichterstattung zu sprechen kommen. Die Literatur, die dem *adversary model* zuzurechnen ist, betont jedoch, dass die Gegnerschaft nicht einseitig vom Journalismus zur Politik verläuft, sondern auch in entgegengesetzter Richtung. So könne zum einen durch die bloße Wahrnehmung der Gegnerschaft ein wechselseitiger Effekt entstehen. Auch ist unter Politikern die Annahme verbreitet, dass die Medien eher ein Hindernis im Kommunikationsfluss zwischen Politik und Elektorat darstellen und die kompetente Erklärung von Sachverhalten eher behindern als fördern (vgl. Kepplinger & Marx, 2008; Strömbäck & Nord, 2006). Ferner ist der Vorwurf der Scheinheiligkeit prävalent, wenn etwa Journalisten auf der einen Seite ihre unabhängige Informationsfunktion betonen, auf der anderen Seite jedoch stark auf Skandalisierung und Personalisierung setzen. Für den Journalismus müssen solche Konfrontationen jedoch nicht unbedingt nachteilig sein. Der Sozialwissenschaftler Horst Pöttker sieht in „Journalistenbeschimpfungen durch Politiker sogar ein Zeichen dafür, dass der Journalismus seine professionelle Aufgabe gegenüber der Politik tatsächlich erfüllt“ (Pöttker, 2003, S. 151).

2.3.2 Das *exchange model*

Die nächste Sichtweise auf das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern, die hier besprochen werden soll ist das *exchange model*, in der deutschsprachigen Forschungsliteratur wird oftmals mit dem Begriff des Symbiose-Paradigma gearbeitet, der einen sehr ähnlichen theoretischen Ansatz beschreibt (vgl. Sarcinelli, 2011, S. 123ff.; Tenscher, 2003, S. 51ff.). Aus diesem Grund werden die beiden Ansätze hier gemeinsam vorgestellt. Das *exchange model* stellt gewissermaßen den Gegenentwurf zum *adversary model* dar. Es betont, dass sowohl

Journalisten als auch Politiker über eigene Interessen und bestimmte Ressourcen verfügen, um diese zu verwirklichen. Das Modell impliziert, dass die Beziehung so lange Bestand hat, wie es die Beteiligten für ihre eigenen oder geteilten Interessen für opportun halten. Dazu passt die Feststellung von Jeremy Tunstall, dass die Interaktion eines Journalisten mit seinen (politischen) Quellen „can be seen as an exchange of information for publicity“ (Tunstall, 1970). Diese Fokussierung auf den Tausch von Informationen gegen Publizität stellt den Kern der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern recht deutlich heraus. Es gilt dabei jedoch zu beachten, dass diese Sichtweise stark verkürzt ist. So suchen Journalisten auf der einen Seite in aller Regel nicht beliebige Informationen. Politiker auf der anderen Seite wollen sich und ihre Inhalte nicht nur medial präsentieren lassen, sondern dies auch in einem möglichst positiven Licht. Beide, Journalismus und Politik sind jedoch aufeinander angewiesen: Der Journalismus benötigt exklusive Informationen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen, wobei die Politik einen besonderen Rang einnimmt: „Politics is the staple food of journalistic work [...]“ (McNair, 2000, S. 43) Die Politik benötigt im Gegenzug einen Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit, um für Zustimmung zu ihren Positionen zu werben und sich Legitimität zu verschaffen. Beide gesellschaftlichen Teilbereiche begeben sich also in einen dynamischen Austausch, von dem beide profitieren.

Laut Jeremy Tunstall ist der Austausch zwischen Journalisten und ihren politischen Quellen eingebettet in zweierlei Sets von Berufsnormen. Auf Seiten des Journalisten sei dies etwa die Wahrung der Anonymität von Quellen, die Bedeutung gegenseitigen Vertrauens und die Erwartung, dass Quellen von persönlichen Interessen geleitet sind. Auf Seite der politischen Quellen vermutet Tunstall Berufsnormen, die zu der Einschätzung führen, dass Journalisten sowohl potenziell hilfreich als auch potenziell gefährlich sind (vgl. Tunstall, 1970, S. 43). Die Akteure, die diesen Austausch prozessieren und auf Dauer stellen, handeln also gemäß den *constraints* ihrer jeweiligen Herkunftsorganisationen. Dies wiederum ist beiden beteiligten Akteursgruppen bewusst, so dass beide in dem Wissen handeln, dass die andere Seite bestimmten organisationalen Rahmenbedingungen unterliegt. Dieses Wissen um die Beschränkungen und die Möglichkeiten der jeweils anderen Seite ist ein unabdingbarer Baustein einer funktionalen Interaktion zwischen Journalisten und Politikern im Sinne der hier besprochenen Ansätze, da es gegenseitiges Verständnis möglich macht. Welche Austauschbeziehungen Journalisten und Politiker konkret eingehen, hängt dem *exchange model* zufolge vor allem von strategischen Erwägungen und der Kalkulation der zu erwartenden Vor- und Nachteile ab. Vor dem Hintergrund dieser strategischen Erwägungen liegt es auf der Hand, dass die Beteiligten bestrebt sind, ihre jeweiligen Ressourcen und Machtpositionen bestmöglich auszuspielen. Grossman und Rourke

etwa haben sich bereits im Jahr 1976 mit diesen Fragen befasst. Dazu haben sie die Austauschbeziehungen zwischen der US-amerikanischen Presse und dem US-Präsidenten, der einen enorm ressourcenstarken und machtvollen politischen Akteur darstellt, untersucht. Das Repertoire an Tricks, welches US-Präsidenten im Umgang mit Journalisten zum Einsatz bringen, reicht den Autoren zufolge vom Zurückhalten von Informationen bis hin zu Einschüchterungen und verschleierte Drohungen gegen Journalisten. Allerdings haben den Autoren zufolge Journalisten ebenfalls Möglichkeiten, die Beziehung in ihrem Sinne zu verändern, selbst einem so machtvollen Akteur wie dem US-Präsidenten gegenüber. Eine Möglichkeit für Reporter besteht demnach darin, ihr Netzwerk um weitere Akteure in der Regierung zu erweitern. Dies sei auch die Maßnahme, die Journalisten als die wichtigste erachteten und auf die sie die meiste Zeit verwendeten. Zweitens sei die investigative Recherche eine Maßnahme, die Macht des Präsidenten zu umgehen. Drittens gebe es verschiedene Methoden, den Präsidenten zur Veröffentlichung von Informationen zu zwingen. Und viertens könnten Journalisten versuchen, die Art und Weise, in welcher ihnen Informationen zugänglich gemacht werden, zu verhandeln (vgl. Grossman & Rourke, 1976)

Darüber hinaus spielt auch der Eindruck, den die am Austausch beteiligten Akteure von der anderen Seite, sowie deren Ressourcen, Bedürfnissen und wahrscheinlichen Handlungen haben, in dieser Sichtweise eine wichtige Rolle. Faktoren, die in diese Kalkulationen einfließen sind unter anderem die Motive des Gegenübers, die bisherige Vertrauenswürdigkeit sowie die bisherige und vermutlich zukünftige Nützlichkeit des Kontaktes. Das *exchange model* geht demnach von einer informellen Beziehung zwischen Journalisten und Politikern aus, die auf ungeschriebenen Regeln und gegenseitigem Verständnis beruhe (vgl. Blumler & Gurevitch, 1981; Grossman & Rourke, 1976; Tunstall, 1970).

Demgegenüber legen die Anhänger des Symbiose-Paradigmas in aller Regel Wert auf die Feststellung, dass sich aus den Austauschprozessen keine Machtgewinne oder -verluste für die eine oder die andere Seite ergeben. Eine Grundvoraussetzung für eine funktionale Arbeitsbeziehung zwischen den Angehörigen beider Berufe sei demnach zwar, dass Journalisten und Politiker in der Interaktion miteinander einen ausreichenden Eigensinn besitzen müssen, um ihre jeweilige Aufgabe erfüllen zu können. Gleichzeitig müsse aber auch ein ausreichender Respekt vor der Funktion und den Prinzipien der jeweils anderen beruflichen Sphäre gegeben sein, um diese nicht zu behindern. Horst Pöttker gibt zu bedenken, dass dies nicht zwangsläufig Kompromisse notwendig mache, bei denen beide Seiten zurückstecken müssten:

„Der Begriff der funktionalen Arbeitsteilung zwischen Politik und Journalismus schließt vielmehr ein, dass die beiden Berufe sich sogar wechselseitig nützen können, wenn die Handelnden in beiden Bereichen genug Überblick über das Funktionsgefüge als Ganzes behalten, um die richtige Balance von Eigensinn und Fremdverständnis zu finden.“ (Pöttker, 2003, S. 164)

Es wird deutlich, dass Pöttker den jeweiligen Eigensinn der beteiligten Akteure nicht nur als nicht störend, sondern als geradezu konstitutiv für eine beiderseitig lukrative Beziehung sieht. Dies ist der zentrale Unterschied der sonst so ähnlichen Ansätze (vgl. Jarren, Donges & Weßler, 1996 S. 22f.; Sarcinelli, 2011, S. 123f.; Tenscher, 2003, S. 51ff.).

2.4 *expanded framework* nach Blumler und Gurevitch

Die beiden vorgenannten Paradigmen präsentieren sich als Konkurrenten und implizieren somit, dass die Beziehung zwischen Journalisten und Politikern entweder dem *adversary model* oder dem *exchange model* entsprechen. Diese starre Sichtweise kann die komplexen Beziehungen zwischen den hier behandelten Akteursgruppen jedoch nicht hinreichend wiedergeben. Besser geeignet als theoretische Grundlage für die vorliegende Arbeit ist das *expanded framework* nach Jay Blumler und Michael Gurevitch. Aufbauend auf dem *exchange model* schlagen die Autoren ein übergreifendes Rahmenwerk zu den Austauschbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern vor. Zentral ist dabei das Anliegen, die der Beziehung zugrundeliegenden geteilten Ansichten und Werte, welche die Beziehung zumindest ansatzweise für beide Arten von Akteuren antizipierbar macht, abzubilden. Blumler und Gurevitch beschreiben die Rahmenbedingungen der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern wie folgt:

„Media-disseminated political communications derive from interactions between (1) two sets of mutually dependent and mutually adaptive actors, pursuing divergent (though overlapping) purposes, whose relationships with each other are typically (2) role-regulated, giving rise to (3) an emergent shared culture, specifying how they should behave toward each other, the ground rules of which are (4) open to contention and conflicting interpretation, entailing a potential for disruption, which is often (5) controlled by informal and/ or formal mechanisms of conflict management.“
(Blumler & Gurevitch, 1995, S. 32)

Beide beteiligten Akteure handelten dabei jeweils im Hinblick auf zukünftige Vorteile, die sie aus der Interaktion gewinnen. Das primäre Ziel der Autoren Blumler und Gurevitch ist es, ein Verständnis der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern zu entwickeln, welches sowohl normativ als auch operationell anspruchsvoll ist. Aus der normativen Perspektive soll es, wie es das *adversary model* erfolgreich vollbringt, die Bedeutung von Normen und Ideologien berücksichtigen. Anders als dieses ist Blumler und Gurevitchs Ansatz allerdings in der Lage, die Kooperationen zwischen Journalisten und Politikern trotz einer antagonistisch geprägten Grundstimmung im Verhältnis zu erklären, indem die wechselseitige Abhängigkeit und die Notwendigkeit wechselseitiger Anpassung betont wird. Gleichzeitig soll es aus operationeller Perspektive die Bedeutung einer funktionierenden Arbeitsbeziehung für beide Akteursgruppen erfassen können, so wie dies beim *exchange model* der Fall ist. Ferner hat ihr Modell mit *exchange model* gemein, das Wesen der Interaktionen von Journalisten und Politikern zu beschreiben und gleichzeitig in der Lage zu sein, eine kritische Distanz zwischen den beiden

abzubilden. Auch gestatten es beide Ansätze, Versuche, die eigene Position durch den Einsatz verschiedener Ressourcen zu stärken, abzubilden. Durch diese strategischen Aspekte lassen sich auch Veränderungen in der Beziehung erklären. Sollte beispielsweise durch den Einsatz strategischer Ressourcen eine der beiden Parteien ihre Macht innerhalb der Beziehung derart gesteigert haben, dass ein deutliches Ungleichgewicht vorliegt, könnte die andere Seite sich veranlasst sehen, die Kooperation zu reduzieren oder gar einzustellen. So wird es möglich, zunehmende Kooperation mit zu erwartenden Vorteilen für eine oder beide Parteien zu erklären und damit nachzuvollziehen, wie und warum die Beziehung trotz aller Konflikte und Gegensätze weitergeführt wird. Anders als das *exchange model* jedoch verfügt das *expanded framework* über einen formalisierten Rahmen. Dieser findet Ausdruck zum einen in der Betonung der beruflichen Rollen der an der Interaktion beteiligten Journalisten und Politikern. Zum anderen führen sie den Begriff der *emergent shared culture* ein, wodurch auch die zahlreichen 'ungeschriebenen Gesetze' und Gewohnheiten in der Interaktion zwischen Journalisten und Politikern erfasst werden. Somit ist das *expanded framework* nicht wie das *exchange model* weitestgehend auf die Beschreibung von Ad-hoc-Variationen in der Beziehung beschränkt. Die Möglichkeit, die Interaktionen und Handlungen von Journalisten und Politikern analytisch in ein auf Dauer gestelltes und durch unterschiedliche Handlungsorientierungen geprägtes System einzubetten, ist ein starkes Argument für den Ansatz der beiden Journalismusforscher (vgl. ebd., S. 31f.).

Obwohl das *expanded framework* vor allem mit Blick auf die britische und die US-amerikanische politische Kommunikationskultur entwickelt wurde, ist es nicht exklusiv auf diese beiden politischen Kulturen zugeschnitten. Vielmehr ist es in seinen Grundannahmen flexibel genug, um sich auf „large, complex, industrialized societies“ (Blumler & Gurevitch, 1995, S. 2) anwenden zu lassen. Somit kann es auch auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden. Zwar gibt es Arbeiten, die explizit die Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema haben. Es handelt sich jedoch zumeist um Ansätze, die jeweils entweder ausschließlich die Systemebene (vgl. Jarren, Sarcinelli & Saxer, 2002; Sarcinelli, 2011) oder die Akteursebene (vgl. Esser, 2000; Hoffmann & Zielmann, 2004; Pöttker, 2003) fokussieren. Diese Arbeiten bieten daher in aller Regel nicht die Möglichkeit, die Interaktionen von Journalisten und Politikern auf der Akteursebene in den größeren Zusammenhang ihrer jeweiligen Herkunftssysteme einzuordnen. Ein Versuch, System- und Akteurstheorie mit dem Ziel der Analyse politischer Öffentlichkeit zusammenzubringen findet sich bei Gerhards (1994). Der Ansatz von Blumler und Gurevitch bietet demgegenüber jedoch den Vorteil, dass er zusätzlich zur Rollentheorie den Begriff der politischen Kommunikationskultur einbringt. So

wird es möglich, Journalisten und Politiker als Akteure, die in der Interpenetrationszone zweier gesellschaftlicher Systeme Beziehungen zum wechselseitigen Nutzen eingehen, zu beschreiben. Der wechselseitige Nutzen, der Tausch von Informationen gegen Publizität, bietet dabei keinem der Akteure die Möglichkeit, den anderen zu kontrollieren – eine Grundvoraussetzung für Vertrauen, wie später noch zu zeigen sein wird. Die vorliegende Arbeit wird in Kapitel 4.1, in dem die Rahmenbedingungen der Entstehung politischer Nachrichten erläutert werden, auf das *expanded framework* zurückkommen.

3 Politikvermittlung im Wandel

Nachdem einige theoretische Grundpfeiler des Verhältnisses von Politik und Journalismus vorgestellt wurden, sollen nun aktuellere Entwicklungen, die eine Relevanz für das hier behandelte Themenfeld haben, skizziert werden. Es kann an dieser Stelle keine umfassende Analyse der Wandlungsprozesse auf dem Feld der massenmedialen Politikvermittlung erfolgen. Einen systematisierten Überblick über die Dimensionen des Wandels der politischen Kommunikation durch Online-Angebote bietet etwa der Aufsatz 'Politische Kommunikation in der Online-Welt. Dimensionen des strukturellen Wandels' (vgl. Dohle, Jandura & Vowe, 2014). Jens Wolling geht in einem 2016 erschienen Beitrag der Frage nach einem strukturellen Wandel der politischen Kommunikation durch die Diffusion von Online-Medien nach (vgl. Wolling, 2016). Die vorliegende Arbeit begnügt sich allerdings mit einigen Betrachtungen zu Veränderungen der Rahmenbedingungen, unter denen Journalisten und Politiker miteinander agieren. Das Augenmerk liegt hier auf Entwicklungen, die direkt das Verhältnis der besprochenen Akteursgruppen betreffen und die besonders relevant für die Vertrauensbeziehungen erscheinen. Zu diesem Zweck sollen im Folgenden Wandlungsprozesse im massenmedialen Journalismus und im politischen System besprochen werden. Diese Trennung wird allerdings nicht immer aufrecht zu erhalten sein, da die jeweiligen Wandlungsprozesse in hohem Maße systemübergreifend sind.

3.1 Wandel im Journalismus und in den Massenmedien

Die Massenmedien in westlichen demokratischen Gesellschaften sehen sich drei vorrangigen Auslösern umfassender Wandlungsprozesse gegenüber: Einer Ausdifferenzierung des massenmedialen Systems, einer zunehmenden Ökonomisierung und einer rasant voranschreitenden technologischen Entwicklung.

Die Ausdifferenzierung – oftmals wird auch von einer Fragmentierung gesprochen – des massenmedialen Systems ist ein Prozess, der die Medienlandschaft bereits seit Jahrzehnten erfasst hat. Im Bereich der Printpublikationen macht sich dies durch eine enorme Bandbreite von

Sparten- und Zielgruppen-Publikationen bemerkbar. Bezogen auf audiovisuelle Medien war die Dualisierung des Rundfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland in der 1980er Jahren das entscheidende Ereignis. Die Folge dieser Entwicklungen war eine starke Zunahme des verfügbaren 'Informationsangebotes'. Diese Konkurrenzsituation innerhalb des Mediensystems führte schließlich zu einer Ökonomisierung der Medienangebote. Darüber hinaus entwickelte sich eine Konkurrenz der Themen, so dass etwa politische Themen stärker mit solchen etwa aus den Bereichen Unterhaltung oder Sport um die Aufmerksamkeit des Publikums ringen (vgl. Balzer & Geilich, 2006; Gurevitch, Coleman & Blumler, 2009). Obwohl sich das Medienangebot insgesamt stark ausgeweitet hat, haben insbesondere die klassischen Medienunternehmen die Zahl ihrer Korrespondenten und den Umfang ihrer Redaktionen reduziert. Dies ist insbesondere eine der Auswirkungen der Ökonomisierung im Mediensystem und den damit verbundenen Sparzwängen. Viele Nachrichtenmedien, insbesondere Tageszeitungen, sind der Ökonomisierung zum Opfer gefallen und wurden eingestellt (vgl. Steindl, Laurer & Hanitzsch, 2017, S. 404f.; McChesney, 2012, S. 617).

An die Stelle der verschwundenen Medienangebote traten und treten neue, innovative Formate. Insbesondere die rasante Verbreitung des Internets in den Jahren ab 2000 sowie die starke Ausdifferenzierung partizipativer Formate haben diese Entwicklungen massiv beschleunigt und das Nutzungsverhalten der Rezipienten verändert. Die Bürger haben durch die zahlreichen, oftmals kostenlosen Informationsangebote im Internet eine wesentlich größere Auswahl, wodurch der Marktanteil der klassischen Massenmedien sinkt (vgl. Schulz, 2014; Schweiger, 2016). Hier sind etwa Blogs sowie der Microblogging-Dienst Twitter, die für zahlreiche Nutzer zu bedeutenden Informationsmedien geworden sind, zu nennen. Doch auch das soziale Netzwerk Facebook erfüllt für viele Nutzer die Funktion einer primären Informationsquelle. Ein weiteres Phänomen sind Plattformen wie etwa die Huffington Post, die neben eigenen Artikeln auch Artikel dritter Anbieter kuratieren und gegebenenfalls aufbereiten (vgl. Steiner, Magin, Stark & Jürgens, 2019, S. 19ff.; Weber & Mangold, 2019, S. 7ff.). Diese Prozesse haben zur Folge, dass die Grenzen des Journalismus weniger klar definiert sind als noch vor einigen Jahren. Ferner sinkt offenbar auch die Bereitschaft für journalistische Angebote zu zahlen, da sich umfassende Informationen zu allen relevanten politischen Themen kostenlos online abrufen lassen (vgl. Mancini, 2013, S. 48ff.).

So wird das Aufkommen neuer Formate potenziell zur Bedrohung traditioneller massenmedialer Angebote, da die neuen Formate Nutzer von den traditionellen Angeboten abziehen. Insbesondere jüngere Nutzer geben in zunehmendem Maße an, ihre politischen Informationen zu einem großen Teil aus Online-Formaten zu beziehen. Zwar kommen Bernhard, Dohle und

Vowe noch 2015 zu dem Ergebnis, dass Social Media-Angebote nur von etwa sechs Prozent der Gesamtbevölkerung zur Information über politische Themen genutzt werden. Gleichzeitig weisen sie jedoch darauf hin, dass der Anteil der 16-30-jährigen, die sich regelmäßig in den sozialen Medien über Politik informieren, in etwa doppelt so hoch liegt, wie in der Gesamtbevölkerung. Die Autoren betonen, dass hierbei von einem Kohorteneffekt auszugehen sei, der Anteil der Menschen, die die sozialen Medien zur politischen Information nutzen, in Zukunft also voraussichtlich steigen werde (vgl. Bernhard, Dohle & Vowe, 2015, S. 46f.). Dieser Effekt deutet sich bereits durch neuere Ergebnisse an: So gaben laut des Digital News Survey 2017 des Reuters Institutes 23 Prozent der 18-24-jährigen an, ihre Information überwiegend aus Online-Formaten zu beziehen. Demgegenüber steht der seit Jahren kontinuierliche Rückgang der Reichweite der klassischen Tageszeitung. Im Jahr 2017 lasen nur noch 26 Prozent der erwachsenen Deutschen regelmäßig eine Tageszeitung. Allerdings ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Mehrheit der im Internet genutzten Nachrichtenangebote von den traditionellen Medienunternehmen aus dem Print- und Rundfunk-Bereich stammt (vgl. Hölig & Hasebrink, 2017). Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass das sich verändernde Nachrichtennutzungsverhalten Unsicherheiten auf Seiten der politischen Akteure auslöst. So könnte etwa die schwindende Bedeutung des klassischen Nachrichtenjournalismus Zweifel an seiner Fähigkeit als Produzent reichweitenstarker politischer Nachrichten schüren. Nina Steindl, Corinna Laurer und Thomas Hanitzsch resümieren passend zu dieser Vermutung in ihrer 2017 erschienenen Studie 'Journalismus in Deutschland', dass der Journalismus durch die Digitalisierung seine Monopolstellung als Informationslieferant verloren habe (vgl. Steindl, Laurer & Hanitzsch 2017: S. 421).

Der italienische Soziologe Paolo Mancini beschreibt die Ausdifferenzierung des Systems der Massenmedien als eine Fragmentierung. Er sieht in dieser Fragmentierung der Massenmedien einen Auslöser für die Segmentierung des Publikums: Da alle, alte wie neue Medien, einen Weg finden müssten, sich von den Mitbewerbern abzusetzen und ein eigenes Publikum zu finden, gebe es eine Vielzahl unterschiedlicher journalistischer Produkte. Diese Entwicklung fördere die Entstehung von sogenannten *echo chambers* – Echo-Kammern, in denen Menschen nur noch Meinungen wahrnehmen, die möglichst nah an ihrer eigenen Meinung sind. Dieser Argumentation entsprechend setzten sich die Rezipienten nicht mehr mit anderen Meinungen oder Informationen auseinander, wie dies im traditionellen Journalismus der Fall ist. Die Folge sei, dass eigene Meinungen verstärkt und andere ausgeblendet würden. Demnach sei es unerheblich, ob Journalisten ihre Rolle als Beobachter und Kontrolleur noch richtig wahrnehmen, da ihnen weite Teile der Bevölkerung gar nicht mehr zuhören. Dieser Verlust der traditionellen

Rolle als *watchdog* wecke Zweifel, ob Journalisten den politischen Akteuren noch auf Augenhöhe begegnen können (vgl. Mancini, 2013, S. 53; McChesney, 2012, S. 617; Oswald, 2018, S. 19f.).

W. Lance Bennett und William Serrin sehen Probleme des US-amerikanischen *watchdog*-Journalismus zudem in der Struktur der Nachrichtenunternehmen und in der Journalistenausbildung. Viele Nachrichtenunternehmen hätten sich in ihrer Struktur seit den Anfangstagen in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts kaum weiterentwickelt. Oftmals sei investigativer Journalismus in diesen Redaktionen gar nicht erwünscht: „Journalists have sold their souls for access to public officials.“ (Bennett & Serrin, 2007, S. 333) Auch entstamme die Mehrheit der Journalisten heutzutage einer bürgerlichen Mittel- oder Oberschicht. Dementsprechend fehle oftmals ein Bewusstsein für die Probleme der gesellschaftlichen Klassen außerhalb dieser Sphäre. Doch auch die straff betriebswirtschaftliche Führung der Medienunternehmen nach einer Marktlogik erschwere den investigativen Journalismus im Sinne der *watchdog role*. Dieser sei schließlich kosten- und zeitintensiv (vgl. ebd.).

3.2 Wandel im politischen System

Die politischen Parteien in westlichen Demokratien waren in den letzten Jahrzehnten Objekt umfangreicher Wandlungsprozesse. Im Speziellen sind hier der Schwund der Mitgliederzahlen, insbesondere bei den Volksparteien, ein Rückgang der Zahl von klassischen Stammwählern und dementsprechend eine gestiegene Wechselwahlbereitschaft zu nennen. So sank die Zahl der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) im Zeitraum 1990 bis 2019 von 943.402 auf 419.340. Die Mitgliederzahl der Christlichen Demokratischen Union (CDU) sank im selben Zeitraum von 789.602 auf 405.816 Mitglieder (vgl. Niedermayer, 2020). Ganz generell hat es den Anschein, dass die Parteien ihre Strahlkraft als Orte der politischen und ideologischen Meinungsbildung einbüßen. Die Orientierung an Parteien scheint heute oftmals eher situations-, ergebnis- oder projektbezogen motiviert zu sein. Damit einher geht eine stärkere Fokussierung auf Spitzenpolitiker und politische Sachthemen – zu Lasten von klassischen parteiorientierten Themen, wie etwa sozio-strukturellen oder -kulturellen Inhalten (vgl. Balzer & Geilich, 2006, S. 21f.; Sarcinelli, 2011, S. 198). Es scheint, als sei die 'Nachfrage' nach ideologischer Bindungskraft zurückgegangen. Gleichzeitig kann aber auch davon ausgegangen werden, dass durch die zunehmende Orientierung zum Wähler – und weniger zum Menschen – sowie die abnehmende Bedeutung der Mitglieder auf der anderen Seite wiederum ebendiesem Verlust an ideologischer Bindungskraft weiter Vorschub leisten. Die Angebote der politischen Parteien sind nun eher spezifische politische Teilaspekte und politisches Personal als

eine ideologische Identifikationsmöglichkeit. Parteien dieses Typus' kommt Mancini zufolge als zentrale Funktion die Akkumulation von Wählerstimmen zu: „in the new [professional-electoral] party a major role is played by professionals [experts with technical skills] who are more useful when the organization moves its center of gravity from members to voters.“ (Panbianco, 1982, S. 481 nach Mancini, 1999, S. 233) Bezogen auf die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern stellt sich unter anderem die Frage, ob die Parteien dieses neuen Typs dem Journalismus noch ansprechende Themen zur Verfügung stellen. Andererseits ist vorstellbar, dass gerade diese 'stromlinienförmigen' Parteien gut mit der journalistischen Arbeitsweise harmonieren.

Zu der zentralen Funktion der Akkumulation von Wählerstimmen kommt der bereits erwähnte Wettbewerb um die Aufmerksamkeit des Journalismus, in dem sich die Politik gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Teilbereichen befindet. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass Politik im demokratischen System in hohem Maße legitimationsbedürftig ist. Auch die seit langem sinkenden Mitgliederzahlen politischer Parteien und die generell gesunkene Parteibindung der Wähler stellen die politischen Akteure vor die Herausforderung, stärker um gesellschaftliche Zustimmung werben zu müssen. Durch die sinkenden Mitgliederzahlen steigt wiederum die Bedeutung der Öffentlichkeit in politischen Prozessen. Das Elektorat ist durch die abnehmende Parteibindung vermutlich offener für persuasive Botschaften, insbesondere im Vorfeld von Wahlen. Diese Entwicklung wird in der wissenschaftlichen Literatur oftmals mit der *dealignment*-These beschrieben (vgl. Vowe & Dohle, 2007, S. 347). So ergeben sich für die politischen Akteure neue Möglichkeiten des Themenmanagements im Wahlkampf, aber auch zwischen den Wahlen. Diese Faktoren führen zu einer hohen Medienorientierung des politisch-administrativen Systems in modernen westlichen Demokratien. Sarcinelli bringt diese Entwicklung auf den Punkt: „In diesem veränderten Parteiensystem wird Kommunikation mehr denn je zu einer mitentscheidenden, politischen Währung, wird Kommunikationskompetenz zur Machtprämie.“ (Sarcinelli, 2011, S. 223) Gleichzeitig betont er jedoch, dass die 'Mediendemokratie' nicht ohne weiteres die traditionelle 'Parteiendemokratie' ersetzen werde. Vielmehr handle es sich um einen Transformationsprozess, in dem die Parteien nach wie vor ihre zentrale Stellung im politischen System behalten werden (vgl. ebd.).

In diesem Zusammenhang sind auch die modernen kommunikativen Möglichkeiten zu beachten, die die Online-Medien bieten und die immer größere Reichweiten auch bei der Verbreitung politischer Nachrichten und Inhalte erreichen. Neben den im vorherigen Kapitel bereits erwähnten, neuen Produzenten politischer Nachrichten ist für politische Kommunikatoren insbesondere die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme mit den Wählern, unter Umgehung der

klassischen massenmedialen Gatekeeper, interessant. Juliana Raupp und Jan Niklas Kocks setzen sich mit diesem Themenkomplex in ihrem 2018 erschienen Aufsatz 'News Management im digitalen Wandel' auseinander und gehen der Frage nach, wie sich die Beziehungen zwischen Regierung und Medien durch die neuen Bedingungen des digitalen Zeitalters verändern. Die Autoren befragten dazu in den Jahren 2013 bis 2016 23 Kommunikationsverantwortliche von Regierungsstellen auf Bundesebene mittels teilstandardisierter Interviews. Sie betonen, dass sich im digitalen Zeitalter neue Handlungsspielräume für politische Akteure im *news management* ergeben. *News management* wird etwa bei Jarren Donges als eine besondere Form des *agenda setting* oder des Themenmanagements beschrieben. Diese Strategie steht ihnen zufolge vor allem statushohen politischen Akteuren (Regierungen) zur Verfügung und zielt darauf, politische Entscheidungen kommunikativ zu legitimieren. Diese sehen die Autoren vor allem im Bereich zielgruppengerechter Ansprache und des Betreibens von *agenda building* (vgl. Jarren & Donges, 2011, S. 184; Raupp & Kocks, 2018, S. 116f.). Die von Raupp und Kocks befragten Kommunikationsverantwortlichen geben an, dass alte und neue Kommunikationsmittel komplementär in ihrer täglichen Arbeit nebeneinanderstehen. Der Anteil neuer Kommunikationsformen habe dabei im Zeitverlauf zugenommen. In der Studie wird eine ambivalente Einstellung der Befragten bezüglich der Digitalisierung politischer Kommunikation deutlich. Zwar werden weiterhin Chancen erkannt, gleichzeitig aber auch das gestiegene Tempo politischer Kommunikation kritisch gesehen (vgl. ebd., S. 126ff.). Die Chancen sehen die politischen Kommunikationsverantwortlichen insbesondere im Potenzial der direkten Bürgeransprache, ohne auf die klassischen journalistischen Kanäle angewiesen zu sein. In der Frage, ob dieses Potenzial zu einem Bedeutungsverlust des klassischen massenmedialen Journalismus führe, sind die in der Studie von Raupp und Kocks befragten politischen Kommunikationsverantwortlichen uneins: knapp die Hälfte der Befragten, nämlich sechs von 14, stimmen der Aussage zu. Zwar scheinen für die überwiegende Mehrheit der politischen Kommunikationsverantwortlichen nach wie vor die Vertreter der klassischen Massenmedien zentrale Ansprechpartner zu sein. Gleichzeitig jedoch scheint ein zunehmend großer Anteil dieser Berufsgruppe einen Bedeutungsverlust klassischer Nachrichtenjournalisten zu bemerken (vgl. ebd.).

Ein Wandlungsprozess, der die westlichen Demokratien fest im Griff hat, ist der Aufstieg populistischer Parteien und Politiker. Laut Mancini seien, initiiert durch eine starke gesellschaftliche Fragmentierung und weiter vorangetrieben durch die neuen kommunikativen Potenziale von Online-Plattformen, die Grenzen klassischer staatlicher Institutionen, wie etwa politischer Parteien, zunehmend verschwommen. Gleichzeitig sei der Anspruch an die Operationsweise dieser Organisationen geprägt von Erwartungen, 'offener' – manche mögen sagen

'demokratischer' – zu werden. Insbesondere die großen Volksparteien mit ihren extensiven Strukturen und anspruchsvollen Mitgliederbasen hätten oftmals Schwierigkeiten, sich dem anzupassen. Demgegenüber stehen kleinere, thematisch fokussierte politische Gruppierungen, die flexibler auf die neuen Realitäten reagieren können und sie sogar zu ihrem Vorteil nutzen (vgl. Mancini, 2013, S. 53). Gleichzeitig, so argumentiert etwa Cornelia Koppetsch, seien Abstiegserfahrungen – weniger in materieller als vielmehr in sozialmoralischer Hinsicht – über klassische Milieugrenzen hinweg, der Auslöser für eine Sehnsucht nach einer vermeintlich besseren Vergangenheit. Anhänger eines überalterten Habitus aus dem rechten politischen Spektrum verbänden die eigene ehemalige Bedeutung mit der Bedeutung der eigenen Nation, beide erschienen untrennbar miteinander verbunden (vgl. Koppetsch, 2017). Zu diesen Befindlichkeiten stößt die sogenannte Repräsentationslücke an den Rändern des politischen Spektrums, die entsteht, wenn etablierte Parteien in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch in kultureller Hinsicht, in die Mitte rücken. Diese Lücken wurden in den letzten Jahren zunehmend durch populistische Bewegungen besetzt. Diese konnten zum Teil in die Parlamente westlicher Demokratien einziehen. In Deutschland etwa hat sich die ursprünglich rechtsliberale und eurokritische Randerscheinung AfD zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt, die in jedem deutschen Landtag vertreten ist sowie im Bundestag die drittstärkste Fraktion stellt und somit Oppositionsführer ist. (vgl. Bieling, 2017, S. 562f.; Kraus, Spittler & Wagner, 2017, S. 106ff.).

4 Die Produktion politischer Nachrichten

Aus den bisherigen Betrachtungen des Verhältnisses von Politik und Journalismus ist deutlich geworden, wie und warum diese beiden gesellschaftlichen Teilbereiche – oder Systeme – miteinander verknüpft sind. Es wurde ferner gezeigt, dass Politik und Journalismus in einem politischen Kommunikationssystem aufeinandertreffen, welches als Zone struktureller Koppelung verstanden werden kann. Eine Betrachtung der Wandlungsprozesse im Journalismus und der Politik diene dazu, die Vorstellung der aktuellen beruflichen Rahmenbedingungen beider hier besprochener Akteursgruppen zu schärfen. Bevor sich diese Arbeit der theoretischen Vorarbeit zum Begriff des Vertrauens und schließlich der Empirie zuwendet, soll zunächst ein Verständnis von der professionellen Beziehung zwischen Journalisten und Politikern entwickelt werden. Die Betonung liegt ferner auf den *professionellen* Beziehungen, da beide Akteursgruppen nicht als Privatpersonen betrachtet werden sollen, sondern in ihrer jeweiligen beruflichen Rolle. Es ist zumindest prinzipiell vorstellbar, dass sich zwischen Journalisten und Politikern in ihrer professionellen Rolle und in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen Unterschiede im Verhältnis zueinander beobachten lassen. Gleichzeitig ist dem Autor dieser Arbeit bewusst, dass eine

trennscharfe Unterscheidung zwischen einer Person in ihrer professionellen Rolle und in ihrer Eigenschaft als Privatperson nicht immer garantiert werden kann.

Wie bereits oben beschrieben, sind Politiker und Journalisten durch ihre jeweiligen Berufsrollen geradezu komplementär miteinander verbunden. Es wurde dargelegt, dass Journalisten exklusive Informationen aus dem politischen System benötigen und Politiker einen Zugang zu massenmedialer Öffentlichkeit suchen. Die Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern haben somit ein zentrales Ziel: Die Produktion von politischen Medieninhalten, vor allem von Nachrichten. Für eine Arbeit, die das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern untersucht, ist es erforderlich, ein Verständnis dieses zentralen Ziels der Interaktionen zwischen den beiden Akteursgruppen zu entwickeln.

Der Titel dieses Kapitels deutet bereits an, dass politische Nachrichten in dieser Arbeit nicht als objektive Wahrheiten, welche der Journalist zur massenmedialen Verbreitung auswählt, angesehen werden, sondern als Ergebnisse von Aushandlungsprozessen zwischen Journalisten und Politikern. Diese konstruktivistische Sichtweise steht der journalistischen Norm der Objektivität auf den ersten Blick entgegen. Dies ist jedoch laut der amerikanischen Soziologin Gaye Tuchman nicht der Fall: „To say that a news report is a story, no more, but no less, is not to demean the news, not to accuse it of being fictitious. Rather, it alerts us that news, like all public documents, is constructed reality possessing its own internal validity.“ (Tuchman, 1976, S. 97)

Die amerikanische soziologische Forschungstradition zur *news production*, der sich die Arbeiten Tuchmans zuordnen lassen, begreift journalistische Nachrichten dementsprechend als eine konstruierte Realität. Seinen Ursprung hat dieser Forschungszweig in der Gatekeeper-Forschung. Wissenschaftliche Arbeiten zur *news production* kritisieren an der Gatekeeper-Forschung allerdings die Vernachlässigung der journalistischen Einflussnahme auf die eingehenden Informationen. Gemäß dieser Sichtweise entscheidet der Journalist lediglich, welche kommunikativen Erzeugnisse zur Publikation ausgewählt werden. Michael Schudson hat in einem 1991 erschienen Aufsatz eine Systematisierung des Forschungsfeldes zur *news production* vorgenommen und drei verschiedene Forschungstraditionen zur Nachrichtenproduktion identifiziert. Arbeiten, die einer marxistisch geprägten Forschungstradition entstammen und die Rolle der Nachrichten bei der (Re-)Produktion des sozialen und politischen Status Quo betonen, werden unter *political economy* subsummiert. Mit phänomenologischen und ethnomethodologischen Ansätzen, sind laut Schudson Studien beschrieben, die der Rolle von Nachrichtenmedien bei der sozialen Konstruktion von Realität nachgehen. Die dritte Forschungsrichtung der *news production* lässt sich als *textual studies* beschreiben und untersucht, wie Nachrichtentexte von

ihrem gesellschaftlichen Kontext beeinflusst sind und diesen im Gegenzug wiederum beeinflussen (vgl. Schudson, 1991, S. 143ff.; Tuchman, 2002, S. 81). Der überwiegende Teil der Forschung, der einer dieser drei Traditionen entstammt, befasst sich in erster Linie mit den Nachrichteninhalten (vgl. Shoemaker & Reese, 2014; Tuchman, 1973). Für die vorliegende Arbeit ist allerdings die soziale Dimension der Interaktion im Zuge der Nachrichtenproduktion zwischen Journalisten und den Akteuren, über die sie berichten, weitaus bedeutender. In der klassischen Sichtweise auf die massenmediale Berichterstattung kontrollieren Journalisten nicht nur, welche Botschaften Zugang zum politischen Publikum erhalten, sondern auch, wie diese Botschaften präsentiert und eingeordnet werden. Dieser Gedanke greift die bereits im Abschnitt zum *adversary model* angesprochene interpretative Berichterstattung auf. Unter anderem die Autoren Salgado und Strömbäck haben sich mit dem interpretativen Charakter politischer Berichterstattung befasst. Die Autoren kommen in einer Studie zu dem Schluss, dass Journalisten zunehmend als Konstrukteure von Bedeutung auftreten und weniger als reine Informationsvermittler. Dies drücke sich darin aus, dass es in der journalistischen Berichterstattung immer weniger um das 'Was', 'Wo', 'Wann' und 'Wer' gehe und immer mehr um das 'Warum'. Dieses 'Warum' bezeichnet Salgado und Strömbäck zufolge vor allem die Bedeutung oder den Kontext der verifizierbaren Fakten. Die Autoren sehen hierin ein Ringen um die Deutungshoheit über die Fakten, welches vor allem aus dem Rollenselbstverständnis der dem *watchdog journalism* zuzurechnenden Journalisten resultiert (vgl. Salgado & Strömbäck, 2012). Auch Eriksson und Östman befassen sich mit dem interpretativen Charakter politischer Berichterstattung. Ihnen zufolge hat die interpretative und kritische Berichterstattung über Politik im Laufe der letzten Jahrzehnte zugenommen. Die Autoren bezeichnen dies als „autonomous attitude towards politicians“ (Eriksson & Östman, 2013, S. 3), die im Einklang mit den professionellen Normen des *watchdog journalism* sei. Diese Annahme gründen die Autoren unter anderem auf eine Studie Erikssons zum Nachrichtenjournalismus in Schweden. Darin geht er der Frage nach, wie Interviews mit Politikern editiert und im redaktionellen Kontext eingebettet werden. Untersucht wurden Nachrichtensendungen des schwedischen Fernsehens aus den Jahren 1978, 1993 und 2003. Die Nachrichtensendungen wurden auf die Aspekte *narrative structure*, *framing discourse techniques* und *visual techniques* hin untersucht. Erikssons zentrale Schlussfolgerung ist, dass die, von ihm so bezeichnete, journalistische Initiative im Zeitverlauf zugenommen habe. Der Nachrichtenjournalismus habe sich von der Rolle eines Mediators oder Befragers hin zu einem Interpreten oder kritischen Befragter entwickelt (vgl. Eriksson, 2011). Zu einem ähnlichen Ergebnis kam Hallin bereits im Jahr 1992, als er die Fernseh-Berichterstattung über Präsidentschafts-Wahlen in der USA untersuchte. Der Autor stellt hier fest, dass der

Journalist und nicht mehr der Kandidat der primäre Kommunikator in der Fernsehberichterstattung über die Wahlen sei (vgl. Hallin, 1992).

Andere Autoren betonen hingegen, ganz im Sinne des *exchange models* oder des *expanded framework* nach Blumler und Gurevitch, einen eher kooperativen Stil bei der politischen Berichterstattung. So beschreibt Schudson die Sammlung politischer Nachrichten als eine interinstitutionelle Kollaboration zwischen politischen Berichterstattern und den Personen, über die sie berichten: „Officials or their media advisers and spokespeople are themselves parajournalists, seeking to prompt journalists to provide favorable coverage.“ (Schudson, 2002, S. 251) Bei Blumler und Gurevitch ist gar die Rede davon, dass Journalisten und Politiker im Zuge des Prozesses der Produktion politischer Nachrichten eine „subtly composite unit“ (Blumler & Gurevitch, 1995, S. 26) bilden. Weiterhin bemerkenswert ist, dass die beiden Autoren die Prozesshaftigkeit der Nachrichtenproduktion betonen. Dieser Prozess wird in der wissenschaftlichen Literatur oftmals als ein Aushandlungsprozess beschrieben, an dessen Ende das publizierte journalistische Produkt steht. Um die zahlreichen Widersprüche und Verdächtigungen zwischen den journalistischen und den politischen Akteuren zu überwinden, seien Aus- und Verhandlungen sowie, vor allem auf journalistischer Seite, die Verifikation und die Beurteilung von Informationen notwendig. Am Ende dieses Prozesses steht laut Mancini eine Lösung für die Probleme, die aus den unterschiedlichen Zielen der Journalisten und Politikern entstehen (vgl. Franklin, 2003, S. 46f.; Mancini, 1993, S. 34f.).

4.1 Rahmenbedingungen der Nachrichtenproduktion

Der nächste Schritt zur Entwicklung eines Verständnisses der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern besteht nun darin, zu klären, welche sozialen Bedingungen die Produktion politischer Nachrichten umrahmen. Der Fokus liegt dabei – den bisherigen Ausführungen entsprechend – auf den Austausch- und Verhandlungsprozessen zwischen Journalisten und Politikern. Da in dieser Arbeit Vertrauen in einem professionellen Kontext untersucht werden soll, ist es entscheidend, ein Verständnis von den spezifischen Charakteristiken dieser Beziehung, die bedeutend für das Vertrauen zwischen den Akteuren sind, zu entwickeln. Zu diesem Zweck wird das bereits in Kapitel 2.4 vorgestellte *expanded framework* nach Blumler und Gurevitch Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen sein. Zur Erinnerung folgt noch einmal dessen zentrale Aussage:

„Media-disseminated political communications derive from interactions between (1) two sets of mutually dependent and mutually adaptive actors, pursuing divergent (though overlapping) purposes, whose relationships with each other are typically (2) role-regulated, giving rise to (3) an emergent shared culture, specifying how they should behave toward each other, the ground rules of which are (4) open to contention and conflicting interpretation, entailing a potential for disruption,

which is often (5) controlled by informal and/ or formal mechanisms of conflict management.“
(Blumler & Gurevitch, 1995, S. 32.)

Durch Blumlers und Gurevitchs Ansatz wird es möglich, das komplexe Geflecht aus wechselseitigen Abhängigkeiten, widerstrebenden Rollenorientierungen und dem allgegenwärtigen Konflikt zwischen Nähe und Distanz nachvollziehbar darzustellen. Obwohl das *expanded framework* bereits im Jahr 1981 vorgestellt wurde, erscheinen seine grundlegenden Annahmen nach wie vor zutreffend. Um den Ansatz dem vorliegenden Erkenntnisinteresse entsprechend anzureichern, werden seine fünf Bestandteile im Folgenden mit aktueller Forschungsliteratur zusammengebracht.

4.1.1 Wechselseitige Abhängigkeit und Anpassung

Wie bereits in Kapitel 2 gezeigt wurde, sind der Journalismus und die Politik strukturell gekoppelt. Bezogen auf die Akteursebene gehen Blumler und Gurevitch von zwei *sets* wechselseitig abhängiger und wechselseitig anpassungsfähiger Akteure aus. Diese Akteure, Journalisten und Politiker, verfolgen voneinander abweichende, aber dennoch überlappende Ziele. Ferner richten sich beide Akteursgruppen im Wesentlichen an das selbe Publikum, wenn auch mit unterschiedlicher Motivation. Journalisten wollen ihre Rezipienten informieren, gegebenenfalls 'wachrütteln' und auch unterhalten. Ebenfalls sind große Reichweiten für sie bedeutend, für private Medienorganisationen mehr als für öffentlich-rechtliche. Politiker hingegen möchten möglichst in einem Licht gesehen werden, das ihnen für ihre politische Strategie erfolgversprechend zu sein scheint und für ihre politischen Inhalte werben. Dies kann auch bedeuten, dass Politiker Journalisten nutzen, um sich gegen parteiinterne Konkurrenten durchzusetzen, etwa indem sie eine alternative Sichtweise auf ein Thema präsentieren oder gar versuchen, ihre politischen Konkurrenten in den eigenen Reihen zu diskreditieren. Letztendlich ist das zentrale Ziel von Politikern im Umgang mit Massenmedien die Sicherung oder Erlangung von Macht (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 32f.; Cook, 2005; Franklin, 2003; Jarren & Donges, 2011). Die besondere Bedeutung, die Journalisten und Politiker füreinander haben, wird in der bereits in Kapitel 1.2 erwähnten Studie von Olaf Hoffjann und Michael Lohse aus dem Jahr 2016 deutlich. In ihrer Befragung deutscher Journalisten und Politiker auf Bundes- und auf Landesebene unterstrichen die Angehörigen beider Akteursgruppen die Bedeutung der jeweils anderen Seite. So gaben 35,1% der befragten Journalisten auf Bundesebene an, dass Gespräche mit Politikern und anderen politischen Akteuren den größten Raum in ihrer Arbeitszeit einnehmen. Auf Seiten der Bundespolitiker gaben 86% der Befragten an, dass die politische Berichterstattung eine hohe Relevanz für den politischen Erfolg habe (vgl. Hoffjann & Lohse, 2016, S. 204). In der wissenschaftlichen Literatur ist häufig von einem Tausch von Informationen gegen Publizität

die Rede, wenn die Beziehung zwischen Journalisten und Politikern charakterisiert werden soll (vgl. etwa Cook, 2005, S. 91; Franklin, 2003; Tenscher, 2003, S. 53). Sarcinelli bezeichnet dies als ein „Tauschverhältnis mit wechselseitiger Abhängigkeit“ (Sarcinelli, 1991, S. 477). Die Idee eines Interaktionszusammenhangs, der einem Tauschgeschäft gleicht, greift auch Jochen Hoffmann in seiner 2003 erschienenen Dissertation auf und betont die empirische Evidenz des „Tauschverhältnisses 'Information gegen Publizität'“ (Hoffmann, 2003, S. 251). So sprechen 47 der 50 in seiner Studie befragten Journalisten und Politiker diesen Aspekt mindestens einmal in den Interviews an. Hoffmann bezeichnet das Tauschverhältnis Information gegen Publizität gar als Ausdruck journalistischer wie politischer Professionalität (vgl. ebd., S. 252f.).

Um im Gefüge wechselseitiger Abhängigkeiten ihre Ziele erreichen zu können, müssen Journalisten und Politiker die Heuristiken, Arbeitsweisen und sachlichen Zwänge des jeweils anderen kennen und zu einem gewissen Grad darauf eingehen. Schudson befindet bezogen auf Politiker in diesem Zusammenhang: „effective politicians must learn to master the arts of media publicity.“ (Schudson, 2002, S. 251) Konkret bedeutet dies, dass Politiker Kenntnisse über die Arbeitsweisen und *constraints* moderner Nachrichtenredaktionen haben müssen, um sich im Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit durchsetzen zu können. Dazu gehört zum einen das Wissen über die verschiedenen Anforderungen und Formate der jeweiligen Nachrichtenmedien. Im Idealfall sind politische Informationen auf die Erzählstrukturen und Präsentationsformen der journalistischen Gegenseite zugeschnitten. Journalisten befinden sich ferner im Wettbewerb mit Kollegen um möglichst schnelle und faktisch korrekte Berichterstattung. Daraus folgt ein hoher Zeitdruck für Journalisten, insbesondere bei unerwartet auftretenden Ereignissen. Politiker haben ihre kommunikativen Strukturen diesem Umstand angepasst (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 32f.; Mazzoleni & Schulz, 1999, S. 249).

Journalisten auf der anderen Seite sind, um ihre Aufgabe als kritischer Beobachter, Sammler und Vermittler von Informationen aus dem politischen System erfüllen zu können, ebenfalls gezwungen, möglichst nah an die Objekte ihrer Berichterstattung heranzukommen. Dazu sind Kenntnisse über die Abläufe im politischen Tagesgeschehen unabdingbar. Gleichzeitig orientieren sich Journalisten an der Bedeutung, die der entsprechende Politiker in seiner Partei hat. Bedeutendere Akteure erhalten entsprechend mehr Aufmerksamkeit. Auch hierin lässt sich eine Anpassungsleistung der journalistischen Akteure an das politische System erkennen (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 33; Van Aelst, Sehata & Van Dalen, 2008).

Generell werden politische Anpassungsleistungen an die Medienlogik jedoch wesentlich häufiger in der wissenschaftlichen Literatur thematisiert als der umgekehrte Fall. Dass dies auch eine empirische Berechtigung hat, deutet sich in verschiedenen Studien an. So konnten

Hoffmann und Lohse für die deutsche Bundesebene nachweisen, dass das Wissen der Politiker um die Selektionskriterien der Journalisten größer ist als umgekehrt (vgl. Hoffmann & Lohse, 2016, S. 208). Hoffmann kommt gar zu dem Schluss, dass Journalisten eine große Medienkompetenz bei Politikern voraussetzen, umgekehrt jedoch verweigern, sich ein professionelles Expertenwissen bei bestimmten politischen Themen anzueignen (vgl. Hoffmann, 2003, S. 259ff.).

4.1.2 Regulation durch Berufsrollen

Durch die Beschreibung der Beziehungen als *role-regulated* schließen die Autoren Blumler und Gurevitch ihr Framework an die soziologische Rollentheorie an. Diese bereits in Kapitel 2.1.1.1 erwähnte Sichtweise erklärt im vorliegenden Fall Journalisten und Politikern zu Trägern jeweils spezifischer beruflicher Rollen. Rollenhandeln ist demnach vor allem von Erwartungen und Erwartungserwartungen geprägt. Blumler und Gurevitch zufolge profitiert ihr *expanded framework* gleich in dreifacher Weise von der Betrachtung der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern als rollen-regulierte Interaktionsgeschichte. Erstens werde es so möglich, das Verhalten politischer Kommunikatoren durch Verortung in ihren jeweiligen Organisationen zu beschreiben. Wie bereits in Kapitel 2.1.1.1 geschildert, sind es die Organisationen, im vorliegenden Fall Medienunternehmen und Redaktionen für die Journalisten und Parteien für die Politiker, in denen die beruflichen Rollen definiert und eingenommen werden (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 34). Bei Gabarro ist zu lesen, dass professionelle Beziehungen erst durch die beruflichen Rollen der beteiligten Personen entstehen:

„Roles and role expectations are part of the context of all social interaction, but they are even more pervasive and are more explicitly defined in working relationships, particularly when they occur within or across organizational hierarchies. Most working relationships develop between people by virtue of their roles. In this respect, people begin with an institutionalized role relationship, often before they have begun to develop an actual working relationship.“ (Gabarro, 1990, S. 95)

Für den vorliegenden Fall der Interaktionen von Journalisten und Politikern leuchtet dies ein. Doch berufliche Rollen führen Akteure nicht nur zusammen, sie regeln auch den weiteren Verlauf der Beziehung. Sowohl Journalisten als auch Politiker sind darauf angewiesen, eine gewisse Stabilität und Routine in ihrer täglichen Arbeit vorzufinden, um die komplexen Herausforderungen bewältigen zu können. Es gilt, sich in einem dynamischen Verhältnis von Nähe und Distanz zu orientieren. Die beruflichen Rollen von Journalisten und Politikern leisten dies durch mehr oder weniger klar definierte Erwartungen, die an sie gebunden sind. Diese Erwartungen umfassen Vorstellungen von der zu bewältigenden Aufgabe – im vorliegenden Fall der Produktion politischer Nachrichten – und dem gewünschten Ergebnis, von der Art und Weise der Zusammenarbeit sowie davon, wie die beteiligten Akteure unabhängig voneinander an der Aufgabe arbeiten (vgl. Gabarro, 1990, S. 101ff.; Jarren & Donges, 2011, S. 240ff.).

Zweitens schaffe eine Fokussierung auf die rollen-regulierte Beschaffenheit der Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern eine Verbindung zur sozio-politischen Kultur, in der sich die Akteure bewegen. Das Wissen um und die Erwartungen an die Rollen sind Teil dieser Kultur und werden an nachfolgende Generationen von Politikern und Journalisten weitergereicht, also im Sinne eines *training on the job* erlernt. Die normativen Rollenvorgaben, die sich aus der jeweiligen sozio-politischen Kultur ableiten, beschränken das Handeln von Journalisten und Politikern. Für den bundesdeutschen Fall bedeutet dies etwa, dass Journalisten Politikern keine mediale Behandlung, beispielsweise im Sinne einer unreflektiert positiven Berichterstattung, zukommen lassen, die sich außerhalb der durch ihre berufliche Rolle definierten Kompetenzen befindet. Entsprechend verbietet es die normative Berufsrolle des Politikers beispielsweise, einen Journalisten übermäßig zu bevorzugen oder besonders hart zu sanktionieren. So wird zu einem gewissen Grad eine Berechenbarkeit innerhalb der Beziehung sichergestellt (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 35; Wahl-Jorgensen, 2014, S. 313).

Drittens ermögliche es der Rückgriff auf die Konzeption beruflicher Rollen zu erklären, warum sowohl das *adversary* als auch das *exchange model* jeweils partielle Plausibilität besitzen und helfe, die Gegensätze zwischen beiden Ansätzen zu überbrücken. So setzen laut Blumler und Gurevitch Austauschprozesse ein, wenn die berufliche Rolle mindestens einer Seite Kooperation mit der Gegenseite erfordere. Die Gegnerschaft, welche das *adversary model* betont, komme hingegen zum Tragen, wenn die jeweiligen Rollen die Akteure 'auf einen Kollisionskurs manövrieren' (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 36).

4.1.3 Entstehung einer gemeinsam geteilten beruflichen Kultur

Die zuvor beschriebenen gegenseitigen Abhängigkeiten, die wechselseitige Anpassungsfähigkeit und das Bewusstsein für die eigene berufliche Rolle ebenso wie für die berufliche Rolle des Gegenübers deuten auf einen Interaktionszusammenhang hin, in dem die beteiligten Akteure sich nach bestimmten Regeln verhalten. In dem hier besprochenen Rahmenwerk nach Blumler und Gurevitch wird dies als *emergent shared culture* bezeichnet. Andere Autoren verwenden analog zur politischen Kommunikationskultur Begriffe wie etwa *routines* (vgl. Shoemaker & Reese, 2014, S. 168ff.) oder formalisierte Beziehungen (vgl. Jarren & Donges, 2011, S. 243ff.). Im geteilten Prozess der Nachrichtenproduktion müssen sich die beteiligten Journalisten und Politiker demnach zumindest zu einem gewissen Grad darauf verlassen können, dass bestimmte Verhaltensregeln eingehalten werden: „In any continuing relationship based on mutual dependence and need, a culture, structuring all the areas of behaviour in which both sides regularly interact, tends to emerge.“ (Blumler & Gurevitch, 1995, S. 36) Es entwickeln

sich dementsprechend gemeinsam geteilte Verhaltensregeln, welche sich als Normen beschreiben lassen. Ein Ausdruck dieser gemeinsam geteilten Verhaltensregeln für den Fall der Bundesrepublik Deutschland ist etwa die dreistufige Klassifizierung politischer Informationen. Diese gibt an, ob und wie diese Informationen veröffentlicht werden dürfen. Die Regelung ist in Paragraph 16 der Satzung der Bundespressekonferenz festgeschrieben, findet aber auch in anderen Zusammenhängen der politischen Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland Anwendung:

„Die Mitteilungen auf den Pressekonferenzen erfolgen:
unter 1. zu beliebiger Verwendung oder
unter 2. zur Verwendung ohne Quelle und ohne Nennung des Auskunftgebenden oder
unter 3. vertraulich.“ (Satzung der Bundespressekonferenz e.V., §16)

Dabei ist zu beachten, dass der Journalismus und die Politik jeweils über eigene Normen verfügen, die das Handeln der hier besprochenen Akteure beeinflussen. Somit liegt es nahe, dass die *emergent shared culture* zwischen Journalisten und Politikern weder den Normen des Journalismus noch jenen der Politik entgegenstehen darf. Dies soll nicht bedeuten, dass es in Einzelfällen nicht zu einem Verstoß von Politikern oder Journalisten gegen die jeweils geltenden Normen kommen kann:

„The norms of that culture then (1) regulate the relationship, (2) get embedded in behavioural routines which often assume the status of precedents to be followed in the future, (3) are points of reference when disputes arise over alleged failures to respect existing ground rules or demands to change them, and (4) revert to and become absorbed into the internal role definitions of the respective actors.“ (Blumler & Gurevitch, 1995, S. 36)

Aus dieser Beschreibung geht hervor, dass es Merkmal einer politischen Kommunikationskultur ist, Normen und Routinen auszubilden und auf Dauer zu stellen. Bezogen auf das Erkenntnisinteresse sind hier insbesondere die verschiedenen Interaktionsformen von Journalisten und Politikern relevant. In der Konsequenz werden sie in Kapitel 4.2 noch einmal gesondert thematisiert.

4.1.4 Konfliktentstehung und Konfliktaustragung

In dieser Arbeit ist bereits wiederholt die stellenweise Konflikthaftigkeit des Verhältnisses zwischen Journalisten und Politikern angeklungen. Blumler und Gurevitch identifizieren drei unterschiedliche Quellen von Konflikten. Diese sind so abstrakt gewählt, dass sie alle üblichen Konflikte zwischen Journalisten und Politikern erfassen. Die erste Quelle von Konflikten zwischen Journalisten und Politikern sehen die Autoren in den unterschiedlichen Erwartungen an politische Kommunikation. So sind Politiker „vor allem daran interessiert, ihre Problemdeutungen und Themen möglichst optimal, d.h. den jeweiligen politischen Machtinteressen entsprechend, darzustellen.“ (Jarren & Röttger, 1999, S. 204) Sie sehen in der politischen Kommunikation dementsprechend ein Persuasions-Werkzeug, auf das sie und ihre politischen

Konkurrenten zugreifen können. Journalisten hingegen sehen in der politischen Kommunikation ein Feld der Berichterstattung, das gleichberechtigt neben vielen anderen steht. Die wichtigste Leitmaxime in liberal-demokratischen Gesellschaften ist hier der Dienst am Publikum (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 39f.). Blumler und Gurevitch weisen darauf hin, dass auch Spitzenpolitiker ungeachtet ihres grundsätzlich hervorragenden Zugangs zu massenmedialer Berichterstattung zum Objekt stark negativer Berichterstattung werden können. Die Tatsache, dass die betroffenen Politiker sich nur selten gegen solche Berichterstattung wehren, sehen die Autoren als Beleg dafür, dass entweder das System der Nachrichtenwerte auch von Politikern anerkannt werde, oder dass diese schlicht jeden Widerspruch als aussichtslos oder gar kontraproduktiv einstufen (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 37f.). Skandalisiert nun ein Journalist tatsächliches oder vermeintliches Fehlverhalten eines Politikers und der betroffene Politiker ergreift dennoch Maßnahmen gegen den Journalisten, liegt ein Konflikt vor, der in den unterschiedlichen Vorstellungen von politischer Kommunikation begründet ist (vgl. Hoffmann, 2003, S. 234f.).

Die zweite Quelle von Konflikten zwischen Journalisten und Politikern betrifft laut Blumler und Gurevitch die Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs über politische Themen und somit das *agenda setting*. So sei die Rolle der Massenmedien im politischen Diskurs zwar prägend, jedoch seien sie nicht – wie etwa Politiker – durch demokratische Wahlen legitimiert. Oftmals werden die Medien neben Judikative, Legislative und Exekutive als 'Vierte Gewalt' bezeichnet. Bemängelt wird in diesem Zusammenhang oft, dass sie aufgrund des Fehlens einer vergleichbaren Legitimierung jedoch nicht im gleichen Maße bei Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen werden können, wie die anderen drei genannten Gewalten (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 40; Brants, de Vreese, Möller, Van Praag, 2009, S. 27; Kepplinger/ Marx 2008: 193f.). Der Aspekt der Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs wird in Kapitel 4.3 ausführlicher behandelt. Dabei werden die wechselnden Machtverhältnisse im Prozess der Produktion politischer Nachrichten thematisiert.

Eine dritte Quelle von Konflikten bestehe schließlich in der Frage nach der Verantwortung für misslungene politische Kommunikation. Eine mögliche Ausprägung eines solchen Konfliktes könne etwa der Vorwurf von politischer Seite an den Journalismus sein, komplexe politische Inhalte zu sehr der Logik der Massenmedien zu unterwerfen (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 40f.; Kepplinger & Marx, 2008, S. 193f.). Wie Brants und Kollegen – zumindest für den niederländischen Kontext – ferner nachweisen, tendieren Politiker, die mit ihrer medialen Repräsentation unzufrieden sind, dazu, den Journalismus für dysfunktional zu halten (vgl. Brants, de Vreese, Möller, Van Praag, 2009, S. 35).

Mit der Frage, wie Konflikte zwischen Journalisten und Politikern ausgetragen werden, befasst sich unter anderem Jochen Hoffmann in seiner Dissertationsschrift. Die übergroße Mehrheit (90,1 Prozent) der in seiner Arbeit untersuchten Konfliktfälle waren durch journalistisches Handeln begründet. Hoffmann begründet dies mit dem Problem der Kontingenzbewältigung, welches sich für Politiker wesentlich häufiger stellt, da Journalisten und journalistisches Handeln schwer zu kontrollieren sind. Entsprechend konzentrieren sich die meisten Aussagen der von Hoffmann befragten Journalisten und Politiker auf Konfliktaustragungsstrategien der Politik. Die in der Befragung am häufigsten genannte Konfliktaustragungsstrategie ist das persönliche Gespräch. Dieses bewerten sowohl die meisten von Hoffmann befragten Journalisten als auch Politiker als die erfolgversprechendste Form der Konfliktaustragung (vgl. Hoffmann, 2003, S. 281).

Es liegt nahe, dass Journalisten und Politiker die ihnen zur Verfügung stehenden Formen der Konfliktaustragung nicht zur tatsächlichen Anwendung bringen müssen, damit diese eine gewisse Wirkung entfalten können. Schon ihre bloße Androhung kann eine strategische Perspektive eröffnen. Journalisten und Politikern stehen unterschiedliche jeweils exklusive Drohpotentiale zur Verfügung. Das exklusive journalistische Drohpotential ist die negative Berichterstattung. Denkbar ist auch eine positive Berichterstattung über politische Mitbewerber als Druckmittel im Umgang mit Politikern. Wie Hoffmann in seiner Studie herausarbeitet, wird die negative Berichterstattung jedoch insbesondere von den Journalisten selbst als eine wenig erfolgversprechende Art der Konfliktaustragung angesehen. Die von Hoffmann befragten Politiker schätzen die Wirksamkeit einer negativen Berichterstattung höher ein. Dies legt den Schluss nahe, dass die negative Berichterstattung am ehesten als passives Drohpotential anzusehen ist, ähnlich einem 'Damoklesschwert', welches über dem Kopf des Politikers schwebt.

Das exklusive Drohpotential der Politiker ist, den Journalisten vom Informationsfluss abzuschneiden. Insbesondere die von Hoffmann befragten Politiker halten diese Art der Konfliktaustragung für erfolgversprechend. Allerdings sehen die befragten Journalisten diese Art der Konfliktaustragung als wesentlich weniger erfolgversprechend an. Möglicherweise zeigt die Erfahrung des journalistischen Berufsalltages, dass es verschiedene Wege gibt, an relevante Informationen zu gelangen. Jochen Hoffmann weist darauf hin, dass das öffentliche Austragen von Konflikten für beide Seiten Gefahren birgt (vgl. ebd, 283). Auch in anderen Arbeiten wird auf den großen Aufwand für die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Interaktionszusammenhangs zwischen Journalisten und Politikern hingewiesen (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 17). Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Arbeit von Larsson aus dem Jahre 2002. Ihm zufolge seien beide, Journalisten wie Politiker, bestrebt, die Balance in der Beziehung

aufrechtzuerhalten. Dazu räumten sich die Akteure wechselseitig und temporär gewisse Vorteile ein, Larsson spricht von einem „*manoeuvring space*“ (Larsson, 2002, S. 28).

4.2 Interaktionsformen von Politikern und Journalisten

Blumler und Gurevitch beschreiben Politiker und Journalisten als zwei Gruppen von Akteuren, die sich in wiederkehrenden Interaktionsmustern befinden. Diese Interaktionsmuster haben den Autoren zufolge zweierlei Ausprägungen: Zum einen seien die Angehörigen politischer und Medienorganisationen damit befasst, die Grenzen zwischen ihren Herkunftssystemen zu definieren und aufrechtzuerhalten. Dazu gehöre auch die Pflege von Kontakten und die Regulierung der Beziehungen zwischen den Journalisten und Politikern. Dieses erste Interaktionsmuster hat somit den Zweck, Konflikte zu lösen, wo sie entstehen und insgesamt funktionierende Arbeitsbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern zu ermöglichen. Die zweite und wesentlich häufigere Art von Interaktionsmuster seien Formen des Austauschs zwischen Journalisten und Politikern, die auf die Produktion politischen Outputs gerichtet sind. Die Autoren sprechen hiermit zweierlei Kontexte an, in denen die Produktion politischen Outputs, beziehungsweise politischer Nachrichten, erfolgen kann: formalisierte Kontexte, wie etwa Pressekonferenzen oder Interviews, und informelle Kontexte, wie etwa zufällige Begegnungen, Vier-Augen-Gespräche oder 'Hintergrundkreise' (vgl. Blumler & Gurevitch, 1995, S. 17). Otfried Jarren und Patrick Donges sehen in den formalisierten und informellen Formen der Interaktion interdependente Prozesse, in denen die Medienberichterstattung gewissermaßen ausgehandelt wird (vgl. Jarren & Donges, 2011, S. 241).

Die formalisierten Interaktionsmuster können als Ausdruck der in Kapitel 4.1.3 beschriebenen gemeinsam geteilten beruflichen Kultur begriffen werden. Im Folgenden wird in diesem Zusammenhang der Begriff 'Interaktionsformen' genutzt. Eine häufige formalisierte Interaktionsform sind Pressekonferenzen, die oftmals als nachrichtenwerte politische Ereignisse in die politische Berichterstattung aufgenommen werden. Otfried Jarren und Patrick Donges bezeichnen Pressekonferenzen als „das zentrale Strukturelement für die formalisierten Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten“ (Jarren & Donges, 2011, S. 244). Sie sind oftmals öffentlich und zumindest entsprechend akkreditierten Journalisten frei zugänglich. Möchte man ein ökonomisch geprägtes Bild verwenden könnte man sagen: Auf Pressekonferenzen bieten Politiker Informationen zur Veröffentlichung an. Die Journalisten können entscheiden, ob sie die angebotenen Informationen in ihre Berichterstattung einfließen lassen. Das bekannteste Beispiel aus dem bundesdeutschen Kontext ist die Bundespressekonferenz. Sie ist ein Zusammenschluss hauptberuflicher Journalisten, die für deutsche Medien aus Berlin oder Bonn

berichten. Jeden Montag, Mittwoch und Freitag findet hier unter anderem die Regierungspressekonferenz statt, bei der der Regierungssprecher und die Sprecher der Ministerien, nach einführnden Erläuterungen, die Fragen der Journalisten beantworten.

Auf Pressekonferenzen werden für gewöhnlich wenig brisante Informationen mitgeteilt. Ferner gibt es hier in der Regel keine Absprachen darüber, wie Journalisten die erhaltenen Informationen verwenden dürfen. Typischerweise beginnt eine Pressekonferenz mit einem vorbereiteten Statement des einladenden Politikers, womit der thematische Rahmen der Pressekonferenz gesetzt wird. Daran schließt sich für gewöhnlich der 'Frage-Antwort-Teil' an, bei dem die Journalisten eine aktive Rolle einnehmen können und Gelegenheit haben, auch kritische Fragen zu stellen. Obwohl Politiker in der Regel die Hausherrn bei Pressekonferenzen sind, kann es durchaus vorkommen, dass sie sich einer sehr aggressiven Befragung durch die Journalisten ausgesetzt sehen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Journalisten ihre berufliche Rolle im Sinne eines 'kritischen Berichterstatters' ausdeuten (vgl. Eriksson & Östman, 2013, S. 17). Obwohl im Rahmen von Pressekonferenzen selten brisante Informationen mitgeteilt werden, können Journalisten durch gezielte Fragen für sie wertvolle Einblicke erhalten, die über die reinen Informationen hinausgehen. Die Wirkung des Politikers bei der Pressekonferenz oder auch mit wem er sich dort zeigt, können ferner interessante Aspekte sein und helfen, die mitgeteilten Informationen in einen weiteren Rahmen einzuordnen.

Neben Pressekonferenzen ist das politische Interview eine weitere häufige Art der formalisierten Interaktion zwischen Journalisten und Politikern, die das Ziel verfolgt, den Nachrichtenproduktionsprozess zu initiieren. Die Initiative kann dabei sowohl vom Journalisten als auch vom Politiker ausgehen. In aller Regel haben politische Interviews einen gewissen zeitlichen Vorlauf, so dass beide Seiten sich umfassend darauf vorbereiten können. Journalisten fragen Politiker vornehmlich dann für Interviews an, wenn sie zu einem bestimmten Thema recherchieren möchten. Oftmals sagen Politiker allerdings nur unter der Bedingung zu, dass sie, zumindest zu einem bestimmten Anteil, ihnen besonders wichtige Themen im Interview unterbringen können. Dieser Aspekt wird im Kapitel zur *agenda-building*-Phase des Nachrichtenproduktionsprozesses noch eingehender thematisiert (vgl. Hoffmann, 2003, S. 259; McNair, 2000, S. 100ff.).

Auch die klassische Pressemitteilung gehört in den Bereich der formalisierten Interaktionsformen zwischen Journalisten und Politikern. Allerdings bemerken Jarren und Donges, dass die Pressemitteilung nur noch einen geringen Grad an Formalisierung aufweist. So sei der Journalist weitestgehend frei in seiner Entscheidung, in welcher Form die Pressemitteilung eine Rolle

bei seiner Berichterstattung spiele. Allerdings gelte es, Sperrfristen zu beachten (vgl. Jarren & Donges, 2001, S. 246).

Informelle Formen der Interaktion zwischen Journalisten und Politiker lassen sich naturgemäß weniger präzise beschreiben und in ihrer Bedeutung einordnen. Eine zentrale Ausprägung informeller Interaktionsformen sind jedoch die sogenannten Hintergrundkreise. Journalisten schließen sich in diesen Kreisen zusammen, um besseren Zugang zu exklusiven Informationen zu erhalten. Die oftmals exklusiven Informationen bieten sowohl dem Journalisten als Individuum als auch dem Medienunternehmen, dem er angehört, die Gelegenheit, sich von der Konkurrenz abzusetzen. Hintergrundkreise werden von Journalisten oder auch von Politikern als vertrauliches Kommunikationsforum ins Leben gerufen und unterhalten. Sie sind zumeist streng reglementiert, Vertrauensbrüche führen zum Ausschluss. Diese Hintergrundkreise können eine Größe von nur einigen wenigen bis hin zu mehreren Dutzend Journalisten umfassen. Fraglich ist allerdings, ob 'Hintergrundkreise' mit 30 oder mehr Journalisten tatsächlich noch ein Forum für Vertrauliches sein können, oder ob sie eher den Charakter einer Pressekonferenz haben. Oft weisen die den jeweiligen Hintergrundkreisen angehörigen Journalisten ein verbindendes Element auf. Dies kann die Mediengattung, die politische Überzeugung oder das Feld der Berichterstattung sein. Die Informationen aus Hintergrundkreisen sind in aller Regel 'Unter Drei', also vertraulich zu behandeln und dienen eher der Einordnung politischer Vorgänge als der tatsächlichen Veröffentlichung. Hintergrundkreise können von Politikern auch im Vorfeld bedeutsamer Ereignisse genutzt werden, um die Berichterstattung in eine bestimmte Richtung zu lenken. So kann beispielsweise bei einem bevorstehenden Rücktritt eines politischen Amts- oder Mandatsträgers vorab über einen Hintergrundkreis eine bestimmte Deutung der Umstände des Rücktritts an ausgewählte Journalisten vermittelt werden. Otfried Jarren und Patrick Donges zufolge können Hintergrundkreise drei verschiedenen Zwecken dienen. Erstens würden Hintergrundkreise von Politikern genutzt, um Argumente und politische Argumente zu prüfen. Solche Hintergrundkreise setzen sich in aller Regel aus Journalisten zusammen, die dem jeweiligen Politiker ideologisch nahestehen. Zweitens bestünden Hintergrundkreise, in denen Politiker die vielfältigen Kontakte der Journalisten nutzen, um ihrerseits an Informationen zu gelangen. Zum dritten weisen die Autoren darauf hin, dass insbesondere ranghohe Journalisten, wie etwa Chefredakteure oder Leitartikler, für Politiker eine besondere Bedeutung haben und gerne in die entsprechenden Hintergrundkreise aufgenommen werden. Sie können für den Politiker durch ihren Einfluss und ihre Fachkenntnis zu wichtigen Kooperationspartnern werden (vgl. Jarren & Donges, 2011, S. 247f.). Die besondere Bedeutung von Gesprächskreisen für die Journalisten, etwa im Vergleich zu Pressekonferenzen, konnte auch Barbara Pfetsch in einer 2003

erschienenen Studie nachweisen. So gaben zwar insbesondere politische Sprecher an, dass die Bundespressekonferenz ein wichtiges Forum für den Informationsaustausch ist. Unter den befragten Journalisten hingegen war jeder zweite der Ansicht, dass die Bundespressekonferenz unwichtig für die eigene Arbeit sei. Beide Akteursgruppen hingegen halten politische Gesprächskreise und persönliche Netzwerke für bedeutsam (vgl. Pfetsch, 2003, S. 178 ff.).

Eine weitere Interaktionsform, die gänzlich informell und zudem ungeplant ist, ist das zufällige persönliche Treffen. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere im kommunalen Raum persönliche Begegnungen im privaten oder beruflichen Kontext eine Rolle spielen und mitunter zum Informationsaustausch genutzt werden (vgl. Davis, 2009, S. 210ff.).

4.3 Die Produktion politischer Nachrichten als Prozess mit wechselnden Machtverhältnissen

Neben den Interaktionsformen zwischen Journalisten und Politikern werden in dieser Arbeit ferner die taktischen Aspekte der Beziehung als besonders vertrauensrelevante Aspekte der politischen Kommunikationskultur angesehen. Blumler und Gurevitch beschreiben, dass die gemeinsam geteilte Kultur auch aus einem fortlaufenden, taktischen Prozess entstehe, in dem die Akteure versuchen, sich gegenseitig zu ihrem jeweiligen Vorteil zu beeinflussen. Im Endeffekt kann dies als ein Ringen um die Deutungshoheit über die mediale Berichterstattung interpretiert werden. In diesem Zusammenhang wird in der Forschung häufig die Frage aufgeworfen, ob der Journalist oder der Politiker bei der Produktion politischer Nachrichten die Oberhand hat, oder ob sich die Machtverhältnisse gar während des Prozesses wandeln. Die Relevanz dieser Frage für die vorliegende Arbeit liegt in dem Risiko, welches das Eingehen einer Interaktion mit einem machtvolleren Partner bedeuten kann, begründet. Wie später noch zu zeigen sein wird, ist das Eingehen eines Risikos eine zwingende Voraussetzung für eine interpersonale Vertrauenshandlung. Die in der Journalismusforschung zu gewisser Bekanntheit gelangte *dance metaphor* des US-amerikanischen Soziologen Herbert J. Gans vergleicht das Verhältnis zwischen Journalisten und ihren Quellen mit einem Tanz:

„The relationship between sources and journalists resembles a dance, for sources seek access to journalists, and journalists seek access to sources. Although it takes two to tango, either sources or journalists can lead, but more often than not, sources do the leading.“ (Gans, 1980, S. 116)

Die der Metapher von Gans zugrundeliegende Annahme, dass die Quellen der Journalisten, im vorliegenden Fall also die Politiker, die Oberhand in der Beziehung haben, resultiert aus der Vorstellung, dass sie den Zugang zu den für die Journalisten relevanten Informationen kontrollieren. Klassischerweise trifft dies auch in einem gewissen Maße zu. Durch ihr Wissen um die Funktionsweisen und Routinen des modernen Nachrichtenjournalismus können Politiker und

andere politische Kommunikatoren ihre Versuche, die journalistische Agenda zu beeinflussen, recht gezielt ansetzen (vgl. Schudson 1989).

Tatsächlich scheinen die Machtverhältnisse jedoch variabler zu sein, als Gans' Metapher sie darstellt. So verfügen auch Journalisten über wirkungsvolle Ressourcen und strategische Potentiale. Wie bereits erwähnt, zwingt die journalistische Fixierung auf Nachrichtenwerte Politiker und deren Berater bereits bei der Auswahl zur massenmedialen Verbreitung geeigneter Themen dazu, sich anzupassen. Die letztendlich publizierten Nachrichten liegen in der Regel außerhalb des Einflussbereichs der Politiker. So entscheiden Journalisten nicht nur ob, sondern auch wie, wann und wo sie die Informationen des Politikers in ihre Berichterstattung einfließen lassen. Auch entscheiden sie, welche Tonalität das journalistische Stück haben wird, ob kritische Gegenstimmen präsentiert werden oder ob die Aussagen des Politikers kritisch hinterfragt oder mit Vergangenen konterkariert werden (vgl. Blumler & Gurevitch, 1981, S. 474 f.; Cook, 2005, S. 102ff.). Der israelische Kommunikationswissenschaftler Zvi Reich erweitert die *dance metaphor* entsprechend: „[S]ources do control 'more often than not' the initial invitation to dance; after the dance has begun, it is the reporters who take command and invite other dancers to follow.“ (Reich, 2006, S. 509) So kommt Reich zu dem Schluss, dass sich der Nachrichtenproduktionsprozess in zwei Phasen unterteilen lässt. In der ersten Phase, die er *news discovery* nennt, erfährt der Journalist demnach erstmalig von dem potentiellen Nachrichtenthema. Die Phase des *news gathering* beschreibt die sich daran anschließenden Bemühungen des Journalisten, weitere Informationen zu dem Thema zu sammeln, Informationen zu validieren und weitere Quellen zu gewinnen (vgl. ebd., S. 499). Ganz ähnlich wie Reich haben weitere Autoren den Nachrichtenproduktionsprozess entlang zweier Phasen konzipiert, etwa entlang einer *interactional phase* und einer *news-construction phase* (vgl. Eriksson & Östman, 2013) oder der *news discovery* und dem *news reporting* (vgl. McManus, 1994). Auch diese Arbeit unterscheidet zwei Phasen des Nachrichtenproduktionsprozesses. Die genannten Arbeiten beschreiben die Nachrichtenproduktion allerdings fast ausschließlich aus der Perspektive der Journalisten. Um dem Ziel dieser Arbeit, das Vertrauen sowohl der Journalisten als auch das der Politiker in den jeweils anderen zu untersuchen, Rechnung zu tragen, soll die Beschreibung des Nachrichtenproduktionsprozesses mithilfe der theoretischen Konzepte *agenda setting* und *framing* erfolgen. Diese Konzepte werden es ermöglichen, sowohl die journalistischen Aktivitäten als auch die der Politiker im Nachrichtenproduktionsprozess zu beschreiben. Dabei soll insbesondere auf *agenda building* und *frame building* eingegangen werden, wodurch die Prozesshaftigkeit der Nachrichtenproduktion unterstrichen wird. So wird es möglich, sowohl die Phase der Kontrolle über die Themen, über die berichtet wird, als auch die Phase der Kontrolle über

das publizierte journalistische Produkt zu beschreiben. Es wird hier entsprechend die Ansicht vertreten, dass sich der Nachrichtenproduktionsprozess in die beiden Produktionsprozesse *agenda building* und *frame building* unterteilen lässt. Diese werden hier als *agenda building*-Phase und *frame building*-Phase des Nachrichtenproduktionsprozesses beschrieben. Die Abgrenzung zwischen beiden Phasen soll dort angesetzt werden, wo der Fokus von der Auswahl des Themas hin zu seiner Präsentation wechselt. Die Modellierung dieser beiden Phasen sowie die Darstellung der sich wandelnden Machtverhältnisse und damit einhergehend der sich wandelnden Risiken für die Beteiligten wird dabei helfen, ein möglichst zutreffendes Verständnis der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern zu entwickeln.

4.3.1 Die *agenda building*-Phase

Die *agenda building*-Phase, die hier als der erste Abschnitt des Nachrichtenproduktionsprozesses beschrieben werden soll, bezieht sich auf eines der traditionsreichsten Theoriegebäude der Kommunikationswissenschaft, die *agenda setting*-Forschung. Der Ausgangspunkt dieses Forschungszweiges kann in folgender Aussage Bernard Cohens gesehen werden, wonach die Presse „may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think *about*.“ (Cohen, 1963, S. 13; Hervorh. im Original) Es liegt auf der Hand, dass Politiker ein starkes Interesse daran haben, einen Einfluss auf die Auswahl der Themen zu nehmen, die auf die journalistische Agenda gelangen.

Von Maxwell McCombs stammt mit '*Setting the Agenda: The Mass Media and Public Opinion*' ein Standardwerk der *agenda setting*-Forschung. *Agenda setting* wird hier als ein unbeabsichtigtes Nebenprodukt journalistischen Handelns und nicht als eine Strategie der Meinungsbildung beschrieben. Vielmehr sei es ein Resultat der Notwendigkeit, zu selektieren. McCombs erläutert hierzu, dass Journalisten aller Medien nur sehr begrenzte Kapazitäten für die Präsentation von Nachrichten haben. Somit sei eine starke Selektion aus der enormen Bandbreite möglicher Nachrichtenthemen erforderlich (vgl. McCombs, 2004, S. 19 f.).

Das für die erste Phase des zweistufigen Nachrichtenproduktionsprozesses namensgebende *agenda building*, stellt die Frage nach dem Zustandekommen der medialen Agenda, genauer, nach dem Einfluss der Quellen der Journalisten auf dieses Zustandekommen. Von Barbara Pfetsch stammt eine Studie, die sich unter anderem mit den Zielen von politischen Sprechern beim Umgang mit Journalisten beschäftigt. Von den befragten politischen Sprechern in der Bundesrepublik Deutschland nannten 60 Prozent als wichtigstes Ziel den Zugang zu Kommunikationskanälen. Fast ebenso viele politische Sprecher (57,1 Prozent) gaben darüber hinaus die politische Einflussnahme auf die Medien als wichtiges Ziel an. Es kann also davon

ausgegangen werden, dass *agenda building* als Strategie der Politik weit verbreitet ist (vgl. Pfetsch, 2003, S. 221 ff.) Die politischen Akteure scheinen bei der Erreichung dieses Ziels durchaus recht erfolgreich zu sein, wie Pfetsch weiter ausführt: „So scheint es für die Akteure der Regierungskommunikation weder in den USA noch in der Bundesrepublik ein Problem zu sein, ein neues Thema auf die politische Agenda zu setzen.“ (ebd., S. 236) Wesentlich schwieriger scheint es laut Pfetsch für die Akteure der politischen Kommunikation zu sein, unliebsame Themen von der medialen Agenda verschwinden zu lassen (vgl. ebd.).

Dass die politischen Akteure bei ihren Thematisierungs-Initiativen recht erfolgreich sind, weist auch Jochen Hoffmann in seiner 2003 veröffentlichten Dissertation nach. Gerade die von ihm befragten Journalisten sprechen den Politikern ein hohes Thematisierungspotenzial zu. Die Thematisierungsbemühungen der Politiker bezogen auf die mediale Agenda werden von den von Hoffmann befragten Politikern und Journalisten zudem als wesentlich erfolgreicher als der umgekehrte Fall beschrieben (vgl. Hoffmann, 2003, S. 201ff.). In anderen Arbeiten wird in diesem Zusammenhang auch von *news management* gesprochen (vgl. Jarren & Donges, 2011, S. 184ff.; Kioussis & Strömbäck, 2014, S. 253ff.). In der vorliegenden Arbeit meint der Begriff *agenda building* auch die dem *news management* zuzurechnenden Aspekte. Bezogen auf den zu betrachtenden Fall beschreibt *agenda building* somit – ganz im Einklang mit Gans' Metapher – den Versuch der aktiven politischen Einflussnahme auf die Medienagenda. Dies kann in seiner einfachsten Form das Versenden von Pressemitteilungen bedeuten oder auch komplexere Formate wie die beschriebenen Pressekonferenzen beinhalten. So kann im Grunde jede Interaktion, beispielsweise auch zufällige Begegnungen zwischen Journalisten und Politikern, theoretisch zum *agenda building* genutzt werden (vgl. Kioussis & Strömbäck, 2014; Kioussis, Mitrook, Wu, Seltzer, 2006; Tedesco, 2011). Laut Karin Wahl-Jorgensen sind die alltäglichen zufälligen Begegnungen sogar entscheidend für die Produktion politischer Nachrichten (vgl. Wahl-Jorgensen, 2014, S. 311).

Von den im vorangegangenen Kapitel thematisierten Interaktionsformen sind ferner Pressekonferenzen im Hinblick auf *agenda building* besonders interessant für Politiker, weil sie deren Zeitpunkt, Teilnehmer und Themen bestimmen können. Doch auch für Journalisten haben die Planbarkeit und die formalisierten Abläufe von Pressekonferenzen Vorteile, etwa die Schaffung von Freiräumen für die investigative Recherche. Ferner werden auch Interviews von Politikern genutzt, um ihnen wichtige Themen auf die Agenda der Berichterstattung zu setzen. Die Journalisten sind sich dessen bewusst, benötigen aber zugleich die Informationen aus dem Interview. An diesem Beispiel lassen sich die bereits angesprochenen Austausch- und Verhandlungsprozesse zwischen Journalisten und Politikern verdeutlichen. Der Journalist beabsichtigt

in diesem Beispiel, bestimmte Informationen zu erhalten. Der Politiker kann diese liefern, möchte dafür aber möglichst viel Raum in der Berichterstattung für die Themen, die ihm wichtig sind. Das ausschlaggebende Medium bei dieser Verhandlung sind die Nachrichtenwerte zum einen des Politikers selbst und zum anderen der Informationen, die er anbieten kann. Politische Interviews mit hochrangigen Politikern können ihrerseits selbst zu nachrichtenwerten Ereignissen werden. Oftmals beziehen sich andere journalistische Organisationen auf diese Interviews, was ihr *agenda building*-Potenzial unterstreicht. Dieser Einfluss von Interviews auf die Medienagenda kann insbesondere in ruhigen Nachrichtenzeiten beobachtet werden (vgl. Hoffmann, 2003, S. 259; McNair, 2000, S. 100ff.).

Ein strategisches Potential des *agenda building* ergibt sich aus der Art der Informationsweitergabe. So kann der Politiker grundsätzlich entscheiden, welche Informationen er zu welcher Zeit und in welchem Umfang mitteilt. Zu einem geflügelten Wort in der bundesdeutschen politischen Nachrichtenproduktion ist in diesem Zusammenhang die sogenannte 'Salami-Taktik' geworden: Der Journalist erhält die Informationen 'scheibchenweise' (vgl. Mölders, 2019), um eine laufende Berichterstattung sicherzustellen. Dieses Phänomen ist auch international bekannt, so wird es beispielsweise bei Blumler und Gurevitch als „ration the goodies“ (Blumler & Gurevitch, 1995, S. 33) beschrieben. Politiker haben demnach die Möglichkeit, mit dem begrenzten Gut der für die Journalisten interessanten Informationen zu handeln und die Aufmerksamkeit durch eine strategische Informationsweitergabe auf ihre favorisierten Themen zu lenken (vgl. ebd.).

Eine relativ neue Erscheinung im Bereich des *agenda building* ist die Nutzung der sozialen Medien durch Politiker. Diese können neue Handlungsspielräume eröffnen. Ein besonders interessantes Potential der Sozialen Medien für Politiker ist die Möglichkeit, Inhalte direkt an die Bürger zu vermitteln, ohne auf die klassischen journalistischen Gatekeeper angewiesen zu sein (vgl. Marcinkowski & Metag, 2014; Metag & Rauchfleisch, 2017; Raupp & Kocks, 2018). Gleichzeitig jedoch werden diese Social Media-Kommunikate häufig von Journalisten aufgenommen und für deren Berichterstattung genutzt. Somit bergen Social Media-Anwendungen ein großes Potential für Politiker, Einfluss auf die mediale Berichterstattung zu nehmen. Die so zum *agenda building* genutzten Social Media-Mitteilungen werden als *information subsidies* bezeichnet. Speziell dem Microblogging-Dienst Twitter wird ein großes Potential für *agenda building*-Versuche zugesprochen. Die Interaktivität von Twitter mit der Möglichkeit, auf Tweets zu antworten, diese zu erwähnen oder zu 'retweeten' schafft ein kommunikatives Netzwerk, wodurch sich das *agenda building*-Potential Twitters erklären lässt. Das *agenda building*-Potential von Twitter hänge jedoch in hohem Maße davon ab, dass Journalisten den Dienst als

verlässliche Recherche-Plattform einstufen (vgl. Metag & Rauchfleisch, 2016; Parmelee, 2014).

Wie erfolgreich politische Akteure bei ihren Versuchen, die mediale Agenda zu beeinflussen, tatsächlich sind, hängt sehr stark davon ab, wie gut sie es verstehen, Nachrichtenwerte zu vermitteln. Dazu gehört auch, dass es Parteien in Regierungsverantwortung scheinbar wesentlich leichter fällt, ihre Themen in der medialen Berichterstattung zu platzieren (vgl. Jandura & Leidecker, 2015). Analog dazu haben Politiker mit höherem Status offensichtlich bessere Chancen, die Oberhand zu gewinnen als 'Hinterbänkler' (vgl. Van Aelst, Sehata & Van Dalen, 2008). Die Produktion politischer Nachrichten ähnelt einer Verhandlung, bei der beide Seiten versuchen, ihre Ressourcen möglichst geschickt auszuspielen. Dies gilt besonders für die Auswahl der Themen, über die berichtet wird (vgl. Kioussis et al., 2006; Tedesco, 2011). Bei Timothy Cook ist entsprechend von der „negotiation of newsworthiness“ (Cook, 2005, S. 90) zu lesen. Diese Ver- und Aushandlungsprozesse verlaufen in aller Regel umrahmt von den im vorigen Kapitel beschriebenen Charakteristika der professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern. Besonders zu Beginn des Nachrichtenproduktionsprozesses spielen Anpassungsbemühungen eine bedeutende Rolle. Konkret sind es die Regeln der journalistischen 'Aufmerksamkeits-Distribution' – also die Nachrichtenwerte – die hier eine Rolle spielen.

4.3.2 Die *frame building*-Phase

Während es in der *agenda building*-Phase darum geht, wie Themen auf die journalistische Agenda gelangen, fokussiert die *frame building*-Phase im Wesentlichen die Frage, wie über diese Themen berichtet wird. Für Politiker ist diese Frage zweifellos zentral. So ist für den politischen Erfolg schließlich nicht nur ausschlaggebend, dass sich die eigenen Themen auf der medialen Agenda befinden, sondern auch, dass diese möglichst positiv dargestellt werden. Das für diese Phase des Nachrichtenproduktionsprozesses namensgebende Konzept *framing* wird oftmals als Erweiterung des *agenda setting*-Ansatzes verstanden und auch als *second level agenda setting* bezeichnet. Hinter diesem Verständnis als Erweiterung der *agenda setting*-Forschung steckt der Gedanke, dass jedes (potenzielle) Objekt der Medienagenda – etwa ein Politiker oder ein Parteiprogramm – wiederum über eine Zahl von Attributen verfügt. Diese den jeweiligen Objekten der Berichterstattung zugeschriebenen Attribute seien ihrerseits bedeutende Aspekte der öffentlichen Themenagenda und können McCombs zufolge sehr unterschiedliche Ausprägungen haben: „[...] attribute is a generic term encompassing the entire range of properties and traits that characterize an object.“ (McCombs, 2004, S. 70) Ein *frame* ist laut McCombs ein Attribut des Objekts der Berichterstattung, da er dieses beschreibe. Gleichzeitig

könne jedoch nicht jedes Attribut automatisch als ein *frame* beschrieben werden. McCombs definiert *frames* als dominante Perspektiven auf die Objekte der Berichterstattung, was sie zu einer sehr speziellen Art von Attributen mache. Dabei seien *frames* zumeist komplexe Kompositionen mehrerer Attribute (vgl. McCombs, 2004, S. 88).

In der wissenschaftlichen Literatur wird kontrovers diskutiert, ob die Begriffe *second level agenda setting* und *framing* dasselbe Phänomen beschreiben. Den Autoren Dietram Scheufele und David Tewksbury zufolge unterscheidet sich *framing* deutlich von *agenda setting*. Diese Konzeptionierung von *agenda setting* und *framing* wird deutlich und wirkt überzeugender als die Ausdeutung des *framing*-Ansatzes als eine Erweiterung von *agenda setting*, wenn die Autoren die psychologischen Wirkungsweisen der beiden Medieneffekte beschreiben: Demnach sagt *agenda setting* etwas darüber aus, ob wir über etwas nachdenken, während *framing* sich darauf bezieht, wie wir über etwas denken (vgl. Scheufele & Tewksbury, 2007, S. 11). Dies geschehe jedoch nicht wie in McCombs' *framing*-Begriff angelegt, durch die Betonung bestimmter Attribute, sondern durch die Ansprache bestimmter kognitiver Schemata: „[...] framing influences how audiences think about issues, not by making aspects of the issue more salient, but by invoking interpretative schemas that influence the interpretation of incoming information.“ (Scheufele, 2000, S. 309) Scheufele betont dabei, dass *framing* auf subtilen Nuancen in der Wortwahl und womöglich sogar in der Syntax beruhe. Seine Auswirkungen seien somit schwer vorherzusagen und zu kontrollieren. Zu unterscheiden sind in diesem Zusammenhang *media frames* und *audience frames*. Für die vorliegende Arbeit sind *media frames* interessant, weil sie Arbeitsroutinen für Journalisten beschreiben, die es ihnen ermöglichen, Informationen schnell zu identifizieren und zu klassifizieren. *Audience frames* beschreiben hingegen Informations-Verarbeitungsroutinen der Rezipienten und liegen dementsprechend außerhalb des hier betrachteten Interaktionszusammenhangs von Journalisten und Politikern (vgl. Scheufele, 2000, S. 306). Scheufele und Tewksbury betonen nicht primär die Funktion von *frames* als Instrumente der Meinungsbeeinflussung, sondern als journalistisches Mittel zur Komplexitätsreduktion (vgl. Scheufele & Tewksbury, 2007, S. 12). Ein *frame* ist in dieser Sichtweise eine Art journalistisches Angebot, eine Nachrichtenbotschaft in einer bestimmten Art und Weise zu verstehen. Die damit verbundene Deutungsweise muss nicht explizit in der Nachrichtenbotschaft genannt werden, sondern kann auch durch eine indirekte Koppelung an kulturelle Phänomene, die bereits erwähnten kognitiven Schemata, aktiviert werden. Somit sind *frames* abhängig von der jeweiligen Kultur, in welcher die Berichterstattung stattfindet. Der niederländische Kommunikationswissenschaftler Baldwin van Gorp argumentiert, dass ein kulturell geteiltes Repertoire an *frames* die Verbindung zwischen Nachrichtenproduktion und

Nachrichtenkonsumption überhaupt erst ermöglicht. So beziehe sich *framing* zum einen auf die Art und Weise, in der Journalisten die Nachrichten innerhalb eines bestimmten Referenzrahmens formten und zum anderen darauf, wie das Publikum diese *frames* und somit die Sichtweise der Journalisten übernehme. Da sie ein Bestandteil der Kultur sind und ihr Einsatz daher so natürlich erscheine, wirken *frames* besonders unauffällig (vgl. Van Gorp, 2007, S. 61ff.).

Im Umgang mit Journalisten ist es für politische Akteure verständlicherweise ein Kernziel, die *frames*, die dafür sorgen, wie Wirklichkeit vom Bürger interpretiert wird, mitzugestalten. Die besondere politische Bedeutung des *frame building* liegt unter anderem darin, dass *frames* oftmals nicht nur vermitteln, was das Problem ist, sondern auch, was die Lösung ist oder sein sollte (vgl. Van Aelst, 2014, S. 240ff.). Die verschiedenen Herangehensweisen politischer Akteure, wenn es darum geht, Themen in die Berichterstattung einzubringen, wurden im vorangegangenen Abschnitt zur *agenda building*-Phase besprochen. Analog dazu geht es beim *frame building* darum, wie die *frames*, die sich in der Berichterstattung finden, zustande kommen. Scheufele stellt fest, dass es sich sowohl bei *agenda building* als auch bei *frame building* um makroskopische Phänomene handelt, die sich mit der Konstruktion von Nachrichten befassen und nicht um Medieneffekte (vgl. Scheufele & Tewksbury, 2007, S. 12). Der *frame building*-Prozess bezieht sich allerdings, im Gegensatz zum *agenda building*, weniger auf Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern, sondern eher auf die journalistische Produktion (vgl. Zhou & Moy, 2007, S. 81). Der Grund dafür ist, dass Journalisten, wie bereits erwähnt, das letzte Wort bei der Veröffentlichung des Nachrichtenproduktes haben, also auch entscheiden, welche *frames* Eingang in die Berichterstattung finden. Scheufele identifiziert fünf unterschiedliche Faktoren, die einen Einfluss darauf haben, wie journalistische *frames* entstehen: „social norms and values, organizational pressures and constraints, pressures of interest groups, journalistic routines, and ideological or political orientations of journalists.“ (Scheufele, 2000, S. 307) Die politischen Akteure spielen also als *interest group* eine Rolle in der *frame building*-Phase des Nachrichtenproduktionsprozesses, haben jedoch diesbezüglich keine unmittelbare Gestaltungsmacht. Für den bundesdeutschen Kontext lässt sich etwa feststellen, dass Pressemitteilungen und Pressekonferenzen nur mäßig erfolgversprechende Instrumente des *frame building* sind. So sind Pressemitteilungen und die Verlautbarungen auf Pressekonferenzen zwar wichtige Informationsquellen für Journalisten in der *agenda building*-Phase, eine tatsächliche inhaltliche Beeinflussung der Medienberichterstattung ist damit aber nicht zwingend verbunden (vgl. Eriksson & Östman, 2013, S. 17; Jandura & Leidecker, 2015, S. 38; Schäfer, 1999, S. 53f.). Journalisten sind demnach grundsätzlich imstande, mit dem eingehenden Informationsmaterial mehr oder weniger frei zu verfahren, was ihre machtvolle Position in dieser Phase des

Nachrichtenproduktionsprozesses unterstreicht. Dazu passt ein Befund aus Barbara Pfetschs bereits erwähnter Studie, wonach die Autonomie gegenüber der Politik das wichtigste Ziel der Journalisten ist (vgl. Pfetsch, 2003, S. 134f.). Diese Autonomie macht ihre Fähigkeit, Themen in bestimmter Art und Weise zu *framen*, aus.

Allerdings ist zu beachten, dass auch Politiker einen bedeutenden Einfluss in der *frame building*-Phase erlangen können, insbesondere vor dem Hintergrund der Professionalisierung der politischen PR. Dies gilt insbesondere für Exklusivinformationen und für die Gespräche, die in den bereits beschriebenen Hintergrundkreisen stattfinden. Hier vermitteln Politiker den Journalisten oftmals eine Ausdeutung politischer Vorgänge im Sinne des *frame building*. Ferner kann in diesen Gesprächen die Bewertung einer Situation vermittelt werden und gegebenenfalls auch, was die Lösung für ein politisches Problem sein sollte (vgl. Hoffmann, 2003, S. 264). Faktoren, die die Fähigkeit zum *frame building* positiv beeinflussen, sind etwa die Stellung des Politikers im Parlament (vgl. Jandura & Leidecker, 2015, S. 39f.) oder auch eine besondere Expertise, die der Politiker im jeweiligen Themengebiet hat (vgl. Callaghan & Schnell, 2001, S. 188). Weisen politische Akteure derartige Merkmale auf, haben sie am ehesten die Chance, eine besondere Aufmerksamkeit der Journalisten auf sich zu ziehen und so ihre *frames* in der Berichterstattung durchzusetzen. Auch die im vorigen Abschnitt thematisierten Social Media-Anwendungen – insbesondere Twitter – bieten Politikern nicht nur Potentiale zum *agenda building* sondern auch zum *frame building*. Laut Metag und Rauchfleisch scheinen für Journalisten vor allem solche Tweets interessant zu sein, die leicht zitiert werden können. Demnach können Politiker das *frame building*-Potential von Tweets am ehesten realisieren, wenn sie ihre Botschaften so prägnant wie möglich formulieren. So werde es wahrscheinlicher, dass die Botschaften mehr oder weniger unverändert in die Berichterstattung übernommen werden (vgl. Metag & Rauchfleisch, 2017; Nuernbergk, 2016). Laut einer 2014 von Parmelee veröffentlichten Studie sind es vor allem Tweets, die neue oder Insider-Informationen beinhalten und Informationen, die besonders klar und einfach zu vermitteln sind, die eine gute Chance haben, Eingang in die Berichterstattung zu finden (vgl. Parmelee, 2014).

Trotz der beschriebenen Möglichkeiten der Politiker, die medialen *frames* zu beeinflussen, bleibt festzuhalten, dass in aller Regel die Journalisten die mächtigeren Akteure in der *frame building*-Phase sind. Eine Ausnahme sind Interviews – zumindest solche mit Eliten. Hier haben in aller Regel die Politiker das 'letzte Wort', das bedeutet, sie geben die Aussagen 'frei' (vgl. Hoffmann, 2003, S. 259). Allerdings bleibt es dem Journalisten und seiner Medienorganisation überlassen, ob sie das Interview veröffentlichen, sollte von politischer Seite zu viel gestrichen werden. Politiker wissen um diesen Umstand und werden sich in aller Regel maßvoll bei der

Streichung von Aussagen verhalten. Eine besondere Form des politischen Interviews, bei der naturgemäß auch die Möglichkeit der nachträglichen Streichung von Aussagen entfällt, ist das Live-Interview. Dieses kann im Fernsehen, im Rundfunk oder in den Sozialen Medien übertragen werden und stellt naturgemäß die direkteste Form der journalistisch vermittelten politischen Kommunikation im Hinblick auf den Rezipienten dar (vgl. Jarren & Donges, 2011, S. 246).

5 Besonderheiten der Kommunalebene

Die bisherigen Ausführungen fokussierten das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern auf der Ebene der Bundespolitik der Bundesrepublik Deutschland. Ein Ziel der vorliegenden Arbeit ist der Vergleich der Bundesebene mit der Kommunalebene in Bezug auf das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern. Zu diesem Zweck soll in diesem Kapitel thematisiert werden, in welchen Punkten sich das Verhältnis zwischen den hier besprochenen Akteursgruppen auf der kommunalen Ebene von dem auf der Bundesebene unterscheidet. Ziel dieses Kapitels ist dabei nicht, eine umfassende Gegenüberstellung vorzunehmen. Auch soll an dieser Stelle nicht der Versuch unternommen werden, zu interpretieren, welche Auswirkungen die beschriebenen Charakteristika der Kommunalebene auf das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern haben. Auf die Schwierigkeit pauschaler Schlussfolgerungen in diesem Zusammenhang weist auch Philip Baugut in seiner Dissertation hin (vgl. Baugut, 2017, S. 348f.). Vielmehr werden schlaglichtartig zentrale Unterschiede, die vor dem Hintergrund des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit relevant sind, herausgestellt. Die hier behandelten Unterschiede lassen sich drei zentralen Merkmalen der kommunalen Ebene zuordnen: einer, verglichen mit der Bundesebene, geringeren Zahl von Akteuren, einer besonderen Dynamik von Nähe und Distanz sowie einem geringeren Professionalisierungsgrad auf der kommunalen Ebene.

5.1 Geringere Zahl von Akteuren im Kommunalen

Ein erster gravierender Unterschied zwischen Bundes- und kommunaler Ebene liegt in der wesentlich geringeren Zahl der relevanten Akteure auf der Kommunalebene im Vergleich mit der Bundesebene (vgl. Baugut & Reinemann, 2013; Fawzi, Baugut & Reinemann, 2018). Dies liegt auf der Hand, betrachtet man die Ausdehnung des Deutschen Bundestages auf 709 Abgeordnete seit der Bundestagswahl 2017 sowie die große Zahl an Mitarbeitern der Ministerien und der Abgeordneten. Auf der anderen Seite haben alle großen überregionalen Tageszeitungen Büros in der Hauptstadt. Ferner findet sich eine große Zahl an freien Journalisten in Berlin.

In den deutschen Kommunen und kreisfreien Städten sind die Verhältnisse wesentlich übersichtlicher. Die Stadt Dortmund etwa hat beispielsweise einen Stadtrat, der seit der

Kommunalwahl 2014 94 Mitglieder umfasst. Auf Seiten des Journalismus spielt auch die bereits in Kapitel 3.1 beschriebene Einstellung vieler Tageszeitungen im lokalen Raum eine wichtige Rolle. Das mit Begriffen wie Pressekonzentration oder Zeitungssterben beschriebene Phänomen hat zur Folge, dass die Zahl der Tageszeitungen – und somit auch die der professionellen Journalisten – in vielen Kommunen in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch gesunken ist. In den sogenannten 'Ein-Zeitungs-Kreisen' hat die letzte verbliebene Tageszeitung eine Monopolstellung. Besonders Nordrhein-Westfalen, so auch die in dieser Arbeit untersuchte Stadt Dortmund, ist von dieser Entwicklung betroffen. Bereits im Jahr 2014 lebten 45 Prozent der Bürger Nordrhein-Westfalens in Gebieten mit einem Tageszeitungsmonopol. Die Tageszeitungen werden in vielen Fällen nicht mehr vor Ort erstellt, sondern von Mantelredaktionen mit nur geringen lokalen Anpassungen. Ein verbreitetes Modell ist auch der Zukauf von lokalen Nachrichten über die Grenzen von Verlagshäusern hinweg. So ist, selbst wenn es mehr als eine Tageszeitung vor Ort gibt, nicht sichergestellt, dass es eine tatsächliche redaktionelle Vielfalt gibt (vgl. Baugut & Reinemann, 2013; Röper 2014) Doch auch die verbleibenden Redaktionen profitieren zuweilen nicht von ihrer Monopolstellung, sondern müssen mit stark reduzierten Ressourcen auskommen. Die Folge ist in vielen Fällen ein umfassender Personalabbau, der sich oftmals negativ auf die Recherche auswirkt. In vielen Fällen wird in der Berichterstattung auf das zurückgegriffen, was Schützen-, Angel- oder Handballvereine 'zuliefern' – zu Lasten der Berichterstattung über politische Themen (vgl. Röper, 2014).

Die mediale Vielfalt und der mediale Wettbewerb vor Ort haben Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern. Philip Baugut sieht in der medialen Wettbewerbssituation gar einen „[...] Schlüssel zum Verständnis lokaler politischer Kommunikationskulturen [...]“ (Baugut, 2017, S. 351). So seien Kommunen mit einem ausgeprägten lokaljournalistischen Wettbewerb stärker von Nähe, Konflikten und Nicht-Öffentlichkeit geprägt (vgl. ebd.). Für das hier vorliegende Erkenntnisinteresse ist insbesondere das Verhältnis von Nähe und Distanz relevant.

5.2 Besondere Dynamik von Nähe und Distanz

Verschiedene Arbeiten legen den Schluss nahe, dass das Verhältnis von Nähe und Distanz auf der kommunalen Ebene eine andere Dynamik besitzt als auf der Bundesebene. Oftmals wird eine – aufgrund weniger formalisiert ablaufender und unter Umständen auch intransparenter ablaufender Kommunikation – größere Nähe zwischen den Akteuren vermutet. Die Akteure seien in kleinen und mittleren Kommunen oftmals besser miteinander bekannt und arbeiteten zumeist in engeren Beziehungen. Diese seien auch dadurch gekennzeichnet, dass die Akteure

leichter miteinander in Kontakt treten können (vgl. Baugut, 2017; Baugut & Reinemann, 2013; Larsson, 2002).

Baugut greift die Bedeutung des Verhältnisses von Nähe und Distanz in seiner Dissertationschrift über lokale politische Kommunikationskulturen auf, differenziert diese Dimension weiter aus und bringt sie in Verbindung mit den medienwettbewerblichen Gegebenheiten vor Ort. Dabei beschreibt der Autor zunächst die professionelle Nähe, die eine hohe Kontaktintensität beschreibt. Diese werde in der Regel möglich, durch umfangreichere redaktionelle Ressourcen auf Seiten des Journalismus. Die kooperative Nähe beschreibt Baugut als den Tausch von Exklusivinformationen gegen positive Publizität. Dieser werde durch einen starken Medienwettbewerb begünstigt. Die persönliche Nähe schließlich komme in Form von Freundschaften, Duzbeziehungen oder den in dieser Arbeit untersuchten Vertrauensverhältnissen zwischen Journalisten und Politikern zum Ausdruck. Bauguts Studie legt den Schluss nahe, dass begünstigende Faktoren für diese Form der Nähe zwischen Journalisten und Politikern eine Kleinräumigkeit der jeweiligen Kommune und ein geringer Professionalisierungsgrad der Akteure sind (vgl. Baugut, 2017, S. 353).

Eine weitere Besonderheit der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern, die eine größere Nähe auf der kommunalen Ebene vermuten lässt, sind die in aller Regel gemeinsame Herkunft und Wohnsitze der Akteure. Daher kann man annehmen, dass eine gewisse Nähe, bezogen auf gemeinsame Erfahrungen und Erwartungen, zwischen Journalisten und Politikern auf der kommunalen Ebene besteht (vgl. Baugut, Fawzi & Reinemann, 2015; Baugut & Reinemann, 2013; Metag, 2015) Wiebke Möhring beklagt in diesem Zusammenhang

„eine hoch personalisierte Berichterstattung, die sich eher an selbstdarstellenden Aktivitäten und weniger an Sachthemen orientiert, [...] eine Überrepräsentation der lokalen Elite und [...] Kritiklosigkeit bzw. -hemmung, insbesondere gegenüber lokalen Honoratioren ("Hofberichterstattung)".“
(Möhring, 2013, Nr. 67)

Die Journalismusforscherin Nina Köstler bestätigt die Vorherrschaft einer kritikarmen Berichterstattung bis zu einem gewissen Grad in ihrer Studie zur Wahlkampfkommunikation im Lokalen. Alles in allem seien die von ihr befragten Akteure bemüht, persönliche Unstimmigkeiten zu vermeiden. Der Grund dafür sei vor allem die räumliche Nähe, aufgrund derer sich Politiker und Journalisten auch außerhalb des professionellen Rahmens treffen und miteinander auskommen müssen. Allerdings scheint es auch im Kommunalen einen Trend hin zu mehr Kontroverse zu geben. So versuchten einzelne der von Köstler befragten Journalisten ganz bewusst, Kontroversen auszulösen, indem sie die Politiker aggressiver behandelten (vgl. Köstler, 2012, S. 131ff.). Philip Baugut kommt zu einem ähnlichen Schluss und betont, dass die „journalistische Distanznorm im Zeitverlauf kommunenübergreifend eher zugenommen“ (Baugut, 2017, S.

354) habe. Er vermutet darin eine Professionalisierung des Lokaljournalismus, die nicht zuletzt aus einer stärkeren Orientierung am Leserinteresse resultiere (vgl. ebd.).

5.3 Geringerer Professionalisierungsgrad im Kommunalen

Der dritte hier besprochene zentrale Unterschied zwischen der Bundesebene und kommunalen Ebene betrifft den Professionalisierungsgrad auf der kommunalen Ebene. So ist etwa die hohe Zahl und die große Bedeutung freiberuflich tätiger Journalisten im Lokalen ein zentraler Unterschied zur Bundesebene. In den meisten Fällen verfügen die hauptberuflich freien Journalisten über einen hohen formalen Bildungsgrad. Allerdings darf man annehmen, dass ihre Bereitschaft zu beruflichen Weiterbildungen eher gering ist, da diese aus eigenen Mitteln finanziert werden müssen und auch mit einem zeitlichen Aufwand einhergehen (vgl. Puls, 2013, S. 31f.). In der wissenschaftlichen Betrachtung der kommunalen Ebene werden aufgrund der hohen Zahl an ehrenamtlichen Politikern und freiberuflichen Journalisten weniger professionalisierte Beziehungsmuster angenommen als auf der Bundesebene. Wesentlich stärker könne man hier individuelle Motive wahrnehmen. Auch seien zeitliche und finanzielle Ressourcen beider Akteursgruppen im Kommunalen zumeist wesentlich geringer als auf den höheren politischen Ebenen (vgl. Baugut, 2017, S. 11). Weiterhin scheint die Differenzierung der journalistischen Rollen im Lokalen weniger stark ausgeprägt als auf der Bundesebene. In vielen Redaktionen ist jeder hauptberufliche Journalist ein Generalist, muss im Zweifel also alle Arten von anfallenden Aufgaben bewältigen können. Laut Holger Handstein hängt dies nicht nur mit geringeren personellen und finanziellen Ressourcen zusammen, sondern sei schlicht Ausdruck der geringeren Komplexität im Lokalen. Gleichzeitig betont er jedoch, dass es auch in Lokalredaktionen Verantwortliche etwa für Politik, Kultur oder Sport gebe (vgl. Handstein, 2013, S. 145). Darüber hinaus stellt Möhring den starken Ereignisbezug des Lokaljournalismus heraus. Demnach werde Lokalberichterstattung zumeist durch konkrete Ereignisse ausgelöst und verfolge weniger das Ziel einer kontinuierlichen Berichterstattung, die durch die Beleuchtung von Hintergründen und eine umfassende Recherche gekennzeichnet ist. Diese Art des Journalismus wird häufig auch als 'Terminjournalismus' bezeichnet. Die Inhalte des Journalismus im Lokalen seien dann auch eher darstellender Natur, im Sinne eines 'Verlautbarungsjournalismus' (vgl. Möhring, 2013, S. 67). Allerdings kommen Philip Baugut, Nayla Fawzi und Carsten Reinemann in einer 2015 erschienen Studie zum Verhältnis zwischen Kommunalpolitikern und Lokaljournalisten zu dem Schluss, dass „die Zeiten von unkritischem Verlautbarungsjournalismus und Hofberichterstattung vorbei sein könnten.“ (Baugut, Fawzi & Reinemann, 2015, S. 427) So differierten etwa die inhaltlichen Positionen der beiden Akteursgruppen mitunter stark (vgl.

ebd.). Auch Nina Köstler beobachtet, dass etwa die Wahlkampfberichterstattung in der von ihr untersuchten Kommune keineswegs zum Verlautbarungsjournalismus verkommen sei. So seien die Professionalisierungs- und Instrumentalisierungsversuche der Politiker erkannt und entsprechend behandelt worden (vgl. Köstler, 2012, S. 135).

Für die politische Seite lässt sich im Kommunalen in weiten Teilen ein wesentlich geringerer Professionalisierungsgrad als auf der Bundesebene feststellen. Der Grund dafür ist unter anderem, dass Kommunalpolitik in den meisten Fällen ehrenamtlich betrieben wird. Dieser Befund trifft allerdings vor allem auf die Stadträte und Fraktionsmitglieder zu. Die Vertreter der Stadtspitze, etwa Oberbürgermeister oder Dezernenten, sind demgegenüber hauptamtlich tätig (vgl. Baugut, Fawzi & Reinemann, 2015, S. 415). Auch ist die Zahl der Politikmitarbeiter, wie etwa Pressereferenten, wesentlich geringer als auf der Bundesebene. Dieser Befund gilt offenbar selbst für Wahlkampfzeiten, in denen eine professionalisierte Kommunikation einen entscheidenden Vorteil bedeuten könnte. Stattdessen scheint eine Mehrzahl der Politiker auf der Kommunalebene selbst die Kommunikation mit den Journalisten zu übernehmen (vgl. Baugut, Fawzi & Reinemann, 2015; Metag, 2015). Diese Annahme stützt auch die Studie von Köstler. Der Autorin zufolge werden bis zu einem gewissen Grad auf der kommunalen Ebene die gleichen kommunikativen Werkzeuge wie auf der Bundesebene eingesetzt, wobei die Expertise der Beteiligten in aller Regel jedoch geringer ausgeprägt sei. So werde zumeist auf die Hinzuziehung externer Kommunikationsexperten verzichtet. Allerdings könne man auch hier einen Trend hin zu stärkerer Professionalisierung der Wahlkampfkommunikation erkennen. So sei etwa die Strategie der Personalisierung zunehmend verbreitet. Ebenso würden sich Medialisierungstendenzen feststellen lassen (vgl. Köstler, 2012, S. 127f.).

Insgesamt deuten die berücksichtigten empirischen Untersuchungen auf einen geringeren Professionalisierungsgrad auf der kommunalen Ebene im Vergleich zur Bundesebene hin. Gleichzeitig bleibt jedoch festzuhalten, dass im Kommunalen offenbar zunehmend Arbeitsweisen der Bundesebene Einzug halten. So stellen Baugut, Fawzi und Reinemann bereits in ihrer im Jahr 2015 erschienenen Studie keine gravierenden Unterschiede in den politischen Kommunikationskulturen auf lokaler und auf Bundesebene mehr fest. Sie interpretieren diesen Befund als eine Professionalisierung der Kommunalpolitik und des Lokaljournalismus (vgl. Baugut, Fawzi & Reinemann, 2015, S. 427f.).

6 Vertrauen in der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern

Die vorangegangenen Kapitel hatten das Ziel, ein Verständnis von den Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern in der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln. Dieses

Verständnis wird als Basis für die folgenden Betrachtungen zur Bedeutung von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern dienen. Ähnlich wie bei der Frage nach der Natur des Verhältnisses zwischen Journalisten und Politikern, wird es auch bei der Beschäftigung mit dem für diese Arbeit zentralen Begriff des Vertrauens darum gehen, systematisch ein Verständnis zu entwickeln. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Vertrauen, vor allem der letzten 25 Jahre, hat einen umfangreichen Literaturkorpus zum Thema hervorgebracht. Ein Überblick über diesen wird in Kapitel 6.1 vorgenommen. Dazu werden die zentralen Forschungstraditionen und ihre Ausprägungen nachvollzogen. Nachdem ein Überblick über die Vertrauensforschung gewonnen wurde, soll eine theoretische Annäherung an Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern erfolgen. Dazu wird ein Modell von Vertrauen in professionellen Beziehungen aus dem Management-Kontext genutzt. Anschließend wird thematisiert, wie sich Vertrauen im Zeitverlauf entwickelt.

6.1 Überblick über Ansätze der Vertrauensforschung

Einen wertvollen Ansatz zur Systematisierung verschiedener Ansätze zur Definition von Vertrauen liefern die Autoren Harrison McKnight und Norman Chervany. In ihrem Aufsatz ‚Trust and Distrust Definitions: One Bite at a Time.‘ erarbeiten sie eine Typologie von Vertrauensdefinitionen. Dabei wird die Bandbreite der verschiedenen Konzeptionen von Vertrauen deutlich. Die Autoren möchten ihre Typologie verstanden wissen als ein „menu of clearly defined trust concepts from which researchers may select.“ (McKnight & Chervany, 2001, S. 28) McKnight und Chervany formulieren zudem Qualitätsansprüche, die Konzeptionen von Vertrauen erfüllen müssen, um in ihre Typologie aufgenommen zu werden:

- „1. Comprehensive enough to cover most of the conceptual meaning the word trust conveys in ordinary use (...)
2. Not so large and complex individually that they stretch trust’s conceptual meaning into vagueness (...)
3. Able to convey the original meaning from prior researchers’ models across disciplines in order, where possible, to build on prior research.“ (McKnight & Chervany, 2001, S. 30)

Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Literatur zum Thema Vertrauen identifizieren sie sechs Typen von Konzeptualisierungen des Vertrauensbegriffs – *disposition*, *structural*, *affect/ attitude*, *belief/ expectancy*, *intention* und *behavior*. Diese wiederum überführen McKnight und Chervany in ihre Vertrauentypologie, die interpersonale, institutionelle und dispositionale Ansätze berücksichtigt. Die interpersonalen Ansätze umfassen Arbeiten, welche *trust-related behavior*, *trusting intentions* und *trusting beliefs* thematisieren, was in der Sozialpsychologie und anderen Disziplinen üblich ist (vgl. McKnight & Chervany, 2001, S. 33ff.). Da sich die vorliegende Arbeit mit den Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten

und Politikern – also zwischen Individuen – befasst, sollen die interpersonalen Ansätze im Folgenden ausführlicher behandelt werden.

6.1.1 Interpersonale Ansätze

Der erste Typ interpersonalen Vertrauens nach McKnight und Chervany wird als *trusting intentions* bezeichnet. Diese bezeichnen die Bereitschaft einer Person, sich mit einem Gefühl relativer Sicherheit auf eine andere Partei zu verlassen, obwohl eine Kontrolle über diese Partei fehlt und bei gleichzeitigem Bewusstsein darüber, dass negative Konsequenzen möglich sind. Solche Forschung fokussiert also auf „the most proximal antecedent of trusting behavior“. (Curall & Judge, 1995, S. 152) Der Untersuchung der persönlichen Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, mit der man eine vertrauensvolle Interaktion mit einer anderen Person eingeht, liegt die Annahme zugrunde, dass diese behaviorale Einschätzung ein starker Prediktor für tatsächliches Verhalten ist (vgl. ebd.).

Laut McKnight und Chervany bestehen *trusting intentions* demnach aus vier Elementen, die sich auch bei zahlreichen weiteren Autoren finden. Die Autoren nennen hier zunächst 1) die Möglichkeit negativer Konsequenzen. Hierin drückt sich das Risiko aus, welches gemeinhin als ein zentraler Bestandteil eines jeden Verständnisses von Vertrauen gesehen wird. Um überhaupt von Vertrauen reden zu können, muss die Möglichkeit von negativen Konsequenzen wie etwa Abwendung, Betrug oder Abtrünnigkeit vorhanden sein. Vertrauen lässt sich demnach als ein Mechanismus zum Umgang mit der Freiheit der Anderen beschreiben (vgl. Gambetta, 2000, S. 219), was eine Umschreibung von doppelter Kontingenz im Sinne Luhmanns ist. Auch in wesentlich früheren Arbeiten taucht die Relevanz von Risiko für Vertrauen auf: „[...] when trust is not fulfilled, the trusting individual will suffer an unpleasant consequence.“ (Deutsch, 1958, S. 265) Den Risikobegriff greift auch Giffin in ihrer Theorie von Vertrauen im Kommunikationsprozess auf. Sie gibt jedoch zusätzlich zu bedenken, dass das einzugehende Risiko keineswegs ein existenzbedrohendes sein muss. Auch das Risiko, Zeit oder Energie durch die beabsichtigte Vertrauenshandlung zu verschwenden, genüge dem Anspruch an das einer Vertrauensdefinition implizite Risiko (vgl. Giffin, 1967, S. 105). Der Aspekt des Risikos einer Vertrauenshandlung spiegelt sich so auch in der gesamten Bandbreite der Vertrauensforschung wider. So finden sich in der Psychologie unter anderem Arbeiten, die das Risiko und die Unsicherheit thematisieren, die mit Vertrauen in einer engen interpersonalen Beziehung, wie etwa einer Partnerschaft, verbunden sind (vgl. Boon & Holmes, 1991; Rempel, Holmes & Zanna, 1985). Eine besondere Beachtung erfährt das Risiko von beabsichtigten Vertrauenshandlungen auch bei Arbeiten im Kontext der Management-Forschung. Zentral ist hier oftmals der Ansatz,

das Risiko gegen den erhofften Gewinn der beabsichtigten Vertrauenshandlung abzuwägen (vgl. Das & Teng 2004; Mayer, Davis & Schoorman, 1995; Rousseau, Sitkin, Burt & Camerer 1998; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992; Sheppard & Sherman, 1998).

Zu den *trusting intentions* gehöre ferner 2) die Bereitschaft, sich auf eine andere Partei zu verlassen. Damit verbunden ist die Bereitschaft, sich verletzbar zu machen. Diese beruht im Wesentlichen darauf, die Freiheit des anderen, sich zu verhalten, wie er will, zu akzeptieren (vgl. McKnight & Chervany, 2001, S. 34).

Weiterer Bestandteil der *trusting intentions* ist 3) ein Gefühl von Sicherheit beim Umgang mit der anderen Partei. Das Gefühl relativer Sicherheit stellt die affektive Komponente der *trusting intentions* dar (vgl. McKnight & Chervany, 2001, S. 34). Bei Lewis und Weigert wird dieses Gefühl von Sicherheit so auch als *emotional base* beschrieben und als komplementär zu dem kognitiven Prozess der Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit verstanden. Den Autoren zufolge schaffe Vertrauen eine soziale Situation, in welcher die beteiligten Parteien sich unter Umständen intensiv emotional engagieren. Wird das Vertrauen erschüttert, habe dies oftmals gravierende Auswirkungen auf die Basis der Beziehung an sich. Dies gelte besonders für enge interpersonale Beziehungen (vgl. Lewis & Weigert, 1985, S. 971).

Bei Rempel et al. findet sich dieser Aspekt zum einen in Form des Begriffes *predictability* wieder. Diese Vorhersagbarkeit des Verhaltens einer anderen Partei werde anhand einer Vielzahl von Faktoren evaluiert. Zu den bedeutendsten zählen unter anderem die Konsistenz des Verhaltens oder eine Stabilität im sozialen Umfeld. Zum anderen benennen die Autoren den Faktor *dependability* aber auch ganz direkt. Verlässlichkeit entwickle sich im Laufe interpersonaler Beziehungen, wenn die Beteiligten einander besser kennenlernen. Statt einzelne Handlungen zur Grundlage der Entscheidung zu machen, ob man vertrauen kann, nehme die Bedeutung der anderen Charaktereigenschaften und Qualitäten der anderen Person zu: „Thus trust is placed in a person, not their specific actions.“ (Rempel, Holmes & Zanna, 1985, S. 96) Beide Faktoren, *predictability* und *dependability*, sind laut den Autoren eng miteinander verbunden (vgl. ebd.: S. 95 f.).

Der letzte Bestandteil der *trusting intentions* ist laut McKnight und Chervany, dass 4) die Bereitschaft, sich auf die andere Partei zu verlassen, nicht auf Kontrolle über diese beruht. Dieser Aspekt findet sich in vielen Arbeiten der Vertrauensforschung. So integriert Gambetta die notwendige Absenz von Kontrolle, damit Vertrauen wirksam werden kann, folgendermaßen:

„trust (or, symmetrically, distrust) is a particular level of the subjective probability with which an agent assesses that another agent or group of agents will perform a particular action, both *before* he can monitor such action (or independently of his capacity ever to be able to monitor it) [...]“ (Gambetta, 1988, S. 217, Hervorhebungen im Original)

Auch den Autoren Mayer, Davis und Schoorman ist dieser Aspekt, ebenso wie Gambetta, so wichtig, dass sie ihn zum Bestandteil ihrer Vertrauensdefinition machen. Vertrauen bestehe demnach „[...] irrespective of the ability to monitor or control [...]“ (Mayer, Davis & Schoorman 1995, S. 712) Ring und Van de Ven argumentieren aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive, dass das Fehlen einer Möglichkeit zur Kontrolle Vertrauen überhaupt erst notwendig mache (vgl. Ring & Van de Ven, 1994).

McKnight und Chervany unterscheiden ferner zwei Subkonstrukte von *trusting intentions*: *willingness to depend* und *subjective probability of depending*. Die *willingness to depend* beschreibt dabei die willentliche Bereitschaft einer Person, sich gegenüber einer anderen Person verletzlich zu machen, indem sie sich auf diese andere Person mit einem Gefühl relativer Sicherheit verlässt. Die *subjective probability of depending* hingegen ist den Autoren zufolge wesentlich verbindlicher und beschreibt das Ausmaß, in dem eine Person davon ausgeht, dass sie sich auf eine weitere Person mit einem Gefühl relativer Sicherheit verlassen wird (vgl. McKnight & Chervany, 2001, S. 34).

Trust-related behavior hingegen wird beschrieben als das freiwillige ‚Sich-Verlassen‘ einer Person auf eine andere Partei mit einem Gefühl relativer Sicherheit, bei gleichzeitigem Bewusstsein darüber, dass negative Konsequenzen möglich sind. Der Vertrauende geht also bewusst eine riskante Handlung ein, die er auf die positive Erwartung, dass sich sein Gegenüber wie gewünscht verhält, gründet. Die Freiwilligkeit des *trust-related behavior* greift also die Bereitschaft, sich auf eine andere Person zu verlassen, die ja Bestandteil der *trusting intentions* ist, wieder auf. *Trust-related behavior* beschreibt somit die behaviorale Manifestation von *trusting intentions* (vgl. Bachmann 2001; Das & Teng, 2004; Lewis & Weigert, 1985; McKnight & Chervany, 2001). Die genannten Aspekte finden sich bereits in Arbeiten aus den Anfangstagen der Vertrauensforschung. So fasst Giffin bereits 1967 zusammen:

„To describe the behavior of a trusting person it appears that the following elements are essential:

1. A person is relying upon something.
2. This something relied upon may be an object, an event, or a person.
3. Something is risked by the trusting person.
4. The trusting person hopes to achieve some goal by taking this risk.
5. The desired goal is not perceived as certain.
6. The trusting person has some degree of confidence in the object of his trust.“ (Giffin, 1967, S. 104)

Eine weitere Definition, die die Elemente einer Vertrauenshandlung durchdekliniert findet sich bei Zand:

„Trusting behavior [...] as actions that (a) increase one’s vulnerability, (b) to another whose behavior is not under one’s control, (c) in a situation in which the penalty (disutility) one suffers if the other abuses that vulnerability is greater than the benefit (utility) one gains if the other does not abuse that vulnerability.“ (Zand, 1972, S. 230)

Der Aspekt des Risikos durch Verletzbarkeit erscheint dabei als die zentrale Komponente einer Vertrauenshandlung. Konsequenterweise fokussieren die Autoren Roger Mayer, James Davis und David Schoorman in ihrem Vertrauensmodell diesen Aspekt, wenn sie den Begriff des *risk taking in relationship* einführen. Diesen Autoren zufolge wird durch die bloße Bereitschaft, sich verletzbar zu machen, noch kein Risiko eingegangen. Das Risiko werde erst durch die Vertrauenshandlung aktiviert. Im Umkehrschluss unterscheidet *trusting intentions* und *trust-related behavior* die Bereitschaft, ein Risiko einzugehen und das tatsächliche Eingehen des Risikos. Das Ergebnis einer Vertrauenshandlung bezeichnen die Autoren als *risk taking in relationship* (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995).

Das bedeutet, dass die Akzeptanz von Risiko infolge des 'Sich-Verlassens' auf eine andere Person zentral ist in einer Definition von *trust-related behavior*. Ferner wird deutlich, dass in dieser Sichtweise der Vertrauende sich durch das freiwillige 'Sich-Verlassen' auf den Vertrauensnehmer diesem gegenüber abhängig macht. Letzterer erlangt somit eine gewisse Macht über den Vertrauenden, was insbesondere im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern ein beachtenswerter Aspekt wäre. McKnight und Chervany weisen darauf hin, dass die Frage zum Verhältnis von Vertrauen und Macht zwar an verschiedenen Stellen in der relevanten Forschungsliteratur auftaucht, eine definitorische Verbindung der beiden Konzepte jedoch nicht stattgefunden habe (vgl. McKnight & Chervany, 2001, S. 35).

Der Frage, in welchen Ausprägungen *trust-related behavior* in Erscheinung tritt, nehmen sich beispielsweise Lewis und Weigert an. Diese Autoren beschreiben zwei Arten vertrauensvollen Handelns, *emotional trust* und *cognitive trust*. *Emotional trust* basiert dementsprechend auf stark positiven Einstellungen zum Objekt des Vertrauens. *Cognitive trust* hingegen sei motiviert durch gute, rationale Gründe. Beide lassen sich laut den Autoren als Pole verstehen. Rein emotionales Vertrauen ließe sich demnach als 'blindes Vertrauen' beschreiben, wohingegen rein kognitives Vertrauen einer 'kaltblütigen Berechnung' entspreche. In aller Regel seien im Alltagsleben jedoch Mischformen dieser beiden Arten von Vertrauen zu finden. Je nachdem, ob die emotionale oder die kognitive Komponente überwiegt, erfolgt entsprechend die Klassifizierung als *cognitive trust* oder *emotional trust*. Lewis und Weigert unterscheiden die beiden Formen von Vertrauen auch anhand ihrer jeweiligen behavioralen Spielräume: Beim *cognitive trust* seien die Grenzen des Verhaltensspielraums relativ klar definiert, wohingegen sie beim *emotional trust* eher diffus seien (vgl. Lewis & Weigert, 1985, S. 972).

Die dritte und letzte Kategorie interpersonalen Vertrauens bezeichnen McKnight und Chervany als *trusting beliefs*. Diese beschreiben das Ausmaß, in dem eine Person mit einem Gefühl relativer Sicherheit glaubt, dass eine andere Person über Charaktereigenschaften oder Fähigkeiten

verfügt, die für sie vorteilhaft sind. Es wird also die Vertrauenswürdigkeit eingeschätzt (McKnight & Chervany, 2001, S. 36). Die Basis für Vertrauen in dieser Sichtweise ist also die Annahme, dass die andere Person willens und in der Lage ist, im Interesse des Vertrauenden zu handeln (vgl. Ferrin, Bligh & Kohles, 2007; Sitkin & Roth, 1993; Möllering, 2005; Yamagishi & Yamagishi, 1994). Auch Lewis und Weigert beschreiben, dass Vertrauen auf einem kognitiven Prozess beruhe, der evaluiert, welche Personen oder Institutionen vertrauenswürdig, welche nicht vertrauenswürdig und bei welchen dies ungewiss ist. So entscheide sich ein Individuum, wem unter welchen Umständen und in welchen Situationen vertraut werden kann. Zentraler Bestandteil dieses kognitiven Prozesses ist also der Umgang mit Wahrscheinlichkeiten. Diese Wahrscheinlichkeiten werden jeweils aufs Neue beurteilt. Vertrauen bedeutet also nicht, dem Gegenüber in jeder Hinsicht und unter allen Umständen zu trauen. Vielmehr bedeutet es die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass sich das Gegenüber in der jeweiligen Situation in einer gewünschten Weise verhält. Bei positiver Evaluation entsteht beim Individuum dementsprechend die Bereitschaft, sich auf eine andere Partei einzulassen. Diese Bereitschaft, sich auf eine andere Partei einzulassen, wird in der Literatur oft als kognitiver *leap* oder *leap of faith* beschrieben (vgl. Das & Teng, 2004, S. 98; Lewis & Weigert, 1985, S. 970).

Diese Sichtweise, Vertrauen als eine positive Erwartung an das Verhalten eines Gegenübers, das einem potentiell schaden kann, findet sich in verschiedenen Arbeiten der Vertrauensforschung. So bezeichnet Birgit Renzl *trusting beliefs* als „[...] the affect-based faith that the other person is benevolent, competent, honest, or predictable in a particular situation“ (Renzl, 2008, S. 209). In einer aus einem Management-Kontext stammenden Arbeit von Gulati und Sytch wird relationelles Vertrauen ebenfalls im Sinne von *trusting beliefs* beschrieben: „[...] the expectation that another organization can be relied on to fulfill its obligations, to behave in a predictable manner, and to act and negotiate fairly even when the possibility of opportunism is present.“ (Gulati & Sytch, 2008, S. 167) Auch die Autoren Das und Teng beschreiben die Einschätzung von Vertrauenswürdigkeit ganz ähnlich:

„When we say we trust someone or that someone is trustworthy, we implicitly mean that the probability that he will perform an action that is beneficial or at least not detrimental to us is high enough for us to consider engaging in some form of cooperation with him.“ (Gambetta, 1988, S. 217)

Grundlage der Erwartung können persönliche Erfahrungen mit dem Objekt des Vertrauens, dessen Reputation oder eine Kombination aus beidem sein (vgl. Dasgupta, 2000; Good, 2000). Ferner können sich die beschriebenen positiven Erwartungen auf verschiedene Aspekte beziehen. Diese Aspekte, oder auch Charakteristika des Vertrauensobjektes, adressieren McKnight und Chervany mit einer vierfachen Unterkategorisierung von *trusting beliefs*. Diese vier Subkonstrukte sind komplementär zu verstehen. Das erste dieser Subkonstrukte nennen die Autoren

trusting-belief-competence. Gemeint ist damit, dass das Gegenüber die entsprechenden Fähigkeiten oder die Macht hat, zu tun, was von ihm erwartet wird. Bezogen auf den Gegenstandsbereich dieser Arbeit würde beispielsweise ein Journalist erwarten, dass ein Politiker ihm relevante Informationen liefern kann. Das zweite Subkonstrukt, genannt *trusting-belief-benevolence*, bedeutet, dass dem Gegenüber an dem Wohl des Vertrauensgebers gelegen ist und es motiviert ist, in dessen Interesse zu handeln. So könnte beispielsweise ein Politiker davon ausgehen, dass ihm ein Journalist wohlgesonnen ist und ihn positiv in seiner Berichterstattung darstellt. Mit *trusting-belief-integrity* beschreiben die Autoren, dass der Vertrauensgeber glaubt, dass sein Gegenüber sich an Absprachen hält, nicht lügt und Versprechen einhält. So könnte etwa ein Politiker davon ausgehen, dass ein Journalist brisante Informationen vertraulich behandelt. Das vierte und letzte Subkonstrukt von *trusting-beliefs* nennen McKnight und Chervany *trusting-belief-predictability*. Diese besagt, dass der Vertrauensgeber glaubt, dass die Taten seines Gegenübers hinreichend konsistent sind, um weitere Handlungen vorhersagen zu können. Dies gilt im positiven, wie im negativen Sinne. In der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern könnte dies bedeuten, dass ein Journalist vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen mit einem Politiker glaubt, einschätzen zu können, ob der Politiker eine Information noch mit weiteren Journalisten teilt (vgl. McKnight & Chervany, 2001, S. 36).

Zusammengenommen bilden die vier Subkonstrukte von *trusting-beliefs* die Anforderung an einen Vertrauensnehmer, willens und fähig zu sein, die vertrauensrelevante Aufgabe oder Handlung erfüllen zu können, umfassend ab. Somit ergibt sich den Autoren zufolge ein starkes Fundament für *trusting-intentions* und somit auch für *trust-related behavior* (vgl. ebd.; McKnight, Cummings & Chervany, 1998).

Auch andere Autoren haben sich ebenfalls mit den Faktoren von Vertrauenswürdigkeit befasst und sind zu teils ähnlichen Überlegungen gelangt. So benennen Mayer, Davis und Schoorman die drei Faktoren *ability*, *benevolence* und *integrity* als Antezedenzen von Vertrauen (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 717 ff.). Das und Teng verknüpfen die Faktoren von Vertrauenswürdigkeit direkt mit den Risiken, die mit deren Fehlen verbunden sind. Dabei identifizieren sie zwei Dimensionen wahrgenommenen Risikos. Die erste, *performance risk*, beschreibt die Gefahren, die sich aus mangelnden Fähigkeiten des Kooperationspartners ergeben und erinnert an den Faktor *ability* der Autoren Mayer, Davis und Schoorman. Die zweite Dimension des wahrgenommenen Risikos entsteht aus der Notwendigkeit des Sich-Verlassens von Partei A auf Partei B. Wenn Partei A nicht bereit ist, sich vollständig auf Partei B zu verlassen, entsteht *relational risk*. Gemeint ist damit, dass Partei B bewusst nicht so handelt wie erwartet (vgl. Das & Teng, 2004, S. 101).

6.1.2 Institutionelle Ansätze

Neben den bisher besprochenen – und für diese Arbeit zentralen – Formen interpersonalen Vertrauens können ebenso Situationen, Strukturen oder soziale Rollen die Objekte von Vertrauen sein. McKnight und Chervany fassen dies unter dem Begriff *institution-based trust* zusammen (vgl. McKnight & Chervany, 2001). Die institutionellen Ansätze sind in der soziologischen Disziplin beheimatet. Was diese Ansätze eint, ist die Annahme, dass Menschen anderen vertrauen können, weil bestimmte Strukturen, Situationen oder Rollen einen vorteilhaften Ausgang dieser Vertrauenshandlung zusichern oder zumindest wahrscheinlich machen. Insbesondere die Autoren Lewis und Weigert halten in ihrem 1985 erschienen Aufsatz ‚Trust as a Social Reality‘ ein Plädoyer für die soziologische Natur von Vertrauen:

„We see that the primary function of trust is sociological rather than psychological, since individuals would have no occasion or need to trust apart from social relationships. In addition, we would like to argue that, like its function, the bases on which trust rests are primarily social as well. This raises the question of how trust in other persons and institutions is established, maintained, and, when necessary, restored.“ (Lewis & Weigert, 1985, S. 969)

Institution-based trust ist also nicht-personell, da es Strukturen und nicht die darin befindlichen Personen zum Objekt des Vertrauens macht (vgl. dazu auch Luhmann, 1979; Shapiro, 1987). Allerdings wirkt *institution-based trust* auf interpersonelles Vertrauen, indem es dem Vertrauenden ein zusätzliches Gefühl von Sicherheit geben kann, da Strukturen oder Regeln bestehen, die die Interaktion regulieren. McKnight und Chervany identifizieren konkret zwei wesentliche Subkonstrukte von *institution-based trust*, die sich aus unterschiedlichen soziologischen Traditionen ableiten: *Structural assurance* und *situational normality*. *Structural assurance* bedeutet, dass „one securely believes that protective structures [...] are in place that are conducive to situational success“ (McKnight & Chervany, 2001, S. 37). Dieser Aspekt findet sich etwa bei Luhmann, wenn er generalisierte Kommunikationsmedien beschreibt, die ein ‚Systemvertrauen‘ ermöglichen (vgl. Kohring, 2001, S. 61ff.; Luhmann, 1968, S. 52ff.).

Bezogen auf das interpersonale Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern sind hier beispielsweise die jeweiligen Berufsrollen, die diese Akteure innehaben und die deren Interaktionen zu einem gewissen Grad formalisieren, zu nennen (vgl. Baier, 1986). Diese wiederum sind verknüpft mit gesetzlichen Regelungen und Kodizes, die dem Gegenüber ein Gefühl von Sicherheit in der Interaktion geben können. So weiß beispielsweise ein Politiker um den sogenannten Pressekodex und etwa der darin verankerten Bedeutung einer vereinbarten Vertraulichkeit. Der Politiker in diesem Beispiel bezieht das Wissen um den Informantenschutz in seine Vertrauensentscheidung mit ein – *structural assurance* hat somit in diesem Beispiel eine unterstützende Wirkung für interpersonales Vertrauen. Die besondere Bedeutung von Berufsrollen in professionellen Beziehungen betont auch Gabarro. Ihm zufolge entwickeln sich die meisten

Arbeitsbeziehungen aufgrund von Berufsrollen, wodurch die beteiligten Personen sich oftmals zunächst in einer institutionalisierten Rollen-Beziehung befänden, die sich dann zu einer Arbeitsbeziehung weiterentwickle. Ferner seien in diesem Zusammenhang die Rollenerwartungen relevant. Diese beeinflussen laut Gabarro stark die Wahrnehmung eines Gegenübers. So werde bei der Einschätzung eines Gegenübers klar unterschieden, ob sich die Person 'in einer Rolle' befindet oder nicht (vgl. Gabarro, 1990, S. 94 f.).

Das zweite Subkonstrukt von *institution-based trust, situational normality*, bedeutet, dass „one securely believes that the situation in a risky venture is normal or favorable or conducive to situational success“ (McKnight & Chervany, 2001, S. 38). Demnach ist das Vertrauen von Menschen höher, wenn sie die gegenwärtige Situation als normal empfinden. Es gilt McKnight und Chervany zufolge ebenso das Gegenteil. Wenn eine Situation abnormal oder suspekt erscheint, könne diese Wahrnehmung das Vertrauen beeinträchtigen oder Misstrauen aufkommen lassen (vgl. ebd.).

6.1.3 Dispositionelle Ansätze der Vertrauensforschung

Ferner ist der Ansatz, Vertrauen als dispositionelle Variable zu betrachten, in der Forschung weit verbreitet. Dieser, von McKnight und Chervany als *disposition to trust* bezeichnete Forschungsstrang, beschreibt „the extent to which one displays a consistent tendency to be willing to depend on general others across a broad spectrum of situations and persons“ (McKnight & Chervany, 2001, S. 38). Es geht hierbei also um eine generelle Neigung oder Bereitschaft, sich auf Andere zu verlassen. Die *disposition to trust* beinhaltet somit nicht zwangsläufig, dass spezifische Andere als vertrauenswürdig eingeschätzt werden. In der wissenschaftlichen Literatur wird parallel dazu auch von *propensity to trust* gesprochen (vgl. etwa Mayer, Davis & Schoorman, 1995). Die *disposition to trust* entwickeln Menschen im Laufe ihrer Sozialisation, beginnend im Kindesalter, wobei die verschiedensten Erfahrungen mit anderen Menschen bedeutsam werden können. Laut den Autoren mag die *disposition to trust* als generelle Tendenz, einen gewissen Einfluss auf die Einschätzung von Personen und Situationen haben, wird jedoch nur in neuen und ungewohnten Situationen wirkliche Bedeutung haben (vgl. McKnight & Chervany, 2001, S. 38 f.).

Bezogen auf die Bedeutung dispositionellen Vertrauens gibt es unterschiedliche Ansichten. Die Autoren Boon und Holmes beispielsweise erkennen die Existenz einer *disposition to trust* an, sehen diese jedoch als eine Variable unter vielen an (vgl. Boon & Holmes, 1991). Ähnlich ordnen Mooradian, Renzl und Matzler *propensity to trust* ein. Sie setzen die *propensity to trust* zu *agreeableness* in Relation. *Agreeableness* bedeutet in diesem Zusammenhang ein

uneigennütziges und fürsorgliches Wesen eines Individuums. *Propensity to trust* ist demnach ein Bestandteil des wesentlich weiteren Feldes der *agreeableness*. Die Autoren weisen in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass Vertrauen nicht zwingend eine Folge von *agreeableness* ist (vgl. Mooradian, Renzl & Matzler, 2006, S. 528).

Disposition to trust hat laut der Typologie nach McKnight und Chervany wiederum zwei Subkonstrukte, *faith in humanity* und *trusting stance*. *Faith in humanity* bedeutet, dass eine Person generell annimmt, dass andere Personen für gewöhnlich ehrlich, wohlwollend, kompetent und berechenbar sind. *Trusting stance* hingegen ist eine persönliche Strategie, deren Grundannahme ist, dass es grundsätzlich vorteilhaft sei, mit anderen Personen so umzugehen, als seien diese wohlwollend und verlässlich. Zahlreiche Arbeiten aus der Management-Forschung betonen diesen Aspekt. Die Verfasser dieser Arbeiten sehen den großen Nutzen von Vertrauen oftmals in der Reduktion von Transaktionskosten. Wenn Individuen Vertrauen geben, reduziere sich der formale Aufwand, welcher andernfalls für Verträge und andere Kontrollmechanismen aufgebracht werden müsste. Interorganisationale Prozesse liefen somit wesentlich schneller und effizienter ab (vgl. Barney & Hansen, 1994; Currell & Judge, 1995; Kramer, 1999; Ring & Van de Ven, 1994; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992; Sydow, 1998).

McKnight und Chervany arbeiten heraus, dass diese beiden Subkonstrukte die Gemeinsamkeit haben, eine „tendency or propensity to trust other people“ (McKnight & Chervany, 2001, S. 39) zu konstituieren. Gleichzeitig trennten sie jedoch die unterschiedlichen Grundannahmen. *Faith in humanity* sei dementsprechend eher auf Annahmen über Eigenschaften von anderen Menschen bezogen und damit wohl eher ein Antezedens der bereits beschriebenen *trusting beliefs*. *Trusting stance* hingegen sei eher mit den *trusting intentions* verbunden (vgl. ebd.).

Der *disposition to trust* wird insbesondere zu Beginn einer interpersonalen Beziehung eine besondere Bedeutung beigemessen. So deuten Ergebnisse empirischer Forschung auf eine höhere Vorhersagekraft von *disposition to trust* in Bezug auf eine tatsächliche Vertrauensbereitschaft hin, wenn dem Vertrauenden nur widersprüchliche oder lückenhafte Informationen über die Vertrauenswürdigkeit einer Person vorliegen (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995).

Der Nutzen der hier vorgestellten Typologie nach McKnight und Chervany liegt zum einen darin, dass sie theoretische Vertrauenskonstrukte systematisiert und in ihrer jeweiligen fachlichen Heimat verortet. Zwar kann ein solches Vorgehen niemals ein völlig trennscharfes Ergebnis liefern, doch hilft es, eine gewisse Ordnung in die wissenschaftliche Literatur zu Vertrauensdefinitionen zu bringen. So wird die *disposition to trust* den psychologischen und ökonomischen Fachrichtungen zugeordnet, Ansätze des *institution-based trust* der Soziologie und die *trusting beliefs*, *trusting intentions* sowie das *trust-related behavior* dem weiten Feld der Sozial-

Psychologie und anderen Disziplinen. Zum anderen stellen McKnight und Chervany Verbindungen zwischen den verschiedenen Vertrauenskonstrukten her.

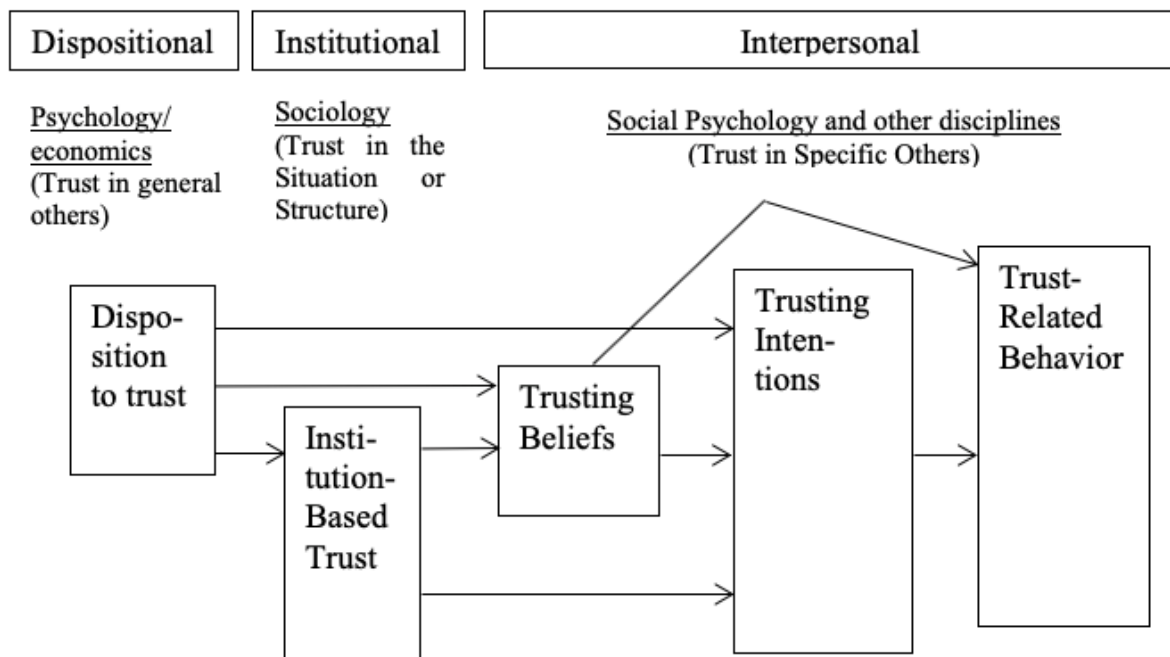


Abbildung 1: Interdisziplinäres Modell der Vertrauenskonstrukte nach McKnight/Chervany
Eigene Darstellung nach McKnight & Chervany, 2001, S. 33

Abbildung 1 verdeutlicht, wie die beschriebenen Ansätze in der Vertrauens-Typologie nach McKnight und Chervany zusammenhängen. Ein Pfeil zeigt in der Darstellung an, dass es sich um ein direktes Antezedens handelt. Somit sind auch indirekte Verbindungen abgebildet. Die *disposition to trust* etwa ist ein indirektes Antezedens von *trust-related behavior*.

6.2 Interpersonales Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern und seine Veränderlichkeit im Zeitverlauf

Nachdem nun ein Überblick sowohl über die vielfältigen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern als auch über das weite Feld der Forschungsansätze zum Thema Vertrauen gegeben wurde, werden in diesem Kapitel beide Aspekte zusammengebracht.

Das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern wird in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten thematisiert. Wenngleich dessen Bedeutung jedoch weitestgehend unumstritten zu sein scheint, wird es zumeist nur am Rande und mit einem eher rudimentären Alltagsverständnis thematisiert (vgl. Blumler & Gurevitch, 1981, S. 481; Burgert, 2010, S. 69; Larsson, 2002, S. 24; Tunstall, 1970, S. 43). So beschreibt Jochen Hoffmann Vertrauen als einen wichtigen Faktor, der die Interaktionen stabilisiert. Er stellt fest, dass die von ihm befragten Politiker Vertrauen mit Seriosität verknüpfen (vgl. Hoffmann, 2003, S. 245). Auch Philip Baugut und

Maria-Theresa Grundler identifizieren Vertrauen in ihrer 2009 erschienenen Studie über Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern in Berlin als einen wichtigen stabilisierenden Faktor in der Beziehung der Akteure (vgl. Baugut & Grundler, 2009, S. 232f.). Eine weitere Spezifizierung erfährt der Vertrauensbegriff in beiden Arbeiten jedoch nicht.

Ganz ähnlich wie die beiden vorgenannten Arbeiten argumentiert Mancini in dem 1993 erschienenen Text 'Between Trust and Suspicion: How Political Journalists Solve the Dilemma'. Auch für ihn ist Vertrauen ein stabilisierender Faktor der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern. Mancini beschreibt ferner gegenseitiges Verständnis und den Respekt vor den Regeln und Routinen als die Grundlage der Vertrauensbeziehung. Er entwickelt ein Verständnis von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern, welches aus drei Aspekten besteht: Kenntnis der Sachthemen, Kenntnis der relevanten Regeln der Beziehung sowie Respekt vor den Regeln. Dabei bezieht er sich insbesondere auf die jeweiligen beruflichen Rollen und organisationale *constraints* (vgl. Mancini, 1993, S. 37f.). Diese Ausführungen Mancinis erinnern an die in Kapitel 4 in Anlehnung an Blumler und Gurevitch beschriebenen Erfordernisse einer funktionierenden Arbeitsbeziehung zwischen Journalisten und Politikern. Die Kenntnis der Heuristiken, Arbeitsweisen und der sachlichen Zwänge, welche die Arbeitsbedingungen des jeweils anderen definieren, wurde in Kapitel 4.1.1 erläutert. Die Kenntnis der Routinen und Normen, die im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern bedeutsam sind, wurde in Kapitel 4.1.3 durch die gemeinsam geteilte Kultur beschrieben.

Das Verständnis von Vertrauen, welches dieser Arbeit im Folgenden zu Grunde gelegt wird, soll diese Ansprüche abbilden. Es wird ferner ein Vertrauensmodell benötigt, das Vertrauen zwischen einem spezifischen Journalisten und einem spezifischen Politiker abzubilden in der Lage ist.

Beide Anforderungen erfüllt das im Jahr 1995 veröffentlichte Vertrauensmodell nach Mayer, Davis und Schoorman. Ihnen zufolge ist Vertrauen die

„[...] willingness of a party to be vulnerable to the actions of another party based on the expectation that the other will perform a particular action important to the trustor, irrespective of the ability to monitor or control that other party.“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 712)

Auf dieser Definition von Vertrauen bauen die Autoren ihr *integrative model of organizational trust* auf. Ein wichtiges Ziel der drei Vertrauensforscher bei der Entwicklung des Modells war es, dieses möglichst sparsam zu gestalten, um es auf unterschiedliche interpersonale Vertrauensbeziehungen anwenden zu können. Daher fallen die Schilderungen der Faktoren, die Vertrauen erforderlich machen, zum einen recht vage aus. So wird die Interdependenz von Akteuren, die zusammenarbeiten als der zentrale Auslöser und Motivator von Vertrauen in Beziehungen beschrieben (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 710). Einen weiteren wichtigen

Ansatzpunkt liefert das folgende Zitat der Autoren: „The need for trust only arises in a risky situation.“ (ebd.: 711) Risiko ist also der Dreh- und Angelpunkt des Vertrauensmodells nach Mayer, Davis und Schoorman. Abbildung 2 zeigt das Vertrauensmodell der drei Autoren.

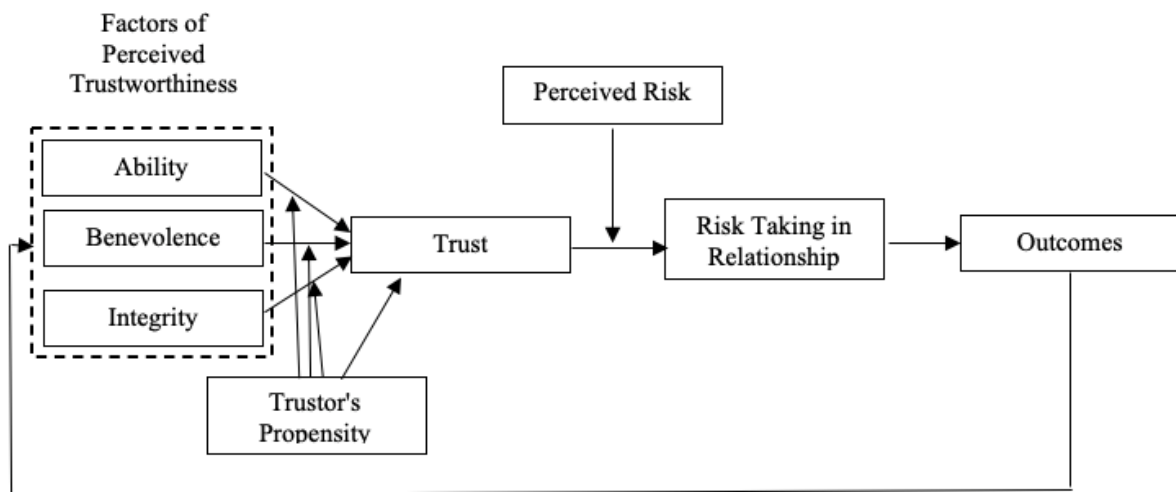


Abbildung 2: Integrative Model of Organizational Trust nach Mayer, Davis und Schoorman
Eigene Darstellung nach Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 715

Die enge wechselseitige Abhängigkeit von Journalisten und Politikern wurde im Kapitel zur politischen Kommunikationskultur beschrieben. Auch wurde thematisiert, dass die Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Politikern für beide Seiten mit Risiken verbunden ist. Die Annahme der Autoren Mayer, Davis und Schoorman, dass sich der Vertrauende also bewusst und freiwillig verletzlich macht, was sich in ihrer Vertrauens-Definition nach Mayer, Davis und Schoorman durch die *willingness to be vulnerable* ausdrückt, lässt sich also gut auf die professionellen Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern übertragen. Die in Kapitel 4.1.4 beschriebenen beschränkten Kontrollmöglichkeiten im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern finden sich ebenfalls in der Definition wieder, da laut Mayer, Davis und Schoorman die Vertrauenshandlung „irrespective of the ability to monitor or control that other party“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 712) eingegangen wird. Im Folgenden wird das Vertrauensmodell näher vorgestellt und seine Anwendbarkeit auf das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern weiter verdeutlicht.

6.2.1 Vertrauenswürdigkeit und individuelle Vertrauensneigung

Die Einschätzung von Vertrauenswürdigkeit anhand bestimmter Attribute des Gegenübers ist, soweit der Konsens in der Vertrauensforschung, eine zentrale Voraussetzung freier Vertrauenshandlungen. Eine Vorstellung von der Natur wahrgenommener Vertrauenswürdigkeit wird im folgenden Zitat formuliert: „Perceptions of trustworthiness can be a product of observations of others that become transformed into symbolic representations that guide expectations and

action.“ (Levin, Whitener & Cross, 2006, S. 1164) Der Aspekt der Vertrauenswürdigkeit ist auch in den von Mayer, Davis und Schoorman beschriebenen Antezedenzen von Vertrauen zentral. Sie benennen drei Faktoren wahrgenommener Vertrauenswürdigkeit: *ability*, *benevolence* und *integrity*. Diese drei Faktoren identifizieren Mayer, Davis und Schoorman mithilfe einer Analyse der bisherigen Vertrauensforschung als die bedeutendsten. In der Kombination seien sie geeignet, Vertrauenswürdigkeit im Wesentlichen zu erfassen.

Ability bezeichnet Mayer, Davis und Schoorman zufolge „that group of skills, competencies, and characteristics that enable a party to have influence within some specific domain“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 717). *Ability* hat sich in der wissenschaftlichen Literatur zu einem der wichtigsten Indikatoren von Vertrauenswürdigkeit entwickelt (vgl. Colquitt, Scott & Lepine, 2007; Deutsch, 1960). Zentral für das Verständnis von Mayer, Davis und Schoorman ist, dass *ability* jeweils nur auf bestimmte Kompetenzbereiche bezogen ist. Diese Sichtweise unterstützt das Bestreben der vorliegenden Arbeit, das professionelle Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern zu betrachten und dies etwa vom Vertrauen der beteiligten Akteure in einem privaten Zusammenhang zu unterscheiden. Dementsprechend bezieht sich *ability* hier auf die wahrgenommenen Kompetenzen bezogen auf die jeweilige berufliche Rolle (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 717). So ist es für den Journalisten entscheidend, dass der Politiker einen gewissen Sachverstand auf das jeweilige Thema bezogen hat. Nur so kann der Politiker eine sinnvolle Quelle für die Berichterstattung sein. Für den Politiker hingegen könnte *ability* etwa bedeuten, dass er vom Journalisten die Kompetenz erwartet, komplexe politische Sachverhalte angemessen darzustellen.

Während die Vertrauenswürdigkeits-Komponente *ability* ermisst, ob jemand in der Lage ist, dem Vertrauen gerecht zu werden, fokussieren die beiden charakterbezogenen Vertrauenswürdigkeits-Komponenten *benevolence* und *integrity*, ob er willens ist, dem Vertrauen gerecht zu werden. *Benevolence* beschreibt dabei das Ausmaß, in dem der Vertrauende glaubt, dass sein Gegenüber Gutes für ihn tun will, ohne dass er damit einen Eigennutz verfolgt. Als Beispiel nennen die Autoren das Verhältnis zwischen einem Mentor und einem Protegé (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 718f.). Für den vorliegenden Fall des professionellen Vertrauens zwischen Journalisten und Politikern ist zu vermuten, dass der Faktor *benevolence* weniger bedeutend sein wird. Zum einen sprechen die unterschiedlichen Ziele, die die hier besprochenen Akteure verfolgen, gegen eine große Bedeutung dieses Faktors. Zum anderen weist das Verhältnis, wie in Kapitel 2 beschrieben wurde, durchaus antagonistische Züge auf, die demokratietheoretisch sogar wünschenswert erscheinen. Eine von Wohlwollen geprägte Beziehung zwischen Journalisten und Politikern ist dementsprechend demokratietheoretisch und normativ

nicht gewünscht und wird vermutlich daher von beiden Arten von Akteuren auch nicht gezielt verfolgt. Dennoch soll nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere in länger bestehenden Arbeitsbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern, der Faktor *benevolence* eine gewisse Bedeutung erlangen kann.

Der dritte Faktor wahrgenommener Vertrauenswürdigkeit, den Mayer, Davis und Schoorman ins Feld führen, bezeichnen die Autoren als *integrity*. Diese beschreibt „the trustor's perception that the trustee adheres to a set of principles that the trustor finds acceptable“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 719). Mayer, Davis und Schoorman führen aus, dass sowohl die Beachtung der Prinzipien als auch die Akzeptabilität dieser Prinzipien wichtig ist. Wenn unser Gegenüber zwar fest an bestimmten Prinzipien festhält, diese aber im Gegensatz zu unseren eigenen Prinzipien stehen, fördert dies nicht die Vertrauenswürdigkeit (vgl. ebd.). In der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern ist der Faktor *integrity* vor allem durch die in Kapitel 4.1.3 beschriebene gemeinsam geteilte berufliche Kultur definiert.

Die drei Faktoren dienen den Forschern zufolge gemeinsam als Grundlage für die Wahrnehmung von Vertrauenswürdigkeit. Colquitt, Scott und LePine konnten diese Annahme in einer Meta-Analyse bestätigen. Demnach haben alle drei Faktoren – *ability*, *benevolence* und *integrity* – einen jeweils bedeutenden und unterscheidbaren Einfluss auf Vertrauen (vgl. Colquitt, Scott & LePine, 2007, S. 911). Es ist davon auszugehen, dass die Einschätzung der drei Faktoren von Vertrauenswürdigkeit des Gegenübers sowohl auf eigenen Erfahrungen als auch auf den Erfahrungen Dritter beruhen kann (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 722; McLain & Hackman, 1999, S. 161). Daher könne eine wahrgenommene geringe Ausprägung eines der drei Faktoren bereits das Vertrauen zwischen den Akteuren unterminieren. So werde eine Person, bei der alle drei Faktoren hoch eingeschätzt werden, als vertrauenswürdig eingeschätzt. Allerdings weisen Mayer, Davis und Schoorman darauf hin, dass sich bei dieser Einschätzung nicht um eine binäre, sondern um eine graduelle Wahrnehmung im Sinne eines Kontinuums handele - es gibt also Abstufungen zwischen 'vertrauenswürdig' und 'nicht-vertrauenswürdig'. Auch die drei Faktoren selbst variieren den Autoren zufolge entlang eines Kontinuums. Dabei müssen die drei Faktoren nicht zwingend alle eine hohe Ausprägung aufweisen, um eine andere Person als vertrauenswürdig einzustufen (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 721).

Das von Mayer, Davis und Schoorman entwickelte Verständnis von Vertrauen verfolgt die psychologische Idee, dass Vertrauen individuell variiert. Die individuelle psychologische Komponente, die den Ausschlag gibt, ob jemand vertraut oder nicht – also die persönliche Vertrauensneigung – nennen die drei Wissenschaftler *propensity to trust*. Andere Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von *trait trust* (vgl. Mooradian, Renzl & Matzler, 2006, S. 527) oder

schlicht *trust* (vgl. Colquitt, Scott & LePine, 2007, S. 909; Lewicki, Tomlinson & Gillespie, 2006, S. 999). *Propensity to trust* repräsentiert den Anteil, den die in Kapitel 6.1.3 vorgestellten dispositionellen Ansätze der Vertrauensforschung am Vertrauensmodell von Mayer, Davis und Schoorman haben. Je höher die *propensity to trust* ist, desto höher wird demnach auch das Vertrauen dem anderen gegenüber sein, bevor Informationen über ihn vorliegen. Die individuelle *propensity to trust* gibt den Ausschlag dafür, ob bei einer geringen Ausprägung eines oder mehrerer Faktoren von Vertrauenswürdigkeit noch vertraut wird und kann einen moderierenden Einfluss auf Vertrauen haben. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Arbeiten zur Vertrauensforschung, erlangt die *propensity to trust* im Vertrauensmodell nach Mayer, Davis und Schoorman eine zentrale Rolle. Es gibt Hinweise darauf, dass die *propensity to trust* sowohl vor der Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit als auch nachdem die Vertrauenswürdigkeit eingeschätzt wurde, einen Einfluss auf Vertrauen hat (vgl. Colquitt, Scott & LePine, 2007, S. 918). Mayer et al. bleiben allerdings recht vage in ihren Beschreibungen von *trust propensity* und wie sich diese beim Menschen entwickelt. Sie weisen lediglich darauf hin, dass Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Persönlichkeitstypen und kulturellen Hintergründen sich hinsichtlich ihrer jeweiligen *propensity to trust* unterscheiden (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 715f.). Die beiden Wirtschaftswissenschaftler Robert Lount und Nathan Pettit untersuchen in einer 2012 veröffentlichten experimentellen Studie die Bedeutung von Status für die *propensity to trust*. Die Studie gründet auf dem Vertrauensverständnis von Mayer, Davis und Schoorman. Die Grundannahme der Studie ist, dass Personen mit einem hohen Status oftmals in dem Bewusstsein leben, dass sie aufgrund ihrer herausgehobenen Position in aller Regel mehr Vorteile haben und eine bevorzugte Behandlung durch andere erfahren. In drei verschiedenen Experimenten konnten die Forscher eine positive Korrelation zwischen hohem persönlichem Status und anfänglichem Vertrauen in andere nachweisen. Ferner sei diese Korrelation nicht auf intentionales Vertrauen beschränkt, sondern auch für behaviorales Vertrauen nachzuweisen. Laut den Ergebnissen der Autoren wird der Zusammenhang von Status und anfänglichem Vertrauen durch den Faktor der wahrgenommenen *benevolence* vermittelt (vgl. Lount & Pettit, 2012).

6.2.2 Aktivierung von Vertrauen durch *risk taking in relationship*

Wie bereits im vorigen Kapitel umfangreich erläutert wurde, ist der Aspekt des Risikos zentral für ein Verständnis von Vertrauen. Vertrauen beruht auf Wahrscheinlichkeiten, die Einschätzung der drei Faktoren von Vertrauenswürdigkeit kann keine absolute Sicherheit garantieren – dann wäre schließlich auch kein Vertrauen notwendig. Mayer, Davis und Schoorman

präzisieren den Aspekt des Risikos in ihrer Arbeit dahingehend, dass das Eingehen eines Risikos die behaviorale Manifestation von Vertrauen ist. Die bloße Absicht zu vertrauen, also die in Kapitel 6.1.1 beschriebenen *trusting intentions*, sind somit noch kein Vertrauen, da durch eine Vertrauensabsicht noch kein Risiko eingegangen wird (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 724). Die beiden Wirtschaftswissenschaftler Das und Teng argumentieren analog dazu, dass Vertrauen nur notwendig wird, wenn eine angemessene Kontrolle fehlt und formulieren ihre Risiko-basierte Sichtweise auf Vertrauen: „[...] behavioral trust is relevant only if the element of uncertainty is present.“ (Das & Teng, 2004, S. 104) Auch Niklas Luhmann spricht im Zusammenhang mit Vertrauen vom „Problem der riskanten Vorleistung“ (Luhmann, 1989, S. 23). Das Gewähren von Vertrauen steigert demnach die Verwundbarkeit des Vertrauenden, weil man sich auf das Risiko einlässt. Boon und Holmes vermuten dazu: „[...]the perception of risk in a particular situation may be the key parameter, determining whether and if the dynamics of trust come into play.“ (Boon & Holmes, 1991, S. 195; Hervorh. im Original)

Das und Teng schlagen die Unterscheidung in zwei verschiedene Dimensionen wahrgenommenen Risikos vor, *relational risk* und *performance risk*. Beide Arten von Risiko sind voneinander unabhängig und gründen auf verschiedenen Voraussetzungen. Dabei bezieht sich *relational risk* den Wissenschaftlern zufolge auf die Konsequenzen, die entstehen, wenn sich ein Partner der Beziehung nicht vollständig verpflichtet fühlt und sich anders verhält, als man es von ihm erwartet. *Relational risk* lässt sich somit den charakterbezogenen Faktoren von Vertrauenswürdigkeit, *benevolence* und *integrity*, zuzuordnen. Mit *performance risk* hingegen beschreiben Das und Teng das Risiko, dass ein Partner trotz guten Willens die von ihm erwarteten Leistungen nicht erbringen kann. Dementsprechend bezieht sich diese Risiko-Dimension auf den *ability*-Faktor von Vertrauenswürdigkeit (vgl. Das & Teng, 2004, S. 101).

Das behaviorale Resultat von Vertrauen, gewissermaßen das Ergebnis der Interaktion von Vertrauen und Risiko, wird bei Mayer, Davis und Schoorman als *risk taking in relationship* bezeichnet. Da Vertrauen nur das wahrgenommene Risiko reduziert, ist das tatsächliche Risiko nach wie vor präsent. Bevor der Vertrauende das Risiko aktiviert, sich also in einer Vertrauenshandlung engagiert, findet eine Einschätzung des Risikos statt, mögliche positive wie negative Resultate der Vertrauenshandlung werden gegeneinander abgewogen. Ist das wahrgenommene Risiko größer als das Vertrauen, wird es in aller Regel nicht zum *risk taking in relationship* kommen (vgl. Das & Teng 2004, S. 105f.; Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 725f.).

Ausschlaggebend dafür, ob nach der Interaktion von *trust propensity* und eingeschätzter Vertrauenswürdigkeit die Risikonahme erfolgt, ist laut Das und Teng die *risk propensity* des Individuums. Sie beschreibt, analog zu *trust propensity*, die individuelle Neigung, Risiken

einzugehen. Menschen mit einer hohen *risk propensity* neigen demnach dazu, vor allem mögliche Gewinne zu sehen und Risiken geringer einzuschätzen. Umgekehrt seien Menschen mit geringer *risk propensity* eher bestrebt, Verluste zu vermeiden und gingen daher nur möglichst geringe Risiken ein (vgl. Das & Teng, 2004, S. 107f.).

An anderer Stelle weisen Das und Teng auf den Aspekt der Reziprozität von Vertrauen hin. Demnach führe Vertrauen zu *risk-taking*, was wiederum bei positivem *outcome* zu Vertrauen führe: „When a trustee realizes that a trustor has taken considerable risk in trusting her, she tends to be motivated to behave in a trustworthy manner.“ (Das & Teng, 1998, S. 503) Vertrauen ruft also Reziprozität hervor, weswegen es schwerfällt, gegebenes Vertrauen zu enttäuschen. Dieser Ansatz eröffnet ein gewisses strategisches Potential. Das Eingehen eines tatsächlichen oder vermeintlichen Risikos für den Vertrauenden könnte ein Individuum demzufolge vertrauenswürdiger erscheinen lassen.

6.3 Die Entwicklung von interpersonalem Vertrauen im Verlauf der Interaktionsgeschichte

Die dynamische Natur von Vertrauen im Verlauf von Beziehungen wird im Vertrauensmodell von Mayer, Davis und Schoorman durch die als *outcomes* bezeichnete Feedback-Schleife berücksichtigt. Die Autoren formulieren dazu die Annahme, dass „Outcomes of trusting behaviors (i.e. RTR) will lead to updating of prior perceptions of the ability, benevolence, and integrity of the trustee“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 728). Diese Sichtweise soll hier genutzt werden, um ein Verständnis von Vertrauen im Zeitverlauf aufzubauen. Dies ist notwendig, da die Arbeitsbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern oftmals langfristig angelegt sind. In der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass sich das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern im Verlauf einer Interaktionsgeschichte verändert. Ein interessanter Ansatz zur Beschreibung von Vertrauen im Verlauf einer Interaktionsgeschichte findet sich bei Shapiro, Sheppard und Cheraskin (1992), sowie bei Lewicki und Bunker (1996), die deren Ansatz weiterentwickeln. Die Autoren beschreiben Vertrauen entlang einer Bandbreite, die von einem kalkulativen-abwägenden Vertrauen bis hin zu einem emotional-relationalen Vertrauen reicht. Eine signifikante Erweiterung durch Lewicki und Bunker besteht darin, dass sie die drei Formen von Vertrauen nicht isoliert betrachten, sondern als eine sequentielle Abfolge beschreiben (vgl. ebd. 144).

6.3.1 *deterrence-based trust* und *calculus-based trust*

Die erste Stufe von interpersonalem Vertrauen in professionellen Beziehungen wird von Shapiro, Sheppard und Cheraskin als *deterrence-based trust* bezeichnet. Nach deren

Verständnis wird Vertrauen in einem frühen Stadium dadurch gewährleistet, dass die Furcht vor Bestrafung einen Betrug oder vertrauensschädigendes Verhalten generell unwahrscheinlich macht. Dazu muss die Bestrafung klar definiert und möglich in der Durchführung sein sowie bei Fehlverhalten mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreffen (vgl. Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 366ff.). Lewicki und Bunker greifen diese Sichtweise auf und bezeichnen ihrerseits die abschreckenden Faktoren als besonders starke Motivatoren. Allerdings argumentieren sie, dass *deterrence-based trust* nicht ausschließlich in der Furcht vor Bestrafung begründet ist, sondern auch in den Belohnungen, die sich aus dem Erfüllen des Vertrauens ergeben. Dementsprechend erweitern sie das Konzept zu *calculus-based trust*. Bei dieser transaktionalen Form von Vertrauen findet den beiden Wissenschaftlern zufolge eine laufende Kalkulation der Vor- und Nachteile, die das Eingehen der Vertrauensbeziehung mit sich bringt, statt. Faktoren dieser Kalkulation seien die Vorteile eines Verbleibes in der Beziehung, die Vorteile der Beendigung der Beziehung, die Kosten des Verbleibs sowie die Kosten der Beendigung der Beziehung (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 145; Sheppard & Sherman, 1998, S. 428). Demnach müssen die Vorteile, die der Verbleib in der Beziehung mit sich bringt, die Vorteile, die ein Betrug in der Beziehung bringen würde, überwiegen. Diese Vorstellung lässt sich weitestgehend problemlos auf die Beziehung zwischen Journalisten und Politikern übertragen, wie die folgenden Schilderungen zeigen werden.

Abschreckende Faktoren, die vertrauensschädigendes Verhalten in einer Beziehung unterbinden, kommen Shapiro, Sheppard und Cheraskin zufolge in drei verschiedenen Ausprägungen vor. Die erste Erscheinungsform sind wiederholte Interaktionen der beiden Akteure, wobei jede dieser Interaktionen einen kleinen Teil der Vorteile, die die Beziehung für beide Akteure bietet, enthält. Die beteiligten Akteure werden, so die Annahme von Shapiro und Kollegen, wesentlich seltener dazu neigen, sich nicht-vertrauenswürdig zu verhalten, wenn die Vorteile, die sich aus den zukünftigen Interaktionen ergeben könnten, dadurch gefährdet werden. Idealerweise steige im Laufe der Beziehung das Risiko, welches die Akteure auf sich nehmen, um so den akkumulierten Vorteilen des Verbleibs in der Beziehung gerecht zu werden. Während die Parteien im Verlauf der Beziehung zunehmend Vertrauen aufbauen, wird deren Interdependenz facettenreicher. Wird die Beziehung abgebrochen, verfügen beide Parteien über verschiedene Möglichkeiten, einander zu schaden (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 146f.; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 367). Ein Beispiel aus dem Gegenstandsbereich dieser Arbeit ist ein Journalist, der regelmäßig Informationen von einem Politiker erhält. Diese Beziehung ist, ganz im Sinne des Journalisten, auf Dauer angelegt. Gegebenenfalls werden die Informationen, die der Journalist von dem entsprechenden Politiker erhält, im Laufe der Zeit zunehmend interessanter,

spricht 'nachrichtenwerter'. Da der Journalist diesen Informationsfluss nicht gefährden will, wird er das Vertrauen des Politikers sehr wahrscheinlich nicht verletzen.

Auch das gleichzeitige Bestehen mehrerer Kontaktpunkte könne Vertrauen sichern. Komplexe Beziehungen seien gekennzeichnet durch verschiedene simultane oder eng miteinander verknüpfte Kontakte. Dies mache es unwahrscheinlicher, dass ein Akteur sich vertrauensschädigend verhält, da er dadurch andere, gleichzeitige Transaktionen gefährde (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 147; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 367f.). Für einen Journalisten, der sich in einer engen und facettenreichen Vertrauensbeziehung mit einem Politiker befindet, bedeutet dies beispielsweise, dass er sich sehr wahrscheinlich an Absprachen hinsichtlich der Veröffentlichung von Informationen aus einem Gespräch über Intrigen in seinem Heimatwahlkreis halten wird, da der Politiker ihn ansonsten etwa von interessanten Terminen im Rahmen seiner Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion ausschließen könnte.

Eine dritte und letzte Möglichkeit, *calculus-based trust* zu fördern, sei die 'Geiselnahme' der Reputation. Speziell in professionellen Zusammenhängen mit vielen unterschiedlichen Kontaktpersonen sei der drohende Verlust von Reputation eine wirksame Möglichkeit der Abschreckung. Selbst unehrlichen Individuen sei zumeist daran gelegen, einen Ruf als ehrliche Person aufrechtzuerhalten. Somit würden kurzfristige Gewinne oder Vorteile aus unehrlichem Verhalten gegen deren langfristige negative Auswirkungen auf die eigene Reputation abgewogen (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 147f.; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 368). So wird etwa ein Politiker bestrebt sein, in Journalistenkreisen als Lieferant wertvoller Informationen angesehen zu werden. Sollte er diese Informationen nicht liefern können oder wollen, beziehungsweise sollte er im Ruf stehen, unwahre Informationen zu liefern, wird dies seinen Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit beeinträchtigen.

Es handelt sich bei *calculus-based trust* also um eine Form von Vertrauen, die auf der Kontrolle des Verhaltens des Gegenübers basiert. Dieser Annahme stehen verschiedene Arbeiten gegenüber, in denen Vertrauen und Kontrolle als unvereinbar beschrieben werden. Wo Kontrolle herrsche, könne kein Vertrauen entstehen (vgl. Gambetta, 2000; Sitkin & Roth, 1993). Auch in der bereits vorgestellten Definition nach Mayer, Davis und Schoorman erfolgt Vertrauen „irrespective of the ability to monitor or control [...]“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 712). Allerdings bemerken die drei Autoren in einer späteren Arbeit, dass angemessene Kontrollsysteme einen positiven Einfluss auf *risk taking in relationship*, also die behaviorale Manifestation von Vertrauen, haben können. Selbst bei einem als hoch wahrgenommenen Risiko können Kontrollsysteme demnach einen moderierenden Einfluss ausüben, indem sie das wahrgenommene Risiko auf ein Maß reduzieren, welches von Vertrauen bewältigt werden kann (vgl. Schoorman,

Mayer & Davis, 2007, S. 346). Diese Gedanken zu Vertrauen und Kontrolle erinnern an eine Arbeit Guido Möllering (Möllering, 2005), in der er für die Dualität von Vertrauen und Kontrolle plädiert. Vertrauen und Kontrolle schließen sich demnach nicht gegenseitig aus. Möllering argumentiert ähnlich wie Schoorman, Mayer und Davis (2007), dass Kontrolle durch soziale Strukturen – etwa Verträge – Vertrauen erzeugen kann. Auch bei ihm sind Kontrollsysteme in Bezug auf Vertrauen eher als moderierende Umweltfaktoren zu verstehen, weniger als eine wirkliche Kontrolle (vgl. Möllering, 2005, S. 292). So betont Möllering auch, dass das Konzept 'Vertrauen' überflüssig wäre, wenn ein Vertrauensbruch durch Kontrolle auszuschließen sei. Jeder Akteur habe in der Regel die Wahl, aus den sozialen Strukturen, die durch Kontrollsysteme definiert sind, ausubrechen. Die daraus resultierende 'Restunsicherheit' beim Vertrauenden werde durch das Konzept der *Suspension* bewältigt, womit gewissermaßen ein Ausblenden des Restrisikos gemeint ist. *Suspension* mache es sozialen Akteuren möglich, Unsicherheit zu tolerieren (vgl. ebd., S. 295f.).

Die komplexen manifesten Regeln und 'ungeschriebenen Gesetze' die das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern regulieren – also die politische Kommunikationskultur – können als ein Kontrollsystem, wie es von Mayer, Davis und Schoorman sowie von Möllering beschrieben wird, gelten. Die Regeln in der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern machen die drei genannten Ausprägungen von *calculus-based trust* konkreter. So nennen Lewicki und Bunker die wechselseitige Beobachtung der an der Vertrauenshandlung beteiligten Akteure sowie deren Bereitschaft, eine Verletzung des Vertrauens zu kommunizieren, als eine Bedingung, dass *deterrence* effektiv sein kann. Ferner müsse die Partei, die einen Vertrauensbruch erleidet, bereit sein, der vertrauensbrechenden Partei Vorteile zu entziehen, beziehungsweise ihr zu schaden, so dass die Drohungen glaubhaft sind und im Falle eines Vertrauensbruchs umgesetzt werden (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 148f.). Diesen beiden Anforderungen kommen die Regeln der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern entgegen, da allen beteiligten Akteuren bewusst ist, welche Sanktionsmittel im Falle einer Vertrauensverletzung zur Verfügung stehen und wie diese voraussichtlich umgesetzt werden. Ein ausschlaggebender Faktor für die Wirksamkeit von *calculus-based trust* ist in diesem Zusammenhang die von Mayer, Davis und Schoorman beschriebene *integrity*, welche „the trustor's perception that the trustee adheres to a set of principles that the trustor finds acceptable“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 719) beschreibt. Ohne diese *integrity* wäre es im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern fraglich, ob sich die Interaktionspartner an die beschriebenen Regeln hielten, was wiederum *calculus-based trust* unterminieren würde. Dazu passend schätzen die drei Autoren die

Bedeutung der wahrgenommenen *integrity* des Gegenübers besonders zu Beginn einer Interaktionsgeschichte als hoch ein (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 722).

6.3.2 *Knowledge-based trust*

Die zweite Stufe von interpersonalem Vertrauen in professionellen Beziehungen wird *knowledge-based trust* genannt. Sowohl Lewicki und Bunker als auch Shapiro, Cheraskin und Sheppard beschreiben die Vorhersagbarkeit zukünftigen Verhaltens als Voraussetzung für diese Form von Vertrauen. Je besser sich die Akteure in einer Beziehung kennen, desto besser können sie das zukünftige Verhalten des jeweiligen Gegenübers einschätzen. Ein wichtiger Faktor von *knowledge-based trust* ist laut Lewicki und Bunker Informationen über den anderen zu erhalten. Durch wiederholte Interaktionen wächst das Wissen über den Anderen und dessen Werte, Einstellungen und Präferenzen. Bei diesem Prozess des Kennenlernens können Gemeinsamkeiten zutage treten, die wiederum einen positiven Einfluss auf die Bereitschaft, zu vertrauen haben können. Diese machen es möglich, einzuschätzen, wie sich der Andere in bestimmten Situationen voraussichtlich verhalten wird. Vertrauen wird so gefördert, selbst wenn davon auszugehen ist, dass sich der andere nicht-vertrauenswürdig verhalten wird, da sich einschätzen lässt, in welcher Weise der Andere das Vertrauen voraussichtlich verletzen wird (vgl. Kramer, 1999, S. 575 f.; Lewicki & Bunker, 1995, S. 149; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 369 ff.). Der Umfang des Wissens, das für *knowledge-based trust* notwendig ist, wird sich entlang eines Kontinuums zwischen totalem Wissen und totaler Ignoranz bewegen. Bei totalem Wissen wäre kein Vertrauen mehr notwendig, bei totaler Ignoranz fehlt eine Basis, auf der rationales Vertrauen entstehen kann (vgl. McAllister, 1995, S. 26).

Shapiro et al. unterscheiden zwei weitere bedeutende Faktoren für *knowledge-based trust*: *regular communication* und *courtship* (vgl. Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 369 ff.). Diese werden von Lewicki und Bunker aufgegriffen und in ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Vertrauen präzisiert. Demnach könne *knowledge-based trust* entstehen, wenn zu *calculus-based trust* die Faktoren *regular communication* und *courtship* hinzutreten. Durch *regular communication* entsteht ein konstanter Kontakt zwischen den Akteuren, welcher einen Austausch von Informationen über Wünsche, Präferenzen und Problemlösungsstrategien erlaube. Laut Lewicki und Bunker werde es so möglich, zu verstehen, wie der andere die Welt wahrnimmt und diese Sichtweise mit der eigenen zu vergleichen (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 150). Regelmäßige Kommunikation kann auch dazu dienen, unterschiedliche Sichtweisen, die es in jeder Beziehung gibt, abzugleichen. So kann verhindert werden, dass aus diesen

unterschiedlichen Sichtweisen tatsächliche Konflikte entstehen, die fatal für das Vertrauen in der Beziehung sein können (vgl. Teng/ Das 1998: 504f.).

Mit *courtship* hingegen bezeichnen die Autoren ein Verhalten, welches direkt auf die Entwicklung von Beziehungen gerichtet ist. Dies geschieht durch Gespräche mit dem Anderen, durch Beobachtungen des Verhaltens des anderen und durch die Beurteilungen des Verhaltens des potentiellen Partners durch andere Individuen. Auf diese Weise können beide Akteure herausfinden, ob sie 'kompatibel' sind und eine Partnerschaft erfolgversprechend ist (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 150; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 369f.).

Gerade in der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern erscheint es naheliegend, dass neben dem Sammeln eigener Informationen mittels *regular communication* und *courtship* auch Informationen durch Dritte eine bedeutende Rolle spielen. Wie Ronald Burt und Marc Knez in ihrem 1996 erschienenen Aufsatz '*Trust and Third-Party Gossip*' bemerken, ist der simpelste Kontext von Vertrauen eine isolierte Dyade, also zwei Individuen, die losgelöst von anderen miteinander interagieren. Gewöhnlich jedoch sei Vertrauen in ein komplexes Netz von Beziehungen eingebunden. Daraus ergeben sich neben der direkten Verbindung innerhalb der Dyade auch indirekte Verbindungen durch Dritte. Diese Beziehungen zu Dritten können eine starke Wirkung auf das Vertrauen zwischen Akteuren entfalten (vgl. Burt & Knez, 1996, S. 68f.; Ferrin, Dirks & Shah, 2006, S. 871).

Ferrin und Kollegen bezeichnen die Vermittlung vertrauensrelevanter Informationen durch Dritte als *trust transferability*. Demnach werden die Einschätzungen der Vertrauenswürdigkeit in einer Dyade auch von sozialen Informationen, die von Dritten stammen, beeinflusst. Dies gelte insbesondere, wenn eine Situation unklar und eine objektive Beurteilung nicht möglich sei. Sie weisen ferner darauf hin, dass eine objektive Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit eines Interaktionspartners ausschließlich auf Grundlage eigener Erfahrungen generell unmöglich sei, da sich viele seiner Verhaltensweisen in Abwesenheit des Vertrauenden stattfinden. Daher seien die Informationen Dritter eine wertvolle Ressource zur Bildung von *trusting beliefs*. Durch sie werde es prinzipiell möglich, selbst ohne persönliche Erfahrungen mit einem Individuum, zu einer Einschätzung von dessen Vertrauenswürdigkeit zu gelangen. Doch auch wenn ein Individuum Zugang zu direkten Informationen über einen Interaktionspartner hat, wird es vermutlich gerne auf Informationen durch Dritte zurückgreifen, um ein möglichst vollständiges Bild zu erhalten. Die Autoren weisen nachvollziehbar daraufhin, dass in diesem Zusammenhang die Vertrauenswürdigkeit der dritten Partei wiederum eine große Bedeutung hat (vgl. Ferrin, Dirks & Shah, 2006, S. 874f.).

6.3.3 *identification-based trust*

Die dritte und letzte Stufe von interpersonalem Vertrauen wird *identification-based trust* genannt und beschreibt eine komplette Internalisierung der Präferenzen des Gegenübers in einer Vertrauensbeziehung. Diese Vertrauensebene ist gekennzeichnet von gegenseitigem Verständnis der jeweiligen Wünsche und Bedürfnisse, deren Akzeptanz und Unterstützung bei deren Erreichung. Liegt *identification-based trust* vor, können beide Akteure für den jeweils anderen handeln und sich dementsprechend gegenseitig vertreten, ohne dass eine Überwachung oder Kontrolle notwendig ist (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 151ff.; Shapiro, Sheppard & Cherskin, 1992, S. 371f.). Laut Lewicki und Bunker kann ein Ausdruck von *identification-based trust* sein, dass der *trustor* wesentlich stärker für die Interessen des *trustee* eintritt, als dieser selbst es tut. Im Gegensatz zu *knowledge-based trust* ist *identification-based trust* nicht nur von einer Kenntnis und Berechenbarkeit der Wünsche, Bedürfnisse und Überzeugungen des anderen gekennzeichnet, vielmehr werden diese geteilt (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 151ff.). Es erscheint sehr unwahrscheinlich, dass *identification-based trust* in dem professionellen Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern, das wie in Kapitel 4 geschildert wurde, eine in Teilen antagonistische Prägung hat, eine Bedeutung erlangen kann. So ist es vermutlich vor allem für Journalisten problematisch, eine Vertrauensbeziehung zu einem Politiker zu haben, die auf gegenseitiger Identifikation beruht. Eine solche Beziehung könnte die journalistische Rolle des kritischen Beobachters unterminieren. Doch auch für Politiker würde eine starke Identifikation mit den Zielen und Wünschen der Journalisten unter Umständen mit den eigenen strategischen Zielen kollidieren.

6.3.4 Entwicklung von Vertrauen entlang der drei Phasen

Wie bereits erwähnt, legen Lewicki und Bunker nahe, dass die drei von Shapiro et al. beschriebenen Arten von Vertrauen nicht separat und als unabhängig voneinander zu betrachten seien, sondern vielmehr in sequentieller Abfolge bestehen und aufeinander aufbauen (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 144). So wird es möglich, die Entwicklung von Vertrauen zwischen zwei Individuen zu beschreiben. Dies geschieht recht anschaulich entlang der drei 'Vertrauensstufen' *calculus-based trust*, *knowledge-based trust* und *identification-based trust*. Lewicki und Bunker weisen darauf hin, dass ihr Modell nicht normativ ist, keine der Stufen ist also notwendigerweise besser als die anderen. Den Autoren zufolge beginnt jede Beziehung mit der Etablierung von Aktivitäten, die geeignet sind, *calculus-based trust* zu fördern. Wenn diese Aktivitäten die Vertrauenswürdigkeit bestätigen, sammeln beide Parteien zudem Informationen über den jeweils anderen (vgl. ebd.: 156f.). Mayer, Davis und Schoorman gehen davon aus, dass

zudem die *propensity to trust* insbesondere zu Beginn der Vertrauensbeziehung bedeutend ist, gibt sie doch Auskunft darüber, wie groß die Vertrauensneigung eines Individuums vor der Verfügbarkeit weiterer Informationen ist (vgl. Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 716; Schoorman, Mayer & Davis, 2007, S. 346). Es wird ferner angemerkt, dass die Einschätzung von *ability* und *integrity* bereits in einer frühen Phase der Beziehung entwickelt werde. Im weiteren Verlauf einer Interaktions-Geschichte sei es wahrscheinlich, dass die Bedeutung dieser Heuristiken aufgrund eines größeren Verständnisses des Gegenübers und einer gestiegenen Vertrautheit abnehmen (vgl. Schoorman, Mayer & Davis, 2007, S. 346). Auf diese Weise wird laut Lewicki und Bunker die Grundlage für *knowledge-based trust* geschaffen. Die Übergangsphase von *calculus-based trust* zu *knowledge-based trust* ist in Abbildung 4 als J₁ dargestellt. Manche Beziehungen verbleiben allerdings auf der Ebene des *calculus-based trust*. Dies gilt insbesondere für viele professionelle Beziehungen, bei denen ein Maß an Vertrauen, welches den reibungslosen Austausch von Informationen oder Waren gewährleistet, ausreicht. Auch eine sehr starke Regulierung der Beziehung, etwa durch organisationelle oder rechtliche Determinanten, kann die Entwicklung von *knowledge-based trust* verhindern. Weiterhin ist es vorstellbar, dass die an der Beziehung beteiligten Parteien bereits genug Wissen über den jeweils anderen haben und ein weiterer Informationsgewinn keinen Vorteil mehr hätte oder dass starke Gegensätze zwischen den Partnern zutage treten, so dass diese kein Bedürfnis nach einer Weiterentwicklung des Vertrauens haben. Ein letzter Grund, warum unter Umständen kein *knowledge-based trust* entwickelt wird, ist den Autoren zufolge schlicht die einmalige oder mehrfache Verletzung des Vertrauens auf der Ebene des *calculus-based trust* (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 157). Sollten diese Hindernisse ausbleiben und die Entwicklung einer tieferen Vertrauensbeziehung erscheint wünschenswert, kann *knowledge-based trust* ausgebildet werden. Im Vertrauensmodell von Mayer, Davis und Schoorman sind diese Lernprozesse, das Sammeln von Informationen über den anderen, durch die Feedback-Schleife, die von den *outcomes* ausgeht, symbolisiert. So konstatieren die Autoren dann auch: „The level of trust will evolve as the parties interact.“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 727) Mayer, Davis und Schoorman gehen davon aus, dass der *outcome* einer Vertrauenshandlung die Wahrnehmung der Vertrauenswürdigkeit indirekt über die Faktoren *ability*, *benevolence* und *integrity* beeinflusst. Wie bereits erwähnt, sehen die drei Vertrauensforscher die Faktoren *ability* und *integrity* gemeinsam mit der *trust propensity* als die ausschlaggebenden Kriterien zu Beginn einer Vertrauensbeziehung an. Die Einschätzung des Faktors *benevolence* hingegen benötige mehr Zeit (vgl. Schoorman, Mayer & Davis, 2007, S. 346).

Laut Lewicki und Bunker ist es möglich, dass manche Aspekte einer Beziehung auf der Ebene des *calculus-based trust* verbleiben, während andere Aspekte vielmehr der Ebene des *knowledge-based trust* zuzurechnen sind. Vertrauensbeziehungen können demnach auch auf dem Niveau solcher 'Mischformen' verbleiben, wenn diese den Zweck von Vertrauen in den entsprechenden Beziehungen erfüllen können (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 158; Shapiro, Sheppard & Cheraskin, 1992, S. 371). Im Vertrauensmodell nach Mayer, Davis und Schoorman sind 'Mischformen' von Vertrauen bereits sehr deutlich angelegt. Die Autoren machen die Variabilität des Vertrauens auf verschiedene Aspekte bezogen vor allem am Faktor *ability* fest. Dieser könne bei jedem Individuum entlang verschiedener Anforderungen variieren: „The domain of the ability is specific because the trustee may be highly competent in some technical area [...] However, the trustee may have little aptitude, training, or experience in another area [...]“ (Mayer, Davis & Schoorman, 1995, S. 717)

Die Transformation von *knowledge-based trust* hin zu *identification-based trust* vollzieht sich laut Lewicki und Bunker auf ähnliche Weise. Die zunehmende Kenntnis über die Ansichten und Präferenzen des Gegenübers kann den Autoren zufolge zu einer Internalisierung dieser Ansichten und letztlich zu deren Übernahme führen. Diese Übergangsphase wird in Abbildung 4 als J₂ bezeichnet. Die Internalisierung der Werte, Ansichten und Präferenzen des Gegenübers schaffe eine breitere Basis für *knowledge-based trust* und weitere Dimensionen, in denen sich die beiden Parteien miteinander identifizieren können. Daraus folgt, dass sich die jeweiligen Stufen interpersonalen Vertrauens überlappen. Laut Lewicki und Bunker ist die Entwicklung von *knowledge-based trust* zu *identification-based trust* jedoch ebenso wenig zwingend wie die Weiterentwicklung von *calculus-based trust* zu *knowledge-based trust*. Ein Grund für das Verbleiben auf der Ebene des *knowledge based-trust* könne etwa fehlende Zeit oder Energie, die Beziehung weiterzuentwickeln, sein. Auch könne die fehlende Motivation, sich mit dem Gegenüber zu identifizieren, ein Grund sein (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 158 f.).

Wie in Abbildung 3 zu sehen ist, modellieren Lewicki und Bunker den Übergang zwischen den verschiedenen Stufen von Vertrauen nicht linear. Vielmehr sei oftmals ein *frame change* notwendig, ein umfassender Wandel der Wahrnehmung des Gegenübers. Dieser *frame change* geschehe nicht plötzlich, sondern müsse ein gewisses 'Momentum' akkumulieren, bevor er das nächste Plateau erreichen könne (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 159f.).

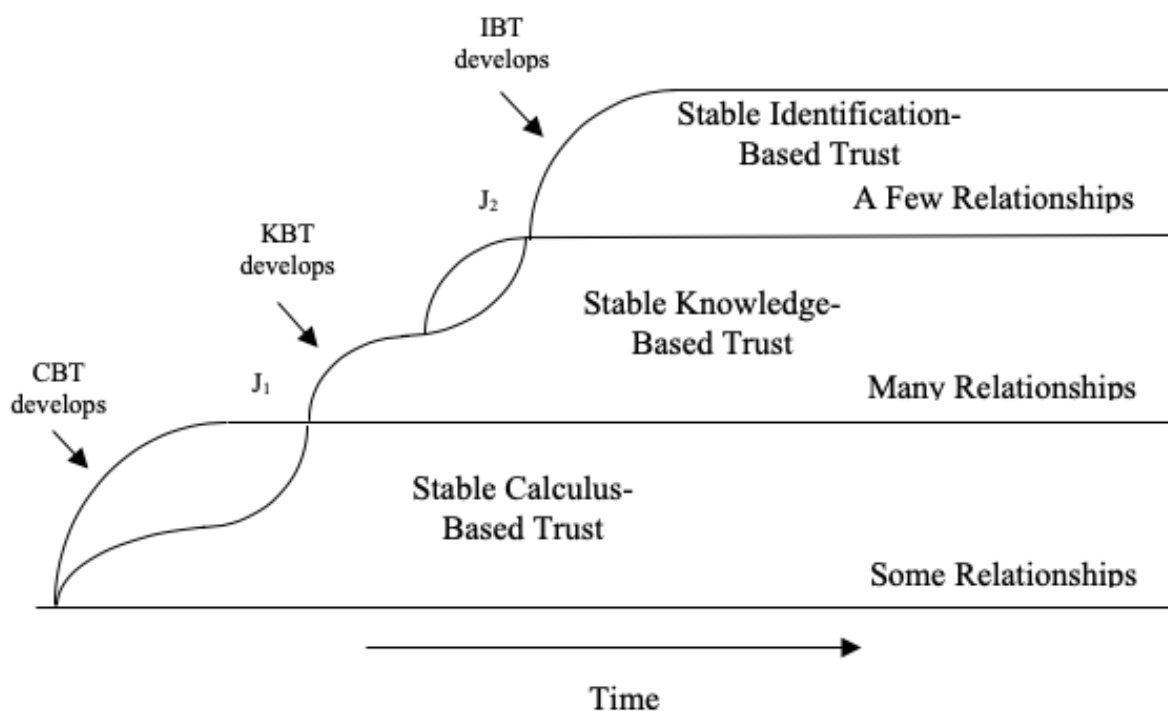


Abbildung 3: The Stages of Trust Development nach Lewicki und Bunker
Eigene Darstellung nach Lewicki & Bunker, 1995, S. 156

7 Methodik

Da diese Arbeit mit dem Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern einen zentralen Aspekt der Beziehung dieser beiden Arten von Akteuren untersucht, ist es naheliegend, diese Akteure selbst zu befragen. Die Befragung ist eine der dominanten, wenn nicht die dominante Methode der qualitativen Sozialforschung und wird gerade auch in der Kommunikationswissenschaft sehr häufig eingesetzt (vgl. Merten & Teipen, 1991, S. 110; Meuser & Nagel, 2009, S. 465; Meyern, M., Löblich, M., Pfaff-Rüdiger, S. & Riesmeyer, C., 2019, S. 78). Ein solcher Ansatz kann die Bedeutung von Vertrauen für die untersuchten Akteure in deren beruflichen Alltag erfahrbar machen, indem er sie selbst zu Wort kommen lässt. So kann der Forscher zu einem Verständnis von Zweck und Kontext von Vertrauen in der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern gelangen. Darüber hinaus ist für die Untersuchung von Vertrauensbeziehungen wiederum ein gewisses Maß an Vertrauen des Untersuchten in den Forscher notwendig. Diese Anforderung erfüllt am besten eine Methode, die einem natürlichen Gespräch möglichst nahekommt.

Nachdem die Entscheidung für die Methode der qualitativen Befragung gefallen war, stellte sich die Frage nach der Art der Interviews, die geführt werden sollten. Da es in dieser Studie um das Vertrauen zweier voneinander abgrenzbaren Akteursgruppen geht und Angehörige dieser beiden Akteursgruppen zu ihrem spezifischen Exklusivwissen zu diesem Thema befragt

werden sollten, fiel die Wahl auf die Methode der Experteninterviews. Experteninterviews können da eingesetzt werden, wo „soziale Situationen oder Prozesse rekonstruiert werden sollen“ (Gläser & Laudel, 2010, S. 13). Gerade in einem wenig erforschten Gebiet wie dem Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern, kann das Experteninterview daher als explorative Methode eingesetzt werden. Zentral ist dabei die Perspektive von Experten, weswegen letztlich allen Experteninterviews gemein sein dürfte, dass sie der Rekonstruktion von Expertenwissen dienen (vgl. Gläser/ Laudel 2010: 13; Pfadenhauer 2007: 451). Meyen et al. grenzen daher Experteninterviews deutlich von Leitfadeninterviews ab. Die Besonderheit von Experteninterviews sei, dass die Gesprächspartner bei Experteninterviews Träger exklusiven Wissens sind. Im Gegensatz dazu seien die Befragten in Leitfadeninterviews mehr oder weniger austauschbar (vgl. Meyen et al., 2019, S. 54f.).

In diesem Kapitel wird erläutert, wie die Methode des Experteninterviews in dieser Arbeit angewendet wurde. Dabei wird auch dargelegt, wie die Erhebungsinstrumente entwickelt wurden und wie der Feldzugang realisiert wurde. Im letzten Abschnitt wird ferner beschrieben, wie die transkribierten Interviews mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet wurden.

7.1 Leitfadengestützte Experteninterviews

Bevor thematisiert wird, welche Art von Wissen Experten liefern können, soll zunächst geklärt werden, wer als ein Experte gelten kann. Es liegt auf der Hand, dass in dieser Arbeit Journalisten und Politiker als Experten angesehen werden. Einer wissenssoziologischen Perspektive entsprechend, wie sie unter anderem von Bernd Blöbaum und Kollegen beschrieben wird, haben die Angehörigen dieser beiden Akteursgruppen ihr Expertenwissen im beruflichen Kontext erworben. Expertenwissen bedeutet in diesem Zusammenhang ein 'Mehrwissen' (verglichen mit der üblichen Bevölkerung). Dieses Wissen haben sie aufgrund ihrer Erfahrung als Rolleninhaber gesammelt. Als Indikator für dieses Expertenwissen kann dementsprechend die berufliche Rolle gelten (vgl. Blöbaum, Nölleke & Scheu, 2015, S. 179 f.). Meuser und Nagel definieren den Experten folgendermaßen:

„Von Interesse ist die interviewte Person als Funktionsträger, nicht als Privatperson. Der Experte steht für eine Problemperspektive, die typisch ist für den institutionellen Kontext, in dem er sein Wissen erworben hat und in dem er handelt. Er repräsentiert eine typische Problemtheorie, einen typischen Lösungsweg und typische Entscheidungsstrukturen.“ (Meuser & Nagel, 2009, S. 469)

Auch in dieser Definition ist vom Experten in seiner Eigenschaft als Inhaber einer bestimmten beruflichen Funktion die Rede. Meuser und Nagel betonen, dass nicht die Erfahrung als Privatperson relevant ist. Der Experte im Experteninterview qualifiziert sich allein durch seine professionellen Erfahrungen. Dementsprechend wurde für diese Studie festgelegt, dass auf Seiten des Journalismus hauptberufliche Journalisten und auf Seiten der Politik politische Amts- und

Mandatsträger als Experten gelten. Die Auswahl der befragten Experten wird im nächsten Teilkapitel eingehender beschrieben.

Bezüglich des Wissens, welches in einem Experteninterview abgefragt werden kann, wird in der Literatur in aller Regel zwischen 'Betriebswissen' und 'Kontextwissen' unterschieden. Das Betriebswissen von Experten ist in diesem Zusammenhang jenes Wissen und jene Erfahrungen, welche im Rahmen der eigenen beruflichen Tätigkeit erworben wurden. Dabei ist der Experte kein Beobachter, sondern aktiver Teilnehmer am Geschehen. Das im Rahmen eines Experteninterviews erhobene Betriebswissen eignet sich zur Bildung von Hypothesen über den Forschungsgegenstand (vgl. Blöbaum, Nölleke & Scheu, 2014, S. 182; Meuser & Nagel, 2009, S. 475). Demgegenüber beschreibt Kontextwissen eine Expertise, die nicht (nur) durch das eigene Handeln der Akteure im Gegenstandsbereich erworben wurde. Vielmehr geht es beim Kontextwissen um einen Gegenstandsbereich, mit dem der Experte sich beruflich oder aus sonstigen Gründen (etwa als Zeitzeuge) beschäftigt (vgl. Blöbaum, Nölleke & Scheu, 2014, S. 182; Wassermann, 2015, S. 52 f.).

Im Fokus dieser Arbeit steht das Betriebswissen der befragten Journalisten und Politiker. Beide Akteursgruppen werden vor dem Hintergrund des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit zu ihren persönlichen Erfahrungen und zu ihrem persönlichen Wissen auf ihr jeweiliges berufliches Feld bezogen befragt. Dabei steht ihre Perspektive als aktiv Handelnde im Vordergrund. Wie allerdings in Kapitel 4.1.1 beschrieben wurde, ist das Wissen um die Arbeitsbedingungen und -weisen des jeweils Anderen im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern essentiell. Insofern verfügen beide in ihrer Rolle neben einem Betriebswissen auch über ein Kontextwissen bezogen auf die berufliche Sphäre des jeweils Anderen, es wird also auch das relevante Kontextwissen der Befragten erhoben. Es ist davon auszugehen, dass bei einer derart vielfältig dependenten Beziehung eine Erhebung des Kontextwissens über die jeweils andere Seite geradezu zwangsläufig erfolgt.

In Bezug auf die Durchführung der Experteninterviews gibt die Literatur zum Thema weitestgehend einhellig den Ratschlag, Experteninterviews leitfadengestützt durchzuführen (vgl. Blöbaum, Nölleke & Scheu, 2015, S. 175; Gläser & Laudel, 2010, S. 111; Meuser & Nagel, 2009, S. 472; Wassermann, 2015, S. 57). Der Einsatz eines Leitfadens bringt bei der Befragung von Journalisten und Politikern im Rahmen eines Experteninterviews verschiedene Vorteile. So kann der Forscher durch die Vorbereitung eines Leitfadens zunächst einmal sicherstellen, dass alle für die Rekonstruktion des Expertenwissens relevanten Aspekte besprochen werden. Ein leitfadengestütztes Interview ermöglicht dem Interviewer somit ein gewisses Maß an Kontrolle. Er kann entscheiden, an welchen Stellen des Gesprächs er detailliertere Informationen

nachfragt oder auch, wann er den Redefluss des Interviewten bremst (vgl. Gläser & Laudel, 2010, S. 116). Die Fragen des Leitfadens bilden ein Gerüst für die Interviews und stellen sicher, dass alle Interviewten mit den gleichen Fragen konfrontiert werden. So sichert der Leitfaden eine Vergleichbarkeit der Interviews. Auch ermöglicht die Vorbereitung des Leitfadens dem Interviewer, 'auf Augenhöhe' zu kommunizieren (vgl. Meuser & Nagel, 2009, S. 473). Dies ist notwendig, um das volle Potential eines Experteninterviews abrufen zu können. Ist der Interviewer nicht mit den Fachtermini oder grundsätzlichen Wissensständen des Themas vertraut, wird er vom Interviewten unter Umständen nicht ernst genommen. Eine natürliche Gesprächssituation kann so nicht entstehen. Also ist die Anforderung an den Interviewer in einem Experteninterview, dass er selbst eine gewisse Expertise in dem entsprechenden Feld hat (vgl. Pfadenhauer, 2007, S. 453 f.). Für den Gesprächsfluss ist es ferner sehr hilfreich, dass die Fragen des Leitfadens nicht strikt der Reihe nach abgearbeitet werden müssen. Sollte der Befragte einen Themenkomplex ansprechen, der eigentlich erst an späterer Stelle des Leitfadens vorgesehen ist, kann der Interviewer flexibel reagieren und diesen Themenkomplex vorziehen. Insofern hat ein Leitfadenterview oftmals den Charakter eines natürlichen Gesprächs. Im Idealfall gibt der Befragte durch ein spontanes Kommunikationsverhalten tiefe Einblicke in sein Expertenwissen (vgl. Meuser & Nagel, 2009, S. 478).

Die Interviewleitfäden für die Gespräche mit den Journalisten und Politikern wurden jeweils aus den Forschungsfragen abgeleitet. Die Forschungsfragen wiederum, welche die gesamte Erhebung leiten, wurden in enger Bindung an die theoretische Vorarbeit entwickelt. Diese theoriegeleitete Vorgehensweise ermöglicht die Anknüpfung dieser Arbeit an bereits vorhandenes theoretisches Wissen und gilt gemeinhin als eines der Gütekriterien qualitativer Experteninterviews (vgl. Gläser & Laudel, 2010, S. 61; Kaiser, 2014, S. 6 f.; Meyen et al., 2019, S. 31). Nachdem die Themen des jeweiligen Leitfadens aus den Forschungsfragen abgeleitet waren, folgte deren Operationalisierung. Dazu wurde das Erkenntnisinteresse in Leitfragen übersetzt. Es ist grundsätzlich auch möglich, die Forschungsfragen schlichtweg an die Befragten weiterzugeben, in der Hoffnung, eine Antwort zu erhalten. Der analytische Ertrag wäre dann aber gleich null (vgl. Gläser & Laudel, 2010, S. 113). Gläser und Laudel beschreiben dieses Vorgehen recht anschaulich:

„Um sein Informationsziel zu erreichen, muss der Interviewer [...] sein Erkenntnisinteresse in Fragen übersetzen, die dem kulturellen Kontext des Gesprächspartners angemessen sind. Diese Operationalisierung beginnt bei der Formulierung von Leitfragen [...], wird bei der Entwicklung des Leitfadens fortgesetzt und muss im Interview spontan bewältigt werden.“ (Gläser & Laudel, 2010, S. 112)

Die Interviewleitfäden wurden auf die jeweils befragten Akteure zugeschnitten. Dementsprechend gab es einen Leitfaden für Journalisten und einen für Politiker. Eine weitere

Ausdifferenzierung zwischen der Kommunal- und der Bundesebene wurde dabei nicht vorgenommen, so dass etwa ein Journalist, der der Bundespressekonferenz angehört, mit dem gleichen Leitfaden befragt wurde wie ein Lokaljournalist. Die Leitfäden wurden auf eine möglichst große Vergleichbarkeit der erwartbaren Antworten zwischen den Akteursgruppen hin konstruiert. So sind einige der Fragen gewissermaßen spiegelbildlich zu verstehen, die Antworten der Journalisten und die der Politiker ergeben in diesen Fällen idealerweise die 'zwei Seiten einer Medaille'.

Die Fragen wurden ferner so formuliert, dass sie möglichst präzise und eindeutig zu beantworten waren. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, dass die Fragen so offen gefasst wurden, dass sie eine möglichst starke Erzählaufforderung enthielten. So wurde sichergestellt, dass das Potential von Experteninterviews, Unbekanntes zu explorieren, möglichst optimal ausgeschöpft werden konnte (vgl. Wassermann, 2015, S. 58). Auch enthielt der Leitfaden Steuerungs- und Aufrechterhaltungsfragen, für den Fall, dass der Befragte nicht wusste, wie er auf die Frage antworten soll oder vom Thema abschweif. Die vorherige Festlegung von Steuerungs- und Aufrechterhaltungsfragen trug auch zu einer größeren Vergleichbarkeit der Interviews bei, da diese nicht ad-hoc im Gespräch formuliert werden mussten.

7.2 Expertenauswahl und Feldzugang

Die angemessene Auswahl der befragten Experten ist genau wie die Konstruktion funktionierender Leitfäden eine zentrale und anspruchsvolle Aufgabe. Entscheidend war bei der Auswahl der Fälle, dass sie die Arbeit dem Ziel der Beantwortung der Forschungsfragen prinzipiell näherbringen konnten (vgl. Gläser & Laudel, 2010, S. 95ff.; Meyen et al., 2019, S. 63). Es war dementsprechend besonders darauf zu achten, dass die befragten Akteure sprechfähig in Bezug auf das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern waren, also über ein möglichst umfangreiches Betriebswissen verfügen. Aus diesem Grund wurden ausschließlich Leistungsrolleninhaber des journalistischen und des politischen Systems befragt, also professionell tätige Journalisten sowie Politiker, die ein politisches Mandat oder Amt innehaben. Die Stichprobenbildung erfolgte ferner im Hinblick auf das Ziel der Auswahl möglichst typischer Fälle. Zu diesem Zweck wurde auf eine möglichst geringe Varianz der intervenierenden Einflussfaktoren geachtet (vgl. Gläser & Laudel, 2010, S. 98).

Die Auswahl der Interviewpartner war zu Beginn der Erhebung nicht abschließend festgelegt, sodass Hinweise aus Interviews auf weitere interessante Gesprächspartner aufgenommen werden konnten. Auf der kommunalen Ebene beschränkte sich die Auswahl der Experten aus forschungspragmatischen Gründen auf eine westdeutsche Großstadt. Bei der Auswahl der

lokaljournalistischen Fälle war der Verfasser mit einer geringen Zahl an hauptberuflich tätigen Journalisten in der untersuchten Kommune konfrontiert. Dies gilt sowohl für die Gesamtzahl der hauptberuflich tätigen Journalisten als auch für die Zahl der verschiedenen Medienangebote. Als journalistische Informationsangebote stehen den Bewohnern der Kommune im Wesentlichen eine Tageszeitung, ein Radiosender und zwei Blogs, die sich mit politischen Themen befassen, zur Verfügung. Die beiden Blogs allerdings werden von den dort tätigen Journalisten bis auf eine Ausnahme ausschließlich als nebenberufliche Tätigkeit betrieben. Die Voraussetzung der professionellen Tätigkeit war damit also nicht gegeben. Zu den hauptberuflich tätigen Radiojournalisten konnte leider auch nach mehrmaligen Versuchen kein Kontakt hergestellt werden. Daher konnten auf kommunaler Ebene, neben einem hauptberuflich tätigen Blogger, ausschließlich Tageszeitungsjournalisten befragt werden. Der befragte Blogger allerdings hat ebenfalls eine berufliche Vergangenheit im Tageszeitungsjournalismus. Um eine Vergleichbarkeit der Aussagen der Journalisten auf kommunaler und Bundesebene zu gewährleisten, wurden auf der Bundesebene folglich ebenfalls ausschließlich hauptberuflich tätige Tageszeitungsjournalisten ausgewählt.

Auf Seiten der Politik wurden auf Bundesebene Abgeordnete des Deutschen Bundestages befragt und auf der kommunalen Ebene Mitglieder des Stadtrates und eine Bürgermeisterin sowie ein Bezirksbürgermeister der untersuchten Kommune. Aus Gründen der Forschungspragmatik nutzte der Verfasser dieser Arbeit persönliche Netzwerke bei der Rekrutierung der befragten Politiker aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Es liegt auf der Hand, dass die Auswahl der Stichprobe die erwartbaren Ergebnisse maßgeblich beeinflusst. Vor diesem Hintergrund erscheint die ausschließliche Befragung von Bundestagsabgeordneten und Kommunalpolitikern der entsprechenden SPD-Fraktionen zunächst fragwürdig, gerade im Hinblick auf die Aussagekraft über den konkreten Fall hinaus. Es wird in dieser Arbeit jedoch die Ansicht vertreten, dass die Parteizugehörigkeit eines Politikers in der Regel kein Prädiktor für seine persönliche Vertrauensneigung oder auch seine Vertrauenswürdigkeit ist. Auch eine umfangreiche Literaturrecherche zu diesem Thema erbrachte keine anders lautenden Annahmen.

Der Zugang zu den Befragten erfolgte durch die Kombination eines direkten Zugangs und der Rekrutierung über Dritte (vgl. Meyen et al., 2019, S. 68). Der erste Kontakt kam in nahezu allen Fällen per E-Mail zustande. In dieser E-Mail wurde das Thema der Arbeit und der zeitliche Umfang des Interviews genannt, sowie die Möglichkeit der vollständigen Anonymisierung erwähnt. Als erste Maßnahme des Feldzugangs wurde im Fall der Journalisten auf Bundesebene zunächst Kontakt zur Deutschen Bundespressekonferenz aufgenommen. Deren

Mitgliederverzeichnis diente als Quelle von Kontaktdaten. Dementsprechend wurden auf Bundesebene Tageszeitungsjournalisten, die Mitglieder der Bundespressekonferenz sind, als Interviewpartner rekrutiert.

Zwei Aspekte können als Hindernisse der Rekrutierung von Interviewpartnern vor allem auf der Bundesebene angenommen werden. Erstens handelt es sich bei Journalisten und Bundestagsabgeordneten um zwei Berufsgruppen, die zeitlich stark eingeschränkt sind. Die Entscheidung, ein Interview mit einem Promotionskandidaten in den Terminkalender aufzunehmen und diesen somit zusätzlich zu füllen, ist also stark von einer gewissen intrinsischen Motivation abhängig. Zweitens handelt es sich bei den hier untersuchten Berufsgruppen um zwei sehr stark überforschte Personenkreise. Oft wurde die Interviewanfrage mit einem Verweis auf die große Anzahl ähnlicher Anfragen abgelehnt. Dies wurde insbesondere bei den Anfragen an Journalisten auf Bundesebene deutlich. Hier konnte nur eine Rücklaufquote 6,7 Prozent erreicht werden. Demgegenüber führte bei der Rekrutierung der Politiker auf kommunaler Ebene jede Anfrage für ein Interview zum Erfolg. In Abbildung 5 sind die jeweiligen Rücklaufquoten dargestellt.

Akteursgruppe	Anfragen	geführte Interviews	Rücklaufquote
Lokaljournalisten	17	4	23,5%
Lokalpolitiker	5	5	100%
Journalisten auf Bundesebene	118	8	6,7%
Politiker auf Bundesebene	26	7	26,9%

Abbildung 4: Rücklaufquoten der Interviewanfragen

Die Motive für die Teilnahme an der Studie, sofern diese formuliert wurden, teilten sich in etwa gleichen Teilen in die Bereiche Beitrag zur Wissenschaft, Hilfe für den Forscher und Interesse am Thema auf. Der größte Teil der Befragten verfügt über ein abgeschlossenes Studium. Einige Interviewpartner gaben an, selbst empirische Abschlussarbeiten verfasst zu haben. Mitunter erklärten sie damit ihre Bereitschaft, den wissenschaftlichen Nachwuchs durch ihre Teilnahme an Arbeiten wie der vorliegenden zu unterstützen.

7.3 Interviewführung

Die Interviews wurden mündlich als Einzelgespräche geführt und dauerten im Durchschnitt etwa 45 Minuten. Dabei wurden einige Interviews persönlich geführt, während der größere Teil der Teilnehmenden telefonisch befragt wurde. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Durchführung der Mehrheit der Interviews als Telefoninterviews einen positiven Effekt auf die

Bereitschaft zur Teilnahme hatte. Oft konnten die Interviews zwischen zwei Terminen wahrgenommen werden, was bei persönlichen Interviews nicht ohne weiteres möglich gewesen wäre. Blöbaum und Kollegen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sie nicht die Erfahrung gemacht haben, „dass Experteninterviews inhaltlich darunter leiden, dass sich die Gesprächspartner nicht unmittelbar gegenüber sitzen“ (Blöbaum, Nölleke & Scheu, 2015, S. 185).

Auch scheint der Erkenntnisgewinn durch Zusatzinformationen, wie etwa Kleidung oder Habitus der Befragten, im Zusammenhang dieser Arbeit eher gering. Dies ist im Übrigen gerade bei Experteninterviews oft der Fall, da hier nicht die Person im Zentrum des Interesses steht, sondern ihr exklusives Wissen (vgl. Meyen et al., 2019, S. 80 f.). Demgegenüber stehen die Vorteile, die telefonisch geführte Interviews gerade im Hinblick auf finanzielle und zeitliche Ressourcen bringen.

Die Interviews waren nach Ansicht des Interviewers von einer offenen und konzentrierten Atmosphäre geprägt. Ein sozial erwünschtes Antwortverhalten, soweit dies beurteilt werden konnte, war eher die Ausnahme. Interviewer-Effekte wurden weitestgehend ausgeschlossen, da sämtliche Interviews vom Verfasser der Arbeit durchgeführt wurden.

Es wurden mit Inhabern aller vier untersuchten Leistungsrollen Interviews geführt, also mit Journalisten und Politikern auf der kommunalen Ebene und mit Journalisten und Politikern auf der Bundesebene. Es wurden so lange Interviews mit den Angehörigen der unterschiedlichen Akteursgruppen geführt, bis eine Sättigung in Bezug auf die zentralen Erkenntnisinteressen eintrat, die Interviews also keine neuen Perspektiven mehr erbrachten. Im Folgenden ist die Demographie der befragten Experten dargestellt. Die Angabe der beruflichen Tätigkeit bezieht sich dabei auf die berufliche Tätigkeit beziehungsweise das Amt oder Mandat, welches der Befragte zum Zeitpunkt des Interviews innehatte. Analog dazu bezieht sich die Angabe der Berufserfahrung auf die Anzahl der Jahre in dem Beruf, Amt oder Mandat zum Zeitpunkt des Interviews. Dabei ist zu beachten, dass insbesondere bei den Politikern auf kommunaler Ebene insgesamt oft wesentlich längere Berufserfahrungen vorlagen, als hier angegeben wird. Dies hängt mit der relativ hohen Fluktuationen bei den zumeist ehrenamtlich ausgeübten Tätigkeiten zusammen.

Alias	Berufliche Tätigkeit	Alter	Berufserfahrung in der aktuellen Tätigkeit
Lokaljournalisten			
JournKomm01	Politikjournalist	50 Jahre	22 Jahre
JournKomm02	stellv. Redaktionsleiterin	61 Jahre	33 Jahre
JournKomm03	Kulturredakteur	38 Jahre	5 Jahre

JournKomm04	Blogger	40 Jahre	3 Jahre
Lokalpolitiker			
PolKomm01	Bezirksbürgermeister	70 Jahre	3 Jahre
PolKomm02	Bürgermeisterin	58 Jahre	12 Jahre
PolKomm03	Fraktionsvorsitzender	57 Jahre	2 Jahre
PolKomm04	stellv. Fraktionsvorsitzende	58 Jahre	2 Jahre
PolKomm05	stellv. Fraktionsvorsitzender	56 Jahre	2 Jahre
Journalisten auf Bundesebene			
JournBund01	Leiter Parlamentsredaktion	51 Jahre	9 Jahre
JournBund02	Leiter Hauptstadtreaktion	54 Jahre	13 Jahre
JournBund03	politische Korrespondentin	60 Jahre	17 Jahre
JournBund04	Redakteur im Parlamentsbüro	44 Jahre	4 Jahre
JournBund05	Redakteur	47 Jahre	5 Jahre
JournBund06	Redakteur Parlamentsredaktion	32 Jahre	2 Jahre
JournBund07	Chefreporter Politik	46 Jahre	2 Jahre
JournBund08	Hauptstadtkorrespondent	55 Jahre	20 Jahre
Politiker auf Bundesebene			
PolBund01	Mitglied des Bundestages	52 Jahre	8 Jahre
PolBund02	Mitglied des Bundestages	33 Jahre	2 Jahre
PolBund03	Mitglied des Bundestages	47 Jahre	2 Jahre
PolBund04	Mitglied des Bundestages	54 Jahre	16 Jahre
PolBund05	Mitglied des Bundestages	66 Jahre	17 Jahre
PolBund06	Mitglied des Bundestages	63 Jahre	2 Jahre
PolBund07	Mitglied des Bundestages	53 Jahre	2 Jahre

Abbildung 5: Demographie der befragten Experten

7.4 Datenauswertung mittels qualitativer Inhaltsanalyse

Die mithilfe der Leitfadeninterviews erhobenen Daten wurden mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Trotz der offenen Methode musste es Ziel der Datenauswertung sein, intersubjektiv nachvollziehbar und systematisch vorzugehen. Dazu wurden in einem ersten

Auswertungsschritt die Tonaufzeichnungen der insgesamt 24 Interviews transkribiert. Auf die Transkription von paraverbalen Äußerungen (Räuspern, Husten), soweit sie den Sinn der Aussagen nicht veränderten, sowie von Dialekten oder Sprachfehlern wurde dabei verzichtet. Da das Ziel der Untersuchung die Rekonstruktion von Erfahrungen war, erschienen diese sprachlichen Aspekte als nicht erforderlich. Dies wäre bei einer linguistisch ausgerichteten Analyse womöglich anders. Als wichtig angesehen und daher entsprechend gekennzeichnet wurden unverständliche Aussagen, Störungen des Gesprächs oder sprachliche Besonderheiten, wenn sie der Antwort eine andere Bedeutung gaben (vgl. Gläser & Laudel, 2010, S. 193 f.).

Die Auswertung der erhobenen Daten folgt im Wesentlichen der von Gläser und Laudel entwickelten Ausprägung der qualitativen Inhaltsanalyse. Dreh- und Angelpunkt der hier vorgenommenen Auswertung der qualitativ erhobenen Daten ist das deduktiv aus der theoretischen Vorarbeit gebildete Kategoriensystem. Das Verfahren nach Gläser und Laudel bietet den Vorteil, dass das Kategoriensystem induktiv erweiterbar ist. So entfällt auch die Notwendigkeit eines Probedurchlaufs mit einem Teil des Materials. Dementsprechend wurde das Kategoriensystem im Laufe der Auswertung induktiv erweitert (vgl. Gläser & Laudel, 2010, S. 201).

Um einen Bezug zwischen Kategoriensystem und dem Materialkorpus herzustellen, wurden für die Forschungsfragen relevante Passagen der Interviews identifiziert und den entsprechenden Kategorien zugeordnet. Dieser Arbeitsschritt erfolgte mithilfe der Analysesoftware MAXQDA. Obwohl die Software mit dem Begriff des Kodes operiert, darf das hier verwendete Vorgehen nicht mit der Auswertungsmethode des Kodierens verwechselt werden. Bei dieser Methode wird der ursprüngliche Text mithilfe eines zuvor festgelegten Kategoriensystem verkodet und auf relevante Informationen hin durchsucht. Es wird die Häufigkeit der jeweiligen Kategorien im Text ermittelt und dieser in seiner inhaltlichen Struktur repräsentiert. Das Verfahren zielt also auf eine Quantifizierung (vgl. ebd., S. 45 f.). Gläser und Laudel schlagen für diesen Arbeitsschritt den Begriff 'Extraktion' vor. Zwar ist es das Ziel beider Verfahren im ersten Analyseschritt, für die Untersuchung relevante Textstellen zu identifizieren und diese den entsprechenden Kategorien des Kategoriensystems zuzuordnen. Das Kodieren indiziert allerdings zugleich den Text und analysiert schließlich sowohl den Index als auch den Text, betrachtet sie also eine Einheit. Die Extraktion hingegen entnimmt dem Text die relevanten Informationen und wertet diese losgelöst von der Struktur des Textes aus (vgl. ebd., S. 199 ff.). So sind unter anderem Irritationen durch unterschiedliche Gesprächsverläufe ausgeschlossen, etwa wenn Fragen an unterschiedlichen Stellen in den Interviews oder in anderer Formulierung gestellt werden.

8 Empirische Befunde zu den Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern

Die Auswertung der Leitfadeninterviews, die in diesem empirischen Ergebnisteil vorgestellt wird, erfolgte auf Grundlage des Kategoriensystems. Die dreigliedrige Vertrauensstypologie, wie sie in Kapitel 6.3 vorgestellt wurde, diente dabei als strukturgebendes theoretisches Konstrukt. Dementsprechend gibt es jeweils einen Abschnitt für *calculus-based trust*, *knowledge-based trust* und *identification-based trust*. Als theoretischer Hintergrund für die Auswertung einer explorativen Studie erwies sich das Modell von Lewicki und Bunker als gut geeignet, unter anderem weil es frei von normativen Implikationen ist. So wird etwa *knowledge-based trust* nicht als ein höherwertiges Vertrauen als *calculus-based trust* angesehen. Vielmehr ist in dem Modell berücksichtigt, dass in bestimmten Kontexten ganz bewusst Vertrauensbeziehungen auf einer kalkulativen Ebene unterhalten werden (vgl. Lewicki/ Bunker, 1995, S. 156). Ferner ist das Modell sowohl geeignet, den Status Quo einer Vertrauensbeziehung zu beschreiben, als auch deren Entwicklung im Zeitverlauf. Auch macht das Modell es möglich, die verschiedenen Vertrauensbeziehungen, die ein Befragter unterhält, zu charakterisieren. So kann sich etwa die Beziehung eines Lokaljournalisten zu einem Politiker auf der Ebene des *calculus-based trust* befinden, die zu einem anderen Politiker aber auf der Ebene des *knowledge-based trust*.

Die Betrachtung ausgehend von den drei Arten von Vertrauen ermöglicht es, die komplexe Konstellation der hier untersuchten Fälle zu systematisieren. So werden die Verhältnisse auf der kommunalen und auf der Bundesebene innerhalb der Abschnitte getrennt voneinander betrachtet. Ferner werden die Perspektiven der befragten Journalisten und Politiker auf jeweils beiden Ebenen vorgestellt. Die einzelnen Abschnitte des Ergebnisteils stellen die Verhältnisse auf der Kommunal- und der Bundesebene getrennt voneinander dar. Nach jedem Abschnitt wird ein Zwischenfazit gezogen, in dem die Ergebnisse des jeweiligen Abschnitts zusammengefasst sowie die Ergebnisse für die Kommunal- und die Bundesebene verglichen werden. So wird eine Grundlage für die Schlussbetrachtung geschaffen.

8.1 *Calculus-based trust*

In diesem ersten Abschnitt des Ergebnisteils werden die Aussagen der befragten Journalisten und Politikern, die auf das in Kapitel 6.3.1 beschriebenen *calculus-based trust* schließen lassen, vorgestellt und eingeordnet. Im Zentrum des Interesses stehen dabei zunächst die Motivationen beider Gruppen von Akteuren, sich in eine professionelle Beziehung mit dem jeweils anderen zu begeben. Es geht im Kern also um die Frage, worin die vom *expanded framework* beschriebene wechselseitige Abhängigkeit zwischen Journalisten und Politikern besteht und welchen

Nutzen beide füreinander haben können. Das Konzept des *calculus-based trust* ermöglicht es, professionelles Vertrauen als eine Kalkulation der Vor- und Nachteile, die das Eingehen, beziehungsweise der Verbleib in einer Vertrauensbeziehung, haben, darzustellen. Dementsprechend werden jeweils für Journalisten und Politiker zunächst die Vorteile, die eine vertrauensvolle Kooperation bietet oder bieten kann besprochen. Danach soll beschrieben werden, auf welcher Grundlage die befragten Journalisten und Politiker zu ihrer Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit des jeweils anderen gelangen. Gemäß der Vertrauentypologie nach McKnight und Chervany geht es hier also um die *trusting-beliefs* und um die *trusting intentions*. Im Vertrauensmodell nach Mayer, Davis und Schoorman sind die *trusting beliefs* abgebildet durch die drei Faktoren *ability*, *benevolence* und *integrity*, die laut den Autoren zusammengenommen eine Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit des *trustee* ermöglichen. Folglich wurden für diesen Abschnitt des Ergebnisteils Aussagen aus den Interview-Transkripten extrahiert, die auf eine Bedeutung eines dieser drei Faktoren schließen lassen. Dabei war zu berücksichtigen, dass der Faktor *ability* bei Journalisten und Politikern, aufgrund differierender beruflicher Rollen, unterschiedliche Ausprägungen haben dürfte. Demgegenüber ist davon auszugehen, dass die Einschätzung von *benevolence* und *integrity* für beide Akteursgruppen ähnlich ausfallen wird. Aussagen wurden dem Faktor *ability* zugeordnet, wenn Fähigkeiten, die wichtig zur Erfüllung der jeweiligen beruflichen Rolle waren, benannt wurden. Interviewaussagen, die ein Wohlwollen zwischen Journalisten und Politikern thematisierten, wurden dem Faktor *benevolence* zugeordnet. Der Faktor *integrity* wurde Aussagen der Befragten zu Fairness, Ehrlichkeit und gegenseitigem Respekt zugeordnet.

Es wurde beschrieben, dass *calculus-based trust* von einer Abwägung der Vorteile gegen die Nachteile, die eine Vertrauensbeziehung bedeutet, geprägt ist. Dementsprechend werden nach den Faktoren von Vertrauenswürdigkeit die von den befragten Journalisten und Politikern benannten Nachteile, die eine Kooperation bedeuten kann, vorgestellt. Die Nachteile werden in dieser Arbeit im Einklang mit der hier zugrunde liegenden Vertrauensdefinition nach Mayer, Davis und Schoorman als Risiken definiert.

Einen Schwerpunkt der Betrachtung der Vor- und Nachteile, die sich jeweils für die Akteure aus einer Vertrauensbeziehung ergeben können, stellen die Machtverhältnisse in den Beziehungen zwischen Journalisten und Politiker dar. In den theoretischen Vorarbeiten wurde die Annahme entwickelt, dass Politiker in der *agenda building*-Phase gute Chancen haben, Themen auf die journalistische Agenda zu setzen. Dahinter steckt der Gedanke, dass Politiker gewissermaßen als *Gatekeeper* der politischen Informationen fungieren und ihre Weitergabe an die Journalisten mehr oder weniger steuern können. In der theoretischen Vorarbeit wurde die

Vorstellung entwickelt, dass Politiker in der Phase der Themensetzung besonders aktiv sind und somit in diesem als *agenda building*-Phase bezeichneten Abschnitt des Nachrichtenproduktionsprozesses die machtvolleren Akteure sind. In der *frame building*-Phase hingegen, so die Annahme, sind die Journalisten die machtvolleren Akteure und haben die Kontrolle über das publizierte journalistische Produkt.

Ein wesentlicher Bestandteil des *calculus-based trust* sind Strategien der Risikominderung. Mit diesen wird versucht, das Risiko zu begrenzen oder auch den Partner in einer Vertrauensbeziehung von einem Vertrauensbruch abzuhalten. Diese Strategien zielen, wie in Kapitel 6.3.1 beschrieben wurde, auf eine Kontrolle des Verhaltens des Gegenübers ab. Dies kann laut der Grundidee des *calculus-based trust* auch in Form von Drohungen geschehen. Somit werden in diesem Kapitel Aussagen der befragten Journalisten und Politiker besprochen, die auf den Versuch einer Kontrolle des Verhaltens des Gegenübers schließen lassen. Zudem werden auch institutionelle Regeln und berufliche Routinen, wie sie in Kapitel 4.1.2 vorgestellt wurden, berücksichtigt.

8.1.1 Kommunalebene

8.1.1.1 *Calculus-based trust* von Journalisten

Vorteile von Vertrauen

Der Hauptnutzen, den die befragten Lokaljournalisten aus den Interaktionen mit Politikern ziehen, ist die Gewinnung von Informationen für ihre Berichterstattung. Allerdings sind Informationen, die von Politikern stammen, für die befragten Lokaljournalisten keineswegs die einzige Quelle für ihre tägliche Arbeit. So stehen anscheinend zahlreiche weitere Akteure zur Verfügung, wenn Journalisten über ein lokalpolitisches Thema berichten wollen. So beschreibt ein Journalist Politiker als eine von mehreren Quellen von Informationen über das politische Tagesgeschehen:

„Die sind schon wichtig, weil die natürlich Einblicke in Dinge haben, die vielleicht dann auch mehr so zum nicht-öffentlichen Teil des politischen Geschäfts gehören. Aber sie sind natürlich immer nur eine Seite.“ (JournKomm01)

Obwohl dieser Journalist also den Wert von Politikerinformationen als hoch einschätzt, relativiert er deren Bedeutung. Es wird deutlich, dass es neben den politischen Akteuren noch weitere Quellen für politische Informationen gibt. Gefragt nach der Bedeutung von Politikerinformationen gibt ein anderer Lokaljournalist einen Hinweis auf diese weiteren Quellen:

„Es kommt darauf an – da muss ich auch nochmal unterscheiden: wenn ich jetzt über ein mehr oder weniger allgemeines Problem in der Stadt schreibe, sind die nicht unbedingt mein erster Ansprechpartner, sondern da ist es oft auch die Verwaltung.“ (JournKomm02)

Die Verwaltung, gemeint ist hier die Stadtverwaltung, scheint also in einigen Fällen der erste Ansprechpartner zu sein. Der einzige Blogger im Feld betont, dass Kommunalpolitiker relativ selten "Akzente setzen (JournKomm04)". Auch er bezieht einen Großteil seiner Informationen aus der öffentlichen Verwaltung und bemerkt zur Bedeutung von Politikerinformationen: „Ich könnte jetzt nicht sagen, dass Politiker die Hauptinformationsquelle sind.“ (ebd.)

Einige der befragten Lokaljournalisten spezifizieren den Wert von Politikerinformationen näher, indem sie Situationen schildern, in denen Politiker die Hauptinformationsquelle sind. Der Wert von Informationen, die direkt von Politikern kommen, ist offenbar stark vom jeweiligen Themengebiet abhängig. Im Wesentlichen sind dies Recherchen zu Themen, die sich auf politisches Entscheidungshandeln beziehen: „Wenn es aber um politische Entscheidungen geht, dann sind die sehr wichtig, und dann sind das auch meine ersten Ansprechpartner.“ (JournKomm02) Um an solche Informationen zu gelangen, scheint es für Journalisten besonders vorteilhaft, wenn das Vertrauen der Politiker in sie selbst möglichst groß ist:

„Es gibt natürlich die Situation für bestimmte Themen, wo man halt mehr wissen will, als jetzt sozusagen verlaublich werden soll. So, dass man einfach ein bisschen mehr herauskitzelt. Wenn man Leute kennt, wenn ein Vertrauensverhältnis da ist, kriegt man natürlich auch mehr Informationen.“
(JournKomm04)

Diesen Aspekt spricht auch JournKomm01 an. Ihm zufolge seien Politiker eher bereit, Hintergrundwissen mitzuteilen, wenn sie auf die Verschwiegenheit des Journalisten vertrauen. Die Bedeutung von Vertrauen schätzt dieser Journalist laut eigener Aussage hoch ein (vgl. JournKomm01). Auch JournKomm02 spricht den Aspekt des besseren Zugangs zu Informationen durch ein Vertrauensverhältnis an:

„[...] weil man sich darüber verständigen konnte – das schreibe ich, das schreibe ich nicht, das schreibe ich mit Quellenangabe, das schreibe ich ohne – und sich dann auch natürlich daran hält. Wenn die merken, sie können sich darauf verlassen, [...] dann machen die das auch immer wieder.“
(JournKomm02)

Auch JournKomm02 beschreibt, dass ein Vertrauensverhältnis helfen könne, bei der Weitergabe von Hintergrundinformationen durch die Politiker bevorzugt zu werden: „Wenn die merken, die können sich darauf verlassen [...], dann machen die das auch immer wieder.“ (JournKomm02)

Ein Lokaljournalist gibt allerdings an, dass er nie aktiv versucht habe, ein Vertrauensverhältnis zu einem Politiker aufzubauen. Er sei ferner nicht der Ansicht, dass es einen guten Kontakt geben müsse. Er achte vor allem darauf, dass das Verhältnis einen neutralen Charakter habe (vgl. JournKomm03).

Faktoren von Vertrauenswürdigkeit

Der Vertrauenswürdigkeitsfaktor *ability* von Politikern ist für die befragten Journalisten auf kommunaler Ebene vor allem in Form der Fähigkeit, wichtige Informationen zu liefern, wichtig, sowie in Form der Sachkenntnis der Politiker. Es wird deutlich, dass diese Sachkenntnis – wie es auch im Modell nach Mayer, Davis und Schoorman angelegt ist – stark themenspezifisch ist: „Erstmal muss ich gucken, wie wichtig der mir ist und das Gebiet, das der beackert.“ (JournKomm02) Die *ability* erstreckt sich in diesem Fall offensichtlich vor allem auf die Fähigkeit der Politiker, exklusive Informationen zu liefern. Diese sind den Befragten zufolge dem politischen Entscheidungshandeln und dem Bereich der Hintergrundinformationen zuzuordnen. Der Aspekt exklusiver Informationen vor allem zur Einordnung politischer Sachverhalte wird auch von JournKomm01 als wichtige Kompetenz von Politikern auf kommunaler Ebene angesprochen: „[...] für uns ist dieses Hintergrundwissen natürlich immer sehr wichtig, um Dinge einordnen zu können.“ (JournKomm01) Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass für diesen Lokaljournalisten die *ability* eines Politikers abhängig von der Fähigkeit ist, Informationen zu liefern, die bei der Einordnung politischen Entscheidungshandelns hilfreich sind.

Bevor direkte Beobachtungen und Erfahrungen mit dem entsprechenden Politiker zur Verfügung stehen, kann augenscheinlich der Status der Politiker ein wichtiger Indikator des Faktors *ability* sein:

„[...] die müssen schon eine gewisse Funktion haben, eine gewisse Aussagekraft haben. Also irgendwelche Hinterbänkler helfen einem dann natürlich nicht weiter. Da ist es schon besser, wenn man hier die Fraktionssprecher, das kann einmal der Fraktionsvorsitzende sein oder zumindest in den Ausschüssen dann die sachbezogenen Sprecher, wenn man die dann anspricht.“ (JournKomm01)

Dieser Journalist scheint demnach Informationen von 'Hinterbänklern' keine Bedeutung beizumessen. Etwaige Hintergrundinformationen, die diese Politiker haben könnten, erwähnt JournKomm01 nicht.

Der Faktor *benevolence*, wie er von Mayer, Davis und Schoorman beschrieben wurde, wird von den Lokaljournalisten, wie erwartet, nicht thematisiert. Allerdings wird von zwei Journalisten der Kommune angegeben, dass eine Sympathie relevant für das Vertrauensverhältnis zwischen Journalisten und Politikern sei (vgl. JournKomm01; JournKomm02). Eine gewisse Sympathie sei laut JournKomm01 gar Grundvoraussetzung für ein Vertrauensverhältnis. Jedoch dürfe es nicht so weit gehen, „dass man dann so in der Verpflichtung steht, denjenigen dann irgendwie zu schonen oder sonst irgendwie, wenn es um kritische Dinge geht“ (JournKomm01). Trotz einer „gewissen Grundsympathie“ (ebd.) müsse diesem Journalisten zufolge weiterhin die Freiheit, kritisch über den jeweiligen Politiker zu berichten, gegeben sein. Er gibt gleichzeitig an, dass dies in aller Regel von den Politikern akzeptiert werde. JournKomm02 äußert sehr deutlich, dass sie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit für „ganz schwierig“ (JournKomm02) halte,

wenn keine Sympathie vorhanden sei. Wenn sie das Gefühl habe, mit einem Politiker menschlich nicht gut zu harmonieren, würde sie von vornherein nach einem anderen Gesprächspartner suchen. Andere Journalisten betonen hingegen die Bedeutung eines neutralen und professionellen Kontaktes und zeigen damit die Grenzen des Wohlwollens auf. JournKomm04 zufolge komme es häufig vor, dass im Umgang mit Politikern die Gefahr bestehe, dass die Nähe zu groß wird. Er versuche daher bewusst, „so ein bisschen Distanz zu haben“ (JournKomm04). Ein anderer Journalist (JournKomm03) lehnt eine große Nähe zu Politikern im professionellen Umfeld konsequent ab. Jedoch habe er versucht, sich „immer fair und neutral zu verhalten“ (JournKomm03). In ähnlicher Weise gibt ein weiterer Lokaljournalist an, dass Vertrauen nicht mit einer Verbrüderung verwechselt werden dürfe. Eigene parteipolitische Präferenzen etwa dürften im vertrauensvollen Umgang mit Politikern keine Rolle spielen. Er gibt ferner an, dass Sympathie im professionellen Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern für ihn nicht zwingend erforderlich sei: „Ich muss den nicht mögen, aber ich muss mit ihm arbeiten. Aber das funktioniert schon.“ (JournKomm04)

Die Integrität im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern äußert sich für die befragten Lokaljournalisten unter anderem im gegenseitigen Respekt: „Also ich will nicht unbedingt sagen, dass das Verhältnis gut sein muss, es muss von Respekt getragen sein.“ (JournKomm02) In diesem Zusammenhang wurde auch die Bedeutung von Ehrlichkeit betont. Ein Journalist gibt ferner an, dass auch wenn es zu Konflikten komme, das Arbeitsverhältnis nicht leide, wenn die Beteiligten sich integer verhielten (vgl. JournKomm03). Vor allem Fairness wird als wichtiger Wert der Beziehung benannt. Alle befragten Journalisten geben an, dass ein fairer Umgang miteinander entscheidend in der beruflichen Beziehung zwischen Journalisten und Politikern ist. Als Beispiel für Vertrauen wurde etwa genannt, dass sich der Politiker auf die Verschwiegenheit bei Informationen 'Unter Drei' verlassen kann (JournKomm01; JournKomm02). Auch die unverfälschte und vollständige Wiedergabe der Politikerinformationen in der Berichterstattung wurde genannt (vgl. JournKomm03). Die Bedeutung von Integrität für die Lokalpolitiker fasst dieser Journalist wie folgt zusammen: „Vertrauen ist wichtig, dass sie wissen: ich haue sie nicht in die Pfanne.“ (JournKomm04)

Die Integrität im Sinne von Fairness und Ehrlichkeit, die sich die Journalisten von den Politikern wünschen, bezieht sich in erster Linie auf die sachliche Informationsweitergabe. So erwähnt etwa JournKomm01 diesen Aspekt: „Man muss sich natürlich darauf verlassen wollen, dass die einem auch dann die Wahrheit erzählen und nicht nur aus ihrer Sicht das schildern [...]“ (JournKomm01) Dieser Journalist vermischt in seiner Aussage gewissermaßen zwei unterschiedliche Dinge: Zum einen die sachliche Richtigkeit der Informationen, zum anderen die

Abstraktionsleistung, Sachverhalte losgelöst vom eigenen Standpunkt wiederzugeben. Als negatives Gegenbeispiel nennt er Politiker, die Informationen ausschließlich weitergeben, um die Berichterstattung in ihrem Sinne beeinflussen, also *agenda-* und *frame-building* betreiben. Wenn man wisse „der will einen grundsätzlich vor seinen Karren spannen und der erzählt einem nicht die volle Wahrheit, wäre man da sehr vorsichtig mit“ (JournKomm01). Ein anderer Lokaljournalist gibt in diesem Zusammenhang an, dass er die Integrität des Politikers nicht angegriffen sieht, wenn er Informationen nicht oder zu einem bestimmten Zeitpunkt noch nicht mitteilen könne. Dies sei seiner beruflichen Funktion geschuldet (vgl. JournKomm03).

Risiken von Vertrauen

Das Risiko, in der *agenda building*-Phase sehr mächtigen politischen Akteuren gegenüber zu stehen, wurde von den befragten Journalisten eher verneint. Vielmehr schätzen die Journalisten die Zahl der Thematisierungsinitiativen der Politiker im Fall der hier untersuchten Kommune als eher gering ein. Im Gegenteil ist die *agenda building*-Phase aus ihrer Sicht geprägt von einer hohen Aktivität der Journalisten. Dieser Journalist schätzt die Verteilung der Thematisierungsinitiativen folgendermaßen ein: „Es gibt Fälle, wo uns auch Politiker anrufen oder ansprechen, aber meistens von uns aus, also, dass wir da gezielt nachfragen, zu speziellen Themen, weil wir wissen, derjenige ist da sozusagen im Stoff. Dann ist, ich würde sagen, 80% der Fälle von uns aus.“ (JournKomm01) Auch die anderen befragten Lokaljournalisten gaben an, in der *agenda building*-Phase aktiver zu sein als die Politiker. Eine gewisse Verwunderung über die Inaktivität mancher Lokalpolitiker äußert dieser Journalist: „[...] man hat aber oft den Eindruck, dass man manche Mandatsträger eher zum Jagen tragen muss, wo ich denke: wo bleibt jetzt eigentlich die Stellungnahme zu diesem oder jenem Thema – das ist doch eigentlich deren Markenkern?“ (JournKomm04) Es wurde angegeben, dass die journalistische Recherche zu einem bestimmten Thema in der *agenda building*-Phase zumeist dominiert (vgl. JournKomm01; JournKomm04). Allerdings steige bei 'heiklen' Themen JournKomm02 zufolge die Bedeutung der Thematisierung durch die Politiker:

„Also, wenn das heikle Themen sind oder wenn das Themen sind, die plötzlich aufploppen, weil sich in der Verwaltung irgendetwas ergibt oder sei es aus nicht-öffentlichen Sitzungen, dann ist es schon so, dass da natürlich eher die Hinweise aus der Politik kommen, weil ich sonst gar nichts davon erfahren würde.“ (JournKomm02)

Alle vier befragten Lokaljournalisten benennen das Risiko, von den Politikern für deren Zwecke instrumentalisiert zu werden. Dies verdeutlicht folgende Aussage eines Lokaljournalisten: „[...] dass Politiker ein bestimmtes Interesse haben, dass man dann natürlich bestimmte Informationen gesteckt kriegt, das ist klar.“ (JournKomm04) Politiker hätten dann ein gewisses „Sendungsbewusstsein“ (ebd.). Die Instrumentalisierungsversuche werden allerdings von den

befragten Journalisten offenbar nicht als allzu problematisch angesehen: „Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass gerade Politiker immer noch eigene Interessen verfolgen, wenn sie mit der Presse sprechen. Nicht, weil ich glaube, dass sie durch und durch verdorben sind, sondern einfach, weil ich glaube, dass es ihr Beruf mit sich bringt [...]“ (JournKomm03) Er selber, so sagt dieser Journalist, sei im Gegenzug durch seinen Beruf dazu veranlasst, misstrauisch zu sein. Dieser Journalist gibt ferner an, dass er nie aktiv versucht habe, ein Vertrauensverhältnis zu einem Journalisten aufzubauen. Vielmehr lege er Wert auf einen neutralen und professionellen Kontakt (vgl. ebd.). Ein anderer Lokaljournalist schildert ebenfalls Instrumentalisierungsversuche, scheint darin jedoch kein gravierendes Problem zu sehen: „Man hat manchmal schon so das Gefühl, oder es gab schon Fälle, wo man das Gefühl hatte, dass die Politiker einen dann so ein bisschen ausnutzen wollen oder vor den Karren spannen wollen, da muss man dann natürlich vorsichtig sein.“ (JournKomm01) Dieser Journalist beschreibt als eine Ausprägung von Instrumentalisierungsversuchen die subjektive Informationsweitergabe durch die Politiker. Sachverhalte würden so geschildert, dass es den Zielen der Politiker am ehesten entspricht. JournKomm01 spricht in diesem Zusammenhang davon, dass manche Politiker dazu tendieren, „das ein bisschen schöngefärbt zu erzählen“ (JournKomm01). Auch JournKomm02 benennt das Risiko, dass Politiker „interessengesteuert einem Sachen stecken“ (JournKomm02). Obwohl die Möglichkeiten des *frame building* für die Politiker im Umgang mit Journalisten begrenzt zu sein scheinen, versuchen sie offenbar zuweilen, die Informationsweitergabe an den Journalisten strategisch vorzunehmen. Die Interessen, die mit diesem Vorgehen verfolgt werden, können offenbar sehr verschiedene Ausprägungen haben. „Ein paar Mal ist es passiert, dass mich jemand angesprochen hat, mir etwas erzählt hat, und es stellte sich aber für mich immer relativ schnell dabei heraus, dass der Politiker mir das erzählt, um eine bestimmte Berichterstattung, die für ihn günstig ist, zu erreichen.“ (JournKomm03) Dieser Journalist führt weiter aus: „Gar nicht so sehr, um selber gut dazustehen, sondern vielleicht eher, um einen Konkurrenten schlecht aussehen zu lassen.“ (ebd.)

Zu dem Risiko, 'schöngefärbte' Informationen zu erhalten, gehört offenbar auch, dass Politiker unvollständige Informationen liefern. So beschreibt ein Journalist, dass er von Politikern mitunter „nur die halbe Wahrheit“ (JournKomm01) erhalte. Auch JournKomm03 benennt dieses Risiko: „Also, es ist schon hin und wieder mal vorgekommen, dass ich mich hinterher ein bisschen geärgert habe darüber, weil er mir offensichtlich [...] einfach etwas vorenthalten hat, was er mir ohne Weiteres schon hätte sagen können.“ (JournKomm03) An dieser Aussage wird deutlich, dass der Ärger besonders groß ist, wenn der Journalist keinen Grund für diese Art der Informationsweitergabe, etwa Quellenschutz oder Ähnliches, erkennen kann.

Ein weiteres Risiko, welches die befragten Journalisten schildern, ist die Verwendung ungesicherter Informationen. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Information nicht prüfen lässt oder der Hinweisgeber sich selbst unsicher ist und Spekulationen anstellt (vgl. JournKomm01). Ein Journalist bemerkt allerdings in diesem Zusammenhang, dass das Risiko eher gering sei. Selbst wenn er eine falsche Information publiziere, habe man als Journalist die Möglichkeit, den Fehler zu korrigieren. Wichtig sei dabei, zu erklären, wie es zu der Veröffentlichung der falschen Information gekommen sei (vgl. JournKomm03).

Absicherung von Vertrauen

Es stehen den Journalisten verschiedene Strategien zur Verfügung, um dem Risiko, durch die Politiker mittels *frame building* instrumentalisiert zu werden, zu begegnen. Der zentrale Mechanismus ist hier die Gegenrecherche. Das Prinzip, immer mindestens zwei Quellen zu nutzen, wird von mehreren Journalisten angesprochen (vgl. JournKomm01; JournKomm02; JournKomm04). Dieses Zwei-Quellen-Prinzip wird bereits in der Phase der Recherche zur Anwendung gebracht, indem die Aussagen der Politiker geprüft und gegenrecherchiert werden: „Wir müssen natürlich das auch immer gegenrecherchieren. Wir können das nicht einfach so dann hinausposaunen, sondern sie sind oft dann Hinweisgeber, die für uns dann Anlass sind, weiter zu recherchieren.“ (JournKomm01) Auch eine andere Journalistin beschreibt die Gegenrecherche als ein Mittel, *frame-building*-Versuche von Politikern abzuwehren: „[...] das gibt es natürlich schon mal, dass da Leute interessengesteuert einem Sachen stecken. Deswegen versuchen wir auch immer zwei Quellen zu finden. Sollte sich das dann nicht so bestätigen, lässt man halt die Finger davon.“ (JournKomm02)

Ein Journalist schildert die Gegenrecherche beispielsweise bei Informationen aus nicht-öffentlichen Runden folgendermaßen: „[...] dann rufe ich immer mehrere an und frage: Wie haben Sie das denn wahrgenommen?“ (JournKomm02) Streng genommen handelt es sich bei dieser Strategie nicht um eine Gegenrecherche im Wortsinn. Viel eher kann von einer Überprüfung der Validität der eigenen Wahrnehmung durch Abgleich mit der Wahrnehmung anderer Teilnehmer einer Gesprächsrunde gesprochen werden. Es wird ferner geäußert, dass das Gespräch mit Kollegen hilfreich bei der Einordnung von Informationen sein kann. Dies gilt anscheinend insbesondere, wenn ein Kollege bereits Erfahrungen mit dem entsprechenden Thema hat (vgl. JournKomm02). Doch auch bei der Einschätzung der Relevanz von Themen, die von den Politikern an die Journalisten herangetragen werden:

„Ich spreche dann auch mit Kollegen darüber. Und sag' so: Wie seht ihr das? Wenn da auch eine Geschichte ist – ist die jetzt heikel oder nicht, muss man die weiterverfolgen? Oder ich weiß von dem, der macht das und das – also, ich spreche da mit anderen drüber und mache das nicht mit mir alleine aus.“ (JournKomm01)

Ein besonders sicherer Weg der Validierung von Informationen mittels Gegenrecherche ist offenbar die Nachfrage bei offiziellen Stellen: „[...] wenn es aus dem politischen Raum kommt, dass die Stadtverwaltung irgendwas vorhat, würde ich bei der Stadt nachfragen. Wenn es um irgendwelche Unternehmensansiedlungen geht, würde ich bei der Stadt anfragen und bei dem Unternehmen selber auch.“ (JournKomm02) Auch JournKomm04 nutzt für seine Gegenrecherche, wenn möglich, offizielle Stellen: „Nur, weil mir jetzt ein Politiker etwas sagt, heißt das ja nicht, dass ich nicht dann nochmal bei der Stadt oder bei dem Unternehmen, bei der Gewerkschaft etc. nachhake.“ (JournKomm04) Sollte eine Validierung der Informationen nicht möglich sein, wird ferner angegeben, dass ungesicherte Informationen zwar publiziert, aber als ungesichert kenntlich gemacht werden (vgl. JournKomm01).

Ganz generell beschreibt ein Journalist, dass es wichtig sei, sich nicht in eine Abhängigkeit zu begeben: „Man muss weiterhin frei genug sein, dann auch Dinge kritisch zu kommentieren, wenn derjenige oder diejenige betroffen ist, mit dem auch sonst einen guten Kontakt pflegt.“ (JournKomm01) Die Bedeutung der Freiheit, auch kritisch zu berichten, wird ebenfalls von den drei anderen befragten Lokaljournalisten stark betont. Ein Journalist sagt dazu, dass er bei kritischen Themen die Politiker bereits zu Beginn des Gesprächs darauf hinweist, dass er bei der Veröffentlichung keine Rücksicht nehmen kann (vgl. JournKomm02). Er nutzt also seine größere Macht in der *frame building*-Phase, ist aber um Transparenz bemüht. Auch JournKomm02 und JournKomm04 betonen die Wichtigkeit von Fairness in ihrer Arbeit. Diese Fairness bezieht sich diesen beiden Journalisten zufolge vor allem auf der wahrheitsgemäßen und vollständigen Wiedergabe und auf die Einhaltung zugesicherter Vertraulichkeit.

Zur Frage nach der Bedeutung eventueller Drohungen, die die Vertrauenshandlung absichern sollen, betont JournKomm01 das grundsätzlich gute Verhältnis, welches Journalisten und Politiker in der Kommune haben: „Alle wissen, auch seitens der Politik, dass sie auf die Presse angewiesen sind, als es natürlich wichtig ist, dass überhaupt berichtet wird, aber es ist nicht so, dass man da irgendwie jetzt drohen müsste. Weder in die eine, noch in die andere Richtung.“ (JournKomm01) Ein anderer Journalist beschreibt eine eher sanfte Form von *deterrence*. Auf die Frage, ob er Politiker mitunter auch drohe, mit anderen Politikern zusammenzuarbeiten, wenn er gewünschte Informationen nicht erhalte, antwortet JournKomm02: „Nee, das mache ich nicht. Ich sag dann nur: Ja, gut, dann schreibe ich das, was ich weiß, und dann stehen Sie halt dumm da unter Umständen.“ (JournKomm02) Ähnlich schildert auch JournKomm03 sein Vorgehen: „Wenn ich merke, dem ist eigentlich daran gelegen, mir etwas zu erzählen, aber er will mir nur die Hälfte erzählen – dann sage ich halt: Ja, mit einer halben Wahrheit – das reicht nicht für einen Artikel. Entweder Sie sagen mir jetzt was, Sie beantworten mir alle Fragen, oder

es wird halt nichts draus.“ (JournKomm03) Dieses Vorgehen habe mitunter etwas von einem persönlichen Machtspiel: „[...] es kann auch befriedigend sein, wenn man merkt, man kriegt dann jemanden so 'rum.“ (ebd.) Ein anderer Journalist der Kommune beschreibt, dass er eher an das Gewissen der Politiker appelliere, etwa wenn die Politiker bei interessanten Themenlagen vor allem überregionale Medien berücksichtigen:

„Man weist mitunter schon mal darauf hin. [...] 'Das kann ja wohl nicht sein – wir kommen zu jeder Katzenkirmes, aber wenn es dann mal interessant ist, dann sind irgendwelche anderen, die sich sonst einen Scheiß für Euch interessieren, ganz vorne dran' Also, das lässt man die Leute dann schon mal hören [...]“ (JournKomm04)

Dieser eher emotionale Appell ist laut diesem Journalisten nicht als Drohung zu verstehen. Vielmehr ist mit ihm der Vorwurf verbunden, dass die Politiker mit der Bevorzugung überregionaler Blätter bei besonderen Themenlagen das gute Verhältnis von Journalisten und Politikern in der Kommune belasten (vgl. ebd.).

8.1.1.2 *Calculus-based trust* von Politikern

Vorteile von Vertrauen

Sämtliche befragten Lokalpolitiker bescheinigten der medialen Berichterstattung eine große bis sehr große Bedeutung für den politischen Erfolg. Im Vordergrund steht für die Mehrzahl der Befragten die Vermittlung und Erklärung politischer Sachverhalte durch die mediale Berichterstattung. Ohne diese Berichterstattung würde die Bevölkerung keine Notiz von der Politik nehmen (PolKomm03, PolKomm04). PolKomm03 spitzt zu: „Wir sind auf die Presse gnadenlos, gnadenlos angewiesen.“ (PolKomm03) Es scheint, als nähmen die Lokalpolitiker ihr politisches Handeln als stark vom Alltagsleben der Menschen entkoppelt wahr. So wurde geäußert, dass Politiker nur über die Medien in der Lage seien, den Menschen ihr politisches Handeln zu erklären (vgl. PolKomm02). Formen des direkten Austauschs werden zwar thematisiert, in ihrer Bedeutung jedoch als eher nachrangig angesehen. Ein Lokalpolitiker betont in diesem Zusammenhang die geringe Zahl direkter Kontakte zwischen Politikern und Wählern. Er sieht in der politischen Berichterstattung die Grundlage, auf der die Bürger zu ihrer Bewertung der politischen Arbeit gelangen (vgl. PolKomm01). Selbst Politiker, die laut eigener Aussage häufig im direkten Kontakt mit den Wählern sind, betonen die geringe Reichweite persönlicher Kontakte und verweisen auf die Bedeutung medialer Berichterstattung bei der Politikdarstellung (PolKomm05).

Anders als die Journalisten dieser Kommune geben die Politiker durchweg an, sich in einem Dependenz-Verhältnis zu befinden. Dieses wird zusätzlich verstärkt durch den Mangel an Alternativen: „Ich habe da eigentlich keine Entscheidungsmöglichkeiten, weil wir haben hier vor Ort nur einen, und mit dem muss ich auskommen.“ (PolKomm04) Dementsprechend wird auch

die Bedeutung eines guten Verhältnisses zu den Journalisten auf lokaler Ebene betont. Eine Lokalpolitikerin erhofft sich durch einen guten Kontakt bessere „Zugriffsmöglichkeiten“ (PolKomm02), also einen besseren Zugang zu den journalistischen Kanälen.

PolKomm05 zufolge spielen Hintergrundinformationen eine bedeutende Rolle im Umgang mit Journalisten. Er erhofft sich offensichtlich durch die Weitergabe von Hintergrundinformationen einen Einfluss auf das *frame building*: „Weil die Entscheidung ist vielleicht nach außen hin nicht gut zu verkaufen, aber mit dem Hintergrundwissen [...] ist sein Artikel auch anders.“ (PolKomm05) Der Politiker führt weiter aus, wie er auf diese Weise hofft, ein Verständnis für politische Entscheidungen beim Journalisten zu erreichen. Dieses Verständnis und das Wissen um die Gründe für die politische Entscheidung solle im Idealfall die Berichterstattung positiv beeinflussen (vgl. ebd.).

Die Bereitschaft, einem Journalisten Hintergrundinformationen zukommen zu lassen, so wird es von allen Lokalpolitikern geäußert, sei wiederum größer, wenn ein Vertrauensverhältnis bestehe. Dies gilt etwa für PolKomm01 insbesondere dann, wenn die Informationen ausschließlich als Kontext-Information an den Journalisten weitergegeben werden und in keiner Weise Eingang in die Berichterstattung finden sollen (vgl. PolKomm01). Eine Lokalpolitikerin betont zudem, dass „[...] wenn man Zugang zu einem Menschen hat und Vertrauen gefasst hat, dann ist die Zusammenarbeit natürlich sehr viel angenehmer und leichter.“ (PolKomm02) Für diese Politikerin erleichtert Vertrauen offensichtlich die Kommunikation mit den Journalisten. In Kongruenz dazu schildert PolKomm05 einen Vorteil von Vertrauensbeziehungen zu Journalisten. Diese seien „Ganz, ganz wichtig. Weil, sonst ist es ganz schwierig, mit denen auch mal unter vier Augen zu sagen: 'Pass mal auf: ich bin *der* Meinung, aber das schreiben Sie jetzt bitte so jetzt nicht. Aber das und das und das ist ganz wichtig.“ (PolKomm05) So wiederum könne man den Journalisten „so ein bisschen die Hintergründe klarmachen“ (PolKomm05).

Vertrauen erlangt aus Sicht der Lokalpolitiker vor allem eine Bedeutung, wenn es um die Einhaltung zugesicherter Diskretion bei der Verwendung von Informationen in der Berichterstattung gehe (vgl. PolKomm01; PolKomm03; PolKomm04). PolKomm03 etwa schildert Situationen, in denen er einem Journalisten auf Nachfrage zwar Informationen zukommen lassen würde, selbst jedoch gar nicht in Erscheinung treten wolle. Bei solchen Szenarien sei Vertrauen „extrem wichtig“ (PolKomm03). PolKomm04 schildert einen Fall, bei dem es „einen ziemlichen Skandal“ (PolKomm04) gegeben habe. Eine Journalistin habe sie intensiv dazu befragt und PolKomm04 habe ihr dann schließlich die Informationen zu den Hintergründen im Vertrauen mitgeteilt. Interessant ist, das PolKomm04 in diesem geschilderten Fall offensichtlich eine hohe Risikobereitschaft hatte. Zwar hielt sich die Journalistin an die zugesicherte

Vertraulichkeit, dessen war sich die Kommunalpolitikerin vorab jedoch offenbar nicht sicher: „Und die hat es dann aber auch tatsächlich nicht gebracht, und ich denke, dieses Vertrauensverhältnis muss man dann auch erhoffen.“ (PolKomm04) Allerdings scheint nicht jeder Politiker der Kommune auf Dauer gestellte enge Vertrauensbeziehungen zu Journalisten zu pflegen. So gibt etwa PolKomm01 an, dass enge, vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen zwischen den beiden Akteursgruppen für ihn eher keine Rolle spielen: „Ich unterhalte keine [...] Beziehung zu einem Journalisten, dem ich regelmäßig irgendwelche Informationen zukommen lasse und der dann dafür [...] hoffentlich nett über mich schreibt. Also das ist jetzt gar nicht unsere Aufstellung irgendwie.“ (PolKomm01)

Zwei Lokalpolitiker betonen, dass im Umgang mit Journalisten stets die *constraints*, unter denen die journalistische Arbeit stattfindet, berücksichtigt werden müssen. So benennt PolKomm02 etwa den Umstand, dass Journalisten die Aufgabe haben, mit ihren „Stories die Auflage zu erhöhen“ (PolKomm02). PolKomm03 ist außerdem der Ansicht, dass der einzelne Journalist wenig Kontrolle über die eigene Arbeit habe. So würden etwa gute Interviews mitunter nicht verwendet, da die Leitungsebene der Redaktionen die Entscheidungsgewalt habe. Daher sei es wichtig, auch gute Kontakte zu den Redaktionsleitern zu unterhalten (vgl. PolKomm03). In der untersuchten Kommune scheint es häufig der Fall zu sein, dass Berichte über politische Veranstaltungen oder Aktionen von den Politikern selbst geschrieben werden. Alle befragten Lokalpolitiker außer PolKomm01 und PolKomm02 benennen diese Praxis. PolKomm04 scheint recht erfolgreich mit dieser Vorgehensweise zu sein. Sie achtet auch darauf, möglichst immer Bildmaterial beizufügen. Sie betont allerdings gleichzeitig, dass ein guter persönlicher Kontakt zu den Redaktionen in diesem Zusammenhang wichtig sei.

Faktoren von Vertrauenswürdigkeit

Auf Seiten der Politiker bezieht sich der Faktor *ability*, sofern er thematisiert wird, im Hinblick auf die Journalisten der Kommune auf die Sachkenntnis. Diese wird von drei der befragten Lokalpolitiker als bedeutender Faktor der Vertrauenswürdigkeit von Journalisten benannt (vgl. PolKomm02; PolKomm04; PolKomm05). Einer der befragten Lokalpolitiker bedauert einen Rückgang der Sachkenntnis: „[...] weil ich festgestellt habe, dass viele Journalisten mittlerweile gar nicht mehr gelernte Journalisten sind, sondern Volontäre, und gar nicht mehr recherchieren, sondern eigentlich *bad news* schreiben.“ (PolKomm05) Im weiteren Gesprächsverlauf wurde deutlich, dass dieser Politiker mit 'Volontäre' nicht die in Ausbildung befindlichen Journalisten meint, sondern freie Journalisten, die den Journalismus eher als Nebenerwerb betreiben. Diesen teile er eher wenige Informationen mit, weil er wisse: „[...] für den bin ich heute im Gespräch

und dann geht er weg und schreibt. Der hat sich nicht über meine Person informiert, der weiß gar nicht, was ich im Umfeld mache.“ (PolKomm05) Für diesen Politiker erscheint es offensichtlich so, dass die Berichterstattung von freien Journalisten eine geringe sachliche Tiefe hat und dafür eher auf Skandalisierung setzt.

Auch bei den Lokalpolitikern gab es keine Aussagen, die dem Faktor *benevolence* zuzuordnen wären. Einige Interviews lassen jedoch vermuten, dass die Bedeutung von wechselseitiger Sympathie bei Ihnen größer ist als bei den Journalisten in der Kommune. So gaben alle Befragten, bis auf einen (PolKomm05), an, nicht mit einem Journalisten zusammenarbeiten zu wollen, zu dem sie persönlich kein gutes Verhältnis haben. PolKomm05 erläutert, dass er in diesem Falle zögerlich wäre: „Das käme ein bisschen so darauf an, wie der mir 'rüberkommt, wie ich mit ihm ins Gespräch komme, und dann würde sich das im Gespräch für mich zeigen, ob ich da möglicherweise offener bin oder nicht offener bin.“ (PolKomm05) Eine andere Politikerin verbindet die *benevolence* vor allem mit der Sachkenntnis: „Ich finde, dass der zwischenmenschliche Kontakt wichtig ist und dass ich erkennen kann, wo der Journalist sachlich/ fachlich steht. Also, er muss schon auch Sachkenntnis haben.“ (PolKomm02) PolKomm03 schildert die Bedeutung von *benevolence* folgendermaßen: „Das ist, glaube ich, ein rein persönliches Gefühl, das man entwickelt. Ich glaube sogar, dass das etwas mit Sympathie und Antipathie zu tun hat.“ (PolKomm03) Für diesen Politiker scheint die Bedeutung persönlicher Sympathie sogar größer zu sein als etwa eine negative Erfahrung mit einem Journalisten. So gibt er an, dass er einem unsympathischen Journalisten nicht vertrauen würde. Bei einer Enttäuschung würde er jedoch vertrauen, weil er auf den Journalisten angewiesen sei (vgl. PolKomm03).

Der Faktor *integrity* wird nur von einem Kommunalpolitiker thematisiert. Dieser erklärt: „[...] mir ist bei einem Journalisten einfach seine Ehrlichkeit wichtig [...]“ (PolKomm05) Er nennt in diesem Zusammenhang das Beispiel der Weitergabe vertraulicher Informationen. Sollte ein Journalist diese Informationen trotz zugesicherter Vertraulichkeit in seine Berichterstattung einfließen lassen, sei das Verhältnis für diesen Politiker fortan nachhaltig gestört (vgl. ebd.).

Risiken des Vertrauens für Politiker

Es wurden im Wesentlichen zwei Arten von Risiko, welches die Politiker im Umgang mit Journalisten tragen, beschrieben. Dies ist zum einen die Verwendung vertraulicher Informationen in der Berichterstattung, zum anderen eine negative Berichterstattung. Beide Arten von Risiko wurden von den befragten Lokalpolitikern der untersuchten Kommune in etwa gleichem Umfang genannt.

Die Verbreitung vertraulicher Informationen ist dabei dem Anschein nach ein Risiko mit potentiell besonders negativen Konsequenzen. Es wird von allen befragten Politikern thematisiert. PolKomm03 beschreibt in diesem Zusammenhang wöchentliche vertrauliche Gesprächsrunden mit dem Oberbürgermeister der Kommune. Würden aus dieser Runde vertrauliche Informationen an einen Journalisten weitergegeben, sei das Verhältnis dieses Politikers zum Oberbürgermeister massiv gefährdet (vgl. PolKomm03). Ähnlich verhält es sich Informationen, die einem Journalisten im Vertrauen für dessen Hintergrundwissen mitgeteilt wurden. In diesem Fall wird in aller Regel Vertraulichkeit vereinbart – Journalist und Politiker einigen sich also darauf, dass der Journalist die Informationen nicht in seiner Berichterstattung verwendet. Die Befürchtung, dass ein Journalist diese Informationen, trotz anderslautender Vereinbarung, verwenden könnte, scheint bei den Politikern sehr verbreitet zu sein (vgl. PolKomm01; PolKomm02; PolKomm04; PolKomm05).

Ein anderes Risiko für Politiker im Umgang mit Journalisten ist eine negative oder aus ihrer Sicht unzutreffende respektive ungerechte Berichterstattung. Eine Politikerin schildert eine Erfahrung mit einem für sie negativen Kommentar:

„Wir hatten einen Außentermin mit behinderten Kindern, und für eine junge Frau waren da plötzlich auf einmal unheimlich viele fremde Leute, und die fing an zu heulen. [...] Und dann habe ich gesagt: "So jetzt brechen wir das hier ab und gehen hier 'raus." Und er hat das dann hinterher so interpretiert, ich hätte das nicht aushalten können.“ (PolKomm04)

Der Ärger über diesen Kommentar war begründet in der aus Sicht der Politikerin unzutreffenden Interpretation der geschilderten Situation durch den Journalisten. Dieser habe sich seine Meinung gebildet, ohne das direkte Gespräch zu suchen (vgl. PolKomm04). Solche, durch die größere Macht von Journalisten in der *frame building*-Phase verursachte Risiken, werden auch von anderen Politikern angesprochen (vgl. PolKomm01; PolKomm02). Die potentiellen Risiken, die aus dieser Situation entstehen, benennt auch PolKomm05. Ihm zufolge werde „so viel Falsches auch in der Zeitung geschrieben“ (PolKomm05). Der Ärger darüber sei besonders groß, wenn dem Bericht ein ausführliches Gespräch vorausgegangen sei: „welcher Sinn war in diesem Gespräch [...]?“ (PolKomm05)

Auch die Angst, dass „jedes unbedachte Wort [...] veröffentlicht werden“ (PolKomm04) kann, wurde thematisiert. Hier sind es offenkundig weniger die Indiskretionen oder Fehlinterpretationen eines Journalisten, die für ein Risiko sorgen. Vielmehr sieht diese Politikerin ihr eigenes Verhalten als Risikoquelle, beispielsweise, wenn sie brisante Informationen über einen anderen Politiker preisgibt. Sie sagt weiter, dass sie sich in diesem Zusammenhang selber beschädigen könnte durch eine solche indiskrete Informationsweitergabe und einer daraus resultierenden unerwünschten Berichterstattung: „Also ich lebe hier weiterhin.“ (PolKomm04)

Das im vorigen Abschnitt von PolKomm04 beschriebene *frame building*-Potential mittels Ein-sendung selbst geschriebener Artikel wird von PolKomm03 und PolKomm05 etwas pessimistischer eingeschätzt als von PolKomm04. Beide Lokalpolitiker geben an, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass ihre Texte unverändert veröffentlicht werden. Häufig fänden sie gar keinen Eingang in die Berichterstattung: „Also, in der heutigen Zeit ist es ja so: Man muss ja seinen Presstext mehr oder weniger selber schreiben. Man muss ihn dann zur Presse schicken, und ob die den dann bringen ist noch eine ganz andere Frage.“ (PolKomm05)

Ganz generell gibt PolKomm02 zu bedenken, dass Journalisten auch angehalten seien, mit ihren Artikeln die Auflage ihres Mediums zu erhöhen und dementsprechend zumeist stark auf Nachrichtenwerte fokussiert seien. Dies müsse man beim Umgang mit ihnen stets einkalkulieren (vgl. PolKomm02). Ein anderer Politiker weist darauf hin, dass sich der Druck auf die Journalisten in den letzten Jahren erhöht habe: „Ich finde, die Journalisten sind immer mehr die Getriebenen, die müssen etwas bringen, und wenn sie nicht genügend bringen, dann sind sie wahrscheinlich weg vom Fenster.“ (PolKomm03) Daher seien die Journalisten fordernder geworden. Gleichzeitig, so PolKomm03 weiter, ergeben sich daraus wiederum Chancen für Politiker, „wenn man damit umzugehen weiß: der muss ja was bringen [...]“ (ebd.)

Absicherung des Risikos

Es stehen den Politikern verschiedene Optionen offen, den beschriebenen Risiken zu begegnen. Die vermutlich sicherste Strategie der Risikobegrenzung ist, den Journalisten besonders brisante Informationen schlicht vorzuenthalten. Ein Lokalpolitiker beschreibt, dass er bei Journalisten, mit denen er kein Vertrauensverhältnis habe, überhaupt kein Risiko eingehe. Er begründet diese Haltung: „Es gibt da keine Vorteile, die es wert wären, jetzt da ein großes Risiko einzugehen.“ (PolKomm01) Auch die anderen befragten Lokalpolitiker begrenzen auf diese Weise ihr Risiko. Da jedes unbedachte Wort veröffentlicht werden könne, müsse man laut PolKomm04 im Umgang mit Journalisten sehr darauf achten, was man sage. Wenn er einen Journalisten vor sich habe, lege er „jedes Wort auf die Goldwaage“ (PolKomm04). Ein anderer Politiker sagt in diesem Zusammenhang, es sei nicht problematisch, Journalisten Informationen vorzuenthalten, wenn sich aus der Informationsweitergabe eine besondere Risikolage ergebe (vgl. PolKomm03). Eine Politikerin weist darauf hin, dass die Verweigerung von Informationen außerdem oftmals von bestimmten Regeln gedeckt sei: „Man kann sagen, was man als Politiker darf und was man nicht darf. Da gibt es Regeln für.“ (PolKomm02)

Eine weitere Möglichkeit der Risikobegrenzung ist für Politiker offenbar, auf die Vertraulichkeit mitgeteilter Informationen hinzuweisen. So wird es zum Beispiel möglich, dem

Journalisten mit Hintergrundinformation zu einem bestimmten Sachverhalt mitzuteilen, ohne selbst als Hinweisgeber in Erscheinung zu treten (vgl. PolKomm04; PolKomm05). Diese Praxis scheint im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern in dieser Kommune durchaus verbreitet zu sein. PolKomm02 gibt beispielsweise an, dass Journalisten häufig um Informationen bitten, mit dem Hinweis diese nur für den Hintergrund nutzen zu wollen. Wichtig ist ihm zufolge, dass man klare Grenzen ziehe: „[...] wenn's klappt ist es gut, und wenn es nicht klappt, war es das letzte Mal.“ (PolKomm02) Die Wirksamkeit der Risikobegrenzung durch den Hinweis auf die Vertraulichkeit mitgeteilter Informationen ist ihm zufolge stark abhängig von der Konsequenz, mit der man eine Verletzung der Vertraulichkeit sanktioniert (vgl. ebd.).

Die beste Option zur Risikobegrenzung ist aus Sicht der Politiker anscheinend jedoch, schlicht auf eine Informationsweitergabe an Journalisten zu verzichten, wenn damit als zu groß wahrgenommene Risiken verbunden sind. Ganz generell scheint dieses Vorgehen für die Politiker dieser Kommune größtenteils unproblematisch zu sein. Ein Politiker (PolKomm01) zeigt in diesem Zusammenhang sogar eine vollständige Risikoaversion: „Es gibt da keine Vorteile, die es wert wären, jetzt da ein großes Risiko einzugehen.“ (PolKomm01)

Eine Möglichkeit der Politiker, die klassischen Massenmedien und damit die geschilderten Risiken zu umgehen, bieten zudem offenbar die Sozialen Medien. PolKomm01 beschreibt etwa, wie er Nachrichtenblogs nutze. Dort könne man „immer wieder etwas platzieren“ (PolKomm01). Allerdings teilen nicht alle Politiker der Kommune die Ansicht, dass die Sozialen Medien eine geeignete Plattform für die politische Kommunikation darstellen. PolKomm05 kritisiert vor allem die Art der Aufmerksamkeitsdistribution:

„Ich war Aufsichtsratsvorsitzender [...]. Und wir haben es geschafft, [...] 1.000 Sozialversicherungspflichtigen Arbeit zu geben. Das habe ich bei Facebook mal `rein geschrieben, und ich hatte 80, 90,100 Likes. Kurz davor war ein kackender Köter. Wirklich ein kackender Köter, und der hatte irgendwie ein paar Tausend Likes. Und da habe ich für mich entschieden: wenn ein kackender Köter auf Facebook mehr Likes bekommt, als 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, ist das nicht meine Plattform, die ich als Politiker nutzen kann.“ (PolKomm05)

Für diesen Politiker stellen die Sozialen Medien also eher keine Alternative zur klassischen Medienberichterstattung dar.

8.1.1.3 Zwischenfazit

Entsprechend der theoretischen Vorbemerkungen liegen die erwartbaren Vorteile einer Vertrauensbeziehung zu Politikern für Lokaljournalisten vor allem in deren Funktion als wichtige Quelle der politischen Berichterstattung. Es wird der strategische Charakter einer Vertrauenshandlung im Sinne des *calculus-based trust* deutlich: Hat ein Journalist das Vertrauen eines Politikers erworben, verspricht er sich davon einen besseren Zugang zu Informationen. Aus der Perspektive der in dieser Kommune befragten Lokaljournalisten ist Vertrauen also offenbar vor

allem ein Hilfsmittel bei der Informationsgewinnung: Je stärker die Politiker den Journalisten vertrauen, desto eher sind sie bereit, Informationen mitzuteilen. Dementsprechend wird von den befragten Lokaljournalisten vor allem das Vertrauen, welches Politiker in sie haben, thematisiert. Die Entscheidung, zu welchem Politiker ein Vertrauensverhältnis etabliert werden soll, gründet vor allem auf ihrer Einschätzung der Sachkenntnis der Politiker. Diese ist dem Vertrauenswürdigkeitsfaktor *ability* nach Mayer, Davis und Schoorman zuzuordnen. Bei der Einschätzung der *ability* wiederum wird der kalkulative Charakter einer Vertrauenshandlung auf dieser Ebene deutlich. So wurde von mehreren Journalisten beschrieben, dass sie zwar wichtige Informationen von den Politikern erhalten. Allerdings stehen ihnen noch weitere Quellen, wie etwa die Stadtverwaltung, zur Verfügung. Dieser Umstand spricht dafür, dass die Journalisten sich selbst nicht als sehr abhängig von den Informationen der Politiker wahrnehmen. Die wahrgenommene *ability* der Politiker wird dadurch nicht zwingend ausgeschaltet, jedoch wird ihre Fähigkeit, interessante Informationen zu liefern, gewissermaßen relativiert. Auch der Status der Politiker wird von einem Journalisten als wichtiger Indikator für Vertrauenswürdigkeit angesehen.

In den theoretischen Vorannahmen wurde der Gedanke entwickelt, dass der Faktor *benevolence* in einem professionellen Vertrauensverhältnis wie dem zwischen Journalisten und Politikern allenfalls eine nachrangige Bedeutung erlangt. Für die Journalisten auf kommunaler Ebene scheint diese Annahme zutreffend zu sein. Allerdings äußern zwei der Befragten (JournKomm01; JournKomm02), dass zumindest eine Sympathie im Verhältnis eine große Bedeutung hat. Die Einschätzung, ob ihnen ein Politiker sympathisch ist, kann demnach auch ohne vorherige Erfahrungen mit der Person erfolgen. Umgangssprachlich würde man dies wohl als 'Menschenkenntnis' bezeichnen. Von einem Journalisten (JournKomm01) werden allerdings auch Grenzen der Sympathie benannt. Diese sind ihm zufolge dann erreicht, wenn man als Journalist nicht mehr kritisch über einen Politiker berichten könne. Ein anderer Journalist (JournKomm03) gibt an, dass er darauf bedacht ist, einen möglichst neutralen Kontakt zu den Politikern zu halten. Diese Aussage deutet darauf hin, dass ein auf Sympathie oder gar Wohlwollen basierendes Verhältnis unter Umständen die Professionalität des Kontaktes gefährden kann. In diesen Aussagen spiegelt sich die Norm des Journalisten als kritischer Beobachter wider. Die Journalisten müssen zwar nah an die Objekte ihrer Berichterstattung herankommen, dürfen sich aber nicht mit ihnen gemein machen. Es wird deutlich, dass das in Kapitel 4.1.2 genannte Verhältnis von Nähe und Distanz fortlaufend eine Rolle in den Interaktionen der Journalisten mit Politikern spielt.

Der Faktor *integrity* spielt erwartungsgemäß schon zu Beginn einer Vertrauensbeziehung eine große Rolle für die befragten Journalisten der Kommune. In diesem Zusammenhang wird vor allem auf Werte wie gegenseitiger Respekt, Fairness und Ehrlichkeit hingewiesen. Interessanterweise thematisieren die Journalisten vor allem die Fairness, welche sie den Politikern entgegenbringen. Gleichwohl wird von verschiedenen Journalisten auch geäußert, dass sie sich ein faires Verhalten der Politiker wünschen.

Generell scheint es, als sei Vertrauen aus Sicht der befragten Lokaljournalisten viel eher für Politiker als für sie selbst relevant. Der Grund dafür liegt offensichtlich in der geringen Risikowahrnehmung der Lokaljournalisten. So werden zwar Risiken beschrieben, diese werden anscheinend jedoch als nicht besonders problematisch wahrgenommen. Die geringe Risikowahrnehmung scheint vor allem in den als sehr wirksam beschriebenen Mechanismen der Risikominderung begründet zu sein. Es werden zwar Risiken im Umgang mit Politiker beschrieben, allerdings werden diese in ihrer Bedeutung durch Verweis auf geeignete Mechanismen der Risikominderung relativiert. So wird etwa das Risiko, von den Politikern instrumentalisiert zu werden, von allen befragten Lokaljournalisten thematisiert. Im Wesentlichen beschreiben die Schilderungen der Journalisten *news management*-Versuche der Politiker und hier insbesondere das *frame building*. Als zentraler Mechanismus der Risikominderung wird in diesem Zusammenhang die Gegenrecherche beschrieben. Diese basiert, laut den Aussagen der Befragten, auf dem Prinzip, immer mindestens zwei Quellen zu nutzen. Besondere Bedeutung bei der Gegenrecherche haben für die befragten Lokaljournalisten offizielle Stellen, wie etwa die Stadtverwaltung. Von diesen erhoffen sich diese Journalisten anscheinend definitive Informationen, für deren Wahrheitsgehalt eine Organisation steht. Insofern verknüpfen die Journalisten das interpersonale Vertrauen mit dem in Kapitel 6.1.2 beschriebenen *institution-based trust*. Ferner erinnert diese Form der Gegenrecherche auch an die Ausführungen von Schoorman, Mayer und Davis zu Kontrollsystemen, deren Einsatz eine Vertrauenshandlung rechtfertigen kann (vgl. Schoorman/ Mayer/ Davis 2007: 346f.). Die Vertrauenshandlung – hier die Veröffentlichung der durch die Politiker mitgeteilten Informationen – wird gerechtfertigt durch die Bestätigung einer Institution wie der Stadtverwaltung, die als neutral und vertrauenswürdig wahrgenommen wird.

Sollte eine Gegenrecherche nicht möglich sein, besteht, JournKomm01 zufolge, die Möglichkeit, ungesicherte Informationen als solche kenntlich zu machen. Auf diesem Wege könne man die Information dennoch veröffentlichen. Zwar sinke so unter Umständen der Wert der Information, gleichzeitig werde jedoch das Risiko minimiert. Sollte sich die Information als falsch

herausstellen, könne der Journalist sich auf seine vorsichtige Einordnung der Information in seiner Berichterstattung berufen.

Die genannten Risiken für die Journalisten lassen sich den in Kapitel 4.3.1 theoretisch beschriebenen *news management*-Initiativen der Politiker zurechnen. Obwohl Risiken benannt wurden, werden diese von den Journalisten offenbar als nur gering ausgeprägt wahrgenommen. Zudem wurden als wirksam wahrgenommene Mittel der Risikoreduktion beschrieben. Diese Möglichkeiten der Risikominderung bestätigen die in der theoretischen Vorarbeit entwickelte Annahme, dass die Journalisten in der *frame building*-Phase die machtvolleren Akteure sind. Dass Politiker, wie in Kapitel 4.3.1 dieser Arbeit angenommen, in der *agenda building*-Phase die machtvolleren oder wenigstens die aktiveren Akteure sind, wurde hingegen von den Journalisten nicht bestätigt. Stattdessen wird von mehreren Journalisten angegeben, dass sie selbst die aktivieren Akteure in der *agenda building*-Phase seien. Ein Journalist (JournKomm04) drückt seine Verwunderung darüber aus. Er sieht zwar das Potential für Politiker, Themen zu setzen, allerdings stellt es sich für ihn offenbar so dar, dass dieses Potential oft nicht genutzt wird. In Kapitel 4.3.1 wurde allerdings auch beschrieben, dass sich die Stärke der Politiker in der *agenda building*-Phase auch darin ausdrücken kann, den Journalisten wichtige Informationen nicht, oder nicht vollständig mitzuteilen. Dieser Aspekt wird nur von einer Journalistin (JournKomm02) benannt. Sie sei gerade bei 'heiklen Themen' auf die Hinweise von Politikern angewiesen, weil sie sonst gar nichts davon erfahren würde. Diese Äußerung könnte darauf hindeuten, dass die Politiker in dieser Kommune nur bei klar umrissenen Interessenlagen aktiv versuchen, Einfluss auf die Themen der journalistischen Agenda zu nehmen. Dazu passt die folgende Aussage eines Politikers der Kommune: „Ich mache keine Pressekonferenz zu Allerweltsthemen [...]“ (PolKomm03) Anders gewendet bedeutet dies jedoch offenbar auch, dass die sogenannten 'heiklen' Themen in dieser Kommune ohne Thematisierungs-Initiative durch die Politiker nicht auf die mediale Agenda gelangen können. Gleichwohl scheint es, dass den meisten der befragten Lokaljournalisten dieses Risiko nicht bewusst ist. Insofern ist es zumindest fraglich, ob Vertrauen in Politiker wirklich keine oder nur eine geringe Bedeutung für die Lokaljournalisten hat. Selbst ohne das zuletzt beschriebene Risiko, Informationen nicht oder nur unvollständig zu erhalten, liegen die Voraussetzungen für *calculus-based trust*, wie es von Lewicki und Bunker definiert wurde, vor. Insbesondere die Erlangung von exklusiven Informationen ist also stark von Vertrauen im Verhältnis zu den Politikern abhängig.

Der zentrale Vorteil, den Vertrauensbeziehungen zu Journalisten für die befragten Lokalpolitiker bieten, liegt im *agenda building*. Es wird vor allem der Zugang zu den massenmedialen Kanälen und die damit verbundene Möglichkeit, die eigenen politischen Inhalte mit einer

möglichst großen Reichweite zu vermitteln, als wichtig beschrieben. Besteht ein Vertrauensverhältnis zu einem Journalisten, sei dieser, so das Kalkül, eher bereit, dem entsprechenden Politiker Raum in der Berichterstattung zu geben. Dabei scheint es in der Kommune üblich zu sein, dass Politiker oder deren Mitarbeiter selbst Artikel über politische Themen verfassen und diese an die Redaktionen versenden. Diese Praxis des 'Zuliefers' im Lokaljournalismus wurde in Kapitel 5.1 beschrieben. Auf diese Weise können auch Politiker einen Einfluss in der *frame building*-Phase erlangen. Es wurde geäußert, dass besonders in diesem Zusammenhang ein guter persönlicher Kontakt hilfreich sei, um die Redaktionen von der Veröffentlichung der selbst verfassten Artikel zu überzeugen.

Ferner kann Vertrauen aber auch relevant sein, wenn es um die Erklärung von Sachverhalten mittels Hintergrundinformationen geht, diese Hintergrundinformationen jedoch keinen Eingang in die Berichterstattung der Journalisten finden sollen oder die Quelle der Informationen nicht genannt werden soll. Auf diese Weise hoffen einige der Befragten, den Journalisten die Gründe von auf den ersten Blick fragwürdigen Entscheidungen erklären zu können. Von den Kommunalpolitikern wird durchgehend bestätigt, was bereits die Lokaljournalisten als Hauptmotivator von Vertrauensbeziehungen genannt haben: Die Bereitschaft, Hintergrundinformationen an Journalisten zu geben, ist größer, wenn ein Vertrauensverhältnis besteht. Es wurde ferner geäußert, dass ein Vertrauensverhältnis die Kommunikation mit einem Journalisten insgesamt einfacher mache. Zwar gibt ein Politiker an, dass er keine auf Dauer gestellte Vertrauensbeziehungen zu Journalisten unterhält. Er gibt allerdings auch zu bedenken, dass dies womöglich seiner Tätigkeit als Bezirksbürgermeister, in der er nicht so stark in das politische Tagesgeschäft eingebunden ist, geschuldet sei.

Wie auch schon von den Lokaljournalisten geäußert wurde, scheint Vertrauen vor allem für die befragten Politiker der Kommune relevant zu sein. Die Kommunalpolitiker betonen zudem ihre Angewiesenheit auf die Journalisten wesentlich stärker, als dies umgekehrt der Fall ist. Dieses unausgewogene Abhängigkeitsverhältnis wird offenbar durch einen doppelten Mangel an Alternativen verursacht: Zum einen fehlen, den befragten Kommunalpolitikern zufolge, alternative Möglichkeiten der Vermittlung politischer Inhalte. Zum anderen fehle es an Alternativen zu den vor Ort tätigen Journalisten. Es wird die in Kapitel 5.1 geschilderte geringe Zahl an Akteuren im Kommunalen deutlich. Allerdings wird von einem Politiker die Möglichkeit geschildert, mittels Sozialer Medien die Gatekeeper-Funktion des traditionellen massenmedialen Journalismus zu umgehen. Grundsätzlich wird es so auch möglich, die Stärke der Journalisten in der *frame building*-Phase auszuschalten. Diese Versuche scheinen jedoch in der Kommune

nicht stark ausgeprägt zu sein. Ein anderer Politiker (PolKomm05) argumentiert recht vehement gegen den Nutzen solcher Angebote.

Es scheint, dass sich der geschilderte Mangel an Alternativen sich auch auf die Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit auswirkt: Wenn es ohnehin kaum Alternativen für die Politiker gibt, ist es anscheinend auch weniger wichtig, die Vertrauenswürdigkeit der wenigen zur Verfügung stehenden Journalisten einzuschätzen. Viel eher scheint es, als seien die Politiker darauf angewiesen, mit den wenigen Journalisten vor Ort vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen aufzubauen. Dementsprechend wurde die Bedeutung der Faktoren von Vertrauenswürdigkeit eher zurückhaltend formuliert. Am ehesten wird noch, bemerkenswerterweise, eine gegenseitige Sympathie im Verhältnis zu Journalisten als wichtig beschrieben. Es hat den Anschein, dass Sympathie als ein Faktor von Vertrauenswürdigkeit zumindest für die Politiker der hier untersuchten Kommune bedeutend ist. Ein nicht minder interessanter Befund ist, dass der Faktor *integrity* hingegen offensichtlich weniger bedeutend für die Befragten ist. Dieser Faktor wurde nur von einem Kommunalpolitiker thematisiert. Dies steht auch im klaren Widerspruch zu der Erwartung der Journalisten, die den Faktor *integrity* vor allem für Politiker als relevant einschätzen. Die *ability*, in Form von Sachkenntnis, wurde als Faktor von Vertrauenswürdigkeit benannt. In diesem Zusammenhang wurde von einem Lokalpolitiker ein Rückgang der Sachkenntnis und der Professionalität des Journalismus im Allgemeinen bedauert (vgl. PolKomm05).

Die Risiken, denen sich die Politiker ausgesetzt sehen, resultieren im Wesentlichen, wie in Kapitel 4.3.2 angenommen, aus der schwächeren Position in der *frame building*-Phase. Die Weitergabe von vertraulichen Informationen ist dabei offenbar das zentrale von den befragten Lokalpolitikern wahrgenommene Risiko, welches in einer Vertrauensbeziehung zu einem Journalisten droht. Sollten durch Indiskretionen von Journalisten geheime Informationen an die Öffentlichkeit dringen, könne dies massive negative Konsequenzen auf die eigene Reputation haben. Ein fast ebenso häufig genanntes Risiko ist eine negative oder eine als ungerecht oder unzutreffend wahrgenommene Berichterstattung. Es wird deutlich, wie aus der machtvolleren Position der Journalisten in der *frame building*-Phase ein Risiko für die Politiker entstehen kann: Die Kontrolle über das fertige journalistische Produkt liegt beim Journalisten und somit auch die Deutungshoheit, das *frame building*, der politischen Themen. Das Risiko einer Rufschädigung durch negative Berichterstattung erstreckt sich dabei gerade auf der kommunalen Ebene nicht nur auf die Karriere als Lokalpolitiker, sondern kann unter Umständen auch Auswirkungen auf den privaten Bereich haben. Hier wird die in Kapitel 5.2 beschriebene besondere Nähe im kommunalen Raum deutlich.

Um den Risiken zu begegnen, scheint es für die befragten Lokalpolitiker vor allem wichtig zu sein, auf Diskretion bei der Informationsweitergabe zu achten. Dies bedeutet im Fall eines als sehr stark empfundenen Risikos, ganz auf die Kooperation mit einem Journalisten zu verzichten. Dass auf diese Weise ein mögliches *agenda-* oder *frame building-*Potential ungenutzt bleibt, wird von keinem Politiker dieser Kommune als problematisch angesehen. Es ist dabei zu bedenken, dass die kommunalpolitische Tätigkeit in vielen Fällen ehrenamtlich ausgeübt wird. Die Politiker sind entsprechend womöglich nicht gezwungen, große Risiken einzugehen, um sich und ihre Themen laufend in der aktuellen Berichterstattung zu platzieren. Daher scheint eine Risikonahme offenbar auch keine bedeutenden Vorteile zu versprechen. Hier wird wiederum die größere Macht der Politiker in der *agenda building-*Phase ersichtlich. Auch die Entscheidungsfreiheit, Informationen aus Gründen der Risikominimierung nicht mitzuteilen, ist ein Ausdruck der machtvolleren Position der Politiker in dieser Phase.

Eine Politikerin (PolKomm02) beschreibt ferner, dass auch ein Verweis auf die Regeln und Vorschriften, denen sie in ihrer beruflichen Rolle unterliegt, ein Schutz vor allzu intensiven Befragungen durch Journalisten sein könne. Die Verweigerung von Informationen könne so den Journalisten gegenüber gerechtfertigt werden. Dies spiegelt die in Kapitel 4.1.2 beschriebene Regulation der Beziehung durch soziale Rollen wider. In diesem Zusammenhang wurde ferner auf die Bedeutung der Kenntnis der *constraints*, denen journalistische Arbeit unterliegt, hingewiesen. Das Wissen um die berufliche Rolle der Journalisten und die beruflichen Zwänge wird als entscheidend für die Politiker bei der Einschätzung der Risiken, die sich aus der Interaktion ergeben, beschrieben.

Drohungen, zumindest direkt ausgesprochene, spielen für die befragten Lokalpolitiker keine Rolle. *Deterrence-based trust* wirkt dem Anschein nach subtiler über eher implizite Drohungen. Es ist wahrscheinlich, dass die Politiker eher Nachteile befürchten, sollten sie den Journalisten drohen. Dafür spricht auch die Aussage eines Journalisten bezogen auf eventuelle Drohungen durch Politiker: „Dann bringen wir es erst recht, also, das ist eine Herausforderung.“ (JournKomm02) Sollten Politiker also zu Drohungen greifen, scheinen Journalisten mitunter recht resolut zu reagieren, was den Politikern wiederum bewusst sein dürfte.

Der Vergleich der Aussagen der befragten Journalisten und Politiker der Kommune scheint zunächst auf ein Machtgefälle zwischen Journalisten und Politikern hinzudeuten, welches sich vor allem durch eine geringere Abhängigkeit der Journalisten von den Politikern – verglichen einer höheren Abhängigkeit der Politiker von den Journalisten – ausdrückt. Die geringere Abhängigkeitswahrnehmung der Journalisten in der untersuchten Kommune scheint nahezulegen – wie es auch von den Journalisten artikuliert wird – dass Vertrauen, welches sie in Politiker

setzen, weniger relevant ist. Allerdings ist in diesem Zusammenhang auf die starke normative Ladung der Frage nach der Abhängigkeit von Journalisten hinzuweisen. Zum journalistischen Rollenverständnis gehört das Bild des kritischen, unabhängigen Beobachters. Dieses Bild scheint von den Journalisten der Kommune internalisiert worden zu sein. Es wird deutlich, dass sie, zumindest in ihrer Selbstdarstellung, bei der Bewältigung der Nähe-Distanz-Problematik deutlich zum 'Distanz-Pol' streben. Die Bedeutung der Nähe zu den Politikern durch Vertrauen wird jedoch bei der Frage nach dem Zugang zu exklusiven Informationen offensichtlich. Doch auch für die Politiker ist die Bewältigung des Verhältnisses von Nähe und Distanz zentral im Umgang mit Journalisten. Vertrauen kann, so scheint es, eine Nähe erzeugen und gleichzeitig als funktionales Äquivalent von Distanz dienen.

Für die Journalisten wie für die Politiker der Kommune spielt Vertrauen eine bedeutende Rolle bei der Produktion politischer Nachrichten, wobei die jeweiligen Gründe differieren. Für die Journalisten ist vor allem das Vertrauen der Politiker in sie selbst wichtig, um an exklusive Informationen zu gelangen. Auf Seiten der Politiker sind es der möglichst gute Zugang zu den massenmedialen Kanälen sowie die Möglichkeit, politische Entscheidungen zu erklären, die die Bedeutung von Vertrauen ausmachen. Zwischen diesen unterschiedlichen Zielsetzungen während der Produktion politischer Nachrichten kann Vertrauen, so scheint es, eine moderierende Rolle einnehmen.

8.1.2 Bundesebene

8.1.2.1 *Calculus-based trust* von Journalisten

Vorteile von Vertrauen

Von den befragten Journalisten auf Bundesebene wird die Bedeutung von Informationen durch Politiker sehr stark betont. JournBund01 etwa beschreibt den Umgang mit Politikern und deren Informationen als „das Kerngeschäft des politischen Journalisten“ (JournBund01). Kontakte zu Politikern seien aufgrund derer Rolle als Experten etwa bei Gesetzesvorhaben sehr wichtig für die journalistische Arbeit (vgl. ebd.). Auch JournBund02 gibt an, bei der Berichterstattung über Gesetzesvorhaben „sozusagen zu 100 Prozent auf die Mitteilungen von Politikern angewiesen zu sein“ (JournBund02). Gerade wenn er selbst eine Idee für eine „Geschichte“ (ebd.) habe, sei er auf Tipps von Politikern, mit denen er einen guten Kontakt habe, angewiesen. Er nennt als Beispiel das Thema Gesundheitspolitik, bei dem es sehr wichtig sei, ein gutes Netzwerk von Informanten in der Politik, aber auch an Universitäten und Krankenkassen zu haben. (vgl. ebd.) Insbesondere Politiker, die Verantwortung tragen, haben offensichtlich einen Sonderstatus. Schließlich sind oftmals die einzigen möglichen Ansprechpartner: „Sie können sich ja auch den

Ministerrat nicht aussuchen oder den Staatssekretär [...]. Und dann müssen Sie auch mit solchen Leuten versuchen, da nochmal irgendwie vertrauensvoll zusammenzuarbeiten [...]" (JournBund05)

Auf die Frage, von wem die Initiative zur Themensetzung zumeist ausgehe, antwortet dieser Journalist, dass er sich eine hohe Aktivität von Politikern in der *agenda building*-Phase wünscht: „Ich brauche eigentlich Politiker, die mir eigene Geschichten liefern und im aller-idealsten Falle, wenn sich das Verhältnis eingespielt hat [...], dass es dann auch Quellen sind, die mir mal interne Papiere geben.“ (ebd.) Ein anderer Journalist beschreibt das Verhältnis der Aktivität von Journalisten und Politikern in der *agenda building*-Phase eher als ausgeglichen:

„Was das Thema *agenda setting* angeht, da wird die Kontaktaufnahme eigentlich in aller Regel immer vom Politiker ausgehen, wenn er ein Thema platzieren will. Wenn umgekehrt ich jetzt sage [...]: 'Lass uns das Thema doch mal unter folgendem Gesichtspunkt beleuchten...' Dann würde ich wiederum auf den Politiker zugehen. Also, das ist mal so und mal so.“ (JournBund01)

Es wird von mehreren Journalisten thematisiert, dass Vertrauen wichtig sei, um von den Politikern bei deren Thematisierungs-Initiativen bedacht zu werden und sich so von der starken Konkurrenz im medialen Betrieb der Bundeshauptstadt durchsetzen zu können. Laut JournBund06 ist eine Vertrauensbeziehung gar die Grundlage, „dass man offen miteinander sprechen kann und man dann Inhalte austauschen oder sich über Inhalte und Personen austauschen kann“ (JournBund06). Auch JournBund08 bezeichnet Vertrauen als „essenziell“. Ohne ein Vertrauensverhältnis sei es unmöglich, an Informationen zu gelangen, die über den Informationsgehalt von Pressekonferenzen hinausgingen (vgl. JournBund08). Gerade der Zugang zu Hintergrundinformationen wird demzufolge also Vertrauensbeziehungen zu den Politikern erleichtert, beziehungsweise überhaupt erst ermöglicht. So beschreibt JournBund02 den Vorteil, den er aus Vertrauensbeziehungen zu Politikern bezieht, folgendermaßen: „Ich kriege halt Einblicke in Prozesse, die sonst hinter dem Vorhang bleiben würden.“ (JournBund02) Oftmals suchten die Politiker, ganz im Sinne des *agenda building*, den Kontakt zu Journalisten, wenn sie über exklusive Informationen, die sich etwa aus Kleinen Anfragen ergeben haben, verfügen (vgl. JournBund03). Auch JournBund05 beschreibt, dass Politiker manchmal eine brisante Information anbieten und dann „selbst mal eruieren, ob sie das bei uns bringen können [...]" (JournBund05). Es wird von einigen der Befragten betont, dass die Abhängigkeit wechselseitig sei. JournBund01 schildert diese wechselseitige Abhängigkeit im Sinne des in Kapitel 4.1.1 beschriebenen Tauschverhältnis: „Journalisten sind auf Informationen angewiesen, Politiker sind auf Öffentlichkeit angewiesen.“ (JournBund01) Auch JournBund02 beschreibt ein solches Tauschverhältnis: „Ich bediene ein bisschen die Lesererwartungen bei uns und habe trotzdem kompetente Gesprächspartner und weiß, dass sie sich gerne mit mir unterhalten, weil sie dann bei

ihnen in der Region auch vorkommen. Insofern ist es für beide eine Win-Win-Situation.“ (JournBund02) JournBund08 schildert recht anschaulich, wie diese Tauschgeschäfte ablaufen:

„Also sie kommen und sagen: Wir haben hier das Thema, das ist exklusiv – wollen Sie das haben? Dann gucke ich mir das an und sage: Ja. Dann muss ich natürlich auch gucken, dass ich das irgendwie in die Zeitung bringe und nicht nur irgendwie als kurze Meldung auf der vierten Seite im Wirtschaftsteil, sondern schon irgendwie sichtbar. Das, würde ich sagen, ist dann implizit Teil des Deals, wobei man natürlich auch immer weiß: Man kann es nicht ganz steuern, denn es gibt ja Tage, da passiert dann einfach wahnsinnig viel Wichtiges, und wenn das dann an den Tag gebunden ist, kann das dann vielleicht nur kleiner herauskommen, als es sonst üblich gewesen wäre. Ja, aber: klar, das ist schon so: wenn der einem das exklusiv gibt, schwingt dann schon mit: dann soll es auch entsprechend wiedergegeben werden, aber das ist ja auch mein Interesse. Entweder ist es eine gute Nachricht, eine gute Geschichte, dann will ich die auch entsprechend verkaufen, vermarkten, und wenn das gut läuft, dann ist das natürlich auch eine gute Basis dann für die weitere Zusammenarbeit.“ (JournBund08)

Noch deutlicher im Sinne eines ökonomischen Tauschhandels beschreibt ein anderer Journalist das Verhältnis: „Und mein Lockmittel, die Gegengabe, die ich machen kann, ist, ich zahle für diese Geschichten in Blattpräsenz. Das hört sich ein bisschen anrücklich an, ist aber in einem Rahmen, den ich voll verantworten kann.“ (JournBund02) Dieser Journalist gibt gleichzeitig an, dass sich die Politiker sehr wohl des Wertes brisanter Informationen bewusst seien. Dementsprechend überlegten sie sich sehr genau, welchem Journalisten sie solche Informationen zukommen lassen. Um als Journalist einer Regionalzeitung an solche Informationen zu gelangen, müsse man einen „gehörigen Aufwand“ (JournBund02) betreiben. Gerade bei exklusiven Informationen kommt der mediale Wettbewerb zwischen den Hauptstadtjournalisten also besonders deutlich zum Tragen.

Faktoren von Vertrauenswürdigkeit

Die Fähigkeit, Informationen zu liefern, ist für die Journalisten auf Bundesebene die zentrale Kompetenz, die sie von Politikern erwarten. Dieser Aspekt wird von allen befragten Journalisten im Zusammenhang mit *calculus-based trust* erwähnt. So nennt JournBund01 die Informationsquantität und -qualität, die er sich vom jeweiligen Kontakt verspricht, als wichtigste Kriterien beim Aufbau einer Vertrauensbeziehung (vgl. JournBund01). Oftmals bezieht sich der Wunsch nach Informationen auf ein bestimmtes Themengebiet, für das der Journalist zuständig ist. Mit welchen Politikern eine Vertrauensbeziehung entstehe, ergibt sich dem im Wirtschaftsressort seiner Zeitung tätigen JournBund08 zufolge aus den jeweiligen Themengebieten, die der Politiker bearbeite: „Wird jemand in die Rolle des finanzpolitischen Sprechers gewählt in Fraktion A, B, C, D, dann ist das mein wichtigster Ansprechpartner, wenn es um Steuergesetze geht.“ (JournBund08) Die Bedeutung einer solchen Expertenfunktion wird auch von anderen Journalisten als wichtiger Faktor genannt (vgl. JournBund01; JournBund02; JournBund05). JournBund05 spricht außerdem an, dass im stressigen journalistischen Berufsalltag, das Wissen

um die Expertise eines bestimmten Politikers, Zeit sparen könne. So würde man, wenn die Zeit zur Recherche knapp bemessen ist, auf diejenigen Kontakte zurückgreifen, von denen man glaube, dass sie die entscheidenden Wissensträger für das jeweilige Thema sind (vgl. JournBund05).

Ein weiterer Aspekt, der als wichtiger Bestandteil der *ability* von Politikern genannt wird, ist deren Potential für eine erfolgreiche Karriere: „Klar, guckt man da irgendwie hin, und gerade bei jungen Politikern, wenn man mal in einem Bundesland irgendwo gearbeitet hat, wo man gesehen hat: Mensch, da ist Talent vorhanden, das könnte weitergehen. Da trinkt man mal einen Kaffee mehr mit.“ (JournBund07) Auch JournBund05 gibt an, dass man aufgrund einer gewissen Berufserfahrung ein solches Potential wahrnehmen könne. In solchen Fällen sei es immer hilfreich, wenn man schon frühzeitig einen Kontakt herstelle (vgl. JournBund05).

Auch der Status, den ein Politiker innerhalb seiner Partei hat, wird als wichtiger Faktor genannt. Dahinter steckt der Gedanke, dass nur Personen mit einem hohen Status in ihrer Partei auch tatsächlich in der Lage sind, für ihre Partei zu sprechen (vgl. ebd.). Demgegenüber bemerkt JournBund02, dass es oft sogar hinderlich sein könnte, wenn Politiker „in der ersten Reihe“ (JournBund02) stehen. Er beschreibt, dass „der politische Mittel- oder Unterbau der Parteien wesentlich offener in der Weitergabe interessanter Geschichten ist“ (ebd.). Wichtiger sei, dass die Politiker in der Partei gut vernetzt, also in Gremien vertreten sind, in denen sie an wichtige Informationen gelangen (vgl. ebd.). Dies wird bestätigt von JournBund06: „[...] oft ist es auch so, dass es nicht immer einen Kausalzusammenhang zwischen guter Info und Position des jeweiligen Politikers gibt, sondern auch aus der zweiten, dritten, vierten Reihe gibt es häufig gute Informationen.“ (JournBund06) Dennoch gelte grundsätzlich: „Je prominenter, desto besser“ (JournBund06).

Der Faktor *benevolence* spielt für die befragten Journalisten auf Bundesebene offensichtlich keine Rolle. In diesem Zusammenhang ist die deutliche Betonung der Professionalität der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern zu nennen. So beschreibt etwa JournBund01, dass aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit von Journalisten und Politikern die persönliche Sympathie sehr in den Hintergrund trete: „Ich sage nicht, dass ich nicht den einen nett finde und den anderen doof. Aber dann muss ich mit dem, den ich doof finde, [...] trotzdem arbeiten.“ (JournBund01) JournBund03 spricht beim Verhältnis von Journalisten und Politikern von grundsätzlich „instrumentalisierte[n] Beziehungen“ (JournBund03). Daher überlege er sich in diesem Zusammenhang deutlich weniger als bei anderen Beziehungen, ob ein gutes persönliches Verhältnis bestehe (vgl. ebd.). Im Gegensatz dazu betont JournBund02 jedoch, dass eine persönliche Sympathie durchaus eine Rolle spiele. Sympathie und vertrauensvolle

Zusammenarbeit bedingen sich für diesen Journalisten gegenseitig (vgl. JournBund02). Ähnlich argumentiert JournBund04: „[...] wenn ich vertrauensvoll mit dem zusammenarbeite ist das auch automatisch eine gute persönliche Beziehung.“ (JournBund04) Auch drei weitere Journalisten bestätigen, dass eine grundsätzliche Sympathie wichtig für ein Vertrauensverhältnis zwischen Journalisten und Politikern sei (vgl. JournBund05; JournBund06; JournBund07). JournBund07 erläutert eine Möglichkeit, wie sich ein professioneller Umgang und eine beiderseitige Sympathie zwischen einem Journalisten und einem Politiker auch dann miteinander vereinbaren ließen, wenn eine negative Berichterstattung über diesen Politiker geboten sei:

„Was man aber auch machen kann in dem Job, ist, dass man einfach mit einem anderen Kollegen über Kreuz arbeitet. Also dem sagt: '[...] dann mach ich die negative Geschichte über den und Du machst das bei meinem.' Also dann kann man immer auf den Kollegen schimpfen. Dann ist der eine gut, und der andere ist böse, der eine hält den Kontakt, und der andere ist derjenige, der dann die härtere Geschichte schreibt.“ (JournBund07)

Auch wenn dieser Journalist die Bedeutung von Sympathie im Verhältnis zu Politikern betont, sei es für ihn jedoch ebenso zentral, eine professionelle Distanz zu wahren. Ferner gebe es Menschen, denen man grundsätzlich nicht vertrauen könne: „[...] das riecht man, das merkt man, und die sind dann irgendwie durch.“ (ebd.)

Der Faktor *integrity* findet für die Journalisten, ähnlich wie auf der Kommunalebene, seinen Ausdruck vor allem in dem Wunsch nach einem fairen Umgang. Dies kann etwa bedeuten, sich an eine vereinbarte Vertraulichkeit zu halten (vgl. JournBund07). Als Negativbeispiele werden Lügen genannt oder dass ein Politiker die Exklusivität einer Information verspricht, diese aber nicht einhält, die Information also noch weiteren Journalisten zukommen lässt (vgl. ebd.).

Zur Integrität gehört laut JournBund05 ferner, Hintergrundinformationen diskret zu behandeln, schließlich wolle er den Politikern nicht schaden. Es gelte ein Gleichgewicht zu finden, zwischen der adäquaten Information der Leser und dem Schutz der Quellen (vgl. JournBund05). Auch JournBund07 sieht Fairness als Kern der professionellen Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern. Dieser Journalist spricht zudem die *constraints* der Politiker an. So müsse man Verständnis für die Sorgen und Nöte oder auch Zwänge der anderen Seite haben (vgl. JournBund07). Den Minimalkonsens einer vertrauensvollen Arbeitsbeziehung zwischen Journalisten und Politikern beschreibt JournBund01: „Der Politiker lügt mich nicht an, und zum anderen: Der Politiker kann sich darauf verlassen, dass mit seinen Informationen so umgegangen wird, wie man das verabredet hat.“ (JournBund01)

Die Bedeutung ähnlicher politischer Überzeugungen für die wahrgenommene Integrität eines Politikers wird zumindest von einem Journalisten verneint: „Also der Politiker, mit dem ich am vertrauenswürdigsten und intensivsten zusammenarbeite, ist in einer Partei, von der ich meilenweit weg bin [...], was er auch weiß [...].“ (JournBund02) Parteipolitische Präferenzen dürften

ihm zufolge keine Rolle spielen, da er darauf angewiesen sei, Informationen von allen Seiten zu erhalten (vgl. ebd.).

Risiken von Vertrauen für Journalisten

Die von den Journalisten auf Bundesebene beschriebenen Risiken beziehen sich vor allem auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der von den Politikern erhaltenen Informationen. So thematisieren zwei Journalisten das Risiko, falsche Informationen zu erhalten. Gerade bei Exklusivinformationen gebe es keine Möglichkeit, den Wahrheitsgehalt zu überprüfen (vgl. JournBund05; JournBund07). JournBund05 gibt allerdings auch an, dass das Risiko, Falschinformationen zu erhalten, immer mit der eigenen Berufserfahrung konfrontiert werden müsse. Man gehe solche Risiken also nicht unbegründet ein (vgl. JournBund05).

Auch das Risiko, instrumentalisiert zu werden, wird genannt. Dieses manifestiert sich JournBund07 zufolge vor allem darin, dass Politiker Informationen verheimlichen. Es gebe Politiker, „da können Sie sicher sein: die haben Ihnen jetzt nur die Hälfte erzählt, ohne Ihnen zu sagen, dass es nur die Hälfte ist“ (JournBund07). Auch JournBund03 nennt das Risiko, unvollständige Informationen von den Politikern zu erhalten. Ihm zufolge seien insbesondere Spitzenpolitiker „extrem vorsichtig, in dem, was sie artikulieren“ (JournBund03). Diese Politiker wüssten in aller Regel sehr genau, welche Botschaften sie transportieren wollen. Zudem sinke erfahrungsgemäß der Informationsgehalt der Aussagen mit dem Status der Politiker (vgl. ebd.).

Drei Journalisten (JournBund02; JournBund03; JournBund04) hingegen geben an, keine Risiken, die sich aus vertrauensbasierten Interaktionen mit Politikern ergeben, zu erkennen. JournBund03 erklärt ferner, dass er die Risiken eher auf Seiten der Politiker sieht. Allerdings beschreibt dieser Journalist ein weiteres Risiko, welches eher die eigene Wahrnehmung der Journalisten betrifft. Insbesondere bei Hintergrundgesprächen entstünde bei Journalisten häufig der Eindruck, „man verfüge jetzt tatsächlich über Herrschaftswissen und wisse mehr als der Rest der Welt“ (JournBund03). Bei näherer Betrachtung stelle sich dieser Eindruck jedoch oft als falsch heraus (vgl. ebd.).

Ein weiteres Risiko resultiert offenbar aus der Stärke, die die Journalisten in der *frame building*-Phase haben. Zwar können sie im Grunde frei mit den erhaltenen Informationen verfahren, allerdings kann die Vertrauensbeziehung durch einen unfairen Umgang gefährdet werden: „Also wenn ich auch nur in einem Mal [einen Politiker] falsch zitieren würde oder in ein falsches Licht rücken würde, also objektiv falsch, dann wäre die ganze Arbeit hin.“ (JournBund02) Diesen Aspekt spricht auch JournBund06 an. Wenn man das Gefühl habe, gegen den Presskodex zu verstoßen, ein juristisches Problem drohe oder wenn man jemandem schaden könnte,

müsse man auf eine potentiell gute Nachricht verzichten. Andernfalls verspiele man das aufgebaute Vertrauen zu einem Politiker. Außerdem seien Auswirkungen auf die eigene Reputation zu befürchten: „Das spricht sich sehr schnell 'rum, glaube ich, wenn man da unseriös wird.“ (JournBund06)

Absicherung des Risikos

Wie ihre Kollegen auf kommunaler Ebene beschreiben die auf der Bundesebene befragten Journalisten die Gegenrecherche als zentralen Mechanismus der Risikobegrenzung. Alle Journalisten sprechen in den Interviews die Bedeutung der Gegenrecherche an. Ein Journalist spricht gar von der Pflicht, Informationen einer Gegenrecherche zu unterziehen. Dies sei Teil des journalistischen Handwerks (vgl. JournBund01). Dieser Grundsatz wird laut JournBund02 auch nicht durch enge, vertrauensvolle Beziehungen zu Politikern außer Kraft gesetzt. Das Risiko, Falschinformationen zu publizieren, ist für diesen Journalisten nicht existent, da er laut eigener Aussage nie einen Artikel nur auf eine Quelle stützen würde (vgl. JournBund02). Ähnlich argumentiert auch JournBund05: „Bei uns gilt die Regel, dass wenn wir eine Meinung haben, dann reicht das nicht. Wir müssen das wirklich doppelt gecheckt haben. Falls das nicht möglich ist, dann müssen wir halt auf die Geschichte verzichten [...]“ (JournBund05) Die Gegenrecherche könne sich laut JournBund01 auf verschiedene Säulen stützen: „[...]Fakten der thematischen Zusammenhänge, die wir natürlich wissen oder die man auch woanders recherchieren kann. Archivmaterial, Internetkenntnisse, Internetrecherchen – solche Dinge.“ (JournBund01) Auch JournBund05 und JournBund06 betonen die Bedeutung der Gegenrecherche. Beide Journalisten benennen aber auch Ausnahmen. So sei eine Gegenrecherche etwa nicht möglich, wenn die erhaltenen Informationen exklusiv sind. Ihm selbst sei es noch nicht passiert, dass er in einem solchen Fall falsch informiert wurde. Allerdings hält er diese Situation für vorstellbar (vgl. JournBund05). Grundsätzlich werde das Risiko immer kalkuliert: „Das macht man immer, das ist ganz klar, dass man sagt: Ist diese Information, ist das das Risiko wert, das man da jetzt in gewisser Weise eingeht. Da versucht man schon, irgendwie so eine Rechnung aufzustellen.“ (ebd.) Laut JournKomm06 entfalle die Notwendigkeit der Gegenrecherche, wenn es keine alternativen Quellen gibt oder die eine Quelle „so umfänglich ist, dass das genügt“ (JournBund06). Dies sei jedoch sehr selten der Fall (vgl. ebd.).

Der Aspekt einer Absicherung von Vertrauenshandlungen durch Drohungen wird von den befragten Journalisten auf Bundesebene als wenig relevant angesehen. Verschiedene Journalisten geben an, dass Drohungen überhaupt keine Rolle für ihre Arbeit spielen (vgl. JournBund01; JournBund05; JournBund08). JournBund06 allerdings beschreibt, dass man als Journalist

manchmal auch „ein bisschen Druck aufbaut“ (JournBund06). Er führt weiter aus: „Das geht dann dahin, dass man dann sagt: 'Wir brauchen eine Äußerung, sonst sieht das vielleicht nicht gut aus' [...]“ (ebd.) Der gleiche Journalist betont allerdings, dass die Grenze zur Erpressung dabei nicht überschritten werden dürfe. Der Politiker müsse immer noch die Wahl haben, sich nicht zu äußern (vgl. ebd.). Sehr ähnlich beschreibt JournBund07 sein Vorgehen in solchen Situationen: „[...] wenn Fragen nicht beantwortet werden, dann kann man halt auch sagen: 'Gut, wir haben zwei Möglichkeiten: Sie können morgen in der Zeitung stehen mit 'drückte sich um eine Antwort herum' oder 'wollte nicht antworten', oder Sie sagen einen Satz.'“ (JournBund07) Allerdings sagt auch dieser Journalist, dass es unangemessen wäre, Politiker zu bedrohen. Er differenziert zwischen „einer Drohung oder [...] ein bestimmtes Potential ausspielen, und dem [...] auch das Besteck zeigen [...]“ (ebd.). Der Journalist betont in diesem Zusammenhang die Auskunftspflicht von Politikern. Journalisten und damit die Leser haben ihm zufolge ein Recht auf Information (vgl. JournBund07). Ein anderer Journalist beschreibt eine eher implizite Drohung: „[...] wenn man sich nicht an Absprachen hält, dann gibt es in Zukunft keine Zusammenarbeit mehr [...]“ (JournBund04) Dies begreife er jedoch nicht als Drohung, sondern als die Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit (vgl. ebd.).

8.1.2.2 *Calculus-based trust* von Politikern

Vorteile von Vertrauen für Politiker

Der Umgang mit Journalisten spielt für die befragten Politiker auf Bundesebene offenbar eine zentrale Rolle, da sie auf die mediale Vermittlung ihrer politischen Inhalte angewiesen sind (vgl. PolBund02). Die „mediale Transformation in die Gesellschaft“ (PolBund05) sei extrem wichtig. Von mehreren Politikern wird in diesem Zusammenhang betont, dass die Abhängigkeit wechselseitig sei. Es wird der Aspekt des Tausches von Informationen gegen Publizität angesprochen (vgl. PolBund01; PolBund04). PolBund01 bricht dieses Tauschverhältnis auf folgende Formel herunter: „Journalisten brauchen jemanden, der mal etwas erzählt, und wir brauchen jemanden, der mal etwas schreibt.“ (PolBund01) Dabei sei ein Wissen um die *constraints* der Journalisten wichtig: „Ansonsten muss man prinzipiell immer auch auf Journalisten zugehen und gucken, was die wollen. Man muss deren Interessenlage kennen, man muss wissen, was die brauchen, wann sie es brauchen. Und eine Hand wäscht da auch die andere.“ (PolBund01) PolBund02 betont vor diesem Hintergrund den Wert exklusiver Informationen für Journalisten, die sich miteinander in einem starken medialen Wettbewerb befinden. Ihm zufolge könnten sich Journalisten über Exklusivinformationen „ein gewisses Standing erarbeiten“ (PolBund02). Gleichzeitig grenze man mit der Weitergabe von Exklusivinformationen naturgemäß

andere Journalisten aus, dessen müsse man sich immer bewusst sein (vgl. ebd.). Ein Politiker allerdings gibt an, dass er der Sichtweise eines Tauschgeschäfts zwischen Journalisten und Politikern kritisch gegenübersteht:

„Ja, meistens machen das ja Kollegen, damit sie dann hinterher bedient werden, damit der Name erwähnt wird, ne? Die geben dem Journalisten irgendetwas, das so grenzwertig ist, und dann bedient der sie wieder durch eine Nennung und so. Das ist eigentlich nicht der Stil, in dem ich arbeite [...].“ (PolBund05)

Von nahezu allen befragten Politikern wird beschrieben, dass sie sowohl mit Journalisten auf Bundesebene als auch mit Lokaljournalisten in ihrem jeweiligen Wahlkreis interagieren. Zwei Politiker beschreiben, dass sie die meisten Journalisten auf Bundesebene eher über bestimmte Fachthemen kennengelernt haben, während zu den Journalisten der Lokalpresse ein eher persönlicher Kontakt bestehe (vgl. PolBund02; PolBund03). Laut PolBund01 habe man im Wahlkreis „seine Lokalpresse, die man immer braucht. Und dann hat man in Berlin die Leute, die für die eigene Fachrichtung zuständig sind [...].“ (PolBund01)

PolBund04 beschreibt, dass sich seine *agenda building*-Versuche vor allem auf die lokale Ebene konzentrieren. Dort herrscht anscheinend die bereits beschriebene Vorgehensweise, selbst verfasste Berichte an die Tageszeitungen zu schicken, die dann entweder komplett unverändert veröffentlicht werden oder gar nicht: „Da wird nichts mehr korrigiert oder verändert.“ (PolBund04). Laut PolBund02 spielen Vertrauensverhältnisse zu Journalisten vor allem im lokalen Kontext eine Rolle, in Berlin könne „man sich da nie ganz sicher sein“ (PolBund02). Allerdings gebe es auch einzelne Journalisten auf Bundesebene, mit denen er ein vertrauensvolles Verhältnis habe. Dieses Vertrauen bezieht sich dann vor allem auf den Umgang des Journalisten mit den erhaltenen Informationen (vgl. ebd.). Für JournBund04 bedeutet Vertrauen, „dass die das so veröffentlichen, wie ich das sage“ (JournBund04). Auch PolBund07 beschreibt, dass Vertrauen helfen könne, die Berichterstattung möglichst positiv zu beeinflussen:

„Natürlich kann man auch nochmal die Journalisten kontaktieren, die Redaktionen irgendwie benachrichtigen, da auch nochmal irgendwie mit dem einen oder anderen – es geht ja um Vertrauen – Redakteur auch nochmal ein vertrauensvolleres Gespräch führen, die Wichtigkeit betonen.“ (PolBund07)

PolBund05 beschreibt ferner, dass Vertrauen es auch ermögliche, Gespräche 'Unter Drei' zu führen: „Da ich gar nicht immer das Interesse habe, dass alles sofort öffentlich wird, weil, das erlaubt dann auch nicht mehr, bestimmte Abwägungsprozesse vorzunehmen, deshalb mache ich viel 'Unter Drei'.“ (PolBund05) Auch PolBund06 sagt, dass Vertrauen gerade für Politiker wichtig sei, um Hintergrundgespräche mit Journalisten führen zu können (vgl. PolBund06).

Faktoren von Vertrauenswürdigkeit

Die *ability* von Journalisten im Sinne einer Sachkenntnis spielt für die befragten Politiker offenbar eine große Rolle. So erklärt PolBund01, dass es ihm wichtig sei, dass die Journalisten wissen, worüber sie reden. Er artikuliert zudem eine Unzufriedenheit über mangelnde Sachkenntnis artikuliere: „[...] im Kommentar können die ja schreiben, was sie wollen, aber wenn man auf der Sachebene schwach ist, dann, finde ich, kann man das auch gerne mal sagen.“ (PolBund01) PolBund02 gibt an, dass er die Informationsweitergabe, insbesondere bei Fachthemen, stark von der Sachkenntnis abhängig mache (vgl. PolBund02). Auch PolBund05 legt einen großen Wert auf die Sachkenntnis der Politiker. Er beschreibt, wie er selbst versucht, die Sachkenntnis der Journalisten zu fördern: „[...] ich seh' das dann auch fast immer wie eine kleine Schulung an, ja. Wenn ich dauerpolitisch irgendwas bewirken will, dann ist es gut, wenn man die Journalisten, mit denen man zu tun hat, dann auch fit macht in den Themen selbst.“ (PolBund05) Einen anderen Aspekt von *ability* schildert PolBund07. Er habe einen Kontakt zu einem „relativ jungen Redakteur“ (PolBund07). Dieser stelle sehr interessierte Fragen und erkundige sich auch nach persönlichen Einschätzungen. Diese Art des Fragestellens wirke sehr vertrauensfördernd (vgl. ebd.).

Einen anderen Aspekt von *ability*, nämlich die Fähigkeit des Journalismus insgesamt, ein großes Publikum zu erreichen, spricht PolBund03 an. Diese Politikerin ist der Auffassung, dass die Fähigkeit der traditionellen Massenmedien insgesamt, große Reichweiten zu erzielen, abgenommen habe: „Ich hätte es bisher als hoch eingeschätzt. [...] auf die letzte Wahl bezogen, sehe ich es nicht mehr so stark. Also, vor allen Dingen die Presseberichterstattung, weil natürlich die Printbezieher nicht mehr so stark vertreten sind, wie es früher mal war.“ (PolBund03) Und weiter: „[...] die Abonnenten nehmen ja stetig ab, und dadurch ist es im Moment sehr schwierig, für Politik überhaupt einen Weg zum Wähler zu finden.“ (PolBund03) Dieser Bedeutungsverlust der klassischen Presseberichterstattung trägt für diese Politikerin zu einem Bedeutungsverlust der im massenmedialen Journalismus tätigen Journalisten für Politiker bei (vgl. ebd.). PolBund04 beschreibt das gleiche Problem und beklagt, dass „zu Hause nur noch ein Drittel der Bevölkerung die Zeitung liest, in die ich versuche, meine Artikel zu platzieren“ (PolBund04). PolBund05 sieht den Bedeutungsverlust der klassischen Massenmedien auch in der zunehmenden Nutzung von Online-Angeboten. Ein Grund dafür sei auch die Schnelligkeit der Informationsangebote im Internet: „Es gibt viele Botschaften heute, wenn die Social Media-mäßig verbraucht sind, kommen sie eigentlich nicht mehr in den Printmedien [...].“ (PolBund05)

Der Faktor *benevolence* scheint für die Politiker in ihren Beziehungen zu Journalisten keine Relevanz zu besitzen. So sagt etwa PolBund04, sie habe zu keinem Journalisten eine engere

Beziehung und betreibe auch keine ausgeprägte Kontaktpflege (vgl. PolBund04). PolBund02 gibt zu bedenken, dass eine Arbeitsbeziehung zu einem Journalisten letztendlich keine Freundschaft sei, daher müsse man sich vor allem professionell verhalten (vgl. PolBund02). Auch PolBund01 beschreibt, dass *benevolence* im Grunde gar keine Bedeutung erlangen könne, „weil: Wenn es eine Geschichte gibt, wo Sie mal in die Pfanne gehauen werden können, dann ist auch jeder fröhlich mit dabei von der anderen Seite“ (PolBund01).

Demgegenüber ist es für PolBund03 wichtig, „dass der- oder diejenige mir persönlich zusagt“ (PolBund03). Es sei wie immer im Leben auch eine Frage der persönlichen Zuneigung, ob man gut mit einem Journalisten zusammenarbeiten könne oder nicht (vgl. ebd.). Auch PolBund04 erklärt, sie würde nicht mit einem Journalisten zusammenarbeiten, der ihr unsympathisch ist (vgl. PolBund04). PolBund05 beschreibt eine Art Kalkulation im Zusammenhang mit Sympathie zu Journalisten: „[...] sich mögen ist ja symmetrisch, und wenn ich jemanden nicht mag, mag der mich auch nicht so. Und wenn man merkt, dass das so ist, dann sucht man auch nicht den täglichen Kontakt zu den Leuten, die man nicht so mag.“ (PolBund05)

Der Faktor *integrity* wird nur von PolBund01 direkt thematisiert: „Sie wissen, ob jemand zuverlässig ist, ob er sich an das hält, was er sagt. Ob er in der Sache steckt, ob er sachgenau auch schreibt, oder Sie wissen, dass es jemand ist, der will nur eine Schlagzeile haben, der verdreht es sowieso, kommt eh nur Murks bei 'raus [...].“ (PolBund01) Zwei Politiker schildern, dass auch die Medienzugehörigkeit eines Journalisten eine Rolle bei der Entscheidung spielt, ob sie diesen Journalisten als vertrauenswürdig einschätzen. So beschreibt PolBund05, dass er gerne mit einer Journalistin der *taz* zusammenarbeite: „[...] weil die *taz*, finde ich, eine sehr seriös-kritische Berichterstattung macht. Und die spießen auch mal Themen auf, die die anderen liegen lassen.“ (PolBund05) Eine bestimmte Medienzugehörigkeit kann allerdings offenbar auch ein Ausschlusskriterium sein: „Also, mit der Bild-Zeitung mache ich keine Interviews und auch ansonsten nichts, weil ich da nicht sicher sein kann, dass man da vertrauensvoll mit meinen Statements umgeht.“ (PolBund04)

Risiken von Vertrauen für Politiker

Die indiskrete journalistische Verwendung von Informationen, die nur für den Hintergrund gedacht sind, wird von mehreren Politikern als zentrales Risiko benannt (vgl. PolBund01; PolBund03; PolBund05; PolBund06). PolBund07 äußert zudem ganz allgemein die Sorge, dass Journalisten mit den erhaltenen Informationen nicht in ihrem Sinne umgehen. Eine besonders große Sorge für sie sei zudem, dass sie mit der Weitergabe von Informationen Dritten schaden könnte (vgl. PolBund07).

Ein weiteres Risiko ergebe sich aus den journalistischen Aufmerksamkeitsregeln. Manchmal sei das eigene Thema nicht so gefragt, weswegen „Sachen 'rausfliegen oder gekürzt werden“ (PolBund03). Das sei schade für den betroffenen Politiker, aber nachvollziehbar (vgl. ebd.). Auch PolBund02 beklagt, dass manche Journalisten „einfach nur hinter einer Story her sind und dann schnell nur einen Satz von einem langen Gespräch schreiben, der sozusagen der einzige war, der vielleicht für eine Zeile wert ist“ (PolBund02). Ganz ähnlich kritisiert auch PolBund06, dass der Journalismus oberflächiger geworden sei: „Das Recherche- und Hintergrundgespräch wird immer weniger, es werden eher nur kurzzeitig schnelle Meldungen abgefragt.“ (PolBund06) Auch PolBund07 beobachtet eine Tendenz zum „Schlagzeilen-Journalismus“ (PolBund07). Journalisten seien in zunehmendem Maße auf Skandale und Schlagzeilen fixiert. Positive Nachrichten oder Erfolgsmeldungen seien für die Journalisten daher oftmals nicht interessant und würden daher auch keinen Eingang in die Berichterstattung finden (vgl. PolBund07). PolBund02 führt diese Entwicklung auch auf den Online-Journalismus zurück. Dieser habe das Tempo im politischen Journalismus deutlich erhöht. Von einem langen Gespräch bleibe oft nur ein einziger Satz, der für die Journalisten interessant genug für eine Veröffentlichung sei (vgl. PolBund02). Ein weiteres Beispiel für die Auswirkungen des von hohem Zeitdruck geprägten Hauptstadtjournalismus gibt PolBund01. Er beschreibt eine Methode, „die immer wieder um sich greift, dass Leute anrufen und sagen: 'Passen Sie mal auf [...]: folgenden Satz brauche ich – wollen Sie das unterschreiben, dann sind Sie dabei, wenn nicht, nicht.“ (PolBund01). Der Politiker kritisiert, dass die Journalisten ihre Artikel losgelöst von Kontakten zu Politikern schreiben und sich dann im Nachgang Politiker suchen, die sich als 'Zitatgeber' zur Verfügung stellen (vgl. ebd.).

Ein letztes Risiko, welches geschildert wurde, betrifft die politischen Präferenzen von Journalisten: „[...] wenn jetzt ein Journalist einen Hass hat auf eine Partei, und Sie sind in dieser Partei, dass sich dann dieser Ärger über die Partei auf Sie überträgt, das kann schon sein. Das merkt man immer, wenn die Suggestivfragen kommen.“ (PolBund05)

Absicherung von Vertrauen durch deterrence

Im vorigen Abschnitt wurde dargestellt, dass die Bundespolitiker im Umgang mit Journalisten die größten Risiken in der Weitergabe vertraulicher Informationen, sowie in einer unerwünschten Verwendung der mitgeteilten Informationen sehen. Es wurden verschiedene Strategien beschrieben, mit diesen Risiken umzugehen. Ganz generell müsse man beim Umgang mit Journalisten zunächst immer berücksichtigen, dass es die Aufgabe von Journalisten sei, „Informationen zu verkaufen“ (PolBund05). Auch PolBund03 beschreibt die Rollenkenntnis als

zentralen Aspekt der professionellen Beziehung zwischen Journalisten und Politikern: „[...] man muss immer wissen, welche Rolle man selber hat und welche Rolle der Journalist hat. Und dass der Journalist nicht dafür da ist, eine Hofberichterstattung zu machen [...].“ (PolBund03) Dass dieses Wissen um die *constraints* und Rollenerwartungen der Journalisten wichtig ist, bestätigt auch PolBund07. Um eine negative Berichterstattung zu verhindern müsse man manchmal die Journalisten „bedienen“ (PolBund07): „[...] wenn man jetzt zu irgendwelchen Themen, die vielleicht heikel sind – Stichwort: Nebentätigkeiten – wenn man da nicht irgendwie die Redaktion bedient, dann ist man monatelang ein Thema.“ (ebd.)

PolBund07 betont, dass sie im Umgang mit Journalisten besonders vorsichtig sei: „Meine Gespräche, ganz grundsätzlich, selbst wenn das Tonband nicht läuft, führe ich mit angezogener Handbremse.“ (PolBund07) Sie sei ferner „hochgradig sensibilisiert“ (ebd.) und „sehr kontrolliert“ (ebd.) in ihren Aussagen. PolBund03 zufolge dürfe man im Umgang „mit einem Journalisten nie den Kopf ausschalten“ (PolBund03). Man müsse immer abwägen, „was man preisgibt, was man nicht preisgibt, auf welche Art man das manchmal sagt [...]“ (ebd.). PolBund01 geht sogar so weit, eine Vertraulichkeit im Umgang zwischen Journalisten und Politikern generell für unrealistisch zu halten. Informationen 'Unter Drei' würde er nur an die wenigsten Journalisten geben (vgl. PolBund01). Auch PolBund02 betont, dass man das Verhältnis zu Journalisten nicht mit einer Freundschaft verwechseln dürfe, man müsse da „immer mit einer gewissen Professionalität herangehen“ (PolBund02).

Dem Risiko, dass die eigenen Themen keinen Eingang in die journalistische Berichterstattung finden, begegnen einige der befragten Bundespolitiker mit einem umfassenden Wissen um die *constraints* der Journalisten: „Man kann wenig sagen, sehr vorsichtig sein, sich nur akkurat an einigen Fakten festhalten. Aber das führt auch dazu, dass man langweilig ist. Wer braucht `nen Langweiler?“ (PolBund01) Eine weitere Möglichkeit der Absicherung ist für diesen Politiker die Verfügbarkeit mehrerer Journalisten, die über potentiell über ein Thema berichten können: „[...] und wenn man Geschichten platzieren will, dann probiert man das halt, indem man die einmal durchtelefoniert und wo man glaubt, dass man am härtesten landen kann.“ (PolBund01) Auch die Möglichkeit, die klassischen Kanäle der Massenmedien zu umgehen, indem die Möglichkeiten der Sozialen Netzwerke genutzt werden, sprechen verschiedene Politiker an (vgl. PolBund01; PolBund02; PolBund06). PolBund05 beschreibt in diesem Zusammenhang gar, dass man versuche, eine eigene Öffentlichkeit herzustellen. Er nutze diese, um die massenmediale Berichterstattung zu „flankieren“ (PolBund05). Der Vorteil einer zusätzlichen Veröffentlichung über die eigene Website, Facebook oder den YouTube-Kanal sei, dass man auf diese Weise Verfälschungen durch Journalisten begegnen könne: „Und in dem Moment, wo ich eine

Eigendarstellung auf der Website oder auf irgendeinem Social Media-Kanal habe, dann muss ein Journalist [...] vorsichtig sein, das zu verfälschen, weil ja eine weitere Informationsquelle schon vorliegt.“ (ebd.) PolBund07 schildert ein Beispiel seiner Nutzung von Social Media-Kanälen. Nach einer negativen Berichterstattung über sie selbst, habe sie einen Leserbrief an die Redaktion geschrieben. Gleichzeitig habe sie diesen Leserbrief auf ihrer Facebook-Seite veröffentlicht, „und das wiederum hat dazu geführt, dass die Redaktion mich zu einem Gespräch eingeladen hat [...]“ (PolBund07). Überhaupt könne sie auf die Möglichkeiten der Social Media-Kanäle eigentlich nicht mehr verzichten. Insbesondere YouTube habe eine große Bedeutung erlangt: „[...] weil bewegte Bilder eine viel, viel größere Reichweite haben. Das gucken sich die Leute an. Die lesen ja keine Texte mehr, die wollen den Ein-Minuten-Spot, die kurze Nachricht, die freundlich vorgetragene Nachricht. Das nimmt ein ungeheures Maß an.“ (ebd.) Die Nutzung von Social Media-Kanälen mache sie „ein Stück autonomer [...] und unabhängiger von der Presse“ (ebd.), sagt die Politikerin. Auch PolBund03 schätzt die Möglichkeit, mittels Social Media mehr von seiner Arbeit an die Bürger zu vermitteln, als dies über die klassischen massenmedialen Kanäle möglich wäre. So könnten „die Leute auch sehen, dass Politik nicht nur auf der faulen Haut sitzt, sondern wirklich schon eine Menge Termine auch wahrnimmt“ (PolBund03).

Ein Aspekt, der die Politiker im Sinne von *deterrence-based trust* vor Vertrauensbrüchen schützt, ist laut PolBund03 das Wissen der Journalisten darum, dass bei einem Vertrauensbruch das Vertrauensverhältnis beendet wäre (vgl. PolBund03). Dies wird auch von PolBund05 beschrieben: „[...] ich mache viel unter drei [...] Wenn der Journalist sich da danebenbenimmt, dann war das einfach das letzte Mal. Also deshalb funktioniert das auch.“ (PolBund05) Daraus folgt auch für PolBund02, dass er mit nur mit denjenigen Journalisten vertrauensvoll zusammenarbeitet, mit denen er bereits positive Erfahrungen gemacht hat: „Der Journalist möchte ja auch wieder mit einem zusammenarbeiten.“ (PolBund02)

Konkrete Drohungen spielen für Politiker anscheinend keine bedeutende Rolle bei der Absicherung von Vertrauensbeziehungen zu Journalisten (vgl. PolBund04). PolBund06 beschreibt vielmehr eine laufende Kalkulation der Vor- und Nachteile, die die Arbeitsbeziehung zu einem Journalisten bedeutet: „Die Evaluation der Beziehung, die erfolgt quasi als permanenter Prozess, indem man feststellt: Will ich diese Beziehung weiterhin aufrechterhalten oder beende ich sie, weil sie erfolglos ist?“ (PolBund06)

8.1.2.3 Zwischenfazit

Die Journalisten der Bundesebene betonen deutlich stärker als ihre Kollegen in der untersuchten Kommune die große Bedeutung, die Informationen von Politikern für ihre alltägliche Arbeit haben. Ein Befragter beschreibt den Austausch mit Politikern als das „Kerngeschäft des politischen Journalisten“ (JournBund01). Die Angewiesenheit auf Politiker wird bereits im Allgemeinen als hoch beschrieben. Bei speziellen Themen oder bei Politikern mit herausgehobener Position oder Verantwortung für einen bestimmten Aufgabenbereich – etwa Minister oder Staatssekretäre – steigt die Angewiesenheit auf einen bestimmten Politiker offenbar. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von Informationen aus der politischen Sphäre sind die Journalisten offensichtlich auf eine hohe Aktivität der Politiker in der *agenda building*-Phase angewiesen. Dies unterstreicht die in Kapitel 4.3.1 theoretisch beschriebene Stärke der Politiker in dieser Phase des Nachrichtenproduktionsprozesses. Der starke Medienwettbewerb in der Bundeshauptstadt verstärkt den Druck auf die Journalisten zusätzlich. So sind sie nicht nur auf die Informationen von Experten aus dem politischen Spektrum angewiesen, sie konkurrieren auch mit anderen Journalisten um diese Informationen.

Ganz generell scheint es, als nähmen die Journalisten auf Bundesebene deutlicher als ihre Kollegen auf kommunaler Ebene die Beziehung als eine Serie von Tauschgeschäften wahr, bei denen Informationen gegen Blattpräsenz getauscht werden. Diese Tauschgeschäfte werden recht deutlich in einem ökonomischen Sinne geschildert und als „Deal“ (JournBund08) oder „Win-Win-Situation“ (JournBund02) beschrieben. Es hat den Anschein, dass ein großer Teil der auf Bundesebene tätigen Journalisten gewissermaßen eine Marktlogik verinnerlicht hat. So wird denn auch die Bedeutung von Vertrauen vor allem mit seinem Nutzen für diesen Tauschhandel erklärt. Die Journalisten der Bundesebene beschreiben – ähnlich wie die Journalisten auf der kommunalen Ebene – vor allem den erleichterten Zugang zu Informationen, den Vertrauensverhältnisse zu Politikern ermöglichen. Einigen der Befragten zufolge trifft dies insbesondere auf Hintergrundinformationen zu, die ohne ein Vertrauensverhältnis kaum zugänglich seien. So hilft ein Vertrauensverhältnis den Journalisten offenbar dabei, von den Politikern bei deren Thematisierungs-Initiativen in der *agenda building*-Phase bedacht zu werden und sich so von der Konkurrenz abzusetzen. Gleichzeitig scheinen einige Journalisten eine möglichst hohe Kontakthäufigkeit mit den Politikern anzustreben, um Vertrauensbeziehungen zu etablieren. So werden denn auch die Politiker, mit denen Vertrauensbeziehungen etabliert werden sollen, vor allem nach performativen Gesichtspunkten ausgewählt. Der Vertrauenswürdigkeitsfaktor *ability* – besonders in Form der Fähigkeit, möglichst exklusive Informationen zu liefern – ist das zentrale Kriterium und damit der Positivwert der Kalkulation auf der *calculus-based trust*

von Journalisten in Politiker basiert. Die von Mayer, Davis und Schoorman beschriebene Themenspezifität des Faktors *ability* kommt in den Aussagen der Journalisten deutlicher als auf der Kommunalebene zum Ausdruck. So wird etwa die Bedeutung der Rolle des Fachexperten, zum Beispiel die des finanzpolitischen Sprechers einer Bundestagsfraktion, betont. Der von einem Journalisten (JournBund05) benannte Vorteil der Zeitersparnis durch Vertrauensverhältnisse ist wiederum ein Aspekt, der vor allem in wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten zu Vertrauen beschrieben wird.

Es werden zwei weitere Aspekte benannt, die zumindest eine Verwandtschaft mit der von Mayer, Davis und Schoorman beschriebenen *ability* aufweisen: Zum einen das Potential für eine spätere Karriere, zum anderen der bereits von einigen Lokaljournalisten genannte Status der Politiker. Die Überlegung, ob ein Politiker ein Potential für eine spätere Karriere hat, verlagert einen Teil der Kalkulation in die Zukunft, *calculus-based trust* gleicht in diesem Fall einer Wette auf die Entwicklung eines Politikers. Möchte man in einem wirtschaftswissenschaftlichen Bild bleiben, gleicht der Aufbau einer Vertrauensbeziehung zu einem aufsteigenden Politiker einer Investition des Journalisten.

Der Status eines Politikers, der von den Journalisten auf der Bundesebene deutlich häufiger als auf kommunaler Ebene genannt wurde, spiegelt nicht zwingend die tatsächliche Sachkenntnis eines Politikers wider. Vielmehr wird durch die Betonung der Bedeutung des Status eines Politikers der Nachrichtenwert der Prominenz wie er in Kapitel 2.1.1.1 beschrieben wurde, angesprochen.

Der Faktor *benevolence* erlangt, wie in Kapitel 6.2.1 bereits vermutet, keine Bedeutung im Verhältnis der Journalisten zu Politikern. Zwei Journalisten beschreiben einen Konflikt zwischen der Professionalität der Beziehung und der Möglichkeit von Wohlwollen. Andere Journalisten betonen allerdings, dass Sympathie wichtig sei für eine Vertrauensbeziehung. Für einen Journalisten geht Vertrauen sogar per se mit Sympathie einher. Für einige Journalisten ist ein gewisser Grad an Sympathie geradezu eine Grundvoraussetzung für den Aufbau einer Vertrauensbeziehung. Es scheint, als sei die wahrgenommene Bedeutung von Sympathie davon abhängig, wie die journalistische Berufsrolle definiert wird. Dies spiegelt die bereits in Kapitel 6.2.1 geäußerte Vermutung, dass der Faktor *benevolence* im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern aus normativer und demokratietheoretischer Perspektive unerwünscht sein kann. Gleiches mag auch für Sympathie gelten.

Der Faktor *integrity* spielt für die befragten Journalisten der Bundesebene offenbar eine große Rolle. Seinen Ausdruck findet er vor allem in einem fairen und ehrlichen Umgang miteinander. Politische Überzeugungen hingegen wurden nicht als relevant für die Integrität eines Politikers

angegeben. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass dies nur so lange gilt, wie sich Politiker innerhalb des demokratischen Spektrums befinden. Interessant ist die starke Betonung der Fairness, die die Journalisten den Politikern entgegenbringen. Es wird deutlich, dass den Journalisten – wie in Kapitel 4.1.3 zur gemeinsam geteilten beruflichen Kultur beschrieben – an einer belastbaren Arbeitsbeziehung gelegen ist, in der bestimmte Verhaltensregeln eingehalten werden.

Die Risikowahrnehmung der befragten Journalisten auf Bundesebene ist offensichtlich nicht sonderlich ausgeprägt. Wenn Risiken beschrieben werden, beziehen diese sich vor allem auf *agenda building*- und *frame building*-Versuche der Politiker. Aus diesen resultieren für die Journalisten offenbar Risiken hinsichtlich der Richtigkeit und Vollständigkeit bei der Informationssammlung. Es seien gerade Spitzenpolitiker sehr vorsichtig in dem, was sie sagten. Hier offenbart sich anscheinend ein Dilemma für die Journalisten: Zwar sind Politiker mit hohem Status wichtig für die Berichterstattung, gleichzeitig scheint es jedoch schwierig zu sein, von diesen interessante Informationen zu erhalten. In diesem Zusammenhang wird auch auf Instrumentalisierungsversuche der Politiker hingewiesen. Ganz ähnlich wie ihre Kollegen auf kommunaler Ebene jedoch beschreibt das Gros der Journalisten auf Bundesebene die Gegenrecherche als einen sehr effizienten Mechanismus der Risikominderung. Mittels Recherche und Gegenrecherche können die verschiedenen Ausprägungen der *agenda building*- und *frame building*-Versuche der Politiker konfrontiert werden. Die Gegenrecherche wird dabei als ein Grundsatz journalistischer Arbeit beschrieben, von dem nur in absoluten Ausnahmefällen abgerückt wird. Anders jedoch als die Mehrzahl der Journalisten auf kommunaler Ebene betont die Mehrzahl der Journalisten auf Bundesebene die Bedeutung eines reziproken Vertrauens in ihren Beziehungen zu Politikern. Offensichtlich sorgt der hohe Professionalisierungsgrad dafür, dass die Politiker als machtvoller wahrgenommen werden, was den Umgang mit ihnen wiederum riskanter macht.

Das von zwei Journalisten (JournBund02; JournBund06) beschriebene Risiko, ein Vertrauensverhältnis durch missbräuchlichen Umgang mit den erhaltenen Informationen zu gefährden, spricht für eine wahrgenommene Bedeutung von *deterrence-based trust*. Die Vertrauensbeziehungen zu Politikern jedoch selbst durch Drohungen, wie diese in Kapitel 6.3.1 beschrieben werden, abzusichern, spielt offensichtlich eine eher untergeordnete Rolle. Wenn Drohungen zum Einsatz kommen, scheint es, als geschehe dies deutlich subtiler, als es das Konzept des *deterrence-based trust* annimmt. Zwei Journalisten (JournBund06; JournBund07) schildern, dass sie vor allem mit dem Verweis auf eine mögliche schlechte öffentliche Wahrnehmung des Politikers bei einer Informationsverweigerung eine Drohkulisse aufzubauen. Wichtig ist ihnen

aber die Unterscheidung zwischen einem gewissen Druck, den sie aufbauen und einer tatsächlichen Drohung. JournBund07 rechtfertigt das Aufbauen von Druck mit dem Recht der Bürger auf Informationen.

Ähnlich wie auf kommunaler Ebene wird der Kontakt zu Journalisten von den Politikern auf Bundesebene als unerlässlich für ihre Arbeit beschrieben. Wie auch von einigen Journalisten der Bundesebene wird von zwei Politikern (PolBund01; PolBund04) der Aspekt des Tausches von Informationen gegen Publizität angesprochen. Diese Politiker betonen auch den besonderen Wert, den exklusive Informationen für Journalisten haben. Es fällt auf, dass diese Sichtweise auf der Bundesebene wesentlich präsenter ist als auf der Kommunalebene. Ein Grund dafür könnte wiederum der höhere Professionalisierungsgrad auf der Bundesebene sein, der ein insgesamt stärker ökonomisch geprägtes Verständnis der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern befördert. Zwei Politiker, die sowohl Kontakt zu Journalisten auf kommunaler als auch auf Bundesebene haben, geben an, dass der Kontakt zu Journalisten im Kommunalen eher persönlich geprägt sei, wohingegen der Kontakt zu Journalisten auf der Bundesebene in der Regel über Fachthemen zustande käme. Hierin kann ein weiteres Indiz für den höheren Professionalisierungsgrad auf Bundesebene gesehen werden.

Vertrauen im Verhältnis zu den Journalisten wird von den meisten der Befragten als wichtig angesehen. Diese hohe wahrgenommene Bedeutung der Vertrauensverhältnisse zu Journalisten scheint, zumindest zu einem Teil, auf den starken Konkurrenzdruck zurückzuführen zu sein. Es gilt, sich gegen politische Mitbewerber anderer Parteien oder – und diese Auseinandersetzungen werden vermutlich oftmals noch härter geführt – gegen Konkurrenten der eigenen Partei durchzusetzen. Ein guter Zugang zu den massenmedialen Kanälen kann zur entscheidenden Ressource in diesen Auseinandersetzungen werden. Die von den Politikern auf Bundesebene beschriebenen Ziele, die sie mit dem Aufbau von Vertrauensbeziehungen zu Journalisten verfolgen, lassen sich dementsprechend im Wesentlichen dem *news management* zurechnen. Dabei reichen die konkreten Hoffnungen, die mit einer Vertrauensbeziehung verbunden sind, von einer korrekten Darstellung durch die Journalisten bis hin zu einer tatsächlichen Einflussnahme auf die Berichterstattung. Dies geschieht offensichtlich über die Betonung der Wichtigkeit bestimmter Sachverhalte, aber auch über die Erläuterung von Hintergründen von politischen Entscheidungen in vertraulichen Hintergrundgesprächen. Bei diesen Vorhaben ist die Kenntnis der journalistischen *constraints* anscheinend hilfreich. So versucht etwa PolBund01, seine Botschaften möglichst stark an den Nachrichtenwerten zu orientieren. Hierin spiegelt sich die in Kapitel 4.1.1 beschriebene wechselseitige Anpassung der Akteure im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern wider.

Der angesprochene hohe Professionalisierungsgrad auf der Bundesebene wird auch durch die Betonung des Vertrauenswürdigkeitsfaktors *ability* deutlich. Für eine erfolgreiche Umsetzung ihrer *news management*-Aktivitäten sind die Politiker anscheinend auf eine gewisse Sachkenntnis der Journalisten angewiesen. Sachkenntnis bezieht sich hier vor allem auf die Fähigkeit, die komplexen sachpolitischen Zusammenhänge erfassen zu können. Ist diese Fähigkeit nicht gegeben, sei es schwierig, politisch etwas zu bewegen (vgl. PolBund05). Insofern ist die *ability* ein zentraler Faktor von Vertrauenswürdigkeit für die befragten Politiker auf Bundesebene. Die *ability* bezieht sich jedoch nicht nur auf eine Sachkenntnis der Journalisten, sondern für einige Politiker auch auf deren Fähigkeit, große Reichweiten zu erzielen. Diese wird, vor dem Hintergrund des in Kapitel 3.1 beschriebenen Wandels im Mediensystem, von drei Politikern als rückläufig beschrieben. Vor allem zurückgehende Abonnenten-Zahlen (PolBund03; PolBund04) und die Konkurrenz durch Online-Angebote (PolBund05) lassen Politiker offenbar an der Fähigkeit der Journalisten, große Reichweiten zu generieren, zweifeln.

Die persönlichkeitsbezogenen Faktoren von Vertrauenswürdigkeit – *benevolence* und *integrity* – besitzen laut den Aussagen der befragten Politiker auf Bundesebene eine eher nachrangige Bedeutung. Es hat den Anschein, als kollidiere für den Großteil der Befragten eine große Bedeutungszuschreibung dieser Faktoren mit dem Gebot der Professionalität. Allerdings ist zu beachten, dass die von zwei Politikern geschilderte Bedeutung der Medienzugehörigkeit eines Journalisten stark an den Faktor *integrity* erinnert. Die Medienzugehörigkeit kann dabei scheinbar sowohl positiv-selektiv als auch negativ-selektiv wirken. In diesen Fällen überträgt sich ein Vertrauen oder ein Misstrauen einem bestimmten Medium gegenüber auf die dort beschäftigten Journalisten. Insofern kann das in Kapitel 6.2.1 beschriebene *institution-based trust* auch direkt auf interpersonales Vertrauen wirken.

Entsprechend einem der zentralen Zwecke, dem Vertrauen aus Sicht der Bundespolitiker dient – der diskreten Behandlung von Hintergrundinformationen durch Journalisten – sehen sie in Indiskretionen durch Journalisten auch das größte Risiko im nicht-vertrauensvollen Umgang mit diesen. Die Wahrnehmung, dass Indiskretionen gegenüber Journalisten nicht nur negative Konsequenzen für die eigene Karriere haben können, sondern gegebenenfalls auch Dritten schaden (vgl. PolBund07), spricht für ein hohes Verantwortungsbewusstsein dieser Politikerin bei der Weitergabe von Informationen. Dies wird auch deutlich, wenn sie schildert, dass sie sehr vorsichtig bei der Weitergabe von Informationen sei und so die Risiken mindere. Sie und andere Politiker nutzen dabei offenbar ihr Wissen um die journalistischen *constraints*, um abschätzen zu können, wie der Journalist vermutlich mit einer Information umgehen wird. Die in Kapitel 4.3.1 beschriebene Freiheit der Politiker bei der Informationsweitergabe in der *agenda*

building-Phase wird also, ähnlich wie dies bereits für die kommunale Ebene beschrieben wurde, auch genutzt, um Risiken zu minimieren.

Die journalistischen Aufmerksamkeitsregeln, an die sich zumindest PolBund01 dem Anschein nach gut anpassen kann, werden von anderen Politikern als eher risikoauslösend wahrgenommen. Vor allem die Reduktion komplexer politischer Themen auf Schlagzeilen und kurze, schnelle Meldungen scheinen den Politikern Sorgen zu bereiten. Das Kernziel der Politiker, politische Botschaften in einer für sie selbst vorteilhaften Art und Weise an die Bürger zu vermitteln, ist offenbar schwierig zu erreichen. Die Politiker haben verschiedene Strategien entwickelt, diesem Risiko zu begegnen. Diese zielen im Wesentlichen alle darauf ab, das Machtgefälle zugunsten des Journalisten in der *frame building*-Phase abzuschwächen. Besonders erfolgversprechend erscheint einigen Politikern in diesem Zusammenhang die Nutzung von Social Media, mit denen nun eigene Kanäle zur Informationsvermittlung zur Verfügung stehen. Anscheinend gelingt es Politikern mitunter, auf diesem Wege Gegendarstellungen zu unerwünschter Berichterstattung zu veröffentlichen. Damit steht ihnen ein wichtiges Instrument im Kampf um die Deutungshoheit politischer Sachverhalte zur Verfügung. Darüber hinaus haben sich die Social Media generell zu einem wichtigen Mittel der politischen Kommunikation für einige der befragten Bundespolitiker entwickelt. Auch mit dem Verweis auf die sinkenden Reichweiten traditioneller Medienangebote wie Tageszeitungen, wird in den (Bewegt-)Bild-orientierten Social Media-Angeboten von einigen Politikern offenbar ein zeitgemäßes und potentes Werkzeug der politischen Kommunikation gesehen. Insgesamt kann der Einsatz von Social Media eine Stärkung der Politiker im Nachrichtenproduktionsprozess bedeuten, da ihre Schwäche in der *frame building*-Phase mitunter ausgehebelt wird. Die klassische Machtverteilung in den Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern wird so womöglich in Frage gestellt.

Ganz generell beschreibt ein Politiker, ganz im Sinne des *calculus-based trust*, dass im Grunde laufend evaluiert werde, ob die Beziehung zu einem Journalisten noch lohnend sei. Mit konkreten Drohungen allerdings wird das Vertrauen dabei offensichtlich nicht abgesichert. Ähnlich wie auf Seiten der Journalisten schwingt die in Kapitel 6.3.1 beschriebene *deterrence* wohl eher subtil im Verhältnis mit. Hier wird vor allem der Abbruch der Vertrauensbeziehung bei vertrauensschädigendem Verhalten des Journalisten von einigen Politikern als letzte Konsequenz benannt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf der Bundesebene, wesentlich stärker als von den befragten Journalisten und Politikern der Kommune, eine wechselseitige Abhängigkeit beschrieben wird. Bedingt durch den höheren Professionalisierungsgrad – es treffen Journalisten

reichweitenstarker, überregionaler Tageszeitungen auf fachlich hochspezialisierte Politiker – steigt die Notwendigkeit guter Kontakte in die jeweils andere Sphäre. Es wird deutlich, dass zwei zentrale Merkmale die Dynamik der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern auf der Bundesebene in besonderer Weise beeinflussen und den Unterschied zu den Verhältnissen in der untersuchten Kommune erklären. Dies sind der hohe Professionalisierungsgrad und der starke Medienwettbewerb. Beide Faktoren bedingen offenbar eine hohe Kontaktintensität zwischen Journalisten und Politikern. Dabei scheint auf der Bundesebene eine stärkere Orientierung an einer marktähnlichen Logik die Interaktionen von Journalisten und Politikern zu charakterisieren. Von Vertretern beider Arten von Akteuren wird die Produktion politischer Nachrichten als ein Tauschgeschäft beschrieben. Der für beide Seiten möglichst reibungslose und erfolgreiche Tausch von Informationen gegen Publizität scheint für das Entstehen von Vertrauen in den Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern auf der Bundesebene ausschlaggebend zu sein.

Vertrauen wird auf der Bundesebene anscheinend noch stärker als in der untersuchten Kommune zum bedeutenden Faktor in den Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern. Seine Funktion liegt offenbar – wie auch auf kommunaler Ebene – vor allem in der Moderation des Tausches von Informationen gegen Publizität und des Spannungsverhältnisses von Nähe und Distanz welches allen professionellen Interaktionen von Journalisten und Politikern zugrunde liegt. Letzteres gelingt durch die Schaffung einer Nähe, bei der Vertrauen als funktionales Äquivalent von Distanz wirkt. So können die Politiker – zumindest bis zu einem gewissen Grad – davon ausgehen, dass mit ihren Informationen so umgegangen wird, wie es mit dem Journalisten vereinbart wurde. Die Journalisten im Gegenzug können – ebenfalls bis zu einem gewissen Grad – davon ausgehen, dass die Politiker ihre *constraints* berücksichtigen und sich deren Instrumentalisierungsversuche in Grenzen halten.

8.2 *Knowledge-based trust*

In diesem Abschnitt soll die Bedeutung der zweiten Stufe interpersonalen Vertrauens, *knowledge-based trust*, für die professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern thematisiert werden. Diese Form von Vertrauen beruht auf der Fähigkeit, das Verhalten des Gegenübers einschätzen und im Idealfall vorhersagen zu können. *Knowledge-based trust* kann entstehen, wenn zum *calculus-based trust* die Faktoren *regular communication* und *courtship* hinzukommen. Es beruht also auf einer Reihe von Erfahrungen mit dem Gegenüber. Daher soll zunächst erfasst werden, welche Bedeutung vorherige Erfahrungen mit einem potentiellen Kooperationspartner für die befragten Akteure haben. Dabei werden auch negative Erfahrungen

thematisiert. Es wird beschrieben, wie diese gegebenenfalls weitere Vertrauenshandlungen komplett verhindern, beziehungsweise eine Weiterentwicklung zu *knowledge-based trust* erschweren. Anschließend folgt eine Betrachtung der Maßnahmen – *regular communication* und *courtship* – die eine Weiterentwicklung zu *knowledge-based trust* ermöglichen. In diesem Zuge werden die verschiedenen Interaktionsformen von Journalisten und Politikern thematisiert und ferner, analog zu den Ausführungen in Kapitel 4.2, formelle und nicht-formelle Interaktionsformen unterschieden. Ein Fokus der Betrachtung liegt auf der Bedeutung, die verschiedene Interaktionsformen jeweils für Journalisten und für Politiker in Bezug auf die Kontaktpflege haben.

Während *regular communication* mehr oder weniger schlicht die Kontaktintensität beschreibt, zielt *courtship* auf Maßnahmen, die den Aufbau einer Beziehung und ein Kennenlernen fördern sollen. Die für eine Vertrauensbeziehung relevanten Informationen, die in diesem Zuge gewonnen werden, können wiederum auf die drei Faktoren von Vertrauenswürdigkeit – *ability*, *benevolence* und *integrity* – wirken.

In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie sich das Vertrauen, wie es im vorherigen Kapitel beschrieben wurde, im Zeitverlauf ändert. Daher soll nicht noch einmal umfangreich nachgezeichnet werden, wie eine Vertrauenshandlung abläuft. Vielmehr wird auf die zentralen Unterschiede zwischen *calculus-based* und *knowledge-based trust* eingegangen. Dieser Ansatz deckt sich mit den Ausführungen von Lewicki und Bunker. Demnach handelt es sich bei *knowledge-based trust* um *calculus-based trust* zu dem *regular communication* und *courtship* hinzutreten (vgl. Kap. 6.3.2).

8.2.1 Kommunalebene

8.2.1.1 *Knowledge-based trust* von Journalisten

Alle befragten Lokaljournalisten bestätigen die Bedeutung vorheriger Erfahrungen mit einem Politiker für eine Vertrauenshandlung. Es wird von den Journalisten auch beschrieben, wie sich negative Erfahrungen auf das Vertrauensverhältnis auswirken. So gibt etwa JournKomm01 an, dass er Politiker, die seiner Erfahrung nach zu 'Schönfärberei' tendieren, als eher unzuverlässige Quelle einordnet:

„Das speichert man dann sozusagen ab und weiß es dann für das nächste Gespräch, oder man schließt denjenigen dann irgendwann mal als Quelle ganz aus, weil man sagt: der erzählt einem sowieso nur das, was er rüberbringen will, und das ist jetzt keine verlässliche Quelle.“ (ebd.)

Auch JournKomm02 gibt an, Erfahrungen mit Politikern immer „im Hinterkopf“ (JournKomm02) zu haben. „Und wenn man einmal irgendwie 'reingefallen ist, vertraut man dieser Person dann natürlich nicht mehr.“ (JournKomm02) Auch JournKomm03 würde in einem

solchen Fall in Zukunft misstrauischer sein. Allerdings betont er, dass dies eine nüchtern-professionelle Entscheidung sei und er sich nicht „persönlich irgendwie emotional einbinden lassen“ (JournKomm03) wolle.

Zwei Journalisten geben an, beim nochmaligen Kontakt mit einem Politiker, mit dem sie schlechte Erfahrungen gemacht haben, diesen Politiker damit zu konfrontieren. So erläutert JournKomm02 ihre Vorgehensweise: „Also, ich würde das ansprechen und würde sagen: Ja, aber beim letzten Mal stimmte das auch nicht. Warum soll ich das jetzt glauben?“ (JournKomm02) Auch JournKomm04 sagt aus, dass er den Politiker grundsätzlich auf vorherige Vertrauensbrüche aufmerksam machen würde: „Denk drüber nach/ Denken Sie drüber nach, dass es eben nicht so läuft wie da und da.“ (JournKomm04) Allerdings gebe es auch Fälle, die so gravierend seien, dass ein Vertrauensverhältnis nicht mehr möglich sei (vgl. ebd.).

Ob nach einem Vertrauensbruch noch einmal vertraut wird, ist bei JournKomm03 Gegenstand einer Kalkulation: „Das hängt von mehreren Faktoren ab [...], zum Beispiel, ob ich nachvollziehen kann, warum er sich beim ersten Mal so verhalten hat, wie er es getan hat. [...] Also, Antwort wäre: möglicherweise, je nach Umständen.“ (JournKomm03) Als eine ultimative Gegenstrategie wird der komplette Ausschluss als unzuverlässig eingestufte Politiker benannt – das Vertrauen ist nachhaltig zerstört. Dies setzt jedoch offenbar eine Reihe persönlicher negativer Erfahrungen voraus (vgl. JournKomm01; JournKomm02).

Regular communication

Wie bereits erwähnt, scheint die Entwicklung eines Vertrauensverhältnisses für die befragten Journalisten überwiegend erstrebenswert zu sein. So betont JournKomm01, dass er sich zumindest „bemühe, da ein Vertrauensverhältnis aufzubauen“ (JournKomm01). Die Entwicklung einer auf Erfahrung basierenden Vertrauensbeziehung beschreibt dieser Journalist folgendermaßen:

„Man sieht ja auch, wenn die einem was erzählen, hat das Hand und Fuß? [...] Das spielt natürlich schon eine Rolle, dass über die Jahre dann auch natürlich man selbst zu einer guten Einschätzung des Politikers kommt, dass man also weiß, da kann man sich dann auch drauf verlassen.“ (JournKomm01)

Vor allem der Aspekt der *regular communication* kommt bei den befragten Journalisten der Kommune häufig zum Ausdruck. Offensichtlich wird dieser Aspekt durch die geringe Zahl an Akteuren in der Kommune begünstigt: „Also die Politiker, die hier das Sagen haben, die kann man ja dann nicht gerade an einer aber an zwei Händen abzählen, und da kennt man sich natürlich [...] aus den Ausschusssitzungen und aus den Pressekonferenzen [...]. Also, das ist hier sehr überschaubar.“ (JournKomm01) Aus diesem Grund seien auch keine besonderen Anstrengungen oder Maßnahmen notwendig, um *regular communication* sicherzustellen. Der regelmäßige

Kontakt ergebe sich „per se“ (JournKomm01). Der befragte Nachrichten-Blogger nennt in diesem Zusammenhang die hohe Bedeutung der Teilnahme an diesen Terminen: „Präsenz. Das ist eigentlich der Schlüssel zu allem. Regelmäßige Kommunikation.“ (JournKomm04) Es sei wichtig, auch zu Terminen und Gremiensitzungen zu gehen, die von anderen Medien ignoriert werden. Dabei komme ihm die Arbeitsweise des Online-Journalismus entgegen. Während die Kollegen der anderen Medien zurück in ihre Büros müssten, um dort zu schneiden oder zu layouten, könne er weiter vor Ort bleiben: „Wenn mich die Debatte gerade nicht interessiert, weil das Thema an mir vorbeiläuft: ob ich mit dem Laptop hier sitze oder im Rat sitze ist dann völlig schnuppe. Von daher haben wir höhere Präsenz als andere, und da kommt man dann natürlich ins Gespräch.“ (ebd.)

Mindestens ebenso wichtig sind jedoch für die befragten Lokaljournalisten die nicht-formalisierten Interaktionsformen. So wird oftmals die Telefonrecherche als wichtige Interaktionsform genannt (vgl. JournKomm01; JournKomm02; JournKomm03). Diese wird offenbar sowohl themenbezogen als auch offen durchgeführt. So beschreibt JournKomm01 sein typisches Vorgehen folgendermaßen: „Also, vieles ist Telefonrecherche [...] Das heißt, wir rufen den Fraktionsgeschäftsführer an oder teilweise dann auch die Fraktionssprecher selbst. Das hängt dann immer von dem jeweiligen Thema ab.“ (JournKomm01) Daneben scheinen Telefonrecherchen aber auch ohne konkreten Anlass zur Anwendung zu kommen. Auf die Frage, was sie tut, um existierende Kontakte zu Politikern aufrechtzuerhalten, antwortet eine Journalistin: „Ich ruf immer wieder dort an, oder ich frage auch ab und zu mal: Gibt es etwas Neues? Oder muss ich auf irgendetwas besonderes Augenmerk richten? – Das mache ich schon regelmäßig.“ (JournKomm02) Auf diese Weise wüssten die Politiker: „man ist immer mit am Ball, und so. Also, es ist doch ganz klar: wenn man häufiger in Kontakt ist und macht miteinander gute Erfahrungen, dann vertraut man sich vielleicht eher.“ (JournKomm02)

Neben das Telefon sind digitale Kommunikationskanäle, allen voran die E-Mail, als wichtige Interaktionsmedien getreten und eröffnen neue Möglichkeiten der regelmäßigen Kontaktaufnahme. Ein Vorteil der E-Mail wird in der asynchronen Kommunikation gesehen. Da sowohl Journalisten als auch Politiker oftmals zeitlich stark beansprucht sind, sei ein Telefonat nicht immer möglich. Zwei Journalisten der Kommune geben an, dass die E-Mail die Erreichbarkeit erhöht (vgl. JournKomm01; JournKomm02). Zusätzlich zur gesteigerten Erreichbarkeit durch asynchrone Kommunikation wird die Schnelligkeit der Informationsübermittlung mittels E-Mail genannt (vgl. JournKomm02). Allerdings werden auch Risiken des E-Mail-Verkehrs beschrieben:

„Extrem vertrauliche Dinge würde ich jetzt nicht per E-Mail austauschen, insbesondere, wenn es über öffentliche Server geht. [...] Wenn es zum Beispiel um irgendwelche Unterlagen ging oder so,

die holt man dann doch eher persönlich ab, statt sie per Mail schicken zu lassen, wo dann der Absender erkennbar ist und sowas.“ (JournKomm01)

Die Bedeutung der verschiedenen nicht-formalisierten Interaktionsformen zur Kontaktpflege mit Politikern beschreibt ein Lokaljournalist wie folgt:

„Man tauscht natürlich E-Mails aus, oder wenn man jemanden schlecht erreichen kann, ist E-Mail eigentlich auch immer ganz gut. Das schon, ja. Ansonsten – WhatsApp und vielleicht SMS noch – spielt eigentlich keine große Rolle. Das Meiste, wenn, dann ist per E-Mail oder so. Aber das Telefon und das persönliche Gespräch überwiegt dann doch noch deutlich.“ (JournKomm01)

Das persönliche Gespräch wird neben diesem Journalisten noch von zwei weiteren der befragten Lokaljournalisten als besonders wichtige Interaktionsform zur *regular communication* benannt (vgl. JournKomm02; JournKomm04). So wird geäußert, dass es häufig am Rande von Ausschusssitzungen, an denen die Journalisten teilnehmen, zu Gesprächen kommt. Es komme auch vor, dass bei diesen Gelegenheiten die Politiker den Journalisten Hintergrundinformationen zukommen lassen: „[...] und wenn man (gemeint sind die Politiker, d.Verf.) sogenannte Hintergrundinformationen hat, dann sagen die einem auch schon mal: Haben Sie davon schon mal etwas gehört?“ – oder stecken einem ein Papier zu.“ (JournKomm02) Das persönliche Gespräch, so merkt ein Lokaljournalist an, habe außerdem den Vorteil, dass keine Pressestelle zwischengeschaltet sei. Diese sorgten ihm zufolge oft für „Verzögerungen und Behinderungen“ (JournKomm04), da sie erfahrungsgemäß in der Informationsweitergabe wesentlich restriktiver seien, als die Politiker im direkten Gespräch (vgl. ebd.). Neben diesen persönlichen Treffen im Arbeitsumfeld, spielen offenbar auch zufällige Treffen im privaten Kontext eine Rolle: „Ein Politiker wohnt in der Nachbarschaft von mir, den sehe ich dann auch mal, wenn er mit seinem Hund Gassi geht, dann plaudert man auch nur so nebenbei.“ (JournKomm01)

Courtship

Courtship, also Maßnahmen von Journalisten, die direkt auf das Kennenlernen der Politiker und den Aufbau einer Beziehung gerichtet sind, finden sich in verschiedenen Ausprägungen. So beschreibt ein Journalist die direkten Beobachtungen und Erfahrungen mit Politikern als wichtige Aspekte: „Also, so einen Eindruck gewinnt man ja auch auf den Sitzungen, wenn die sich mal zu Wort melden, aus den Wortbeiträgen, was sich da durchaus eloquent und auch mit Hintergrund anhört – da greife ich dann gerne drauf zurück.“ (JournKomm02) Laut JournKomm02 wisse man nach einer gewissen Zeit, wie der andere reagiert und manchmal könne man „vorhersagen, wie jemand zu einer gewissen Sache steht“ (JournKomm02). Die Bedeutung von Beobachtungen des Journalisten und von Erfahrungen mit ihm betont auch JournKomm01:

„Man lernt die Leute ja kennen im Laufe der Zeit, und daher weiß man, wem man vertrauen kann. Das ist auch so ein Erfahrungswert dann einfach. Das hat vielleicht etwas mit Sympathie zu tun, das

mag eine Rolle spielen. Aber auch das ist natürlich völlig partei-unabhängig, und da lernt man einfach die Leute kennen und einschätzen, und da weiß man auch, an wen man sich dann wendet, um dann eine vernünftige Auskunft zu bekommen.“ (JournKomm01)

Auf diese Weise wird offensichtlich auch die Recherche zu bestimmten Themen einfacher: „Ansonsten ist halt relativ Vieles klar. Man weiß ja, wie die Politiker ticken, wie die Fraktionen ticken. Da gibt es eigentlich wenige Felder, wo man dann wirklich gezielt nachfragen muss.“ (JournKomm01)

Ein weiterer Aspekt des *courtship*, den die befragten Journalisten der Kommune ansprechen, sind Erfahrungen Dritter über den *trustee*. Gerade zu Beginn einer professionellen Beziehung, die eventuell zu einer Vertrauensbeziehung werden könnte, sind diese anscheinend bedeutend (vgl. JournKomm02; JournKomm03). Die Dritten, von denen die Informationen stammen, sind zumeist Kollegen, die mit der entsprechenden Person bereits Kontakt hatten. Erfahrungen von Kollegen werden unter Umständen berücksichtigt: „Da helfen dann teilweise auch Kollegen [...]“ (JournKomm01) Auch JournKomm02 gibt an, sich mit Kollegen über die Vertrauenswürdigkeit von Politikern auszutauschen. Diese Journalistin gibt ferner an, dass sie eher mit 'engen' Kollegen, zu denen kein Konkurrenzverhältnis bestehe, über deren Erfahrungen mit Politikern rede (vgl. JournKomm02). JournKomm03 fügt in diesem Zusammenhang an, dass auch die Erfahrungen mit diesen Kollegen wiederum Auswirkungen auf die Einschätzung der von ihnen gemachten Aussagen über Politiker haben (vgl. JournKomm03).

Ein anderer Journalist hingegen gibt an, keine besonderen Maßnahmen zum Aufbau einer Beziehung zu ergreifen: „Ich bin kein großer Netzwerker im klassischen Sinne, dass man jetzt permanent Hintergrundgespräche führt.“ (JournKomm04) Viel eher sei seine Arbeit geprägt vom regelmäßigen Kontakt mit den „üblichen Verdächtigen, also die, mit denen wir immer zu tun haben“ (ebd.).

8.2.1.2 *Knowledge-based trust* von Politikern

Ähnlich wie bei den befragten Journalisten kann auch für einige der Lokalpolitiker der Kommune eine negative Erfahrung mit einem Journalisten zu einem Abbruch der Vertrauensbeziehung führen. Am deutlichsten wird dies bei PolKomm01 und PolKomm02. Beide Lokalpolitiker geben an, dass sie nach negativen Erfahrungen und Vertrauensbrüchen keine erneuten Vertrauenshandlungen mit den entsprechenden Journalisten eingehen würden (vgl. PolKomm01; PolKomm02). Ein andere Lokalpolitikerin gibt an, dass sie nach einem Vertrauensbruch durch einen Journalisten zwar weiterhin mit diesem arbeiten würde, jedoch nicht mehr auf einer vertrauensvollen Ebene (vgl. PolKomm02). Zwei Lokalpolitiker (PolKomm04 und PolKomm05) benennen handwerkliche Fehler im Sinne einer mangelhaften Recherche als schlechte

Erfahrungen mit Journalisten. PolKomm04 schildert einen konkreten Fall und beschreibt, wie das Vertrauensverhältnis durch ein Gespräch wiederhergestellt werden konnte. Etwas ambivalenter äußert sich PolKomm05. So sagt er einerseits, dass er Journalisten, mit denen er aufgrund mangelnder Recherche schlechte Erfahrungen gemacht habe, in Zukunft „rechts liegen oder links liegen“ (PolKomm05) lassen würde. Andererseits gibt er jedoch an, bei Fehlern auch eine zweite Chance zu geben: „Jeder Mensch macht mal einen Fehler [...] Und ich glaube ich würde eine Chance geben, ja, aber ich glaube ein bisschen vorsichtiger.“ (PolKomm05) Das Vertrauen müsse sich dann jedoch erst über eine gewisse Zeit wieder entwickeln müssen (vgl. ebd.). Auch die Nicht-Verwendung von mitgeteilten Informationen kann Grund für Frustrationen sein: „Wenn ich mich fünf Mal mit einem Journalisten treffe und es kommt kein Artikel oder irgendwie so etwas, dann lässt natürlich auch von meiner Seite her das Interesse nach. Das bringt ja gar nichts; ich unterhalte mich hier stundenlang mit dem.“ (PolKomm03)

Es wird jedoch auch von den Politikern beschrieben, dass sich positive Erfahrungen begünstigend auf die Vertrauensverhältnisse auswirken. So beschreibt ein Politiker der Kommune, wie sich die Beziehungen zu den Journalisten vor Ort von einem sehr distanzierten Verhältnis zu einem Vertrauensverhältnis entwickelt haben: „In den ersten Interviews, die ich gegeben habe, war ich wesentlich zurückhaltender, vorsichtiger, weil man nicht genau weiß, was die schreiben oder was die bringen an O-Tönen. Und da ist man jetzt schon auch offener.“ (PolKomm03) Beide Parteien hätten erst gegenseitiges Vertrauen aufbauen müssen (vgl. ebd.). Im Wesentlichen wird bestätigt, dass mit einem größeren Wissen um die Motivationen und Einstellungen der Journalisten auch deren Berechenbarkeit steige. Mit dieser wachsenden Berechenbarkeit wachse dann wiederum auch das Vertrauen (vgl. PolKomm02). Ganz generell beschreibt PolKomm02, dass man immer wieder auf die gleichen handelnden Personen treffe, insofern sei es „schön, wenn man sich kennt und weiß, wem man vertrauen kann“ (PolKomm02).

Mit einer zunehmenden Berechenbarkeit der Journalisten steigt, der Grundidee des *knowledge-based trust* entsprechend, für PolKomm03 auch die Bereitschaft, heikle oder interne Informationen mitzuteilen:

„Ich bin ja nicht dazu da, nur die heile Welt der SPD-Fraktion zu verkaufen, sondern ich kann auch durchaus mal sagen – in der Hoffnung, dass er es nicht bringt – dass man sagt: 'Also, darüber habe ich mich geärgert.' Oder: 'Das hat überhaupt nicht funktioniert.' Oder: 'Da bin ich mit mir selber unzufrieden.' Das gehört einfach dazu. Und ich habe damit – toi toi toi – keine schlechten Erfahrungen gemacht.“ (PolKomm03)

Ein auf gegenseitigem Kennenlernen basierendes Vertrauen hat laut PolKomm05 auch den Vorteil, dass Informationen vom Journalisten so verstanden werden, wie sie gemeint sind (vgl. PolKomm05). Ganz ähnlich äußert sich PolKomm03, der insbesondere im Umgang mit überregionalen Medien befürchtet, dass Informationen aus dem Zusammenhang gerissen werden.

Dies sei anders, wenn ein persönliches Verhältnis, welches auf gegenseitiger Bekanntheit beruht, bestehe (vgl. PolKomm03). Allerdings wird die Ansicht, dass sich zwischen Journalisten und Politikern ein Vertrauensverhältnis, welches auf Berechenbarkeit beruht, entwickeln kann, nicht von allen Lokalpolitikern geteilt. So bezweifelt PolKomm01, dass Journalisten im Laufe einer Interaktionsgeschichte berechenbarer werden: „[...] ich würde mal sagen, dass die schon zu Recht vermeiden, in diesem Sinne berechenbarer zu werden.“ (PolKomm01) Ihm zufolge bleibt das Vertrauensniveau in seinen Beziehungen zu Journalisten relativ konstant.

regular communication

Wie von den befragten Journalisten wurde auch von den Politikern der Kommune bestätigt, dass es zu häufigen Kontakten zwischen beiden Arten von Akteuren komme. Laut PolKomm01 treffe man „sich bei allen möglichen Gelegenheiten“ (PolKomm01). Der Politiker nennt hier unter anderem regelmäßige Medientermine, die beispielsweise vom Quartiersmanagement organisiert würden und die ein Forum für den regelmäßigen Austausch von Journalisten und Politikern böten. Auch die anderen befragten Lokalpolitiker benennen die Bedeutung solcher formalisierter Interaktionsformen. Auch gaben alle Befragten an, mit Pressemitteilungen zu arbeiten. Vor allem für eher alltägliche Anlässe scheint die Pressemitteilung aus Sicht der Lokalpolitiker prädestiniert zu sein. Eine Politikerin beschreibt ihr Vorgehen bei der Auswahl des geeigneten Formats folgendermaßen: „Wenn es nicht von großer Bedeutung ist, dann würde ich immer die Pressemitteilung, die schriftliche, wählen, ansonsten würde ich ein Pressegespräch anstreben, um den Journalisten die Möglichkeit der Rückfragen zu geben.“ (PolKomm02) Das Pressegespräch oder die Pressekonferenz werden auch von anderen Lokalpolitikern als geeignete Formate für aus ihrer Sicht bedeutende Themen genannt (vgl. PolKomm03; PolKomm05). Das politische Interview wurde weder von den befragten Journalisten noch von den Politikern der Kommune thematisiert. PolKomm02 nennt zusätzlich noch die Bereisung zusammen mit der Presse als ein Format der Interaktion. Dabei werden Orte, die im Zusammenhang mit einem aktuellen politischen Thema stehen, gemeinsam von Journalisten und Politikern besucht (vgl. PolKomm02).

Bei den nicht-formalisierten Interaktionsformen ergeben die Aussagen der Politiker ein ähnliches Bild wie die der Journalisten der Kommune. Als wichtigstes Medium der nicht-formalisierten Interaktion wird die E-Mail genannt (vgl. PolKomm01; PolKomm02; PolKomm03). Den Vorteil von E-Mails gegenüber anderen Formen der digitalen Kommunikation beschreibt PolKomm02: „Also, einen großen Anteil hat der E-Mail-Verkehr. WhatsApp benutze ich nicht. SMS eigentlich auch nicht zu viel, weil verkürzte Nachrichten immer auch eine gewisse

Gefahrenquelle haben. E-Mail ist ein Teil, der mich stark beschäftigt.“ (PolKomm02) Diese Politikerin schätzt an E-Mails, dass sie die Möglichkeit bieten, Sachverhalte ausführlich darzustellen. Im Zusammenhang mit digitaler Kommunikation mit den Journalisten wird auch die Bedeutung von Smartphones hervorgehoben:

„Ich glaube, dass das Handy heute das Büro eines Politikers, eines Unternehmers oder wie auch immer ist. [...] In meinem Handy befindet sich die E-Mail-Adresse, in meinem Handy sind die WhatsApp-Gruppen – also ich mache fast alles über Handy und E-Mails und solche Geschichten.“ (PolKomm05)

Wie die Journalisten schätzen auch die befragten Politiker der Kommune die Bedeutung des persönlichen Gesprächs hoch ein. Auch sie thematisieren die häufigen Treffen am Rande von Sitzungen, an denen Journalisten ebenfalls teilnehmen. Laut PolKomm05 treffe man bei den Ausschusssitzungen immer die gleichen Journalisten, so dass mit diesen der regelmäßige Kontakt automatisch stattfindet (vgl. PolKomm05). PolKomm04 sieht in der direkten und möglichst häufigen Ansprache von Journalisten eine bedeutende Maßnahme zur Kontaktpflege. Er spreche die Journalisten an „sobald mir jemand über den Weg läuft, und sei es auch nur der Foto-reporter, der da mitkommt“ (PolKomm04). Auch PolKomm01 ist der Ansicht, dass ein regelmäßiger Kontakt wichtig für das Vertrauen in der Beziehung ist (vgl. PolKomm01). Ein anderer Politiker betont, dass der Kontakt anlassbezogen erfolgen müsse. Mit einer Kontaktaufnahme aus reinem Selbstzweck langweile man die Journalisten eher. Er schildert seine Vorstellung eines idealen Kontaktes: „Anlassbezogen und regelmäßig, also vierteljährlich muss man den Kontakt mindestens haben.“ (PolKomm03)

Courtship

Auch von den Lokalpolitikern werden Maßnahmen beschrieben, die dem Ziel dienen, zu einem besseren Verständnis ihrer Interaktionspartner aus dem Lokaljournalismus zu gelangen. So wird beschrieben, dass es neben den bereits erwähnten formalisierten Interaktionsformen, wie etwa Pressekonferenzen oder Medientermine, Anlässe gibt, die ausschließlich der Kontaktpflege dienen. PolKomm03 beschreibt etwa einen sogenannten Presseabend, der offensichtlich rein auf gegenseitiges Kennenlernen und Kontaktpflege ausgerichtet ist:

„Gemütliches Beisammensein, Essen und so weiter. Da gibt es aber keine Themen, und eigentlich wird über nichts Bestimmtes gesprochen. Das ist einfach nur so eine atmosphärische Geschichte, und das kommt, glaube ich, sehr gut an. Da nehmen nämlich alle, alle dran teil.“ (PolKomm03)

Eine eher indirekte Maßnahme, die dem Ziel, die Journalisten besser kennenzulernen, dient, ist die Beobachtung ihres Handelns. So wird etwa durch die tägliche Zeitungslektüre die Vertrauenswürdigkeit der Journalisten durch die Politiker gewissermaßen laufend evaluiert: „Das wird ständig überprüft durch das Lesen der Zeitungen. Und das Überprüfen des Inhalts, den ich versucht habe zu transportieren, und was daraus geworden ist.“ (PolKomm02)

Stehen über den entsprechenden Journalisten noch keine eigenen Erfahrungen zur Verfügung, greifen die befragten Politiker offensichtlich gern auf die Erfahrungen ihrer Kollegen zurück:

„Da spielen nicht nur persönliche Erfahrungen eine Rolle. Wenn man einen politischen Freund hat oder einen Vertrauten hat, der mit einem bestimmten Journalisten ganz schlechte Erfahrungen gemacht hat und das kommuniziert, dann würde mich das auch beeinflussen.“ (PolKomm02)

In dieser Aussage wird deutlich, dass auch zu dem Kollegen, der seine Erfahrungen mit einem Journalisten mitteilt, ein Vertrauensverhältnis bestehen muss, damit seine Erfahrungen in die eigene Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit eines Journalisten einbezogen werden. Auch die anderen befragten Journalisten geben an, „sehr viel zurückhaltender“ (PolKomm03) zu sein und die negativen Erfahrungen der Kollegen „immer im Hinterkopf [zu] behalten“ (PolKomm04). PolKomm05 bestätigt ebenfalls die Bedeutung der Erfahrung von Kollegen: „Wenn ich erfahre, der hat immer nur Schitte geschrieben oder hat andere Leute vor die Wand laufen lassen – dann würde ich dem sehr vorsichtig entgegen gehen.“ (PolKomm05) Neben diesen negativen indirekten Erfahrungen bezieht er aber auch positive Aspekte mit ein: „[...] aber man weiß dann auch über die Artikel, die diese Person schreibt und über die Information über andere – 'Pass mal auf: das ist ein ganz Guter, da kannst du...' – und dann lernt man sich kennen, und dann baut man dieses Vertrauen auf.“ (PolKomm05) Allerdings sagt er auch, dass er, selbst wenn Kollegen überwiegend Negatives über einen Journalisten berichten, seine eigenen Erfahrungen machen wolle: „[...] der kann mir ja sehr wohl gesonnen sein. Das kann ja sein. Und das lernt man dann erst in diesem Gespräch kennen.“ (PolKomm05)

8.2.1.3 Zwischenfazit

Knowledge-based trust basiert auf einem gegenseitigen Kennenlernen der Akteure. Die vorherigen Erfahrungen mit Politikern sind für die befragten Lokaljournalisten ein wichtiger Aspekt bei der Entscheidung, ob eine Vertrauenshandlung eingegangen wird. Es scheint, dass insbesondere negative Erfahrungen lange im Gedächtnis bleiben. Für einige Journalisten (vgl. JournKomm01; JournKomm02; JournKomm03) ist die Entwicklung des Vertrauensverhältnisses unter Umständen bereits nach einer negativen Erfahrung beendet. Eine Weiterentwicklung der Beziehung zu einem *knowledge-based trust* scheint zunächst ausgeschlossen. Selbst eine Weiterführung der Vertrauensbeziehung auf dem Level des *calculus-based trust* erscheint fraglich. Allerdings zeigen zwei Journalisten (JournKomm02; JournKomm04) eine grundsätzliche Bereitschaft, negative Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehung durch Vertrauensbrüche zu vermeiden, indem sie das Gespräch mit dem Politiker suchen. Es scheint, als sei es somit auch möglich, verloren gegangenes Vertrauen wiederaufzubauen. Vertrauen fällt hier offensichtlich – wie dies auch im Modell von Lewicki und Bunker angelegt ist – auf *calculus-based trust*

zurück. Zentrale Faktoren dieser Kalkulationen sind offenbar die Schwere des Vertrauensbruchs und ob dieser aus nachvollziehbaren Gründen erfolgt ist. Generell scheint die Risikowahrnehmung bei vorherigen negativen Erfahrungen mit einem Politiker also erwartungsgemäß größer zu sein. Es ist anzunehmen, dass bei wiederholten Konflikten oder gar Vertrauensbrüchen, die Vertrauensbeziehung beendet wird oder sich nicht weiterentwickelt. Das Spannungsverhältnis aus Harmonie und Konflikt wird insofern nicht nur von Vertrauen moderiert, es wirkt auch auf das Vertrauen zurück.

Sollten die Journalisten jedoch überwiegend positive Erfahrungen machen, ist es wahrscheinlich, dass sich das *calculus-based trust* stabilisiert und gegebenenfalls zu *knowledge-based trust* weiterentwickelt. Positive Erfahrungen beziehen sich hier vor allem auf die Erlangung interessanter Informationen aus dem politischen Betrieb. Die von Lewicki und Bunker beschriebenen Vehikel für die Transformation – *regular communication* und *courtship* – lassen sich in den Aussagen der befragten Lokaljournalisten deutlich identifizieren. So sind es vor allem Pressekonferenzen und andere formalisierte Interaktionsformen, die einen Rahmen für *regular communication* bieten. Die regelmäßige Kommunikation und Präsenz bei diesen Terminen spielen offenbar eine zentrale Rolle für die Vertrauensbeziehungen zu den Politikern.

Doch auch informelle Formen der Interaktion haben eine große Bedeutung für die Lokaljournalisten. Diese werden durch die in Kapitel 5.2 erwähnte räumliche und soziale Nähe im Kommunalen begünstigt. Neben zufälligen Treffen und ungeplanten Interaktionen sprechen verschiedene Journalisten die Telefonrecherche an. Gerade Telefonate, die keinen bestimmten thematischen Rahmen haben, dienen dabei offensichtlich der Kontaktpflege zu den Politikern im Sinne von *regular communication* und *courtship*. Die Möglichkeiten zur *regular communication* haben sich durch digitale Medien stark erweitert. Vor allem die Kommunikation mittels E-Mail ist für die befragten Lokaljournalisten zu einer der zentralen Formen der Interaktion mit Politikern geworden. Der Hauptvorteil wird in der Möglichkeit zur asynchronen Kommunikation gesehen. Diese erhöht die Erreichbarkeit, da nicht sofort auf eine Kontaktaufnahme reagiert werden muss. Gleichzeitig wird die Schnelligkeit digitaler Kommunikationskanäle hervorgehoben.

Courtship, also Tätigkeiten, die direkt darauf gerichtet sind, Politiker besser kennen zu lernen, findet laut Aussage einiger Politiker offenbar fortlaufend statt. Ein zentraler Aspekt des *courtship* der befragten Lokaljournalisten ist die Beobachtung des Verhaltens der Politiker in verschiedenen Situationen, die auch von Lewicki und Bunker als eine typische Ausprägung von *courtship* benannt wird. Aus diesen Beobachtungen werden gewissermaßen Prognosen für zukünftiges Verhalten abgeleitet. Auch die von den Autoren beschriebene *courtship*-Methode des

Gespräches über den potenziellen Vertrauenspartner mit anderen wird von den Befragten genannt. Von zwei Journalisten wurde angegeben, dass sie sich bereits vor Beginn einer möglichen Vertrauensbeziehung mit Dritten über den potenziellen *trustee* austauschen. Dies spricht dafür, dass diese Journalisten von Beginn an auf den Aufbau von *knowledge-based trust* hinwirken. Bei erfolgreicher *regular communication* und *courtship* scheint sich das *knowledge-based trust*, wie in Kapitel 6.3.4 theoretisch beschrieben wurde, zu stabilisieren. Dies bedeutet für Journalisten offensichtlich vor allem, zu wissen, welche Politiker bei welchen Themen die geeignetsten Gesprächspartner sind. Für JournKomm04 allerdings scheint *regular communication* auszureichen, um tragfähige professionelle Beziehungen zu Politikern zu pflegen.

Wie einige der befragten Journalisten der Kommune geben auch zwei der befragten Politiker an, dass negative Erfahrungen Grund für einen Abbruch der Vertrauensbeziehung sein können. Die von den Politikern beschriebenen schlechten Erfahrungen mit Journalisten beziehen sich weniger auf negative Berichterstattung als vielmehr auf Indiskretionen oder handwerkliche Fehler. Zwei Lokalpolitiker schildern, dass sie auch nach einer schlechten Erfahrung mit einem Journalisten grundsätzlich bereit wären, das Vertrauensverhältnis fortzuführen. In diesen Aussagen kann ein weiterer Beleg für die Angewiesenheit der Politiker auf die journalistische Berichterstattung gesehen werden. Durch die geringe Zahl an journalistischen Akteuren in der Kommune gibt es kaum Ausweichmöglichkeiten für die Politiker.

Zu den negativen Erfahrungen gehört für einen Politiker (PolKomm03) auch die Frustration über eine Nicht-Berücksichtigung in der laufenden Berichterstattung trotz langer Gespräche mit einem Journalisten. In diesem Fall scheint der Kontaktabbruch sehr wahrscheinlich zu sein. Das *calculus-based trust* war nicht zielführend und kann sich dementsprechend nicht zu *knowledge-based trust* weiterentwickeln.

Es wird jedoch auch geradezu idealtypisch die Entwicklung von *calculus-based trust* zu *knowledge-based trust* beschrieben, wenn positive Erfahrungen vorliegen. Dies verdeutlicht die von PolKomm03 getroffene Aussage, dass er nachdem er wisse, wie die Journalisten, mit denen er Vertrauensverhältnisse pflegt, mit seinen Informationen umgehen, wesentlich offener sei. Hiermit bestätigt er gewissermaßen die von einigen Journalisten geäußerte Annahme, dass sie mithilfe eines Vertrauensverhältnisses besser an exklusive Informationen gelangen. Ein Zustand, in dem der Journalist gute Informationen erhält und der Politiker aufgrund seiner Erfahrung mit dem Journalisten einschätzen kann, wie dieser mit den Informationen umgeht, scheint also für beide Seiten erstrebenswert zu sein. Bei einigen Politikern steigt mit der Berechenbarkeit der Journalisten auch die Bereitschaft, durchaus heikle Informationen mitzuteilen. Zwei der befragten Lokalpolitiker (PolKomm03; PolKomm05) sehen in *knowledge-based trust* offenbar den

Vorteil, dass die Möglichkeiten des *frame building* zunehmen. So beschreiben beide, dass es einfacher sei, den Journalisten das eigene Narrativ zu bestimmten politischen Sachverhalten zu vermitteln.

Die Bedeutung von *regular communication* für die Entwicklung von Vertrauensverhältnissen wird von den Lokalpolitikern hoch eingeschätzt. Es sind vor allem formalisierte Interaktionen wie Pressetermine oder Pressemitteilungen, die die befragten Lokalpolitiker als relevant für die Entwicklung der Beziehungen zu den Journalisten ansehen. Diese wahrgenommene hohe Bedeutung formalisierter Interaktionen mag auch darin begründet sein, dass sie, wie in Kapitel 4.2 thematisiert wurde, zumeist von politischer Seite initiiert werden. Die in Kapitel 4.2 entwickelte Annahme, dass die Pressemitteilung als Standard-Format für die politische Informationsvermittlung gelten kann, scheint zutreffend zu sein. Doch auch informelle Interaktionen spielen eine wichtige Rolle aus Sicht der Politiker. Ähnlich wie die Journalisten schätzen auch die Lokalpolitiker die E-Mail als informelle Interaktionsform. Eine Politikerin (PolKomm02) betont vor allem die Möglichkeit, Sachverhalte in einer E-Mail ausführlich darstellen zu können. Auch die Lokalpolitiker sehen in direkten Gesprächen, die sich im Kommunalen oftmals durch zufällige Treffen ergeben, ein wichtiges Mittel der Kontaktpflege. Allerdings lassen sich Unterschiede in der als ideal empfundenen Kontakthäufigkeit feststellen. So sind einige Politiker der Ansicht, dass ein möglichst häufiger Kontakt, auch ohne konkreten Anlass, wichtig für die Entwicklung von Vertrauen sei, während andere Politiker Kontakte nur als sinnvoll empfinden, wenn sie anlassbezogen sind.

Auch die Politiker beschreiben Maßnahmen des *courtship*. Allerdings legen sie hier wiederum einen anderen Schwerpunkt als die befragten Journalisten der Kommune. Ähnlich wie bei den präferierten Interaktionsformen handelt es sich hier vor allem um von politischer Seite organisierte Termine, die speziell auf den Zweck der Kontaktpflege hin ausgerichtet sind.

Daneben wird, wie bei den Journalisten, die Beobachtung der Vertrauenspartner im öffentlichen Raum beschrieben. Eine Politikerin beschreibt die Beobachtung der Journalisten, mit denen sie beruflich Kontakt hat, über deren Berichterstattung. Dies scheint für sie eine Möglichkeit zu sein, zu einem umfassenderen Verständnis der Ansichten und Ziele der Journalisten zu gelangen. Der besondere Fokus den sie dabei auf die Präsenz ihrer eigenen Themen zu legen scheint, spricht für ein stark kalkulatives Verhältnis, welches sie zu den Journalisten hat.

Auch die Erfahrungen Dritter, spielen für die Politiker eine Rolle beim *courtship*. Wie die Journalisten greifen sie am offenbar vorzugsweise auf Einschätzungen von Kollegen, die mit dem entsprechenden Journalisten bereits berufliche Erfahrungen gemacht haben, zurück. Dies scheint oftmals bereits vor dem ersten Kontakt zu geschehen, so dass davon ausgegangen

werden kann, dass einige Politiker vom ersten Kontakt an bestrebt sind, *knowledge-based trust* aufzubauen.

8.2.2 Bundesebene

8.2.2.1 *Knowledge-based trust* von Journalisten

Die Bedeutung eines gegenseitigen Kennens in der Arbeitsbeziehung zwischen Journalisten und Politikern wird von mehreren der befragten Journalisten auf Bundesebene betont. Laut JournBund07 bestehe zu einigen Politikern ein jahrelanger beruflicher Kontakt. Insbesondere, wenn beide das gleiche Themengebiet bearbeiten, kenne man sich „automatisch“ (JournBund07). Vor allem wurde in diesem Zusammenhang die Relevanz von positiven Erfahrungen mit dem entsprechenden Politiker thematisiert (vgl. JournBund01; JournBund04; JournBund05). So erhöht eine Reihe positiver Erfahrungen offenbar die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, dass auch die nächste Vertrauenshandlung zu einem positiven Resultat führen wird. Dabei spielt anscheinend nicht nur die Häufigkeit der Kontakte eine Rolle, sondern auch die Länge der Beziehung (vgl. JournBund07; JournBund08). So gibt JournBund02 an, dass es etwa ein halbes Jahr brauche, bis sich das Verhältnis „eingespielt“ habe (vgl. JournBund02). Auch JournBund05 bestätigt die Bedeutung einer gewissen Zeitspanne für die Entwicklung von Vertrauen: „Vertrauen, das stellt sich ein, wenn man miteinander zu tun gehabt hat und weiß, dass man sich da aufeinander verlassen kann“ (JournBund05). Die Entwicklung einer Beziehung zu einem Politiker, die auf gegenseitiges Kennenlernen abzielt, beschreibt JournBund01 mit folgender Formel: „Steigt die Kenntnis – steigt die Berechenbarkeit – steigt die Verlässlichkeit“ (JournBund01). Diese Verlässlichkeit entwickle sich im Laufe der Zeit und sei beiderseitig: „Der Politiker lügt mich nicht an, und zum anderen: Der Politiker kann sich darauf verlassen, dass mit seinen Informationen so umgegangen wird, wie man das verabredet hat.“ (ebd.) Er führt weiter aus:

„Sie lernen Politiker kennen, Sie haben mit denen zu tun, Sie erfahren ja, was das wert ist, was er Ihnen sagt, Sie erfahren, wie viel er Ihnen sagt, und natürlich lernen Sie auch etwas darüber, wie er politisch denkt, wie er politisch agiert – das sind alles Punkte, die reinspielen, dass ein Politiker für einen Journalisten auch berechenbarer wird.“ (JournBund01)

Die Bedeutung der Kenntnis über politische und persönliche Einstellungen erwähnt auch JournBund07. Um das Verhalten eines Politikers nachvollziehen zu können, sei für ihn wichtig zu wissen „wie er [...] charakterlich irgendwie tickt“ (JournBund07). Allerdings ist er nicht der Ansicht, dass man das Handeln eines Politikers berechnen könne. Dies sei jedoch auch nicht notwendig (vgl. ebd.). JournBund08 macht ebenfalls deutlich, dass nicht die Fähigkeit zur Berechnung des Verhaltens eines Politikers wichtig sei, sondern eher eine generelle

Charaktereinschätzung: „Und dann kommt man irgendwann an einen Punkt, da fragt man sich das gar nicht mehr, sondern man weiß es: Der andere ist verlässlich.“ (JournBund08)

Neben dem Wissen um die Verlässlichkeit eines Politikers kann *knowledge-based trust* jedoch auch hilfreich bei der Recherche bestimmter Themen sein. So erläutert JournBund05, dass das Wissen um die Fachgebiete und Interessenlagen der Politiker sehr hilfreich bei der Identifikation der relevanten Gesprächspartner bei bestimmten Themen sei. Insofern könne *knowledge-based trust* auch Zeit sparen (vgl. JournBund05).

Doch auch negative Erfahrungen werden thematisiert und können offenbar zum Abbruch einer Vertrauensbeziehung führen: „Wenn mir jemand wirklich ins Gesicht lügt, dann glaube ich ihm das zweite Mal nicht mehr.“ (JournBund03)

regular communication

Es wurde mehrheitlich von den befragten Journalisten auf Bundesebene geschildert, dass regelmäßige Kommunikation wichtig für Vertrauensverhältnisse zu Politikern sei. Laut JournBund05 ist ein regelmäßiger Austausch auf einer Fachebene wichtig für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Parteipolitische Präferenzen spielen ihm zufolge dabei keine Rolle (vgl. JournBund05). Andere Journalisten bezeichnen regelmäßige Kontakte als „elementar“ (JournBund01) oder „fundamental“ (JournBund02). JournBund02 schildert, wie es zu einem engeren Verhältnis zu Politikern und einer regelmäßigen Kommunikation mit ihnen komme. Er bezeichnet den bereits beschriebenen Tausch von Informationen gegen Publizität als ein Spiel, welches manche Politiker verstünden und andere nicht. Zu Politikern, die dieses Spiel verstünden, entwickle sich manchmal ein „ziemlich enges Verhältnis, also in der Weise [...], dass man regelmäßig im Gespräch bleibt“ (JournBund02).

Auch auf Bundesebene wurden sowohl formalisierte als auch nicht-formalisierte Interaktionen von den Journalisten beschrieben. Allerdings spielen die formalisierten Interaktionszusammenhänge offenbar keine bedeutende Rolle. Lediglich JournBund08 schildert gemeinsame Reisen mit dem Bundesfinanzminister als bedeutende formalisierte Interaktionen: „Ich bin dieses Jahr dreimal mit ihm auf Reisen gewesen, großen Reisen, dann ist man also eine Stunde im Flugzeug zusammen, redet miteinander im Hintergrund.“ (JournBund08) Es dominieren laut den Aussagen der befragten Journalisten auf Bundesebene die nicht-formalisierten Interaktionszusammenhänge. Es werden überwiegend anlassbezogene Interaktionen mit Politikern thematisiert. Diese werden von den Journalisten vor allem initiiert, wenn sie zu einem bestimmten Thema recherchieren und Informationen von dem entsprechenden Politiker benötigen. Dies beschreibt etwa JournBund04: „Man tauscht Informationen aus, und dann trifft man sich auch mal zum

Kaffee. Und wenn es Themen gibt, wo das relevant ist, dann kontaktiert man sich.“ (JournBund04)

Neben den persönlichen, anlassbezogenen Interaktionen werden auch technologisch vermittelte, anlassbezogene Interaktionen beschrieben. Hier dominieren Anrufe oder E-Mails (vgl. JournBund01; JournBund02). Doch auch die SMS wird als schnelles Kommunikationsmittel geschätzt (vgl. JournBund02). Insbesondere JournBund06 schätzt die Bedeutung digitaler Kommunikation sehr hoch ein: „Sehr viel und sehr wichtig. Grundlage des Handelns. E-Mail, SMS bis hin zu WhatsApp, Twitter – jeden Tag ganz viel.“ (JournBund06) Die Vorzüge dieser Kommunikationsformen seien „Schnelligkeit und Bequemlichkeit – und der direkte Draht“ (JournBund06). Ähnlich argumentiert JournBund01:

„Schnell und unmittelbar. Ein Politiker ist ja in aller Regel elektronisch leichter zu erreichen als persönlich. Also, jede Terminanfrage in der Regel schicke ich eigentlich per SMS. Oder per Mail. Da geht es schon los. [...] Oft kommuniziert man "Ich bin gerade in einer Sitzung. Wie lautet die Frage?" – und dann frage ich, und dann schickt er eine SMS zurück, und dann haben wir eigentlich nicht persönlich mit einander gesprochen, sondern nur elektronisch kommuniziert. Deswegen hat das einen sehr hohen Stellenwert [...]“ (JournBund01)

Auch JournBund07 zufolge ist „[...] der Kontakt ist heute viel, viel einfacher. Wenn Sie nur an SMS oder E-Mails denken [...]“ (JournBund07). Die einfache Nutzung, gerade von SMS, schätzt auch JournBund02: „Also SMS benutze ich ziemlich häufig, weil es ein Mittel ist, kurzfristig auf kürzestem Weg einen schnellen Kontakt zu haben, einen schnellen Zugang zu Politikern.“ (JournBund02) Ferner erspare die digitale Kommunikation oftmals Telefonkontakte. Auch die Tatsache, dass per E-Mail oder SMS schriftliche Statements von Politikern angefragt werden können, erleichtere die Arbeit. Insbesondere bei tagespolitischen Artikeln, in denen es nur darum gehe, einfach nur eine Meinung darzulegen, sei diese Art der Kommunikation hilfreich (vgl. ebd.). Doch auch für nicht-anlassbezogene Kommunikation seien die digitalen Kommunikationsmedien gut geeignet:

„Manchmal gibt es auch den einen oder anderen Politiker, mit dem ich einfach so, im nicht sehr häufigen, aber im permanenten – also mit ein bisschen Break dazwischen – aber so im regelmäßigen SMS-Kontakt stehe. Auch außerhalb der tagespolitischen Aktivität. Man schickt sich mal eine nette Mail mit einer netten Bemerkung oder mit einem kleinen Gruß oder mit einem kleinen Aperçu, das man gerade hat. Und hält auf diese Weise so einen etwas ungezwungenen, lockeren, freundlichen Kontakt. Also SMS ist für mich ein ziemlich nützliches Hilfsmittel geworden.“ (JournBund02)

Demgegenüber stehen für diesen Journalisten allerdings „wirklich wichtige Artikel oder ein bisschen tiefgehendere Artikel“ (JournBund02). Hier sei das persönliche Gespräch unersetzlich, da nur dort Nachfragen möglich seien. Bei einer Kommunikation über SMS oder E-Mail bestünde die Gefahr, „dass man eben nur so das gelackte, geschliffene Statement bekommt [...]“ (ebd.).

Auch JournBund08 sieht eine große Bedeutung digitaler Kommunikation, betont jedoch ebenfalls die Wichtigkeit des persönlichen Gesprächs: „Von Angesicht zu Angesicht, also gerade

am Anfang, um auch eine Beziehung aufzubauen, ist das eigentlich immer gut, wenn man sich mal gesehen hat und, ja, sich mal intensiver ausgetauscht hat, direkt.“ (JournBund08)

Diese nicht-anlassbezogene Kommunikation mit dem Ziel der Kontaktpflege schildert auch JournBund01. So dürfe man, um Kontakte zu pflegen, nicht immer nur dann anrufen, wenn man etwas wolle, sondern „auch mal zwischendurch einfach 'Lass uns mal einen Kaffee trinken' – oder so etwas. Ein bisschen über die Lage quatschen“ (JournBund01). JournBund08 beschreibt ebenfalls die Bedeutung informeller und nicht-anlassbezogener Interaktionen. Ihm zufolge treffe man Politiker häufig auf der Straße im Regierungsviertel in Berlin oder auf den zahlreichen Festen, die zumeist von politischer Seite ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang komme es häufig zu Gesprächen, aus denen man als Journalist Anregungen für Themen erhalte (vgl. PolBund08). Auch JournBund04 erwähnt Feste und offizielle Anlässe, bei denen man sich „mal [...] unter vier Augen“ (JournBund04) zurückziehe. Diese Gespräche am Rande von Feierlichkeiten und anderen offiziellen Anlässen beschreibt auch JournBund06 als wichtige Gelegenheiten, mit Politikern in Kontakt zu treten. Diese Gespräche müssen ihm zufolge nicht zwangsläufig eine konkrete Berichterstattung zum Ziel haben, sondern dienen eher der Kontaktpflege (vgl. JournBund06).

Es wird jedoch auch geäußert, dass ein regelmäßiger Kontakt vermutlich nicht entscheidend ist. Selbst wenn man zwei Jahre keinen Kontakt zu einem Politiker gehabt habe, ließe sich die Zusammenarbeit laut JournBund03 vermutlich reaktivieren (vgl. JournBund03). Ähnlich argumentiert JournBund04: „Also man muss jetzt nicht einmal im Monat miteinander telefonieren, damit man dann ein halbes Jahr später wieder eine interessante Information kriegen kann.“ (JournBund04) Entweder man kenne sich oder nicht, eine regelmäßige Kontaktpflege hält dieser Journalist nicht für entscheidend (vgl. ebd.). Dies bestätigt auch JournBund05. Man könne „ohne Probleme auch wieder da anknüpfen [...], wo man aufgehört hat. [...] Wenn einmal so ein Draht da ist und man weiß, wie der andere tickt und worauf man sich einstellen und verlassen kann, dann haut das hin“ (JournBund05). Auch JournBund07 ist nicht der Ansicht, dass der Kontakt einer besonderen Regelmäßigkeit bedürfe: „Es geht nicht um Regelmäßigkeit, sondern es geht um Qualität.“ (JournBund07)

courtship

Es wurden von den befragten Journalisten auf Bundesebene auch Maßnahmen, die direkt auf den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung zu Politikern gerichtet sind, beschrieben. JournBund08 gibt etwa das Beispiel, dass er im Gespräch mit einem Bundestagsabgeordneten festgestellt habe, dass beide Fans desselben Fußballclubs sind und sich anschließend darüber

ausgetauscht haben, was er als förderlich für die Beziehung empfunden habe (vgl. JournBund08). Auch JournBund01 beschreibt, dass gleiche private Interessen, wie etwa Fußballvereine oder Musik, das gegenseitige Kennenlernen erleichtern können. Dies gelte auch für eine gemeinsame soziokulturelle Vergangenheit (vgl. JournBund01).

JournBund02 erklärt, dass er Politiker umso besser einschätzen könne, „je mehr Gespräche ich mit denen habe, je mehr sie die Hintergründe ihres Denkens offenlegen, je mehr ich von denen persönliche, weltanschauliche Hintergründe, biographische Hintergründe, erfahre“ (JournBund02). So werde auch klar, warum sie beispielsweise „an einem Thema total hängen“ (ebd.). Ihm zufolge drücke es allerdings auch schon eine gewisse Wertschätzung aus, wenn Politiker solche Mitteilungen in einem Gespräch machten (vgl. ebd.). JournBund06 erläutert, dass das Wissen um die Einstellungen und Überzeugungen eines Politikers auch wichtig sei, um dessen *ability* einschätzen zu können: „Weil es einfach keinen Sinn macht, wenn man dann jemanden fragt, der eine Meinung vertritt, die vielleicht auch schon -zimal auf dem Markt war oder die dann nur die dritte oder vierte Wiederholung im Text wäre.“ (JournBund06)

Laut eigener Aussage ist JournBund02 gerade am Beginn einer Arbeitsbeziehung mit einem Politiker bemüht, diesem Interesse an seinen politischen Themen zu signalisieren. So rufe er den entsprechenden Politiker auch ohne konkreten Anlass an und spreche mit ihm auch über Themen, die ihn unter Umständen gar nicht interessierten. Er vergleicht diese Vorgehensweise leicht ironisch mit einem Geheimdienstler, der „seine Quelle erschließt. Man muss sie ein bisschen anfüttern, ja?“ (JournBund02). Das gewünschte Resultat schildert er folgendermaßen: „Im Idealfall kommt es dann dazu, dass sie selber ein bisschen praktisch mitdenken, was für mich wichtig sein könnte und kommen mit interessanten Geschichten.“ (ebd.)

JournBund05 sieht *courtship* sogar als Voraussetzung dafür, dass es zu *regular communication* kommen kann: „Es ist wirklich Basisarbeit, man muss sich darum kümmern und das auch pflegen und dass es dann eben zu einer belastbaren Beziehung kommt, wo auch ein regelmäßiger Austausch stattfindet.“ (JournBund05) Ähnlich schildert JournBund01 das Vorgehen bei der Etablierung tragfähiger Vertrauensbeziehungen. Ihm zufolge müssen man sich einen wirklich guten Kontakt zu einem Politiker über Jahre aufbauen. Die Initiative zum langfristig angelegten Kontaktaufbau gehe zumeist vom Journalisten aus (vgl. JournBund01). JournBund06 spricht von einem „gegenseitigen Abtasten“ (JournBund06) zu Beginn einer vertrauensvollen Arbeitsbeziehung.

Ein weiteres Mittel, das dazu dient, Einstellungen und Überzeugungen von Politikern besser einschätzen zu können, ist deren Beobachtung im professionellen Umfeld. So ist laut

JournBund01 nicht nur die persönliche Erfahrung mit einem Politiker wichtig, „sondern auch, wie man ihn als Politiker erlebt, wie er sich als Politiker verhält [...]“ (JournBund01).

Auch die Informationen von Kollegen werden als relevant bei der Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit von Politikern angesehen: „Nein, es gibt auch Berichte von Kollegen, die sicherlich auch prägend dafür sind. Das ist ja ein lebender Prozess oder eine große Zahl von Politikern, große Zahl von Kollegen, und man unterhält sich auch untereinander, und natürlich ist das auch prägend.“ (JournBund06)

8.2.2.2 *Knowledge-based trust* von Politikern

Ein auf persönliche Erfahrung mit dem entsprechenden Journalisten gründendes Vertrauensverhältnis wird von allen befragten Politikern der Bundesebene als wichtig angesehen. So sagt etwa PolBund04: „Also, wenn man ein paarmal gute Erfahrungen gemacht hat, dass der einen vernünftig zitiert hat oder dass der einen nicht bei jedem Blödsinn anruft oder so, ich glaube schon, dass das ein besseres Verhältnis bedeutet, ja.“ (PolBund04) Ähnlich schildert PolBund01 die Bedeutung von Erfahrungen mit Journalisten: „Man guckt einfach, wenn man mit Leuten gut klarkommt, wo man glaubt, die sind berechenbar, die sind zuverlässig, die stehen zu ihrem Wort – das ist das Wesentliche.“ (PolBund01) Auch zwei weitere Politiker geben an, dass die Bereitschaft, zu vertrauen, größer ist, wenn bereits positive Erfahrungen mit einem Journalisten gemacht wurden (vgl. PolBund02; PolBund05).

Einige Politiker (vgl. PolBund01; PolBund02) beschreiben, dass ein Wissen um die *constraints* des Journalismus insgesamt wichtig sei, um tragfähige Arbeitsbeziehungen zu diesen pflegen zu können. In diesem Zusammenhang schildert PolBund05 die Bedeutung einer möglichst schnellen Information der Journalisten: „[...] meistens schicke ich Informationen, die wir dann hier relativ früh doch haben. Und damit kann ich dann auch Journalisten relativ früh informieren, und die können das dann in ihren Arbeitsalltag einbauen.“ (PolBund05) Neben dem Zeitfaktor wird von einem anderen Politiker auch das Wissen um die Themenschwerpunkte der Journalisten benannt: „Ansonsten muss man prinzipiell immer auch auf Journalisten zugehen und gucken, was die wollen. Man muss deren Interessenlage kennen, man muss wissen, was die brauchen, wann sie es brauchen. Und eine Hand wäscht da auch die andere.“ (PolBund01) PolBund03 beschreibt, dass durch dieses Wissen die Interaktion mit den Journalisten erleichtert werde:

„Je mehr man sie kennt, desto – also 'berechenbarer' ist jetzt der falsche Ausdruck, glaube ich. Das würde ich jetzt nicht sagen, aber man weiß halt auch dann mehr, wie die Person tickt. Ich sag mal, einer, der sich außerdem stark gegen Rechtsradikalismus engagiert, da weiß man dann auch, wenn es so ein Thema gibt, dass der ansprechbarer ist als andere.“ (PolBund03)

Ihm zufolge sei es auch möglich, dass wenn das Vertrauensverhältnis im Laufe der Zeit gut entwickelt, die Journalisten nach ihrer Sicht auf bestimmte politische Themen zu befragen (vgl. PolBund03).

Knowledge-based trust macht laut PolBund05 auch die Vermittlung komplizierter Themen einfacher:

„Also [...] in meinem konkreten Fall ist es so, dass die, mit denen ich schon mal zu tun hatte, die wissen, dass ich etwas speziell arbeite. Meistens mit sperrigen Themen in der Steuerpolitik – und dadurch, dass die wissen, was sie erwartet... Wenn man sich ein bisschen kennt, hat sich eigentlich die Beziehung verbessert, ja. Und die denken dann nicht, dass man jetzt irgend so ein Spezialzeug mal wieder unterbringen will [...]“ (PolBund05)

Auch negative Erfahrungen mit den Journalisten werden von den Politikern in die Einschätzung von deren Vertrauenswürdigkeit einbezogen: „Naja, wenn er einen schon mal in die Pfanne gehauen hat oder so, dann würde man das eher vorsichtig anpacken.“ (PolBund02) Auch PolBund07 bezieht negative Erfahrungen in seine Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit von Journalisten mit ein:

„Ich glaube auch, Vertrauen speist sich auch aus Erfahrung. Die Erfahrung, die sammelt man im Laufe der Jahre, da weiß man: Okay, der enttäuscht einen immer oder der hat eine völlig andere Einschätzung oder der haut einen immer in die Pfanne, während der und der ist eher vorsichtiger, verständiger – und das sind auch Erfahrungswerte, die man sammelt.“ (PolBund07)

Abseits dieser konkreten negativen Erfahrungen spielen für PolBund06 jedoch auch zwischenmenschliche Aspekte eine Rolle: „Es gibt welche, zu denen kann man eine Beziehung aufbauen, da passt die Chemie, und es gibt welche, da passt die Chemie nicht, da kann man das noch so oft versuchen – es funktioniert nicht.“ (PolBund06)

regular communication

Die meisten der befragten Bundespolitiker schätzen die Bedeutung regelmäßiger Kommunikation für ihre Vertrauensverhältnisse zu Journalisten hoch ein. Es wurde geäußert, dass sich *regular communication* im Grunde von selbst ergebe: „Also, das ist ein ständiges sich-treffen, austauschen und gucken [...]“ (PolBund01) Man treffe sich, sowohl in Berlin, als auch im Wahlkreis, „sowieso und hört voneinander“ (ebd.). Auch PolBund03 beschreibt die Bedeutung eines regelmäßigen Austauschs sowohl auf der Bundes- als auch auf der kommunalen Ebene: „Ja, also regelmäßige Kontakte sind schon gut. Es ist schon etwas anderes, wenn man sich jeden Monat irgendwie mal sieht, auch, das ist natürlich auf der lokalen Ebene besser auch zu *handeln*. Also, weil es der Zufall einfach ist, so, als auf Bundesebene.“ (PolBund03)

Laut PolBund07 ist *regular communication* unter anderem wichtig, um sich zu vergewissern, dass das Vertrauensverhältnis noch intakt ist. Allerdings sei es aufgrund der hohen Arbeitsbelastung nicht immer möglich, auch noch eine intensive Kontaktpflege zu Journalisten zu

betreiben. In solchen Fällen könne man allerdings auch auf seine Mitarbeiter setzen, die diese Kontaktpflege ebenfalls betreiben könnten (vgl. PolBund07).

Die für seine Arbeit wichtigsten formalisierten Interaktionsformen mit Journalisten nennt PolBund05:

„Das hängt jetzt davon ab: ist es ein regionales Thema, würde ich das mit den in meiner Region in drei Gebieten verteilten Zeitungen besprechen. [...] ich würde dann ein Pressegespräch machen und dann wird aus diesem Pressegespräch berichtet. Wenn ich bundesweit etwas in den Medien bringen will, dann würde ich eine Pressekonferenz machen.“ (PolBund05)

Auch PolBund07 gibt an, mit Pressegesprächen zu arbeiten, betont aber, dass der wesentlich häufigere Fall Pressemitteilungen seien (vgl. PolBund07). PolBund01 beschreibt, wie er Social Media-Kanäle zu diesen Zwecken nutzt:

„Also, wenn ich für mich ein Thema habe, das ich irgendwie bringen will, dann gucke ich, dass ich bei Facebook oder Twitter ein Thema hochziehe. Dann gucke ich, ob ich die Resonanz kriege von den Radiosendern, die ich brauche, am liebsten Deutschlandfunk oder ähnliches. Damit kann man dann sicher sein, dass man, wenn man morgens um 6 Uhr, 6:30 Uhr oder 7 Uhr gebracht wird, dass die Fernsehjournalisten und die schreibende Zunft das kriegt. Dann läuft die schreibende Zunft von selber, und darauf springt dann meistens auch noch das Fernsehen an.“ (PolBund01)

Der Versuch der Themensetzung erfolgt bei PolBund06 offenbar vor allem nicht-formalisiert:

„Also, ich schicke denen hin und wieder einfach mal aus meiner Sicht interessante Themen, aber eher unverbindlich. Und ich sage einfach: Hier kommt ein interessantes Thema, hier kommt ein interessantes Gesetz – Sie können ja mal draufschauen.“ (PolBund05)

Zu den dominierenden nicht-anlassbezogenen formalisierten Interaktionsformen zählt JournBund01 politische Veranstaltungen: „Der Mix macht's. Zum einen ist es natürlich immer so, dass auch auf Veranstaltungen, die ich mache, oder die die Fraktion macht [...], wir immer viel Presse einladen, dass man immer so ein bisschen *meet and greet* macht und sich austauscht.“ (PolBund01)

Ein anderer Politiker beschreibt, welche informellen Maßnahmen er ergreift, um *regular communication* sicherzustellen: „Ach, ja, das ist so, dass man zum Vier-Augen-Gespräch auch mal zum Frühstück einlädt, mal zum Mittagessen einlädt, man sich auf der Fraktionsebene vor oder nach der Fraktionssitzung zurückzieht und mal so ein Vier-Augen-Gespräch führt.“ (PolBund06) Einen konkreten Anlass haben diese Interaktionen offenbar in aller Regel nicht. Allerdings schildert PolBund06, dass „wenn ein Vertrauensverhältnis vorhanden ist, dann ist das Vertrauensverhältnis vorhanden, wenn man vielleicht dreimal im Jahr Kontakt hat, aber genauso, wenn man jeden zweiten Tag Kontakt hat“ (PolBund06). Ähnlich beschreibt PolBund02 die Kontakte: „Man bleibt im Kontakt. Also nicht kontinuierlich. Da kann es auch mal sein, dass man ein, zwei Monate auch mal kein Thema hat oder so, aber dann hat man fachspezifisch gerade bei bestimmten Punkten wieder etwas Interessantes, und dann kommt man auch wieder ins Gespräch.“ (PolBund02) Auch PolBund04 beschreibt, dass er nur bei klar umrissenen

Themen den Kontakt zu Journalisten suche. Er grenzt sein Verhalten deutlich von den „Verlautbarungspolitikern, die jeden Tag eine Presseerklärung 'rausgeben und die dann an einen großen Presseverteiler schicken“ (PolBund04) ab.

courtship

Zwar werden von verschiedenen Bundespolitikern Maßnahmen beschrieben, die darauf gerichtet sind, zu einem besseren Verständnis der Journalisten zu gelangen, dies jedoch in einem geringeren Umfang als bei den Journalisten. PolBund07 beschreibt Aspekte, die er in seine Kalkulation einbezieht:

„Natürlich spielen auch persönliche Informationen eine Rolle: Wie ist jemand einzuschätzen? Was macht zum Beispiel die Ehefrau des Redakteurs? Oder so, oder was machen dessen erwachsene Kinder? Das spielt natürlich auch immer eine Rolle, um Dinge zu begreifen oder sich zu erklären. Und die werden einem ja auch nicht so ohne weiteres zugetragen. Auch das sind Erfahrungswerte, die wachsen müssen.“ (PolBund07)

PolBund06 schildert in diesem Zusammenhang ein Veranstaltungsformat, welches dem gegenseitigen Kennenlernen dient: „Also, wir machen beispielsweise hinsichtlich unserer Landesgruppe jedes Jahr ein sogenanntes Journalisten-Abendessen, wo wir die Journalisten aus dem gesamten Bereich des Freistaats Bayern einladen [...]“ (PolBund06)

PolBund03 hingegen verneint die Bedeutung besonderer Bemühungen um die Kontaktpflege zu Journalisten. Vielmehr treffe man sich anlassbezogen. Eine Kontaktpflege zu Journalisten, wie diese etwa in Wirtschaftsunternehmen betrieben werde, finde jedoch nicht statt (vgl. PolBund03). Auch PolBund04 bestätigt, dass *courtship* eher keine große Rolle spielt:

„[...] als ich Ausschussvorsitzende geworden bin vor fünf Jahren, da haben mich einige Journalisten direkt besucht und haben sich bei mir vorgestellt und haben dann gesagt, sie würden dann häufiger mal anrufen, wenn sie fachlich zu einem Thema etwas wissen wollten. Also, die kenne ich persönlich [...] Aber, wie gesagt, nicht auf so einer freundschaftlichen Ebene, sondern auf einer rein beruflichen Ebene. Also, ich treffe mich nicht bei jeder Gelegenheit mit denen, sondern die haben sich mir mal vorgestellt, und dann läuft der Rest eigentlich telefonisch oder per Mail.“ (PolBund04)

Sie wisse aber, dass manche ihrer Kollegen „das ganz anders machen, viel intensiver. Aber ich mache es halt nicht, weil ich, ehrlich gesagt, auch noch ein paar andere Sachen zu tun habe, als mich immer mit Journalisten zu treffen“ (ebd.).

Die Bedeutung von Informationen Dritter über die Vertrauenswürdigkeit benennen zwei Politiker (vgl. PolBund01; PolBund02). Für PolBund01 sei dies allerdings „immer eine Kurzeinschätzung“ (PolBund01) und hat für diesen Politiker nur eine begrenzte Relevanz. PolBund02 erläutert zudem, dass *courtship* auch über die Lektüre der von dem entsprechenden Journalisten verfassten Artikel erfolge: „Ja, man liest ja auch Stories oder Artikel, die die Journalisten schreiben, man liest ja auch mal Kommentare, die die in den Zeitungen schreiben, und dann kann man natürlich so ein bisschen einschätzen, wie er zu welchem Thema oder so denkt.“ (PolBund02) Auch PolBund07 beschreibt diesen Aspekt: „Man liest eben auch in ihren

Kommentaren, in ihren Texten viel, lernt die dann besser kennen und einzuschätzen – na klar, und bei manchen würde man dann auch eher den Kontakt suchen, bei anderen ihn eher meiden.“ (PolBund07)

8.2.2.3 Zwischenfazit

Knowledge-based trust erfüllt für die befragten Journalisten auf Bundesebene vor allem den Zweck, erfolgreiche Arbeitsbeziehungen zu Politikern zu gewährleisten. Der wichtigste Aspekt für die Journalisten ist offenbar die Verlässlichkeit des Politikers. Diese bezieht sich vor allem auf den Wahrheitsgehalt und die Verwertbarkeit der von ihm mitgeteilten Informationen. Die Grundannahme des *knowledge-based trust*, dass es die Berechenbarkeit des Gegenübers erhöht, wird nicht von allen Befragten bestätigt. Die befragten Journalisten stimmten allerdings darin überein, dass es möglich sei, zu einer besseren Einschätzung des Verhaltens der Politiker zu gelangen. Dies diene ihnen unter anderem auch zur Zeitersparnis, da nicht erst ein geeigneter Gesprächspartner ermittelt werden muss (vgl. JournBund05).

Die zwei von Lewicki und Bunker beschriebenen Voraussetzungen für *knowledge-based trust* – *regular communication* und *courtship* – werden in verschiedenen Ausprägungen von den befragten Journalisten auf Bundesebene benannt. *Regular communication* wird von den meisten Befragten als sehr wichtig für ihre Vertrauensbeziehungen zu Politikern wahrgenommen. Formalisierten Interaktionen, wie etwa Pressekonferenzen, kommt dabei jedoch offensichtlich keine große Bedeutung zu. Insgesamt wesentlich bedeutender scheinen, wie auch für die Journalisten auf kommunaler Ebene, die nicht-formalisierten Interaktionen mit Politikern zu sein. Diese können anlassbezogen sein oder auch ohne konkreten Anlass stattfinden. Der typische Anlass für einen Journalisten, eine Kommunikation mit einem Politiker zu initiieren, ist die Recherche zu einem bestimmten Thema. Gerade bei den anlassbezogenen Interaktionen scheinen digitale Kommunikationskanäle bevorzugt zu werden. Die befragten Journalisten schätzen besonders die Schnelligkeit und die Direktheit von digitalen Kommunikationskanälen wie SMS und E-Mail. Die technologisch vermittelten Interaktionen scheinen also vor allem für sachliche Zwecke, wie etwa konkrete Anfragen zu bestimmten Themen, genutzt zu werden. Daneben nutzt jedoch zumindest ein Journalist (JournBund02) SMS-Nachrichten auch für nicht-anlassbezogene Kommunikation im Sinne einer reinen Kontaktpflege. Solche nicht-anlassbezogene Kommunikation scheint aus Sicht der Journalisten wichtig für das *knowledge-based trust* zu Politikern zu sein. Verschiedene Journalisten (vgl. JournBund01; Journbund04; JournBund06; JournBund08) sehen in diesen nicht-anlassbezogenen Interaktionen ein wichtiges Erfordernis der Kontaktpflege. Auch die, zumeist von politischer Seite organisierten, zahlreichen Feste und

sonstigen Veranstaltungen im politischen Berlin werden von ihnen gerne als Gelegenheiten zur Pflege der Beziehungen genutzt. Zwei Journalisten (JournBund03; JournBund04) geben demgegenüber an, dass ein regelmäßiger Kontakt nicht entscheidend sei. Sie betonen vor allem die Professionalität des Kontaktes, die es ermögliche, auch nach längerer Kontaktpause wieder vertrauensvoll mit einem Politiker zu arbeiten. Die Schilderungen dieser beiden Journalisten legen allerdings nahe, dass in den Beziehungen zu den für ihre Arbeit relevanten Politikern bereits *knowledge-based trust* besteht.

Der zweite zentrale Aspekt von *knowledge-based trust, courtship*, wird ebenfalls von verschiedenen Journalisten als bedeutend angesehen. *Courtship* erfolgt etwa im Rahmen der regelmäßigen Gespräche, in denen nach und nach die Beweggründe und Einstellungen der Politiker zutage treten (vgl. JournBund02; JournBund06). Dabei helfen gemeinsame Interessen und sozio-kulturelle Gemeinsamkeiten (vgl. JournBund01; JournBund02). Die von Lewicki und Bunker angenommene sequenzielle Abfolge von *calculus-based trust* und *knowledge-based trust* scheint bei den befragten Journalisten auf Bundesebene unzutreffend zu sein. So ist ein Journalist bestrebt, von Beginn der Beziehung zu einem Politiker an, *knowledge-based trust* aufzubauen (vgl. JournBund02). Zwei Journalisten zufolge seien tragfähige Vertrauensbeziehungen zu Politikern ohne *knowledge-based trust* gar nicht möglich (vgl. JournBund01; JournBund05). Es hat also den Anschein, dass die befragten Journalisten die Phase des kalkulierenden Vertrauens möglichst überspringen wollen, um direkt ein Vertrauen zu etablieren, welches auf einem umfassenden gegenseitigen Verständnis beruht. In diesem Zusammenhang scheint das Wissen Dritter über den *trustee* eine wichtige Rolle zu spielen.

Auch die befragten Politiker der Bundesebene bestätigten die große Bedeutung von *knowledge-based trust*. Es wurde deutlich, dass einige Politiker ein starkes Bewusstsein für die *constraints* der Journalisten haben. *Knowledge-based trust* bezieht sich bei diesen Politikern offenbar vor allem auf die Kenntnis der beruflichen Bedürfnisse der Journalisten, etwa frühzeitige Information oder die von den Journalisten bearbeiteten Themengebiete.

Ähnlich wie die Journalisten sehen einige der Befragten Politiker den großen Vorteil eines Vertrauens, welches auf gegenseitigem Kennen beruht, darin, dass es die alltägliche Arbeit erleichtert. Dies scheint insbesondere auf die Identifikation von geeigneten Journalisten für bestimmte Themen zuzutreffen. Eine Politikerin schildert, dass es bei einem fortgeschrittenen Vertrauensverhältnis möglich werde, die Journalisten nach ihrer Sicht auf politische Themen zu befragen (vgl. PolBund03). Es scheint, als nutze diese Politikerin ihre Vertrauensverhältnisse zu Journalisten, um von ihnen Ratschläge für die öffentliche Präsentation ihrer Themen zu erhalten. Dies spricht für eine große Nähe zu einzelnen Journalisten.

Die meisten befragten Bundespolitiker betonen die Bedeutung von *regular communication*. Zwei Politiker schildern dabei, dass sie bemüht sind, regelmäßige Kontakte sowohl zu Journalisten auf der Kommunal- als auch auf der Bundesebene zu pflegen (vgl. PolBund01; PolBund03). Allerdings wird von einer Politikerin geäußert, dass die regelmäßige Kommunikation mit Journalisten bei aller Bedeutung oftmals hinter anderen Aufgaben zurückstehen müsse und unter Umständen auch an ihre Mitarbeiter delegiert wird. Diese Politikerin sieht in *regular communication* mit Journalisten demnach also keine Priorität ihrer alltäglichen Arbeit.

Die Wahl der geeigneten Formate zur Interaktion erfolgt offenbar in Abhängigkeit der jeweiligen Ziele und des persönlichen Stils. So nutzt etwa PolBund05 zum *agenda building* vor allem die formalisierten Interaktionsmuster Pressegespräch und Pressekonferenz. PolBund07 nennt zudem Pressemitteilungen. Demgegenüber hat PolBund01 seine *agenda building*-Versuche stark in die digitalen Kommunikationskanäle, vor allem Social Media, verlagert und bevorzugt dementsprechend nicht-formalisierte Interaktionsmuster.

Bei den Interaktionen mit Politikern, die der Kontaktpflege dienen, also nicht-anlassbezogen stattfinden, werden die von politischer Seite veranstalteten Feste, zu denen die Presse eingeladen wird, genannt (vgl. PolBund01). Auch bilaterale Treffen mit Journalisten scheinen eine Rolle zu spielen (vgl. PolBund06).

Ähnlich wie auf Seiten der Journalisten gibt es allerdings auch bei den Politikern der Bundesebene Befragte, die die Bedeutung von *regular communication* weniger hoch einschätzen. Interaktionen mit Journalisten finden bei diesen Politikern nur statt, wenn es einen klaren thematischen Anlass dazu gibt (vgl. PolBund02; PolBund04). Es hat den Anschein, dass diese Politiker die Bedeutung einer persönlichen Komponente im Verhältnis zu Journalisten eher gering einschätzen. Dies spiegelt sich auch in der geringen Bedeutungszuschreibung des Aspekts *courtship* wider. Dieses zweite Vehikel von *knowledge-based trust* scheint für die befragten Politiker auf Bundesebene, anders als für die Journalisten, keine große Rolle in ihrer alltäglichen Arbeit zu spielen. Lediglich zwei Politiker (PolBund06; PolBund07) geben an, *courtship* zu betreiben.

8.3. *Identification-based trust*

Entsprechend den theoretischen Vorannahmen in Kapitel 6.3.3 spielt *identification-based trust* weder für die befragten Journalisten noch für die befragten Politiker eine Rolle in ihren professionellen Beziehungen miteinander. Dies gilt sowohl für die kommunale als auch für die Bundesebene. Insbesondere von Journalisten wurde betont, dass die erforderliche Professionalität Vertrauensbeziehungen, die auf *identification-based trust* beruhen, nicht gestatte. So sagt etwa

JournKomm04, dass Vertrauen im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern nicht zu einer Verbrüderung werden dürfe (vgl. JournKomm04). Hiermit ist die Unabhängigkeit gegenüber Politikern angesprochen, die etwa sehr stark im *adversary model* (vgl. Kap. 2.3.1) betont wird, jedoch auch im *expanded framework* nach Blumler und Gurevitch (vgl. Kap. 2.4) angelegt ist. Dabei schließen einige Journalisten gar nicht grundsätzlich aus, dass sich enge Freundschaften zu Politikern entwickeln können. Allerdings schildert JournKomm02, dass sie in diesem Fall nicht mehr über den entsprechenden Politiker berichten würde (vgl. JournKomm02). Insofern ergreift diese Journalistin Maßnahmen, die verhindern, dass *identification-based trust* mit ihrer beruflichen Rolle kollidiert, sobald sie die Gefahr sieht, dass das Verhältnis zu freundschaftlich wird. JournKomm01 hingegen schildert, dass er mit einigen Politikern 'per Du' sei. Allerdings müsse man im Hinblick auf freundschaftliche Kontakte „[...] sicherlich vorsichtig sein, aber, ich denke mal, einen guten persönlichen Draht, der kann nicht schaden“ (JournKomm01). In jedem Fall jedoch müsse „[...] derjenige sich dann im Zweifelsfall genauso Kritik gefallen lassen, wie diejenigen, die man siezt“ (ebd.). Während, wie dies bereits im Theorieteil angenommen wurde, vor allem die Journalisten auf Kommunalebene einen Konflikt zwischen *identification-based trust* und ihrer beruflichen Rolle erkennen, scheint diese Form von Vertrauen auch für die befragten Kommunalpolitiker keine Rolle zu spielen. Die überwiegende Mehrheit der befragten Kommunalpolitiker erwähnen in ihren Antworten schlicht keine engen Vertrauensverhältnisse, die sich *identification-based trust* zuordnen ließen. Lediglich PolKomm01 beschreibt, dass er persönliche Freundschaften zu Journalisten, mit denen er in beruflichem Kontakt steht, vermeidet. Auch er erkennt hier einen Konflikt mit einer professionellen Rollenwahrnehmung (vgl. PolKomm01).

Ein ähnliches Bild ergibt sich auf der Bundesebene. So bezeichnet JournBund02 Verhältnisse mit Politikern, die von Sympathie gekennzeichnet sind, als absolute Ausnahmen (vgl. JournBund02). Er selbst habe eine Vertrauensbeziehung zu einem Politiker, mit dem er sich auch persönlich sehr gut verstehe. Doch selbst in dieser Arbeitsbeziehung hat die Professionalität für ihn Priorität: „Also, auf jeden Fall gehe ich eher den Konflikt mit ihm ein, als dass ich dem Leser ein falsches Bild vermittele.“ (JournBund02) Die Professionalität markiert offensichtlich eine Grenze im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern. Diese Grenze beschreibt JournBund06: „Aber am Ende ist, glaube ich, immer diese natürliche Grenze da zwischen Journalisten und Politikern, dass das Vertrauensverhältnis auch nicht so weit gehen sollte, dass man am Ende dann befangen wäre.“ (JournBund06). Auch JournBund05 schildert, dass er von vornherein versuche, eine Distanz zu wahren, „um auch das nicht zu vermengen, was man nicht vermengen sollte“ (JournBund05). In dieser Aussage spiegelt sich der normative Anspruch,

sich neutral zu verhalten, wider. Auch JournBund06 nutzt den Begriff der Distanz, wenn er das Verhältnis zu Politikern beschreibt: „Aber das ist auch immer wichtig, dass der andere versteht, dass man Journalist ist und dass man eben kein Freund ist, sondern dass es da auch eine Distanz gibt.“ (JournBund06) Neben der Distanz beschreibt ein anderer Journalist die Bedeutung von Rollenerwartungen: „Also, man sollte sich nicht gemein machen irgendwie, sondern eine gewisse Distanz wahren und dass auch klar ist, wer welche Rolle hat. Es sind unterschiedliche Rollen, und die sollte man auch nicht vermengen.“ (JournBund08)

Eine andere Journalistin beschreibt es als normalen Vorgang, dass man sich mit Politikern anfreunde. Allerdings lasse sich diese Freundschaft nicht mit einer professionellen Zusammenarbeit verbinden. Sie habe ab dem Moment, in dem sie für sich definiert habe, dass es sich um keinen rein beruflichen Kontakt mehr handelt, aufgehört, die entsprechenden Politiker als Quellen zu nutzen und auch nie mehr über sie geschrieben (vgl. JournBund03). Auch JournBund01 beschreibt, dass er den beruflichen Kontakt abbrechen würde, sobald sich eine Freundschaft entwickelt (vgl. JournBund01). Es scheint, als gäbe es zwei Alternativen für Journalisten, wenn sich ein Vertrauensverhältnis zu einem Politiker über *knowledge-based trust* hinaus entwickelt. Die erste Möglichkeit ist ein Vertrauensverhältnis, das zwar durchaus freundschaftliche Züge aufweist, in dem aber dennoch die Professionalität gewahrt bleibt. In diesen Arbeitsbeziehungen kann es trotz aller Sympathie durchaus zu Konflikten kommen, etwa durch eine negative Berichterstattung des Journalisten über den Politiker. In diesem Fall ist ausgeschlossen, dass sich *identification-based trust* entwickelt, da der professionelle berufliche Kontakt zwischen Journalisten und Politikern unvereinbar ist mit den Charakteristika von *identification-based trust*. Hier ist vor allem die komplette Identifikation mit den Werten und Zielen des anderen, sowie wechselseitige Unterstützung bei der Erreichung der Ziele zu nennen. Die Alternative ist offenbar, dass sich ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt – welches sich prinzipiell auch bis hin zu *identification-based trust* entwickeln kann – die Arbeitsbeziehung dann jedoch abgebrochen wird. In beiden Fällen ist eine Arbeitsbeziehung von Journalisten zu Politikern, die auf *identification-based trust* beruht, ausgeschlossen.

Ähnlich wie auf der kommunalen Ebene artikulieren auch die befragten Politiker auf der Bundesebene weniger klar ihre Ablehnung von Arbeitsbeziehungen zu Journalisten, in denen *identification-based trust* eine Bedeutung erlangen könnte. Jedoch wird auch von keinem Bundespolitiker eine Bedeutung von *identification-based trust* erwähnt. PolBund01 macht deutlich, dass er ein Verhältnis zu Journalisten, welches die Ansprüche von *identification-based trust* erfüllt, für ausgeschlossen hält:

„Mit Journalisten gibt es keine Freundschaften. Das ist eine Arbeitsbeziehung. Es gibt zu dem Menschen dahinter manchmal eine gute oder eine schlechte Beziehung. Das heißt aber nicht, dass der

anders berichtet. Also, ich kann mit Leuten privat frühstücken gehen, etwas trinken gehen, Scherze machen – und trotzdem kriege ich am nächsten Tag eine versammelt. Das zeigt eher, dass der professionell ist.“ (PolBund01)

Auch PolBund02 betont, dass aufgrund der Professionalität des Verhältnisses keine freundschaftlichen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern möglich seien (vgl. PolBund02). Die Aussagen dieser beiden Politiker erinnern an die geschilderte erste Alternative der Ausgestaltung des Verhältnisses aus Perspektive der Journalisten: Obwohl Sympathie im Verhältnis zu Journalisten möglich ist, verbietet die Professionalität eine Weiterentwicklung des Verhältnisses hin zu *identification-based trust*.

Auch die zweite geschilderte Alternative der weiteren Entwicklung des Verhältnisses wird von einem Politiker benannt: „Wenn persönliche Freundschaften daraus sich entwickeln, sollte man den persönlichen Freundschaftsbereich belassen, aber dann das professionelle Zusammenarbeiten an der Stelle schneiden, weil: Vermischung geht nicht.“ (PolBund06) Insofern scheinen die Einschätzungen der Möglichkeit von *identification-based trust* in einer professionellen Beziehung zwischen Journalisten und Politikern von beiden Arten von Akteuren weitestgehend deckungsgleich zu sein: *Identification-based trust* und ein professioneller Kontakt zwischen Journalisten und Politikern schließen sich gegenseitig aus.

9 Zusammenfassung, Implikationen und Ausblick

Die vorliegende Arbeit hatte das Ziel, die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern in der Bundesrepublik Deutschland zu explorieren. Dabei wurde sowohl die kommunale als auch die Bundesebene in den Blick genommen. Es wurden zwei zentrale Erkenntnisinteressen verfolgt. So sollte zum einen erfasst werden, welche Rolle Vertrauen jeweils für Journalisten und Politiker in ihrem Verhältnis zueinander spielt. Zum anderen sollten die Verhältnisse auf der Kommunalebene mit denen auf der Bundesebene verglichen werden. Dazu wurden Experteninterviews mit insgesamt 24 Journalisten und Politikern auf kommunaler und auf Bundesebene geführt. Die Interviews wurden anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

In dieser abschließenden Betrachtung werden die theoretische Fundierung sowie die Ergebnisse noch einmal in komprimierter Form nachgezeichnet. Ferner werden Einschränkungen der Studie benannt und ein Ausblick auf Anknüpfungspunkte für anschließende Forschung im Themenbereich vorgenommen.

9.1 Theoretischer Rahmen

Die Untersuchung ging zunächst von der theoretischen Grundannahme aus, dass Journalisten und Politiker durch ihre jeweiligen beruflichen Ziele und Rahmenbedingungen auf vielfältige Weise miteinander verbunden sind. Die Verbundenheit von Journalismus und Politik lässt sich – wie in Kapitel 2 beschrieben wurde – auf der Makro-, der Meso- und der Mikro-Ebene nachweisen. Aufgrund des Erkenntnisinteresses der vorliegenden Arbeit stand die mikroanalytische Akteursebene im Fokus. Es wurden verschiedene Ansätze vorgestellt, die das Verhältnis von Journalisten und Politikern modellieren. Die Gegnerschaft von Journalisten und Politikern betont das *adversary model*. Beide Arten von Akteuren verfolgen demnach jeweils unterschiedliche Ziele, wodurch ein dauerhafter Interessenkonflikt bestehe. Demgegenüber betont das *exchange model* den Profit, den Journalisten und Politiker jeweils aus der Beziehung generieren können. Die Beziehung, so besagt es dieser theoretische Ansatz, wird solange aufrechterhalten, wie sie für beide Seiten Vorteile bringt.

Die dem *adversary model* zugrunde liegende Annahme eines Verhältnisses, welches sich als dauerhafter Konflikt darstellt, erschien – vor allem im Kontext einer Untersuchung von Vertrauensbeziehungen – jedoch wenig überzeugend. Das *exchange model* erfüllt die Ansprüche dieser Arbeit in konzeptioneller Hinsicht im Vergleich zwar eher, ist jedoch aufgrund seines geringen Formalisierungsgrades weniger als theoretisches Fundament geeignet. Wesentlicher geeigneter für die Untersuchung eines komplexen Phänomens wie der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern präsentiert sich das *expanded framework* nach Blumler und Gurevitch. Die Untersuchung profitierte von der umfassenden Beschreibung der Rahmenbedingungen, unter denen die Interaktionen von Journalisten und Politikern stattfinden. Es zeigte sich, dass, obwohl das Rahmenwerk bereits 1981 von Blumler und Gurevitch vor allem mit Blick auf die Verhältnisse in Großbritannien entwickelt wurde, durchaus auch die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gut durch das Modell repräsentiert sind. So ließ sich insbesondere die Annahme von Blumler und Gurevitch, dass das Verhältnis von Journalisten und Politikern von wechselseitiger Abhängigkeit und Anpassung geprägt sei, in den Aussagen der Befragten identifizieren. Ferner war diese Annahme der zentrale Ansatzpunkt, um die Notwendigkeit von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern theoretisch zu begründen. In dem dieser Arbeit zugrunde liegenden Vertrauensmodell nach Mayer, Davis und Schoorman stellt die wechselseitige Abhängigkeit von Akteuren im professionellen Umfeld den zentralen Auslöser und Motivator, Vertrauensbeziehungen aufzubauen und aufrechtzuerhalten, dar. Dieser Aspekt wurde als theoretische Anschlussmöglichkeit an das *expanded framework* nach Blumler und Gurevitch genutzt. Dieses Modell erwies sich im Wesentlichen als geeignetes

Werkzeug, um die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern zu erfassen. Insbesondere die Darstellung der Vertrauenshandlung als eine Kalkulation von möglichen Gewinnen und dem Risiko, welches immer mit Vertrauen einhergeht, deckte sich mit den Schilderungen der befragten Journalisten und Politiker. Die drei von Mayer, Davis und Schoorman gewählten Faktoren von Vertrauenswürdigkeit – *ability*, *benevolence* und *integrity* – waren, wenn auch nicht durchgängig gleichrangig benannt, wichtig für die Befragten. Allerdings fiel auf, dass insbesondere für einige der befragten Journalisten der Status eines Politikers als weiterer wichtiger Faktor von Vertrauenswürdigkeit hinzutrat. Dieser sollte gegebenenfalls bei einem Vertrauensmodell, welches das Vertrauen von Journalisten in Politiker thematisiert, berücksichtigt werden.

Was das Vertrauensmodell nach Mayer, Davis und Schoorman ferner interessant für die vorliegende Untersuchung machte, ist die Berücksichtigung vorheriger Erfahrungen des *trustors* mit dem *trustee*, die durch eine Feedback-Schleife ('*outcome*') im Modell dargestellt werden. Diese Feedback-Schleife wurde wiederum als Ansatzpunkt genutzt, eine theoretisch begründete Vorstellung von der Entwicklung der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern im Zeitverlauf zu entwickeln. Hier entschied sich der Verfasser für das Vertrauensmodell nach Lewicki und Bunker, welches die Entwicklung von professionellem, interpersonalem Vertrauen entlang der drei Phasen *calculus-based trust*, *knowledge-based trust* und *identification-based trust* beschreibt. Durch die Kombination der beiden Vertrauensmodelle wurde es zum einen möglich, die zentralen Bestandteile einer Vertrauenshandlung zwischen Journalisten und Politikern zu beschreiben, zum anderen stand ein Werkzeug zur Verfügung, mit dem die Entwicklung der Vertrauensbeziehungen der befragten Akteure nachvollzogen werden konnte. Das Modell von Lewicki und Bunker erwies sich weitestgehend als angemessen für den hier untersuchten Fall der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern. Allerdings stellte sich sehr deutlich heraus, dass die einzelnen Stufen nicht trennscharf sind. Vielmehr schilderten die Befragten zumeist Vertrauensbeziehungen, die sich am ehesten als 'Mischformen' von *calculus-based trust* und *knowledge-based trust* beschreiben lassen. Die dritte Stufe interpersonalem Vertrauens, *identification-based trust*, spielte für die Befragten keine Rolle. Dieser Aspekt kann daher bei der Entwicklung eines Modells der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern daher womöglich vernachlässigt werden.

9.2 Diskussion der Ergebnisse

Ausgehend von der in Kapitel 4.1.1 geschilderten Grundannahme, nach der im Wesentlichen alle Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern auf die Produktion politischer

Nachrichten gerichtet sind, untersuchte die vorliegende Studie die Vertrauensverhältnisse zwischen Journalisten und Politikern auf lokaler Ebene und auf Bundesebene. Es wurde deutlich, dass Journalisten und Politiker trotz der gemeinsam geteilten Aufgabe der Produktion politischer Nachrichten jeweils unterschiedliche Interessen verfolgen. Diese ergeben sich aus den beruflichen Rollen, die die Akteure innehaben. Die Journalisten auf lokaler wie auf Bundesebene schilderten ihr Bestreben, möglichst aktuelle und exklusive Informationen zu publizieren, während Kommunal- und Bundespolitiker ihr politisches Handeln im Sinne des *news management* möglichst entsprechend ihrer politischen Ziele in die massenmedialen Kanäle einbringen möchten. Dieses Spannungsfeld wurde in Kapitel 4.1.1 als ein Tausch von Informationen gegen Publizität charakterisiert, der im Endeffekt die gemeinsame Produktion politischer Nachrichten zum Ziel hat. Welche Informationen in welcher Form veröffentlicht werden, ist Gegenstand von Aushandlungsprozessen. Der in verschiedenen empirischen und theoretischen Arbeiten als Tauschverhältnis 'Information gegen Publizität' beschriebene Interaktionszusammenhang zwischen Journalisten und Politikern (vgl. Hoffmann, 2003; Larsson, 2002; Sarcinelli, 1991; Tenscher, 2003) ließ sich auch in der vorliegenden Studie nachweisen.

Es konnte ferner gezeigt werden, dass Vertrauen bei diesen Aushandlungsprozessen eine bedeutende Rolle zukommt. Die in verschiedenen Arbeiten (vgl. Baugut & Grundler, 2009; Blumler & Gurevitch, 1981; Mancini, 1993) geäußerte Vermutung, dass Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern eine wichtige Rolle spielt, bestätigt diese Studie also. Darüber hinaus liefert sie jedoch – im Gegensatz zu den genannten Arbeiten – Erkenntnisse darüber, welche Erwartungen Journalisten und Politiker mit diesen Vertrauensbeziehungen verknüpfen. So erhoffen sich Journalisten auf kommunaler wie auf Bundesebene von ihren Vertrauensbeziehungen zu Politikern vor allem einen erleichterten Zugang zu wichtigen Informationen und insbesondere zu Hintergrundinformationen. Es ergab sich auf beiden Ebenen das Bild einer sehr rationalen Kalkulation der Vertrauensverhältnisse zu den Politikern. Vertrauen, welches Politiker in Journalisten haben, wird für Journalisten relevant, wenn sie Informationen zu politischem Entscheidungshandeln oder Hintergrundinformationen benötigen. Vor allem bei Hintergrundinformationen ist das Maß an Vertrauen, welches der Politiker dem Journalisten gegenüber hat, entscheidend. Der Grund liegt in dem besonders hohen Risiko für den Politiker, sollte der Journalist indiskret mit den erhaltenen Informationen umgehen. Wenn ein Vertrauensverhältnis besteht, erhöht sich, so das Kalkül der Journalisten, die Bereitschaft, auch brisante Informationen mitzuteilen und zur Veröffentlichung freizugeben. Vertrauensbeziehungen zu Politikern haben also demnach einen hohen Wert für Journalisten. Nur mithilfe von Vertrauensbeziehungen, so

scheint es, wird es für Journalisten möglich, mehr als das zu erfahren, was auf Pressekonferenzen und in Pressemitteilungen veröffentlicht wird.

Die befragten Politiker der untersuchten Kommune sowie die befragten Bundespolitiker hingegen erhoffen sich vor allem bessere Chancen beim *news management* durch ihre Vertrauensbeziehungen zu Journalisten. So beschrieben sie Vertrauen zu Journalisten als besonders relevant, um einen besseren Zugriff auf deren massenmediale Kanäle und unter Umständen sogar einen gewissen Einfluss auf die Berichterstattung zu erlangen. Auch die korrekte Wiedergabe der Informationen durch die Journalisten in deren Berichterstattung ist Gegenstand des Vertrauens in Journalisten. Weiterhin scheinen sich Politiker von ihren Vertrauensverhältnissen zu Journalisten die Einhaltung zugesicherter Diskretion zu erhoffen.

Die Studie hat ferner die theoretisch wie empirisch oftmals beschriebene wechselseitiger Abhängigkeit von Journalisten und Politiker (vgl. u.a. Blumler & Gurevitch, 1981; Reich, 2006) bestätigt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Abhängigkeit der Politiker von den Journalisten – vor allem auf kommunaler Ebene – stärker wahrgenommen wird als der umgekehrte Fall. Diese Wahrnehmung muss nicht zwingend als Ausdruck eines realen Machtgefälles interpretiert werden. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass das Bild des unabhängigen Journalisten fest in den internalisierten Rollenwahrnehmungen, vor allem auf Seiten der Journalisten selbst, verankert ist. Diese Distanzorientierung von Journalisten weisen auch verschiedene andere Autoren nach (vgl. Pfetsch und Mayerhöffer, 2011, S. 57; Schwab Cammarano, Donges und Jarren, 2010, S. 41).

Die vorliegende Studie fand die Distanzorientierung insbesondere bei den Journalisten auf lokaler Ebene. So beschrieben die befragten Lokaljournalisten die Politiker zwar als relevante Informationslieferanten, jedoch stehen ihnen weitere, als mindestens gleichwertig wahrgenommene, Akteure als Quellen zur Verfügung. Gleichzeitig wurden auch Situationen geschildert, in denen die Informationen der Politiker exklusiv und somit unersetzlich sind. Auf Bundesebene berichteten die Journalisten demgegenüber von einer sehr starken Abhängigkeit von den Informationen der Politiker, insbesondere in deren Funktion als Experten bei Gesetzesvorhaben oder anderem politischen Entscheidungshandeln. Der Unterschied zwischen lokaler und Bundesebene in Bezug auf die wahrgenommene Abhängigkeit der Journalisten von den Politikern kann als ein Ausdruck des höheren Professionalisierungsgrades auf der Bundesebene interpretiert werden. Politiker haben hier ein mitunter wesentlich höheres Spezialwissen als ihre Pendanten auf kommunaler Ebene. Dies gilt beispielsweise im Rahmen von Gesetzgebungsprozessen. Auch kann es auf Bundesebene zu der paradoxen Situation kommen, dass trotz der insgesamt wesentlich höheren Zahl an Akteuren für Journalisten die Angewiesenheit auf einen

bestimmten, oftmals ranghohen, Politiker besonders groß ist, da dieser einen Expertenstatus für das Berichterstattungsfeld des Journalisten hat.

Anders als die Journalisten betonten die befragten Politiker auf lokaler und auf Bundesebene durchgängig eine große Abhängigkeit von den Journalisten. Diese ist begründet in dem Zugang zu massenmedialen Kanälen, den Politiker benötigen, um Darstellungspolitik zu betreiben. Unterschiede zwischen den Aussagen zur Abhängigkeit von Journalisten auf lokaler Ebene und denen auf Bundesebene lassen sich, ähnlich wie bei den Abhängigkeiten der Journalisten von den Politikern, vor allem auf den höheren Professionalisierungsgrad auf der Bundesebene zurückführen. So kommt von Seiten der Bundespolitiker eine stärkere Ausrichtung an den *constraints* der Journalisten zum Ausdruck, als dies auf kommunaler Ebene der Fall ist. Auch nehmen hier die Politiker die Abhängigkeit im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern wesentlich stärker als wechselseitig wahr, als die Politiker auf lokaler Ebene, wo die Politiker weitestgehend ausschließlich ihre Abhängigkeit von den Journalisten schildern. Allerdings zeigen auch die Politiker auf lokaler wie auf Bundesebene das Bestreben, Beziehungen zu Journalisten zu pflegen, die möglichst von professioneller Distanz geprägt sind. Dies ist offensichtlich vor allem in der Angst, durch einen zu engen Kontakt zu Journalisten allzu brisante Informationen preiszugeben, begründet.

Durch die wechselseitige Abhängigkeit auf der einen und die Distanznorm auf der anderen Seite ergibt sich ein Spannungsfeld der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern, welches durch die Pole Nähe und Distanz charakterisiert ist. Anscheinend stehen insbesondere Journalisten vor der Herausforderung, eine Nähe/ Distanz-Problematik zu bewältigen: Die Nähe zum anderen ist zur Erfüllung der beruflichen Rolle notwendig, zur Wahrung der Unabhängigkeit des eigenen Bereichs ist jedoch gleichzeitig eine gewisse Distanz erforderlich. Auch Politiker stehen vor der Herausforderung, das Wechselspiel von Nähe und Distanz zu beherrschen. Eine zu große Nähe zu den Journalisten, so scheint es, birgt für Politiker das Risiko, zu viel aus der Innensicht des politischen Alltags preiszugeben. Es sind durch solche Indiskretionen Nachteile im politischen Betrieb oder – vor allem im kommunalen Raum – für private Beziehungen zu befürchten. Vertrauen kann offenbar sowohl Journalisten als auch Politikern dabei helfen, eine Nähe zum jeweils anderen zu schaffen – gegebenenfalls auch nur zu suggerieren – bei der die Risiken, die sich aus dieser Nähe ergeben, zu rechtfertigen sind. Vertrauen wirkt hier anscheinend als funktionales Äquivalent von Distanz. Vertrauen erfüllt so im Verhältnis zwischen Journalisten und Politiker für beide Seite vor allem die Funktion, das Spannungsfeld aus Nähe und Distanz zu moderieren. Insofern ist die im einleitenden Kapitel genannte Aussage von Baugut und Grundler, wonach Vertrauen die Beziehung stabilisiere (vgl.

Baugut & Grundler, 2009, S. 232), offenbar zutreffend. Es liegt nun jedoch eine Erklärung vor, wie Vertrauen diese Stabilisierungsfunktion erfüllt.

Auch wenn die grundsätzlichen Funktionen von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern sich auf kommunaler und auf Bundesebene stark ähneln, gibt es doch einige zentrale Unterschiede zwischen beiden Ebenen. Eine Besonderheit der Bundesebene ist die Wahrnehmung der Beziehung zwischen Journalisten und Politikern als eine Serie von Tauschgeschäften, bei denen Informationen gegen Blattpräsenz gehandelt werden. Diese Sichtweise findet sich sowohl bei Journalisten als auch bei Politikern. Jede Interaktion zwischen Journalisten und Politikern ist so eingebunden in einen größeren Beziehungszusammenhang, der vielen Journalisten und Politikern als ökonomisch geprägt erscheint. Es scheint, als sei der höhere Professionalisierungsgrad der Bundesebene ausschlaggebend für dieses ökonomisch geprägte Verständnis der Beziehungen von Journalisten und Politikern. So bedingen zum einen der hohe Professionalisierungsgrad, zum anderen die hohe Zahl an Akteuren eine hohe Kontaktintensität zwischen Journalisten und Politikern.

Während es in vielen Landkreisen nur noch eine Tageszeitung gibt, ist die Medienszene der bundesdeutschen Hauptstadt ungleich vielfältiger. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass auf Bundesebene ein wesentlich höherer Konkurrenzdruck unter den Journalisten herrscht als in den meisten Kommunen der Bundesrepublik Deutschland. Die Journalisten auf Bundesebene konkurrieren in erster Linie um exklusive Informationen, so dass jeder einzelne bestrebt ist, möglichst enge Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern zu unterhalten. Vertrauensbeziehungen zu Politikern haben hier für Journalisten auf Bundesebene die wichtige Funktion, ihnen einen Vorteil gegenüber konkurrierenden Journalisten bei der Gewinnung exklusiver Informationen zu verschaffen. Es darf also angenommen werden, dass mit dem medialen Wettbewerb die Bedeutung von Vertrauensbeziehungen zu Politikern für Journalisten steigt.

Doch auch die Politiker der Bundesebene sind mit einem gewissen Konkurrenzdruck konfrontiert. Bei ihnen ist es der politische Gegner und – womöglich wesentlich bedeutender – Konkurrenten in der eigenen Partei, gegen die sie sich durchsetzen müssen. Gleichzeitig sind die Themen, mit denen Politiker auf Bundesebene befasst sind, oftmals komplexer und in ihren Auswirkungen gravierender als auf kommunaler Ebene. Neben den erhofften Vorteilen beim *news management* machen Vertrauensbeziehungen zu Journalisten es mitunter möglich, solche politischen Themen und deren Hintergründe zu erklären, ohne sie in der Öffentlichkeit verhandeln zu müssen. Der Idealfall aus politischer Sicht ist eine im Resultat wohlwollendere Berichterstattung, da dem entsprechenden Journalisten die Zusammenhänge der politischen Entscheidung bekannt sind.

Auch andere Arbeiten weisen darauf hin, dass ein kompetitives Umfeld eine höhere Kontaktintensität zwischen Journalisten und Politikern bedingt (vgl. Baugut, 2017, S. 353; Schwab Cammarano, Donges & Jarren, 2010, S. 41). Hier konnte nun gezeigt werden, dass unter der Bedingung eines Konkurrenzdrucks und der damit verbundenen hohen Kontaktintensität zwischen Journalisten und Politikern, Vertrauen zur entscheidenden Ressource werden kann. Die Verhältnisse unter der sprichwörtlichen 'Berliner Käseglocke' scheinen das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern insofern zu fördern. Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern in der hier untersuchten Kommune mit geringerem Medienwettbewerb eine weniger bedeutende Rolle als auf der Bundesebene spielt. Es ist wahrscheinlich, dass die Verhältnisse in Kommunen oder auch Landeshauptstädten, in denen sich die Journalisten und Politiker in einem kompetitiveren Umfeld befinden, denen auf der Bundesebene ähnlich sind. Die Bedeutung von Vertrauensverhältnissen zwischen Journalisten und Politikern steigt offensichtlich mit dem Grad an Wettbewerb, dem sich die Akteure in ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt sehen.

Neben den Zwecken, denen Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern dienen, fokussierte die vorliegende Arbeit die Beschaffenheit der Vertrauensverhältnisse zwischen Journalisten und Politikern. Um diese zu ergründen, wurden zum einen die Faktoren von Vertrauenswürdigkeit, die die Akteure beim jeweils anderen als besonders relevant ansehen, zum anderen die Risiken, die mit dem Eingehen einer Vertrauenshandlung für sie verbunden sind, untersucht. Wie bei den Funktionen, die Vertrauen für Journalisten in ihren Beziehungen zu Politikern spielt, ähnelt sich auch die Beschaffenheit dieses Vertrauens auf lokaler und auf Bundesebene. So wählen Journalisten im Lokalen wie auf der Bundesebene die Politiker, deren Vertrauen sie gewinnen wollen, vor allem aufgrund von deren *ability* aus. Auf kommunaler wie auf Bundesebene findet der Vertrauenswürdigkeitsfaktor *ability* seinen Ausdruck in erster Linie in der Fähigkeit, exklusive Informationen zu liefern. Die Bedeutung dieses Faktors ist, bedenkt man den Zweck, den Vertrauensverhältnisse zu Politikern für Journalisten erfüllen, naheliegend. Vertrauensverhältnisse werden am ehesten zu jenen Politikern aufgebaut, bei denen ein besonderer Zugang zu exklusiven Informationen vermutet wird.

Auch der Faktor *integrity* wurde sowohl von den Lokaljournalisten als auch von den Journalisten auf Bundesebene als bedeutend angesehen. Konkret äußert sich dies vor allem in dem Wunsch nach einem fairen Umgang miteinander. Bemerkenswert ist, dass in diesem Zusammenhang auf beiden Ebenen vor allem die Integrität, die die Journalisten den Politikern entgegenbringen, erwähnt wurde. Hierin drückt sich offenbar der Wunsch nach dauerhaften Vertrauensbeziehungen zu Politikern aus. Anscheinend verzichten Journalisten auf kurzfristige

Vorteile in Form der Veröffentlichung vertraulicher Informationen, zugunsten einer dauerhaften Vertrauensbeziehung. Dieser Umstand spricht stark für ein grundsätzlich eher kooperatives Verhältnis zwischen den Akteuren.

Unterschiede in den Vertrauensbeziehungen zu Politikern auf kommunaler und auf Bundesebene konnte die Studie vor allem anhand der jeweils unterschiedlichen Betonung weiterer Faktoren von Vertrauenswürdigkeit bei den Journalisten auf kommunaler und auf Bundesebene nachweisen. So wurde von den Lokaljournalisten in geringerem Maße auch eine Sympathie im Verhältnis zu Politikern als relevant beschrieben. Diese spielt für die Hälfte der befragten Lokaljournalisten eine Rolle. Die andere Hälfte wiederum verneint die Bedeutung von Sympathie im Verhältnis zu Politikern. Es scheint daher, dass Sympathie als Faktor von Vertrauenswürdigkeit eine Rolle spielen kann. Dies ist offensichtlich von der persönlichen Prädisposition des *trustor* abhängig. Auf Bundesebene hingegen ist für manche Journalisten etwa das Potenzial für eine spätere Karriere von Politikern wichtig, wenn sie entscheiden, mit wem sie eine Vertrauensbeziehung aufbauen. Die Pflege von engen, vertrauensvollen Beziehungen zu solchen Politikern verspricht dem Anschein nach einen guten Zugang zu exklusiven Informationen in der Zukunft. Auch der Status der Politiker wird als wichtiger Aspekt benannt.

Diese Abweichungen in der vereinzelt Betonung weiterer Faktoren von Vertrauenswürdigkeit lassen sich wiederum als Resultat des höheren Professionalisierungsgrades der Bundesebene deuten. Während im Lokalen die Sympathie im Verhältnis als relevanter Faktor von Vertrauenswürdigkeit gesehen wird, sind es auf Bundesebene eher performative Faktoren, wie das Potenzial eines Politikers für eine spätere Karriere oder sein Status. Insbesondere die Spekulation auf die spätere Karriere eines Politikers ist ein weiterer Ausdruck des kompetitiven beruflichen Umfelds der Journalisten: Aus dem frühzeitigen vertrauensvollen Kontakt zu einem späteren Spitzenpolitiker kann ein Wettbewerbsvorteil anderen Journalisten gegenüber erwachsen. Im Umkehrschluss bedeutet diese Bevorzugung von statushohen Politikern, dass es gegebenenfalls für Politiker ohne einen solchen hohen Status ungleich schwieriger ist, vertrauensvolle Beziehungen zu Journalisten aufzubauen.

Auch bezüglich des Risikos, welches eine Vertrauenshandlung mit einem Politiker bedeutet, ähneln sich die Aussagen des befragten Journalisten auf der lokalen und auf der Bundesebene. Risiken werden im Wesentlichen im *news management* der Politiker gesehen. Konkret werden auf beiden Ebenen die Risiken, falsche Informationen, unvollständige Informationen oder ungesicherte Informationen zu erhalten, beschrieben. Gleichzeitig werden jedoch sowohl auf kommunaler, als auch auf Bundesebene diese Risiken von den Journalisten als weitestgehend unproblematisch eingeschätzt. Der Grund dafür sind die den Journalisten auf lokaler wie auf

Bundesebene zur Verfügung stehenden, wirksamen Mechanismen der Risikoreduktion, vor allem das Mittel der Gegenrecherche.

Es scheint jedoch, als zögen Journalisten auf kommunaler und auf Bundesebene unterschiedliche Schlüsse aus diesem Umstand: Aufgrund der Mechanismen der Risikoreduktion messen die Lokaljournalisten dem Vertrauen, welches sie in Politiker setzen, eine geringe Bedeutung bei. Die Journalisten auf Bundesebene hingegen betonen eher die Bedeutung eines reziproken Vertrauens. Es scheint, als Sorge der höhere Professionalisierungsgrad der politischen Sphäre auf Bundesebene dafür, dass die Politiker hier als machtvoller wahrgenommen werden. Somit können sie den Journalisten eher schaden, was für die von ihnen wahrgenommene Bedeutung eines reziproken Vertrauens ausschlaggebend ist. Dies ist ein Indiz dafür, dass für Journalisten ein hoher Professionalisierungsgrad der Politiker positiv mit der Bedeutung von Vertrauen zu diesen Politikern korreliert.

Anders als bei den Journalisten konnte die Studie auf Seiten der Politiker bezüglich der zentralen Faktoren von Vertrauenswürdigkeit von Journalisten erhebliche Unterschiede zwischen lokaler und Bundesebene feststellen. So haben die Politiker in der untersuchten Kommune, die von einem geringen medialen Wettbewerb gekennzeichnet ist, offenbar keine hohen Ansprüche an die Vertrauenswürdigkeit der Journalisten. Vielmehr scheinen sie darauf angewiesen zu sein, mit den wenigen vor Ort tätigen Journalisten möglichst tragfähige Vertrauensbeziehungen zu etablieren. Am ehesten wird noch die wahrgenommene Sympathie des jeweiligen Journalisten benannt und in geringerem Maße deren *ability* in Form von Sachkenntnis. Demgegenüber sind die auf der von einem starken medialen Wettbewerb geprägten Bundesebene tätigen Politiker deutlich anspruchsvoller, was ihre Vertrauensbeziehungen zu Journalisten angeht. Hier ist es vor allem die *ability* der Journalisten in Form von Sachkenntnis sowie der Fähigkeit, große Reichweiten zu erzielen, die für die Politiker den Ausschlag gibt, ob sie eine Vertrauensbeziehung mit dem entsprechenden Journalisten anstreben. Die Gründe für diese Unterschiede zwischen den Vertrauensbeziehungen von Politikern zu Journalisten auf kommunaler und auf Bundesebene sieht der Autor der vorliegenden Studie sowohl in der größeren Zahl an Akteuren auf der Bundesebene als auch in dem höheren Professionalisierungsgrad der Politiker. So macht es die höhere Zahl an potenziell verfügbaren Journalisten überhaupt erst möglich, eine Auswahl zu treffen und damit Auswahlkriterien wie den Vertrauenswürdigkeitsfaktor *ability* in die Kalkulation einzubeziehen. Ferner wird Politik im kommunalen Bereich – im Gegensatz zum Journalismus – in aller Regel ehrenamtlich betrieben. Dieser Umstand ist womöglich dafür verantwortlich, dass die Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit mit eher geringem Aufwand erfolgt oder ganz ausbleibt.

Bezüglich der Risikowahrnehmung konnte die Studie jedoch ähnliche Sichtweisen der Politiker auf kommunaler und auf Bundesebene nachweisen. Im Wesentlichen sind die von den Politikern wahrgenommenen Risiken in der stärkeren Position der Journalisten in der *frame building*-Phase begründet. So scheint das größte Risiko einer Vertrauenshandlung mit einem Journalisten in potentiellen Indiskretionen durch diesen zu liegen. Hierin spiegelt sich die genannte wichtige Funktion von Vertrauensbeziehungen zu Journalisten, die diskrete Behandlung von Hintergrundinformationen abzusichern, wider.

Allerdings offenbarte die Untersuchung auch Unterschiede zwischen den Ebenen hinsichtlich der Risikowahrnehmung. So benannten – im Gegensatz zu den Bundespolitikern – fast alle Kommunalpolitiker eine negative oder ungerechte Berichterstattung, die auf Grundlage der mitgeteilten Informationen stattfindet, als ein weiteres zentrales Risiko. Auch diese Risikowahrnehmung deckt sich mit den Zielen, die Politiker mit der Pflege von Vertrauensbeziehungen zu Journalisten erreichen wollen: Wenn eine Vertrauensbeziehung zu einem Journalisten dem Kommunalpolitiker einen besseren Zugriff auf die massenmedialen Kanäle bietet, lässt sich das Ausmaß negativer Berichterstattung womöglich reduzieren. Insofern ist Vertrauen von Politikern in Journalisten auch ein Mechanismus, Risiken zu reduzieren, welche ohne die Vertrauenshandlung, Hintergrund- oder sonstige Informationen mitzuteilen, nicht bestehen würde. Die geringe Zahl an hauptberuflich tätigen Journalisten im Kommunalen bedingt jedoch eine hohe Abhängigkeit der Lokalpolitiker von den Journalisten, da es an Alternativen mangelt. Durch die starke Abhängigkeit vom Journalismus scheint es so, als seien die Politiker gezwungen, sich in diese Situation zu begeben. Vertrauen wird in dieser Konstellation mitunter ein Mechanismus, Risiken handhabbar zu machen, die ohne die Vertrauenshandlung gar nicht bestehen würden.

Demgegenüber scheinen Bundespolitiker eine gelegentliche negative Berichterstattung als natürlichen Bestandteil des professionellen Miteinanders zu verstehen und problematisieren diese nicht weiter. Auch bei der Risikowahrnehmung ist es vor allem der höhere Professionalisierungsgrad der Bundesebene, der Unterschiede zur kommunalen Ebene bedingt. So sehen Bundespolitiker eine Orientierung hin zum 'Schlagzeilen-Journalismus', die mit einer Fixierung auf Skandale einhergehe, als ein großes Risiko der Vertrauensbeziehungen zu Journalisten. Diese journalistische Orientierung, ebenso wie die Kritik an ihr, kann als Ergebnis einer Professionalisierung und Ökonomisierung der politisch-medialen Sphäre gesehen werden.

Die Studie konnte zeigen, dass Journalisten und Politiker sowohl auf kommunaler Ebene, als auch auf Bundesebene mehrheitlich bestrebt sind, ihre Vertrauensbeziehungen miteinander zu vertiefen. Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden Ebenen betrifft die Anstrengungen

bezüglich der Pflege und der Weiterentwicklung der Vertrauensbeziehungen von Journalisten und Politikern. Grundsätzlich scheinen die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern auf beiden Ebenen in der Regel längerfristig angelegt zu sein und von den Beteiligten mehr oder weniger aktiv gepflegt zu werden. Dies geschieht mittels *regular communication* und *courtship*. Auf kommunaler Ebene kommt vor allem in Bezug auf *regular communication* die oft große räumliche Nähe zwischen den Akteuren im Kommunalen zum Tragen. So kommt es oft zu zufälligen Treffen, da die Verbindung der Akteure durch außerberufliche Kontakte größer ist. Diese Treffen wirken auch auf die Vertrauensbeziehungen. Ferner ist auffällig, dass sowohl Journalisten als auch Politiker im Kommunalen offenbar einer regelmäßigen Kommunikation auch ohne konkreten Anlass eine hohe Bedeutung zuschreiben. *Courtship* bedeutet im kommunalen Raum vor allem die Beobachtung des anderen und Gespräche mit Dritten zu führen. Politiker legen hier einen etwas stärkeren Fokus auf gesellschaftliche Veranstaltungen, die sie selbst organisieren, als formellen Rahmen des gegenseitigen Kennenlernens.

Während die Maßnahmen der Vertrauenspflege im Kommunalen von Journalisten und Politikern etwa in gleichem Umfang betrieben werden, scheinen auf Bundesebene in dieser Hinsicht die Journalisten etwas aktiver zu sein. Zwar wird auch auf Bundesebene von beiden Akteursgruppen ein *knowledge-based trust* als wichtig angesehen – sowohl Journalisten als auch Politiker scheinen hier bestrebt, möglichst schnell ein solches umfassendes Vertrauen zu entwickeln. Doch scheinen *regular communication* und *courtship* eher für Journalisten als für Politiker eine Rolle zu spielen. Wenngleich für Politiker eine Orientierung an den generellen Funktionsweisen und *constraints* des Journalismus die Regel ist, scheinen individuelle Bemühungen seitens der Politiker, die Beweggründe eines Journalisten zu verstehen, jedoch eher die Ausnahme zu sein. Allerdings gibt es einzelne Politiker, die der intensiven Kontaktpflege zu Journalisten eine große Bedeutung beimessen. Es wird deutlich, dass der hohe Professionalisierungsgrad und das hohe Arbeitsaufkommen auf der Bundesebene in dieser Hinsicht vor allem Politiker zwingen, Prioritäten zu setzen. Somit ist die aktive Pflege von Vertrauensbeziehungen für Politiker offenbar eher eine Option, während sie für Journalisten entscheidend für die Erfüllung ihrer Aufgaben ist. So dient für sie *knowledge-based trust* auch der Zeitersparnis, da die Kenntnis der jeweiligen Kompetenzen, Einstellungen und Beweggründe der Politiker eine aufwändige Recherche erübrigt.

Ein weiteres Erkenntnisinteresse der Studie galt der Entwicklung von Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern im Zeitverlauf. Ähnlich wie bei den Funktionen, die Vertrauen für Journalisten und Politiker erfüllt, gibt es auch bei den für die Entwicklung der Vertrauensbeziehungen relevanten Aspekten Parallelen. So ist die Entstehung einer

Vertrauensbeziehung, sowohl auf der geprägten Bundesebene als auch auf der Kommunal-ebene, vor allem abhängig von der Dimension öffentlich/ nicht-öffentlich: Wenn sowohl Journalisten als auch Politiker in der Interaktion eine gute Chance für die Erreichung ihrer jeweiligen Ziele in der Produktion politischer Nachrichten sehen, ist die Entstehung einer Vertrauensbeziehung wahrscheinlich. Auf der kommunalen Ebene scheint die Entstehung von Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern zudem in manchen Fällen abhängig von der Beziehungsdimension Harmonie/ Konflikt zu sein. So kann eine Vertrauensbeziehung durch negative Erfahrungen schnell ein Ende finden, beziehungsweise gar nicht erst entstehen. Dies wurde von einzelnen Akteuren auf journalistischer als auch auf politischer Seite bestätigt. Hierin kann abermals ein Ausdruck des geringeren Professionalisierungsgrades der kommunalen Ebene mit geringem Medienwettbewerb gesehen werden. Offenbar erlaubt dieser es den Akteuren zuweilen, ihre Vertrauenspartner stärker nach persönlichkeitsbezogenen Merkmalen wie Sympathie, statt ausschließlich nach professionellen Merkmalen auszuwählen.

Das Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern scheint eine natürliche Grenze zu haben, die vor allem durch die Dimension Nähe/ Distanz definiert ist. Dies wird vor allem in der Ab-senz von Vertrauensbeziehungen, die sich als *identification-based trust* beschreiben ließen, bei den befragten Journalisten und Politikern auf beiden untersuchten Ebenen deutlich. Insbesondere auf Seiten der Journalisten wird der Spagat zwischen Nähe und Distanz deutlich, etwa wenn über Politiker, zu denen ein gutes persönliches Verhältnis besteht, negativ berichtet werden muss, oder wenn eine Arbeitsbeziehung beendet wird, da sich zwischen Journalisten und Politikern eine Freundschaft entwickelt hat, die mit den professionellen Erfordernissen nicht mehr vereinbar ist.

Am häufigsten verbreitet scheinen Vertrauensbeziehungen, die sich im Übergangsbereich zwischen *calculus-based trust* und *knowledge-based trust* befinden. Diese Beziehungen bedürfen keines allzu hohen Aufwands und stehen nicht den beruflichen Normen der Journalisten und Politiker entgegen. Gleichzeitig scheint für die grundlegende Funktion von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern – die Moderation der Produktion politischer Nachrichten sowie des Nähe/ Distanz-Problems – ein weiter entwickeltes Vertrauen nicht notwendig zu sein. Dieses 'Verharren' auf einer bestimmten Stufe von Vertrauen wurde von Lewicki und Bunker bei der Entwicklung des Modells berücksichtigt. Da mit dem Modell keine normativen Implikationen verbunden sind, ist keine der Vertrauensstufen 'besser' als eine andere. Die Stufe der Vertrauensbeziehung richtet sich demnach nach dem Zweck, dem sie dient (vgl. Lewicki & Bunker, 1995, S. 156).

Ein letztes Erkenntnisinteresse dieser Arbeit galt der Bedeutung der Digitalisierung für die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern. Es konnten im Wesentlichen zwei Arten, wie die Digitalisierung auf die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern wirken kann, identifiziert werden. Die erste mögliche Wirkung ist die Stärkung der Politiker durch die Nutzung von Social Media-Angeboten zur direkten Kommunikation mit den Bürgern, die zweite ist die Veränderung der alltäglichen Kommunikation zwischen Journalisten und Politikern durch die digitalen Kommunikationskanäle. Der für diese Arbeit interessante Mechanismus der direkten Kommunikation von Politikern mit den Bürgern ist, dass die Stärke der Journalisten in der *frame building*-Phase durch die professionelle Nutzung von Social Media umgangen werden kann. Es wurde deutlich, dass dieser Aspekt auf der Bundesebene eine wesentlich stärkere Rolle spielt als in der untersuchten Kommune. Die Nutzung von Social Media-Kanälen wird in diesem Zusammenhang mitunter als Möglichkeit gesehen, einer negativen oder als ungerecht empfundenen massenmedialen Berichterstattung die eigene Sichtweise entgegenzusetzen. Es scheint als gelänge ihnen – zumindest zeitweise – der direkte Zugang zu den Bürgern und die Schaffung einer eigenen Öffentlichkeit. Diese wird etwa genutzt, um Gegendarstellungen zu veröffentlichen oder wenig beachteten Themen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Zudem thematisierten vor allem Politiker auf Bundesebene die schwindenden Reichweiten der klassischen massenmedialen Angebote wie etwa Tageszeitungen. Auch diese bewirken offenbar bei einigen Politikern ein Umdenken bezogen auf ihre Medienstrategie zugunsten direkterer Kommunikationsformen im Social-Media-Bereich. Es ist vorstellbar, dass sich auf diese Weise die klassische Machtarchitektur zwischen Journalisten und Politikern zumindest teilweise verändert hat und noch weiter verändert. Es scheint jedenfalls, dass das klassische Wechselspiel von Journalisten und Politikern davon nicht unberührt bleibt. Zumindest die Politiker erhoffen sich einen vergrößerten Handlungsspielraum von der Nutzung dieser Kanäle. Für die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern kann dies womöglich bedeutende Auswirkungen haben. Es hat jedoch den Anschein, dass das Vertrauen der hier befragten Journalisten und Politiker wenig von den Sozialen Medien beeinflusst wird. So lassen die Aussagen der Politiker vermuten, dass ihre Angewiesenheit auf die Journalisten durch die Möglichkeiten der Sozialen Medien nicht zurückgegangen ist. Der zentrale Zweck und damit der Kern der Vertrauensbeziehungen ist somit, trotz sozialer Medien, intakt.

Eine weiterer Effekt der Digitalisierung auf die alltäglichen Interaktionszusammenhänge zwischen Journalisten und Politikern ist eine Veränderung der Kommunikationsformen. Digitale Kommunikationsformen wie etwa die E-Mail oder Messenger-Dienste für das Smartphone haben den regelmäßigen Kontakt erleichtert. Die Möglichkeit der asynchronen Kommunikation

verschafft eine größere Flexibilität und erleichtert auf diese Weise Kommunikationsstränge, für die andernfalls die Beteiligten womöglich keine zeitlichen Ressourcen hätten. Vor allem die befragten Journalisten auf Bundesebene schätzen die Möglichkeit, mittels digitaler Kommunikationsformen schnell und bequem einen Kontakt zu Politikern herstellen zu können. Eine Arbeitserleichterung bedeutet für beide Seiten auch die Möglichkeit, auf diesem Wege Statements zu bestimmten politischen Themen abgeben zu können, ohne einen persönlichen Kontakt haben zu müssen. Auch zur anlasslosen Kontaktpflege sind diese Kommunikationsformen offenbar hilfreich – allerdings werden sie in dieser Funktion eher als Ergänzung zu den persönlichen Kommunikationsformen gesehen. Der für die Entwicklung eines *knowledge-based trust* zentrale Aspekt der *regular communication* kann offenbar von den digitalen Kommunikationskanälen profitieren. Insofern muss angenommen werden, dass die Digitalisierung in dieser Hinsicht eine positive Wirkung auf die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern entfalten kann, da womöglich durch die zusätzlichen, komfortablen Kommunikationskanäle *regular communication* in höherer Frequenz stattfindet. Die Voraussetzung ist dabei, eine gewisse Aufgeschlossenheit sowohl der Journalisten als auch der Politiker diesen Kommunikationskanälen gegenüber. Von einigen Akteuren, vor allem im politischen Spektrum gibt es scheinbar nach wie vor Vorbehalte gegen eine professionelle Nutzung von Messenger-Diensten oder anderen digitalen Kommunikationsformen.

9.3 Methodenkritik und Limitationen der Studie

Die vorliegende Untersuchung verfolgte eine explorative Zielsetzung. Die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern sind ein unbearbeitetes wie flüchtiges Forschungsfeld. Entsprechend war ein Methodendesign notwendig, welches es ermöglicht, die 'Untersuchungs-Objekte' selbst zu Wort kommen zu lassen. Die gewählte Methode der qualitativen Leitfadeninterviews erwies sich für diesen Zweck als sinnvoll. Die Leitfäden, welche das Erhebungsinstrument der Untersuchung waren, wurden auf Grundlage des theoretischen Fundaments entwickelt. Dabei wurde Wert auf die Vergleichbarkeit der Leitfäden für die Interviews mit den Journalisten und mit den Politikern gelegt. Gleichzeitig unterschieden sich die Leitfäden in einigen berufsfeldspezifischen Aspekten. So stand ein Instrument zur Verfügung, welches sich als angemessen für die vorliegende Untersuchung erwies. In der Befragung zeigte sich ferner der Wert der Entwicklung des Erhebungsinstruments auf Grundlage der theoretischen Vorarbeit. Das explorative Erkenntnisinteresse konnte auf diese Weise in den größeren Zusammenhang der Forschung zum Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern und zu interpersonalem Vertrauen gestellt werden. Die Erstellung der Fragebögen trug ferner dazu bei,

dass die Gespräche mit den Journalisten und Politikern 'auf Augenhöhe' geführt werden konnten und sich eine natürliche Gesprächsatmosphäre ergab.

Die Auswahl der Befragten folgte der Annahme, dass sich Vertrauensverhältnisse zwischen Akteuren der politischen und der journalistischen Sphäre bestmöglich am Beispiel der Leistungsrolleninhaber, also Journalisten und Politiker, abbilden lassen. Alle Befragten gaben umfangreiche Einblicke in ihr jeweiliges Betriebswissen und zeigten sich sehr aufgeschlossen, was die Beantwortung der Fragen betraf. Dies spricht wiederum für die Angemessenheit der getroffenen Auswahl der Befragten als auch des Erhebungsinstrumentes. Nichtsdestotrotz sollen in diesem Kapitel die Methode kritisch reflektiert und Einschränkungen der Studie benannt werden.

So ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Befunde zur kommunalen Ebene lediglich auf der Befragung von Journalisten und Politikern einer Kommune basieren. Eine Generalisierung der Befunde ist auf Grundlage qualitativer Daten ohnehin nicht möglich, in dem vorliegenden Fall ist jedoch auch die Bildung der Hypothesen vornehmlich auf mehr oder weniger identische Kommunen beschränkt. Dies ist ein typisches Merkmal qualitativer Studien. Auch ist die relativ geringe Zahl der auf kommunaler und auf Bundesebene befragten Journalisten und Politiker zu berücksichtigen. Zwar wurde die Auswahl der befragten Akteure theoretisch begründet und so lange fortgesetzt, bis sich eine Redundanz in den Aussagen zeigte. Dennoch hatte die Arbeit zu keiner Zeit den Anspruch, alle für das Erkenntnisinteresse relevanten Akteure aus dem Journalismus und der Politik zu befragen. Dass die befragten Journalisten und Politiker jeweils nur aus ihrer eigenen Perspektive, auch wenn dies die Perspektive eines Experten ist, berichten konnten, schränkt die Generalisierbarkeit der Befunde weiter ein.

Eine weitere Limitation betrifft die Interviewführung. Zwar wurden die Leitfäden mit dem Ziel der Ermöglichung einer natürlichen Gesprächssituation entwickelt, doch ist allein schon die starke normative Ladung des Themas eine große Herausforderung. Ein sozial erwünschtes Antwortverhalten ließ sich somit nicht komplett ausschließen. Selbstredend konnten auch Interviewer-Effekte nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Die Kontextfaktoren, die auf die Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern wirken, wurden sowohl in der theoretischen Vorarbeit als auch bei der Konstruktion der Leitfäden berücksichtigt. Dennoch kann die vorliegende Studie keinen Anspruch auf eine vollständige Erfassung der relevanten Kontextfaktoren der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern erheben. Auch konnten die Wirkungen der betrachteten Kontextfaktoren von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern nicht im Einzelnen erfasst werden. Dies gilt insbesondere für Kontextfaktoren, die individuell variieren.

Eine weitere Einschränkung betrifft den konkreten Beziehungsaspekt von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern. Für eine Analyse der tatsächlichen Vertrauensbeziehungen zwischen einem Akteur der journalistischen und einem Akteur der politischen Sphäre wäre es notwendig gewesen, solche 'Vertrauens-Dyaden' zu identifizieren und sowohl den jeweiligen Journalisten, als auch den jeweiligen Politiker zu ihrer jeweiligen Sicht auf ihre Vertrauensbeziehungen miteinander zu befragen. Aus forschungspragmatischen Gründen wurde jedoch davon abgesehen, solch konkrete Paarungen zu identifizieren und zu befragen. Es ist außerdem fraglich, ob der Erkenntnisgewinn tatsächlich größer wäre, wenn die Befragten sich ausschließlich zu einer bestimmten Vertrauensbeziehung äußern. Ferner wäre bei der Untersuchung von 'Vertrauens-Dyaden' eine größere Wahrscheinlichkeit sozial erwünschten Antwortverhaltens zu befürchten, setzt man voraus, dass die Befragten wissen, dass ihr wichtiger Partner aus der jeweils anderen Sphäre ebenfalls an der Studie teilnimmt.

Eine letzte Limitation der Studie betrifft ihre Aussagekraft über den Zeitpunkt der Befragung hinaus. So sind die hier erhobenen Aussagen zu Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern überwiegend Momentaufnahmen. Zwar wurden die Befragten dazu angeregt, die Entwicklung ihrer Vertrauensbeziehungen einzubeziehen. Eine Längsschnittstudie würde dem Ziel, die Entwicklung von Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern nachzuzeichnen, jedoch vermutlich besser entsprechen.

9.4 Ausblick

Mögliche Anknüpfungspunkte folgender Forschungsarbeiten zu Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern ergeben sich unter anderem aus den in Kapitel 9.3 geschilderten Einschränkungen dieser Arbeit. Die vorliegende Studie versteht sich als ein erster Schritt hin zu einem theoretisch fundierten Verständnis der Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern in der Bundesrepublik Deutschland. Für eine Generalisierbarkeit und Validierung der Befunde, könnte erreicht werden, indem eine quantitative Studie eine größere Zahl von Akteuren im Journalismus und der Politik befragt und eine Typenbildung vorgenommen wird. Insbesondere könnte so der Vielfalt der Kommunen Rechnung getragen werden.

Die Studie hat gezeigt, dass offensichtlich gerade der Medienwettbewerb einen großen Einfluss auf die Bedeutung und das Wesen von Vertrauensbeziehungen zwischen Journalisten und Politikern zu haben scheint. Dies sollte bei der Auswahl von untersuchten Kommunen und der Bildung von Clustern bei anschließenden Studien berücksichtigt werden. So könnte beispielsweise untersucht werden, ob in Kommunen mit einem hohen Medienwettbewerb die Vertrauensverhältnisse zwischen Journalisten und Politikern eher denen auf der Bundesebene ähneln.

Einen weiteren vielversprechenden Anknüpfungspunkt für die zukünftige Forschung stellen die hier identifizierten primären Zwecke von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern – die Moderation des Tausches von Informationen gegen Publizität sowie die Moderation der Spannungsverhältnisse von Nähe und Distanz sowie öffentlich/ nicht-öffentlich – dar. Zwar konnte die vorliegende Arbeit recht eindeutig feststellen, dass hier der zentrale Zweck von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern liegt. Es wäre jedoch lohnend, die Wirkungsweise von Vertrauen in diesem Zusammenhang zu ergründen. Bezogen auf die Nähe/ Distanz-Problematik scheint Vertrauen als funktionales Äquivalent von Kontrolle wirken zu können. Die Überprüfung dieser Annahme könnte ein zentraler und lohnender Gegenstand zukünftiger Studien sein, da sie einen Kern des Verhältnisses zwischen Journalisten und Politiker anspricht. Doch auch die weitergehende Beschäftigung mit der moderierenden Funktion im Spannungsverhältnis von öffentlich und nicht-öffentlich ist ein interessanter Ausgangspunkt für weitere Forschung. In diesem Zusammenhang sollte auch das Tauschverhältnis von Informationen gegen Publizität in den Blick genommen werden.

Literatur

- Bachmann, R. (2001). Trust, power and control in transorganizational relations. *Organization Studies*, 22 (2), 337-366.
- Baerns, B. (1985). Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Baier, A. (1986). Trust and antitrust. *ethics*, 96 (2), 231-260.
- Barney, J. & Hansen, M. (1994). Trustworthiness as a Source of Competitive Advantage. *Strategic Management Journal*, 15, Special Issue: Competitive Organizational Behavior (Winter, 1994), 175-190.
- Baugut, P. (2017). Politiker und Journalisten in Interaktion. Einfluss des Medienwettbewerbs auf lokale politische Kommunikationskulturen. Wiesbaden: Springer VS.
- Baugut, P., Fawzi, N. & Reinemann, C. (2015). Mehr als Nähe und Harmonie. Dimensionen des Verhältnisses von Kommunalpolitikern und Lokaljournalisten, *SCM Studies in Communication Media*, 4 (4), 407-436.
- Baugut, P. & Grundler M.-T. (2009). Politische (Nicht-)Öffentlichkeit in der Mediendemokratie. Eine Analyse der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern in Berlin. Baden-Baden: Nomos.
- Baugut, P. & Reinemann, C. (2013). Bilanz und Ausblick: Die Analyse politischer Kommunikationskulturen als ein Weg aus der Krise der lokalen Kommunikationsforschung? *Studies in Communication, Media*, 2 (3), 401-435.
- Balzer, A. & Geilich, M. (2006). Politische Kommunikation in der Gegenwartsgesellschaft - Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung. In A. Balzer, M. Geilich & S. Rafat (2006). Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung (16-31). Berlin: LIT Verlag.
- Bentele, G., Bohse, R., Hitschfeld, U., Krebber, F. (Hrsg.) (2015). Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft. Zur Debatte um Legitimation, öffentliches Vertrauen, Transparenz und Partizipation. Wiesbaden: Springer VS.
- Bernhard, U., Dohle, M. & Vowe, G. (2015). Wer nutzt wie das "Web 2.0" für Politik? Der Stellenwert von Social Media in politischen Kontexten. In K. Imhof, R. Blum, H. Bonfadelli, O. Jarren & V. Wyss (Hrsg.) (2015). Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012 (S. 41-54). Wiesbaden: Springer VS.
- Bieling, H.-J. (2017). Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. *WSI Mitteilungen*, 8/2017, 557-565.

- Birkner, T. (2019): Medialisierung und Mediatisierung. In P. Rössler & H.B. Brosius (Hrsg.) (2019). Reihe: Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Band 18. Baden-Baden: Nomos.
- Blöbaum, B. (2016). Journalismus als Funktionssystem der Gesellschaft. In M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.) (2016). Handbuch Journalismustheorien (S. 151-164). Wiesbaden: Springer VS.
- Blöbaum, B. (2004). Organisationen, Programme und Rollen. In M. Löffelholz (Hrsg.) (2004). Theorien des Journalismus (S. 201-215). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blöbaum, B., Nölleke, D. & Scheu, A. (2015). Das Experteninterview in der Kommunikationswissenschaft. In S. Averbek-Lietz & M. Meyen (Hrsg.) (2015). Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft (175-190). Wiesbaden: Springer VS.
- Blumler, J. G. & Gurevitch, M. (1995). The crisis of public communication. London: Routledge.
- Blumler, J. G. & Gurevitch, M. (1981). Politics and the press. An essay on role relationships. Handbook of Political Communication, 467-496. In Nimmo, D. D. & Sanders, K. R. (Hrsg.) (1981), Handbook of political communication. Beverly Hills: Sage Publications, Inc.
- Blumler, J.G. & Kavanagh, D. (1999). The Third Age of Political Communication. Political Communication, 16 (3), 209-230.
- Boon, S. & Holmes, J. (1991). The dynamics of interpersonal trust: resolving uncertainty in the face of risk. In R. Hinde & J. Groebel (Hrsg.) (1991). Cooperation and Prosocial Behaviour. Cambridge: University Press.
- Brants, K., de Vreese, C., Möller, J. & Van Praag, P. (2009). The Real Spiral of Cynicism? Symbiosis and Mistrust between Politicians and Journalists. *International Journal of Press/ Politics*, 15 (1), 25-40.
- Burgert, D. (2010). Politisch-mediale Beziehungsgeflechte. Ein Vergleich politikfeldspezifischer Kommunikationskulturen in Deutschland und Frankreich. Berlin: LIT-Verlag.
- Burt, R & Knez, M. (1996). Trust and third-party gossip. In R. Kramer & T. Tyler (Hrsg.) (1996). Trust in organizations: Frontiers of theory and research (S. 68-89). Thousand Oakes, London & New Delhi: Sage Publications.
- Callaghan, K. & Schnell, F. (2001). Assessing the democratic debate: How the news media frame elite policy discourse, *Political Communication*, 18 (2), 183-212.

- Cobb, R., Ross, J. K. & Ross, M. H. (1976). Agenda building as a comparative political process. *The American political science review*, 70 (1), 126-138.
- Cohen, B. (1963). *The press and foreign policy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Coleman, R., McCombs, M., Shaw, D. & Weaver, D. (2009). Agenda Setting. In K. Wahl-Jorgensen & T. Hanitzsch (Hrsg.) (2009). *The Handbook of Journalism Studies* (167-180). New York und London: Routledge.
- Colquitt, J., Scott, B. & LePine, J. (2007). Trust, trustworthiness, and trust propensity: a meta-analytic test of their unique relationships with risk taking and job performance. *The journal of applied psychology*, 92 (4), 909-927.
- Cook, T. E. (2005). *Governing with the News. The News Media as a Political Institution*. Second Edition. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Curall, S. C. & Judge, T. A. (1995). Measuring Trust Between Organizational Boundary Role Persons, *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 64 (2), 151-170.
- Dasgupta, P. (2000). Trust as a Commodity. In Gambetta, D. (Hrsg.) (2000). *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations* (S. 49-72). Online verfügbar: <http://www.sociology.ox.ac.uk/papers/dasgupta49-72.pdf>. Abrufdatum: 2020-11-18.
- Davis, A. (2009). Journalist-Source Relations, Mediated Reflexivity and the Politics of Politics. *Journalism Studies*, 10 (2), 204-219.
- Das, T. & Teng, B. (2004). The Risk-Based View of Trust: A Conceptual Framework, *Journal of Business and Psychology*, 19 (1), 85-116.
- Das, T. & Teng, B. (1998). Between trust and control: Developing confidence in partner cooperation in alliances. *Academy of management review*, 23 (3), 491-512.
- Deutsch, M. (1960). The Effect of Motivational Orientation upon Trust and Suspicion. *Human Relations*, 13 (2), 123-139.
- Deutsch, M. (1958). Trust and Suspicion, *The Journal of Conflict Resolution*, 2 (4), 265-279.
- Dohle, M., Jandura, O. & Vowe, G. (2014). Politische Kommunikation in der Online-Welt. Dimensionen des strukturellen Wandels politischer Kommunikation. *Zeitschrift für Politik, Neue Folge*, 61 (4), 414-436.
- Edelman, M. (1985). *The symbolic uses of politics*. University of Illinois Press.
- Eriksson, G. (2011). Adversarial moments: A study of short-form interviews in the news. *Journalism*, 12 (1), 51-69.
- Eriksson, G. & Östman, J. (2013). Cooperative or Adversarial? Journalists' Enactment of the Watchdog Function in Political News Production. *The International Journal of Press/ Politics*, 20 (10), 1-21.

- Esser, F. (2000). Spin Doctoring. Rüstungsspirale zwischen politischer PR und politischem Journalismus. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 13 (3), 17-24.
- Esser, F., Reinemann, C. & Fan, D. (2000). Spin Doctoring in British and German Election Campaigns. How the Press is Being Confronted with a new Quality of Political PR. *European Journal of Communication*, 15 (2), 209-239.
- Fawzi, N., Baugut, P. & Reinemann, C. (2018). Die Funktionen von Lokalmedien für die Kommunalpolitik, *M&K Medien und Kommunikationswissenschaft*, 66 (1), 22-40.
- Franklin, B. (2003). 'A good day to bury bad news?': journalists, sources and the packaging of politics. In S. Cottle (Hrsg.) (2003). *News, Public Relations and Power* (45-62). London: Sage.
- Ferrin, D., Dirks, K. & Shah, P. (2006). Direct and indirect effects of third-party relationships on interpersonal trust. *Journal of applied psychology*, 91 (4), 870-883.
- Ferrin, D., Bligh, M. & Kohles, J. (2007). Can I trust you to trust me? A theory of trust, monitoring, and cooperation in interpersonal and intergroup relationships. *Group & Organization Management*, 32 (4), 465-499.
- Gabarro, J. J. (1990). The Development of Working Relationships. In J. Galegher, R. E. Kraut & C. Egido (Hrsg.) (1990). *Intellectual Teamwork. Social and Technological Foundations of Cooperative Work* (S. 79-110). New York and London: Psychology Press, Taylor & Francis Group.
- Gambetta, D. (2000). Can We Trust Trust? In D. Gambetta (Hrsg.) (2000). *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations* (S. 213-237). Online verfügbar: <http://www.sociology.ox.ac.uk/papers/gambetta213-237.pdf>. Abrufdatum: 2020-11-15.
- Gambetta, D. (Hrsg.) (1988). *Trust: Making and breaking cooperative relations*. Oxford: Basil Blackwell Ltd.
- Gans, H. J. (1980) *Deciding What's News. A Study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek and Time*. New York: Oxford University Press.
- Gerhards, J. (1994). Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In F. Neidhardt (Hrsg.) (1994). *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 77-105). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Giffin, K. (1967). The contribution of studies of source credibility to a theory of interpersonal trust in the communication process, *Psychological Bulletin*, 68 (2), 104-120.
- Gläser, J. & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*, 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Good, D. (2000). Individuals, Interpersonal Relations, and Trust. In D. Gambetta (Hrsg.) (2000). *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations* (S. 213-237). Online verfügbar: <http://www.sociolgy.ox.ac.uk/papers/good31-48.pdf>. Abrufdatum: 2020-11-18.
- Graber, D. & Smith, J. (2005). Political communication faces the 21st century. *Journal of Communication*, 55 (3), 479-507.
- Grossman, M. B. & Rourke F. E. (1976). The Media and the Presidency: An Exchange Analysis. *Political Science Quarterly*, 91 (3), 455-470.
- Gulati, R. & Sytch, M. (2008). Does Familiarity Breed Trust? Revisiting the Antecedents of Trust. *Managerial and Decision Economics*, 29 (2/ 3), 165-190.
- Gurevitch, M., Coleman, S. & Blumler, J. G. (2009). Political Communication - Old and New Media Relationships. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 625, 164-181.
- Hallin, D. (1992). Sound Bite News: Television Coverage of Elections, 1968-1988, *Journal of Communication*, 42 (2), 5-24.
- Handstein, H. (2013). Die Crossmedialisierung des Lokaljournalismus und ihre Implikationen für die journalistische Qualität. In H. Pöttker & A. Vehmeier (Hrsg.) (2013). *Das verkannte Ressort. Probleme und Perspektiven des Lokaljournalismus* (S139-160). Wiesbaden: Springer.
- Hoffjann, O. & Lohse, M. (2016). "Berliner Käseglocke" versus "Hannoveraner Verhältnisse"? Eine vergleichende Untersuchung der Beziehungen von Politik und Journalismus auf Bundes- und Länderebene. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 64 (2), 193-218.
- Hoffmann, J. (2003). *Inszenierung und Interpretation. Das Zusammenspiel von Eliten aus Politik und Journalismus*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hoffmann, J. & Zielmann, S. (2004). Politische PR in der Wahrnehmung von Politikern und Journalisten - Anerkennung oder Abwehr professioneller Gestaltungsansprüche der Öffentlichkeitsarbeit? In K. Neubert & H. Scherer (2004). *Die Zukunft der Kommunikationsberufe. Ausbildung, Berufsfelder, Arbeitswelten* (S. 225-241). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Hölig, S. & Hasebrink, U. (2017). Reuters Institute Digital News Survey 2017. Ergebnisse für Deutschland. Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts Nr. 42, Juni 2017. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.
- Jandura, O. & Leidecker, M. (2015). "Opposition ist Mist". Der Einfluss politischer Kontextbedingungen für den Erfolg von Parteien-PR. In R. Fröhlich & T. Koch (Hrsg.) (2015). *Politik – PR – Persuasion* (S. 33-48). Wiesbaden: Springer.

- Jarren, O. & Donges, P. (2011). Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 3., grundlegend überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jarren, O. & Röttger, U. (1999). Politiker, politische Öffentlichkeitsarbeiter und Journalisten als Handlungssystem. In L. Rolke & V. Wolff (Hrsg.) (1999). Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden (S. 199-221). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jarren, O., Donges, P. & Weßler, H. (1996). Medien und politischer Prozeß. Eine Einleitung. In O. Jarren, P. Donges & H. Weßler (Hrsg.) (1996). Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel (S. 9-40). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, O., Sarcinelli, U. & Saxer, U. (Hrsg.) (2002). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kaiser, R. (2014). Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kepplinger, H. M. (1998). Der Nachrichtenwert der Nachrichtenfaktoren. In C. Holtz-Bach, H. Scherer, N. Waldmann (Hrsg.) (1998). Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben (S. 19-39). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kepplinger, H. M. & Marx, D. (2008). Wirkungen und Rückwirkungen der politischen Kommunikation. Reziproke Effekte auf Landtagsabgeordnete. In U. Sarcinelli & J. Tenscher (Hrsg.) (2008). Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation (S. 188-208). Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Kiousis, S., Mitrook, M., Wu, X. & Seltzer, T. (2006). First- and Second-Level Agenda-Building and Agenda-Setting Effects: Exploring the Linkages Among Candidate News Releases, Media Coverage, and Public Opinion During the 2002 Florida Gubernatorial Election. *Public Relations Research*, 18 (3), 265-268.
- Kiousis, S. & Strömbäck, J. (2014). Political public relations. In C. Reinemann (Hrsg.) (2014). Political Communication (249-268). Berlin: de Gruyter.
- Kohring, M. (2006). Öffentlichkeit als Funktionssystem der modernen Gesellschaft. Zur Motivationskraft von Mehrsystemzugehörigkeit. In A. Ziemann (Hrsg.) (2006). Medien der Gesellschaft - Gesellschaft der Medien (S. 161-181). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

- Kohring, M. (2001). Vertrauen in Medien – Vertrauen in Technologie. *Arbeitsbericht Nr. 196*, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.
- Koppetsch, C. (2017). Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung. In D. Jörke & O. Nachtwey (Hrsg.) (2017). *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie* (S. 208-232). Baden-Baden: Nomos.
- Köstler, N. (2012). Geliebter Feind. Das Verhältnis von Journalisten und Politikern im lokalen Wahlkampf. In K.-D. Altmeppen & R. Greck (Hrsg.) (2012). *Facetten des Journalismus. Theoretische Analysen und empirische Studien* (119-141). Wiesbaden: Springer.
- Kramer, R. (1999). Trust and Distrust in Organizations: Emerging Perspectives, Enduring Questions. *Annual Review of Psychology*, 50 (1), 569-598.
- Krause, W., Spittler, M. & Wagner, A. (2017). Attraktion und Repulsion. AnhängerInnen rechts- und linkspopulistischer Parteien im europäischen Vergleich. In D. Jörke, O. Nachtwey (Hrsg.) (2017): *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie* (106-134). Baden-Baden: Nomos.
- Langenbucher, W. R. & Lipp, M. (1982). Kontrollieren Parteien die politische Kommunikation? In J. Raschke (1982). *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung* (S. 217-234). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Larsson, L. (2002). Journalists and Politicians: a relationship requiring manoeuvring space. *Journalism Studies*, 3 (1), 21-33.
- Levin, D., Whitener, E. & Cross, R. (2006). Percieved trustworthiness of knowledge sources: The moderating impact of relationship length. *Journal of Applied Psychology*, 91 (5), 1163-1171.
- Lewicki, R. & Bunker, B. (1996). Developing and Maintaining Trust in Work Relationships. In R. Kramer & T. Tyler (Hrsg.) (1996). *Trust in Organizations. Frontiers of Theory and Research*. Thousand Oakes, London and New Delhi (S. 114-139). Sage Publications.
- Lewicki, R. & Bunker, B. (1995). Trust in relationships: A model of development and decline. In B. Bunker & J. Rubin (Hrsg.) (1995). *Conflict, cooperation, and justice: Essays inspired by the work of Morton Deutsch*. San Francisco: Jossey-Bass/ Wiley.
- Lewicki, R., Tomlinson, E. & Gillespie, N. (2006). Models of Interpersonal Trust Development: Theoretical Approaches, Empirical Evidence, and Future Directions. *Journal of Management*, 32 (6), 991-1022.
- Lewis, J. & Weigert, A. (1985). Trust as a Social Reality. *Oxford Journals*, 63 (4), 967-985.
- Lount, R. & Pettit, N. (2012). The social context of trust: The role of status. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 117 (1), 15-23.

- Luhmann, N. (1995). *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, N. (1987). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1979). *Trust and power*. Chichester: Wiley.
- Luhmann, N. (1989). *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. 3., durchgesehene Auflage. Stuttgart: Ferdinand Enke, Verlag.
- Luhmann, N. (1968). *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Ferdinand Enke, Verlag.
- Mancini, P. (2013). Media Fragmentation, Party System, and Democracy. *The International Journal of Press/ Politics*, 18 (1), 43-60.
- Mancini, P. (1999). New Frontiers in Political Professionalism. *Political Communication*, 16 (3), 231-245.
- Mancini, P. (1993). Between trust and suspicion: How political journalists solve the dilemma. *European journal of communication*, 8 (1), 33-51.
- Marcinkowski, F. (1993). *Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marcinkowski, F. & Metag, J. (2014). Lassen sich mit dem Internet Wählerstimmen gewinnen? Befunde zu drei deutschen Wahlen. *Publizistik*, 58 (1), 23-44.
- Mayer, R., Davis, J. & Schoorman, F. (1995). An integrative model of organizational trust. *Academy of Management Review*, 20 (3), 709-734.
- Mazzoleni, W. & Schulz, W. (1999). "Mediatization" of Politics: A Challenge for Democracy? *Political Communication*, 16 (3), 247-261.
- McAllister, D. (1995). Affect- and cognition-based trust as foundations for interpersonal cooperation in organizations. *Academy of Management Journal*, 38 (1), 24-59.
- McChesney, R. W. (2012). Farewell to journalism? *Journalism Practice*, 6 (5-6), 614-626.
- McCombs, M. (2004). *Setting the agenda: the mass media and public opinion*. Cambridge: Polity Press.
- McLain, D. & Hackman, K. (1999). Trust, Risk, and Decision-Making in Organizational Change. *Public Administration Quarterly*, 23 (2), 152-176.
- McKnight, D. & Chervany, N. (2001). Trust and Distrust: One Bite at a Time. In R. Falcon, M. Singh & Y.-H. Tan (Hrsg.) (2001). *Trust in Cyber-societies* (S. 27-54). Berlin und Heidelberg: Springer-Verlag.

- McKnight, D., Cummings, L. & Chervany, N. (1998). Initial trust formation in new organizational relationships. *Academy of Management review*, 23 (3), 473-490.
- McManus, J. (1994). *Market-driven journalism: Let the citizens beware?* Thousand Oakes: Sage Publications.
- McNair, B. (2000). *Journalism and Democracy. An evaluation of the political public sphere.* London and New York: Routledge.
- Merten, K. & Teipen, P. (1991). *Empirische Kommunikationsforschung. Darstellung, Kritik, Evaluation.* München: Ölschläger.
- Metag, J. (2015). Die Stimme des Volkes. Kommunikations- und Meinungsbildungsprozesse bei lokal- und bundespolitischen Entscheidungen, *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 63 (1), 18-43.
- Metag, J. & Rauchfleisch, A. (2017). Journalists' use of political tweets: Functions for journalistic work and the role of perceived influences. *Digital Journalism*, 5 (9), 1155-1172.
- Meuser, M. & Nagel, U. (2009). Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In S. Pickel, G. Pickel, H.-J. Lauth & D. Jahn (Hrsg.) (2009). *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen* (465-479). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meyen, M., Löblich, M., Pfaff-Rüdiger, S. & Riesmeyer, C. (2019). *Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft. Eine praxisorientierte Einführung*, 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Möhring, Wiebke (2013): Profession mit Zukunft? Zum Entwicklungsstand des Lokaljournalismus. In: Pöttker, Horst/ Vehmeier, Anke [Hrsg.] (2013): *Das verkannte Ressort. Probleme und Perspektiven des Lokaljournalismus.* Wiesbaden. 63-75.
- Mölders, M. (2019). Lob der Salami-Taktik: Der Transparenz-Imperativ als Kritik des strategischen Enthüllungsjournalismus. In V. August & F. Osrecki (Hrsg.) (2019): *Der Transparenz-Imperativ. Normen – Praktiken – Strukturen* (247-270). Wiesbaden: Springer.
- Möllering, G. (2005). The Trust/ Control Duality: An Integrative Perspective on Positive Expectations of Others. *International Sociology*, 20 (3), 283-305.
- Mooradian, T., Renzl, B. & Matzler, K. (2006). Who Trusts? Personality, Trust and Knowledge Sharing. *Management Learning*, 37 (4), 523-540.
- Newton, K. (2001). Trust, social capital, civil society, and democracy. *International political science review*, 22 (2), 201-214.

- Niedermayer, Oskar (2020). Mitgliederentwicklung der Parteien. Online verfügbar: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung>.
- Noelle-Neumann, E. (1974). The spiral of silence a theory of public opinion. *Journal of communication*, 24 (2), 43-51.
- Nuernbergk, C. (2016). Political Journalists' Interaction Networks, *Journalism Practice*, 10 (7), 868-879.
- Oberreuter, H. (2013). Öffentlichkeit, Politik, Demokratie – Interdependenzen der Macht. In E. Czerwick (Hrsg.) (2013). Politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Festschrift für Ulrich Sarcinelli (S.43-51). Wiesbaden: Springer VS.
- Oswald, M. (2018). Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel – ein disruptives Zeitalter? In M. Oswald & M. Johann (Hrsg.) (2018). Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel. Interdisziplinäre Perspektiven im digitalen Wandel (S. 7-34). Wiesbaden: Springer VS.
- Parmelee, J. H. (2014). The agenda-building function of political tweets. *New Media and Society*, 16 (3), 434-450.
- Pfadenhauer, M. (2007). Das Experteninterview. Ein Gespräch auf gleicher Augenhöhe. In R. Buber & H. Holzmüller (Hrsg.) (2007). Qualitative Marktforschung. Konzepte – Methoden – Analysen (S. 449-461). Wiesbaden: Gabler.
- Pfetsch, B. (2003). Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pfetsch, B., & Mayerhöffer, E. (2011). Vordergründige Nähe. Zur Kommunikationskultur von Politik- und Medieneliten in Deutschland. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59(1), 40-59.
- Pöttker, H. (2003). Kommunikationsstörungen? Zur Systematik der sozialen Beziehung zwischen Politikern und Journalisten. In: Sarcinelli, U., & Tenscher, J. (2003). Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung (S. 149-168). Baden-Baden: Nomos.
- Puls, M. (2013): Von Profis und Hobbyschreibern. Freie Journalisten in Deutschland. In: H. Pöttker & A. Vehmeier (Hrsg.) (2013). Das verkannte Ressort. Probleme und Perspektiven des Lokaljournalismus (S. 27-38). Wiesbaden: Springer.

- Raupp, J. & Kocks, J. N. (2018). News Management im digitalen Wandel. In M. Oswald, & M. Johann (Hrsg.) (2018). *Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel* (S. 115-136). Wiesbaden: Springer VS.
- Reich, Z. (2006). The Process Model of News Initiative, *Journalism Studies*, 7 (4), 497-514.
- Rempel, J, Holmes, J. & Zanna, M. (1985). Trust in close relationships, *Journal of Personality and Social Psychology*, 49 (1), 95-112.
- Renzl, B. (2008). Trust in management and knowledge sharing: The mediating effects of fear and knowledge documentation. *Omega. The International Journal of Management Science*, 36 (2), 206-220.
- Ring, P & Van de Ven, A. (1994). Developmental Processes of Cooperative Interorganizational Relationships. *Academy of Management Review*, 19 (1), 90-118.
- Röper, H. (2014). Zeitungsmarkt 2014: Erneut Höchstwert bei Pressekonzentration, *Media Perspektiven*, 18 (5), 254-270.
- Röttger, U. (2015). Leistungsfähigkeit politischer PR. Eine mikropolitische Analyse der Machtquellen politischer PR auf Bundesebene. In R. Fröhlich, T. Koch (Hrsg.) (2015). *Politik – PR – Persuasion. Strukturen, Funktionen und Wirkungen politischer Öffentlichkeitsarbeit* (S. 11-32). Wiesbaden: Springer VS.
- Rousseau, D., Sitkin, S., Burt, R & Camerer, C. (1998). Not so different after all: a cross-discipline view of trust. *Academy of Management Review*, 23 (3), 393-404.
- Salgado, S. & Strömbäck, J. (2012). Interpretative journalism: A review of concepts, operationalizations and key findings. *Journalism*, 13 (2), 144-161.
- Sarcinelli, U. (2011). *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3., erweiterte und überarbeitete Auflage*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sarcinelli, U. (1991). Massenmedien und Politikvermittlung – eine Problem- und Forschungsskizze, *Rundfunk und Fernsehen*, 39 (4), 469-486.
- Sarcinelli, U. (1987). Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur. In U. Sarcinelli (Hrsg.) (1987). *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur* (S. 19-45). Stuttgart: Bonn Aktuell.
- Sarcinelli, U. & Tenscher, J. (2008). Politikherstellung und Politikdarstellung. Eine Einführung. In U. Sarcinelli & J. Tenscher (Hrsg.) (2008). *Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation* (S. 7-18). Köln: Herbert von Halem Verlag.

- Schäfer, W. (1999). Journalismus. Pressestellen und Tageszeitungen: Komplizierte Verhältnisse. In L. Rolke & V. Wolff (Hrsg.) (1999). *Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden* (S.49-61). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schatz, H. (1982). Medienpolitik und Medienfunktionen: Verwaltungswissenschaftlich relevante Fragestellung und vorliegende Untersuchungsergebnisse. In J.J. Hesse (Hrsg.) (1982). *Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. Politische Vierteljahresschrift*, Vol 13, 1982. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Scheufele, D. (2000). Agenda-Setting, Priming, and Framing Revisited: Another Look at Cognitive Effects of Political Communication, *Mass Communication & Society*, 3 (2&3), 297-316.
- Scheufele, D. & Tewksbury, D. (2007). Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models, *Journal of Communication*, 57 (2007), 9-20.
- Schoorman, F., Mayer, R. & Davis, J. (2007). An integrative model of organizational trust: Past, present, and future. *Academy of Management Review*, 32 (2), 344-354.
- Schudson, M. (2002). The News Media as Political Institutions, *Annual Review of Political Science*, 5 (1), 249-269.
- Schudson, M. (1991). The sociology of news production revisited. In J. Curran & M. Gurevitch (Hrsg.) (1991). *Mass Media and Society* (S. 141-159). London: Edward Arnold.
- Schudson, M. (1989). The sociology of news production. *Media, Culture and Society*, 11 (3), 263-282.
- Schulz, Winfried (2014): In: Reinemann, Carsten [Hrsg.] (2014): *Political Communication*. Berlin.
- Schulz, W. (2013). Medialisierung – Was war noch gleich die Frage? In N. Jakob, M. Maurer, S. Geiß & G. Daschmann (Hrsg.) (2013). *Realismus als Beruf* (S. 49-66). Wiesbaden: Springer VS.
- Schweiger, W. (2016). *Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern*. Wiesbaden: Springer.
- Shapiro, S. (1987). The social control of impersonal trust. *American journal of Sociology*, 93 (3), 623-658.
- Shapiro, D., Sheppard, B & Cheraskin, L. (1992). Business on a handshake. *Negotiation Journal*, 8 (4), 365-377.
- Sheppard, B. & Sherman, D. (1998). The Grammars of Trust: A Model and General Implications. *Academy of Management Review*, 23 (3), 422-437.

- Shoemaker, P. J. & Reese, S. D. (2014). *Mediating the Message in the 21st Century. A Media Sociology Perspective*. New York and London: Routledge.
- Sitkin, S. & Roth, N. (1993). Explaining the Limited Effectiveness of Legalistic "Remedies for Trust/ Distrust. *Organization Science*, 4 (3), 367-392.
- Steindl, L., Lauerer, C., & Hanitzsch, T. (2017). Journalismus in Deutschland. *Publizistik*, 2017, 62 (4), 401-423.
- Steiner, M., Magin, M., Stark, B. & Jürgens, P. (2019). Aus Versehen informiert? Facebooks Bedeutung für die Nachrichtennutzung nebenbei – eine Mehrmethoden-Analyse. In P. Weber, F. Mangold, M. Hofer & T. Koch (Hrsg.) (2019). *Meinungsbildung in der Netzöffentlichkeit. Aktuelle Studien zu Nachrichtennutzung, Meinungs Austausch und Meinungsbeeinflussung in Social Media (19-36)*. Zürich: Nomos.
- Strömbäck, J. & Kiousis, S. (2014). Political public relations. In C. Reinemann (Hrsg.) (2014). *Political Communication (S. 109-128)*. Berlin: de Gruyter.
- Sydow, J. (1998). Understanding the Constitution of Interorganizational Trust. In Lane, C. & Bachmann, R. (Hrsg.) (1998). *Trust within and between Organizations. Conceptual Issues and Empirical Applications (S. 31-63)*. Oxford: Oxford University Press.
- Tedesco, J. C. (2011). Political Public Relations and Agenda Building. In J. Strömbäck & S. Kiousis (Hrsg.) (2011). *Political Public Relations. Principles and Applications (S. 75-94)*. New York and London: Routledge.
- Tenscher, J. (2013). Politische Kommunikation im Kleinen - eine Einleitung. Einleitung zum Schwerpunktheft. *SCM Studies in Communication Media*, 2 (3), 265-273.
- Tenscher, J. (2003). Professionalisierung der Politikvermittlung? Politikvermittlungsexperten im Spannungsfeld von Politik und Massenmedien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tuchman, G. (2002). The production of news. In K. B. Jensen (Hrsg.) (2002). *A Handbook of Media and Communication Research. Qualitative and quantitative methodologies (S. 78-90)*. London and New York: Routledge.
- Tuchman, G. (1976). Making News by Doing Work: Routinizing the Unexpected. *American Journal of Sociology*, 79 (1), 110-131.
- Tunstall, J. (1970). *The Westminster lobby correspondents: A sociological study of national political journalism*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Van Aelst, A. (2014). Media, political agendas and public policy. In C. Reinemann (Hrsg.) (2014). *Political Communication (S. 231-248)*. Berlin: De Gruyter.

- Van Aelst, A., Sehata, A. & Van Dalen, A. (2008). Members of Parliament: Equal Competitors for Media Attention? An Analysis of Personal Contacts Between MPs and Political Journalists in Five European Countries. *Political Communication*, 27 (3), 310-325.
- Van Gorp, B. (2007). The Constructionist Approach to Framing: Bringing Culture Back In, *Journal of Communication*, 57 (1), 60-78.
- Vowe, G. & Dohle, M. (2007). Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschungen zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen. *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (2), 338-359.
- Wahl-Jorgensen, K. (2014). The production of political coverage. In C. Reinemann (Hrsg.) (2014). *Political Communication* (S. 305-323). Berlin: De Gruyter.
- Wassermann, S. (2015). Das qualitative Experteninterview. In M. Niederberger & S. Wassermann (Hrsg.) (2015). *Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in der sozialwissenschaftlichen Forschung* (S. 51-67). Wiesbaden: Springer VS.
- Weber, P. & Mangold, F. (2019) Konsequenzen des Digitalen Wandels öffentlicher Kommunikation. Aktuelle Befunde der Rezeptions- und Wirkungsforschung zu Nachrichtennutzung, Meinungsartikulation und -Beeinflussung. In P. Weber, F. Mangold, M. Hofer & T. Koch (Hrsg.) (2019). *Meinungsbildung in der Netzöffentlichkeit. Aktuelle Studien zu Nachrichtennutzung, Meinungsaustausch und Meinungsbeeinflussung in Social Media* (7-18). Zürich: Nomos.
- Wolling, J. (2016). Struktureller Wandel der politischen Kommunikation durch die Diffusion von Online-Medien: empirischer Test einer weitreichenden These. In P. Henn & Frieß, D. (Hrsg.) (2016). *Politische Online-Kommunikation: Voraussetzungen und Folgen des strukturellen Wandels der politischen Kommunikation* (19-45). Berlin: Digital Communication Research.
- Yamagishi, T. & Yamagishi, M. (1994). Trust and Commitment in the United States and Japan. *Motivation and Emotion*, 18 (2), 129-166.
- Zand, D. (1972). Trust and Managerial Problem Solving. *Administrative Science Quarterly*, 17 (2), 229-239.
- Zhou, Y. & Moy, P. (2007). Parsing Framing Processes: The Interplay Between Online Public Opinion and Media Coverage, *Journal of Communication*, 57 (1), 79-98.

Anhang

Interviewleitfaden für die Interviews mit den befragten Journalisten

Leitfrage (Erzählaufforderung, Reihenfolge und exakte Formulierung variabel)	Aufrechterhaltungs- und Steuerungsfragen	Checkpunkte (Abfragen, wenn nicht angesprochen)
Bedeutung und Funktion von Vertrauen zwischen Politikern und Journalisten		
Für mich ist es zunächst einmal interessant, einen Einblick in ihre Arbeit zu erhalten. Für Politiker ist unter anderem ein Zugang zu Politikern besonders wichtig, um an Informationen zu gelangen. Können Sie beschreiben, wie Sie typischerweise vorgehen, wenn Sie zu einem bestimmten Thema recherchieren möchten?	Wie wichtig ist ein guter Kontakt bzw. ein gutes Verhältnis zu dem Politiker dabei?	Redaktioneller Ablauf Kommunikationskanäle
Welchen Stellenwert haben Politikerinformationen bei der Informationsbeschaffung?	Für welche Themen/unter welchen Umständen ist das Gespräch mit Politikern essentiell? Wann ist es eher ungeeignet? Warum?	
Stichwort Aktualität: Erhalten Sie die „wertvollsten“ Informationen direkt von Politikern?		
Was würden Sie sagen, von wem geht die Kontaktaufnahme zumeist aus: Vom Politiker oder vom Journalisten?	Gibt es hier Unterschiede im Hinblick auf Themen?	
Gibt es einen/mehrere Politiker, mit denen Sie regelmäßig beruflich in Kontakt treten? Woher kennen Sie sich?		
Welche Rolle spielt Vertrauen in diesen Beziehungen?		
Wenn Sie an ihre Beziehungen zu Politikern denken, mit denen Sie in ihrem Berufsalltag immer wieder Kontakt haben: Wie haben sich diese Beziehungen entwickelt/ verändert?	Hat die Vertraulichkeit zugenommen?	
Was tun Sie, um existierende Kontakte zu Politikern aufrecht zu erhalten?		
Wie entscheiden Sie, mit wem Sie eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung aufbauen wollen?		
Würden Sie vertrauensvoll mit einem Politiker zusammenarbeiten, zu dem		

Sie persönlich kein gutes Verhältnis haben?		
<i>Calculus-Based Trust</i>		
Inwiefern kalkulieren Sie Vor- und Nachteile, die das Eingehen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit einem Politiker mit sich bringt?	Was sind wichtige Faktoren bei dieser Kalkulation? Ranghöhe, Sachkenntnis, politische Linie, Potenzial für spätere Karriere?	
Wie sieht das bei einer bestehenden Arbeitsbeziehung aus?	Kalkulieren Sie ‚Kosten‘ und ‚Gewinne‘, die die Pflege der Beziehung mit sich bringt? Wovon ist das abhängig?	
Welche Rolle spielen ‚Drohpotentiale‘ in einer solchen Beziehung?	Bspw. brisante Informationen, die der Politiker hat oder der Ausschluss eines Politikers aus der aktuellen Berichterstattung	
Welche dieser Drohpotentiale sind häufig Bestandteil einer Arbeitsbeziehung zwischen Journalisten und Politikern?	Bspw. vielseitige Abhängigkeit, alternative Beziehungen, persönliche Reputation als Geisel	
<i>Knowledge-Based Trust</i>		
Würden Sie sagen, dass Informationen über Politiker, mit denen Sie interagieren, diese im Laufe der Zeit berechenbarer machen?		
Welche Bedeutung hat dies für das Vertrauen in der Beziehung?		
Wie erreicht man die Fähigkeit, sein Gegenüber besser einschätzen/ berechnen zu können?	Welche Rolle spielt Wissen über seine/ ihre Beweggründe, sprich Verständnis dabei?	
Wie wichtig ist regelmäßiger Kontakt für Vertrauen in der Beziehung?		
<i>Identification-Based Trust</i>		
Unterhalten Sie auch Freundschaften zu Politikern?	Was zeichnet diese Beziehungen aus?	
Vertrauen Sie befreundeten Politikern eher?		
Welche Gemeinsamkeiten haben Sie mit diesen Politikern?	z.B. gemeinsames Studium, gleiche Herkunft, räumliche Nähe	
Wie wichtig sind diese Gemeinsamkeiten ggf. für Sie?		
<i>Risiken in und durch Vertrauensbeziehungen und -handlungen</i>		
Wenn Sie eine vertrauensbasierte Interaktion mit einem Politiker eingehen, setzen Sie sich auch einem gewissen Risiko aus. Wie gehen Sie damit um?		
Findet eine Abwägung des Risikos gegen die zu erwartenden Vorteile statt?		

Ist das Eingehen eines solchen Risikos problematisch?		
Gibt es Mechanismen, mit denen dieses Risiko vermindert werden kann?		
Outcome/Feedback/vorherige Erfahrungen		
Wenn Sie überlegen, ob sie einem Politiker vertrauen können, beziehen Sie dann vorangegangene Handlungen mit ein?	Beziehen Sie ausschließlich Handlungen Ihnen selbst gegenüber mit ein oder auch solche anderen gegenüber?	Intergrity
Würden Sie sich trotz negativer Erfahrungen mit einem Politiker auf erneute vertrauliche Zusammenarbeit einlassen?	Wovon ist das abhängig?	
Bedeutung digitaler Kommunikation		
Welchen Stellenwert haben digitale Kommunikationskanäle bei ihrer Arbeit?	Also E-Mail, What'sApp, SMS...	
Worin sehen Sie den Hauptnutzen digitaler Kommunikationskanäle für Ihre Arbeit?		
Erkennen Sie besondere Risiken bei vertraulicher Kommunikation mittels digitaler Kommunikationskanäle?		
Gibt es bei Ihnen interne Richtlinien zum Umgang mit Online-Kommunikation?		

Interviewleitfaden für die Interviews mit den befragten Politikern

Leitfrage (Erzählaufforderung, Reihenfolge und exakte Formulierung variabel)	Aufrechterhaltungs- und Steuerungsfragen	und Checkpunkte (Abfragen, wenn nicht angesprochen)
Bedeutung und Funktion von Vertrauen zwischen Politikern und Journalisten		
Für mich ist es zunächst einmal interessant, einen Einblick in ihre Arbeit zu erhalten. Für Politiker ist unter anderem ein Zugang zur Öffentlichkeit besonders wichtig. Welche Rolle spielt, ganz allgemein, die politische Berichterstattung für den Erfolg oder Misserfolg von Politik?		Redaktioneller Ablauf Kommunikationskanäle
Können Sie beschreiben, wie Sie typischerweise vorgehen, wenn sie ein Thema in den Medien veröffentlicht sehen möchten?	Wie wichtig ist ein guter Kontakt bzw. ein gutes Verhältnis zu dem Journalisten dabei?	

Was würden Sie sagen, von wem geht die Kontaktaufnahme zumeist aus: Vom Politiker oder vom Journalisten?	Gibt es hier Unterschiede im Hinblick auf Themen?	
Gibt es einen/mehrere Journalisten, mit denen Sie regelmäßig beruflich in Kontakt treten? Woher kennen Sie sich?		
Welche Rolle spielt Vertrauen in diesen Beziehungen?		
Wenn Sie an ihre Beziehungen zu Journalisten denken, mit denen Sie in ihrem Berufsalltag immer wieder Kontakt haben: Wie haben sich diese Beziehungen entwickelt/ verändert?	Hat die Vertraulichkeit zugenommen?	
Was tun Sie, um existierende Kontakte zu Journalisten aufrecht zu erhalten?		
Wie entscheiden Sie, mit wem Sie eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung aufbauen wollen?		
Würden Sie vertrauensvoll mit einem Journalisten zusammenarbeiten, zu dem Sie persönlich kein gutes Verhältnis haben?	Oder sitzt das Misstrauen zu tief?	
<i>Calculus-Based Trust</i>		
Inwiefern kalkulieren Sie Vor- und Nachteile, die das Eingehen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit einem Journalisten mit sich bringt?	Was sind wichtige Faktoren bei dieser Kalkulation? Ranghöhe, Sachkenntnis, politische Linie, Potenzial für spätere Karriere?	
Wie sieht das bei einer bestehenden Arbeitsbeziehung aus?	Kalkulieren Sie ‚Kosten‘ und ‚Gewinne‘, die die Pflege der Beziehung mit sich bringt? Wovon ist das abhängig?	
Welche Rolle spielen ‚Drohpotentiale‘ in einer solchen Beziehung?	Bspw. brisante Informationen, die der Journalist hat oder der Ausschluss eines Journalisten aus engeren Kreisen	
Welche dieser Drohpotentiale sind häufig Bestandteil einer Arbeitsbeziehung zwischen Journalisten und Politikern?	Bspw. vielseitige Abhängigkeit, alternative Beziehungen, persönliche Reputation als Geißel	
<i>Knowledge-Based Trust</i>		
Würden Sie sagen, dass Informationen über Journalisten, mit denen Sie interagieren, diese im Laufe der Zeit berechenbarer machen?		
Welche Bedeutung hat dies für das Vertrauen in der Beziehung?		
Wie erreicht man die Fähigkeit, sein Gegenüber besser einschätzen/ berechnen zu können?	Welche Rolle spielt Wissen über seine/ ihre Beweggründe, sprich Verständnis dabei?	

Wie wichtig ist regelmäßiger Kontakt für Vertrauen in der Beziehung?		
<i>Identification-Based Trust</i>		
Unterhalten Sie auch Freundschaften zu Journalisten?	Was zeichnet diese Beziehungen aus?	
Vertrauen Sie Informationen von befreundeten Journalisten eher?		
Welche Gemeinsamkeiten haben Sie mit diesen Journalisten?	z.B. gemeinsames Studium, gleiche Herkunft, räumliche Nähe	
Wie wichtig sind diese Gemeinsamkeiten ggf. für Sie?		
Risiken in und durch Vertrauensbeziehungen und -handlungen		
Wenn Sie eine vertrauensbasierte Interaktion mit einem Journalisten eingehen, setzen Sie sich auch einem gewissen Risiko aus. Wie gehen Sie damit um?		
Findet eine Abwägung des Risikos gegen die zu erwartenden Vorteile statt?		
Ist das Eingehen eines solchen Risikos problematisch?		
Gibt es Mechanismen, mit denen dieses Risiko vermindert werden kann?		
Outcome/Feedback/vorherige Erfahrungen		
Wenn Sie überlegen, ob sie einem Journalisten vertrauen können, beziehen Sie dann vorangegangene Handlungen mit ein?	Beziehen Sie ausschließlich Handlungen Ihnen selbst gegenüber mit ein oder auch solche anderen gegenüber?	Integrity
Würden Sie sich trotz negativer Erfahrungen mit einem Journalisten auf erneute vertrauliche Zusammenarbeit einlassen?	Wovon ist das abhängig?	
Bedeutung digitaler Kommunikation		
Welchen Stellenwert haben digitale Kommunikationskanäle bei ihrer Arbeit?	Also E-Mail, WhatsApp, SMS...	
Worin sehen Sie den Hauptnutzen digitaler Kommunikationskanäle für Ihre Arbeit?		
Erkennen Sie besondere Risiken bei vertraulicher Kommunikation mittels digitaler Kommunikationskanäle?		
Gibt es bei Ihnen interne Richtlinien zum Umgang mit Online-Kommunikation?		

Kategoriensystem mit Kodierregeln

Kategorie		Definition	Ankerbeispiel	Kodierregeln	
OK 1		Bedeutung und Funktion von Vertrauen zwischen Journalisten und Politikern	Alle Interviewpassagen, die Aussagen zum Themenkomplex Vertrauen in den professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern enthalten.		
	UK 1.1	Bedeutung und Funktion des Kontaktes (JournKomm)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zur Bedeutung und zur Funktion von Kontakten zu Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Die [Politiker] sind schon wichtig, weil die natürlich Einblicke in Dinge haben, die vielleicht dann auch mehr so zum nicht-öffentlichen Teil des politischen Geschäfts gehören. Aber sie sind natürlich immer nur eine Seite." (JournKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Lokaljournalisten zur Bedeutung von Kontakten zu Kommunal-Politikern enthalten. Es sollen auch relativierende Aussagen oder solche, die eine Bedeutung des Kontaktes negieren, erfasst werden.
	UK 1.2	Bedeutung und Funktion des Kontaktes (PolKomm)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur Bedeutung und zur Funktion von Kontakten zu Journalisten auf der Kommunalebene enthalten.	"Es ist wie immer im Leben: Je besser der Kontakt ist, umso mehr Zugriffsmöglichkeiten hat man." (PolKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Kommunal-Politikern zur Bedeutung von Kontakten zu Lokaljournalisten enthalten. Es sollen auch relativierende Aussagen oder solche, die eine Bedeutung des Kontaktes negieren, erfasst werden.
	UK 1.3	Bedeutung und Funktion des Kontaktes (JournBund)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zur Bedeutung und zur Funktion von Kontakten zu Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"Aber das ist sozusagen unser tägliches Brot: mit Politikern zu reden." (JournBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Hauptstadtjournalisten zur Bedeutung von Kontakten zu Bundespolitikern enthalten. Es sollen auch relativierende Aussagen oder solche, die eine Bedeutung des Kontaktes negieren, erfasst werden.
	UK 1.4	Bedeutung und Funktion des Kontaktes (PolBund)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur Bedeutung und zur Funktion von Kontakten zu Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Das ist halt eine Arbeitsbeziehung. Also, man braucht sich gegenseitig. Journalisten brauchen jemanden, der mal etwas erzählt, und wir brauchen jemanden, der mal etwas schreibt." (PolBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Bundespolitikern zur Bedeutung von Kontakten zu Hauptstadtjournalisten enthalten. Es sollen auch relativierende Aussagen oder solche, die eine Bedeutung des Kontaktes negieren, erfasst werden.

	UK 1.5	Bedeutung und Funktion von Vertrauen (JournKomm)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zur Bedeutung und/ oder zur Funktion von Vertrauen in den professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Es gibt natürlich die Situation für bestimmte Themen, wo man halt mehr wissen will, als jetzt sozusagen verlautbart werden soll. So, dass man einfach ein bisschen mehr herauskitzelt. Wenn man Leute kennt, wenn ein Vertrauensverhältnis da ist, kriegt man natürlich auch mehr Informationen." (JournKomm04)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen zur Bedeutung von Vertrauen von Lokaljournalisten in Kommunalpolitikern und/ oder zu dessen Funktion im Zusammenhang mit der beruflichen Rolle enthalten. Es werden sowohl Aussagen zu Vertrauensbeziehungen als auch zu Vertrauenshandlungen kodiert.
	UK 1.6	Bedeutung und Funktion von Vertrauen (PolKomm)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur Bedeutung und/ oder zur Funktion von Vertrauen in den professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Es gibt natürlich immer schon mal die Situation, dass man auch an einen Journalisten Informationen gibt, die man entweder als Hintergrundinformation meint, dass er sie gar nicht veröffentlichen möge." (PolKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen zur Bedeutung von Vertrauen von Kommunalpolitikern in Lokaljournalisten und/ oder zu dessen Funktion im Zusammenhang mit der beruflichen Rolle enthalten. Es werden sowohl Aussagen zu Vertrauensbeziehungen als auch zu Vertrauenshandlungen kodiert.
	UK 1.7	Bedeutung und Funktion von Vertrauen (JournBund)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zur Bedeutung und/ oder zur Funktion von Vertrauen in den professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"Also, ich glaube auch, dass diese Vertrauensbeziehungen zu einigen Politikern fundamental für unsere Arbeit sind. Ich glaube ohne die kann man kein guter Journalist sein." (JournBund02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen zur Bedeutung von Vertrauen von Hauptstadtjournalisten in Bundespolitikern und/ oder zu dessen Funktion im Zusammenhang mit der beruflichen Rolle enthalten. Es werden sowohl Aussagen zu Vertrauensbeziehungen als auch zu Vertrauenshandlungen kodiert.
	UK 1.8	Bedeutung und Funktion von Vertrauen (PolBund)	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur Bedeutung und/ oder zur Funktion von Vertrauen in den professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"Ja, man muss das so sagen: ein gewisses Vertrauen muss man sich schon bei gewissen Punkten entgegenbringen. Ja, das spielt schon eine Rolle." (PolBund02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen zur Bedeutung von Vertrauen von Bundespolitikern in Hauptstadtjournalisten und/ oder zu dessen Funktion im Zusammenhang mit der beruflichen Rolle enthalten. Es werden sowohl Aussagen zu Vertrauensbeziehungen als auch zu Vertrauenshandlungen kodiert.
OK 2		Faktoren von Glaubwürdigkeit in den Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern	Alle Interviewpassagen, die Aussagen zu den Faktoren von Glaubwürdigkeit in den professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern gemäß der theoretischen Vorarbeit enthalten.		

	UK 2.1	<i>ability</i> von Politikern auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zur <i>ability</i> von Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"[...] für uns ist dieses Hintergrundwissen natürlich immer sehr wichtig, um Dinge einordnen zu können." (JournKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Lokaljournalisten zur Sachkenntnis, zum Wissen über aktuelle politische Vorgänge oder sonstigen berufsbezogenen Qualifikationen von Kommunalpolitikern enthalten.
	UK 2.2	<i>benevolence</i> von Politikern auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zur <i>benevolence</i> von Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Wie gesagt, man muss dann kein Duzfreund sein, aber eine gewisse Grundsympathie, denke ich, ist schon nicht ganz unwichtig." (JournKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen, die darauf schließen lassen, dass der Lokaljournalist ein Wohlwollen von einem Kommunalpolitiker erwartet, enthalten. Dazu gehört auch, wenn eine wechselseitige Sympathie thematisiert wird.
	UK 2.3	<i>integrity</i> von Politikern auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zur <i>integrity</i> von Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Das heißt nicht, dass wir nicht kritisch sind, aber sie wissen eben das ist - wie schon gesagt - die Fairness. Das ist auch für uns so etwas wie ein Markenkern." (JournKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Lokaljournalisten zur Integrität von Kommunalpolitikern enthalten. Dazu zählen Aussagen zu Ehrlichkeit, Fairness und zu sonstigen mit dem Politikern geteilten moralischen Werten.
	UK 2.4	sonstige Faktoren von Glaubwürdigkeit von Politikern auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zu sonstigen Faktoren von Glaubwürdigkeit von Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"[...]klar, die müssen schon eine gewisse Funktion haben, eine gewisse Aussagekraft haben. Also, irgendwelche Hinterbänkler helfen einem dann natürlich nicht weiter." (JournKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen, die Faktoren von Vertrauenswürdigkeit von Kommunalpolitikern benennen, sich aber nicht den drei Faktoren <i>ability</i> , <i>benevolence</i> und <i>integrity</i> zuordnen lassen.
	UK 2.5	<i>ability</i> von Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur <i>ability</i> von Journalisten auf der Kommunalebene enthalten.	"Also, er muss schon auch Sachkenntnis haben." (PolKomm05)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Kommunalpolitikern zur Sachkenntnis, zum Wissen über aktuelle politische Vorgänge oder sonstigen berufsbezogenen Qualifikationen von Lokaljournalisten enthalten.
	UK 2.6	<i>benevolence</i> von Journalisten auf der Kommunalebene		"Ich finde, dass der zwischenmenschliche Kontakt wichtig ist [...]" (PolKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen, die darauf schließen lassen, dass der Kommunalpolitiker ein Wohlwollen von einem Lokaljournalisten erwartet, enthalten. Dazu gehört auch, wenn eine wechselseitige Sympathie thematisiert wird.

UK 2.7	<i>integrity</i> von Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur <i>integrity</i> von Journalisten auf der Kommunalebene enthalten.	"Also, mir ist bei so einem Journalisten einfach seine Ehrlichkeit wichtig [...]" (PolKomm05)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Kommunalpolitikern zur Integrität von Lokaljournalisten enthalten. Dazu zählen Aussagen zu Ehrlichkeit, Fairness und zu sonstigen mit dem Journalisten geteilten moralischen Werten.
UK 2.8	sonstige Faktoren von Glaubwürdigkeit von Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zu sonstigen Faktoren von Glaubwürdigkeit von Journalisten auf der Kommunalebene enthalten.	n.a.	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen, die Faktoren von Vertrauenswürdigkeit von Lokaljournalisten benennen, sich aber nicht den drei Faktoren <i>ability</i> , <i>benevolence</i> und <i>integrity</i> zuordnen lassen.
UK 2.9	Risiken von Vertrauenshandlungen mit Politikern für Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zu einem wahrgenommenen und/ oder tatsächlich eingegangenen Risiko aufgrund von Vertrauen zu Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Natürlich besteht immer eine gewisse Gefahr, dass man instrumentalisiert wird." (JournKomm04)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Lokaljournalisten, die auf Risiken hinweisen, die sich aus einer Vertrauenshandlung mit einem Kommunalpolitiker ergeben. Es werden nur Aussagen kodiert, die sich auf ein durch berufliche Interaktion induziertes Risiko beziehen.
UK 2.10	Risiken von Vertrauenshandlungen mit Journalisten für Politiker auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zu einem wahrgenommenen und/ oder tatsächlich eingegangenen Risiko aufgrund von Vertrauen zu Journalisten auf der Kommunalebene enthalten.	"Also, problematisch wird es immer dann, wenn Journalisten von Politikern Informationen aus nicht-öffentlichen Sitzungen haben wollen." (PolKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Kommunalpolitikern, die auf Risiken hinweisen, die sich aus einer Vertrauenshandlung mit einem Lokaljournalisten ergeben, enthalten. Es werden nur Aussagen kodiert, die sich auf ein durch berufliche Interaktion induziertes Risiko beziehen.
UK 2.11	Outcome/ Feedback/ vorherige Erfahrungen von Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zu <i>outcomes</i> von Vertrauenshandlungen mit Politikern, deren Auswirkungen auf das Eingehen einer weiteren Vertrauenshandlung und/ oder zu vorherigen Erfahrungen aus Vertrauenshandlungen mit Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Und wenn man einmal irgendwie `reingefallen ist, vertraut man dieser Person dann natürlich nicht mehr." (JournKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die sich auf vergangenes Verhalten eines Kommunalpolitikers beziehen, sofern es zukünftige Vertrauenshandlungen beeinflussen kann. Dabei werden sowohl positive als auch negative Erfahrungen berücksichtigt. Es werden auch Erfahrungen, die Kollegen des befragten Lokaljournalisten mit einem Kommunalpolitiker gemacht haben, kodiert.

UK 2.10	Outcome/ Feedback/ vorherige Er- fahrungen von Politikern auf der Kommu- nalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politi- kern zu <i>outcomes</i> von Vertrauenshandlungen mit Journalisten, deren Auswirkungen auf das Eingehen einer weiteren Vertrauenshandlung und/ oder zu vorherigen Erfahrungen aus Ver- trauenshandlungen mit Journalisten auf der Kommunalebene enthal- ten.	"Ja, klar, wenn der sich mir gegenüber so verhalten hat, oder ich das von anderen weiß, man unterhält sich ja auch darüber, dass man ihm nicht vertrauen kann, dann würde ich es eben nicht ma- chen." (PolKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die sich auf ver- gangenes Verhalten eines Lokaljournalisten bezie- hen, sofern es zukünftige Vertrauenshandlungen be- einflussen kann. Dabei werden sowohl positive als auch negative Erfah- rungen berücksichtigt. Es werden auch Erfahrungen, die Kollegen des befrag- ten Kommunalpolitikers mit einem Lokaljournalis- ten gemacht haben, ko- diert.
UK 2.11	<i>ability</i> von Po- litikern auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Jour- nalisten zur <i>ability</i> von Politikern auf der Bun- desebene enthalten.	"Zum Beispiel beschäftige ich mich mit Finanzmarkt- politik. Wenn es da ein spe- zielles Thema gibt, dann weiß ich schon, an welche Politiker ich mich da halten muss." (JournBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Hauptstadtjournalisten zur Sachkenntnis, zum Wis- sen über aktuelle politi- sche Vorgänge oder sons- tigen berufsbezogenen Qualifikationen von Bun- despolitikern enthalten.
UK 2.12	<i>benevolence</i> von Politikern auf der Bun- desebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Jour- nalisten zur <i>benevolence</i> von Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"Ich meine, das Entstehen eines solchen Vertrauens- verhältnisses, wie ich es journalistisch brauche für eine gute Arbeit, ist natür- lich schon auch daran ge- knüpft, dass Sie mit dem persönlich können." (Journ- Bund02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen, die darauf schließen lassen, dass der Hauptstadtjour- nalist ein Wohlwollen von einem Bundespolitiker er- wartet, enthalten. Dazu gehört auch, wenn eine wechselseitige Sympathie thematisiert wird.
UK 2.13	<i>integrity</i> von Politikern auf der Bundes- ebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Jour- nalisten zur <i>integrity</i> von Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"[...] dass man fair mitei- nander umgeht, also dass man jemand nicht in die Pfanne haut. Und wenn man eine Vertraulichkeit vereinbart, dass die dann auch gehalten wird." (Jour- nBund07)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Hauptstadtjournalisten zur Integrität von Bundespoli- tikern enthalten. Dazu zählen Aussagen zu Ehr- lichkeit, Fairness und zu sonstigen mit dem Journa- listen geteilten morali- schen Werten.
UK 2.14	sonstige Fak- toren von Glaubwürdig- keit von Politi- kern auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Jour- nalisten zu sonstigen Faktoren von Glaubwür- digkeit von Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"Er kann mir gute Ge- schichten liefern, wenn er in der Partei gut vernetzt ist, wenn er also in Gremien vertreten ist, wo er einfach an Informationen kommt, die wichtig sind. Das be- dingt, dass er nicht einfluss- los ist." (JournBund02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen, die Faktoren von Vertrauens- würdigkeit von Bundes- politikern benennen, sich aber nicht den drei Fakto- ren <i>ability</i> , <i>benevolence</i> und <i>integrity</i> zuordnen lassen, enthalten.

UK 2.15	<i>ability</i> von Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur <i>ability</i> von Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Und bei anderen weiß man, mit denen kann man aber auch reden, die haben auch ein inhaltliches Verständnis, die wissen auch, worüber man redet. Und das ist immer so eine Mischung." (PolBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Bundespolitikern zur Sachkenntnis, zum Wissen über aktuelle politische Vorgänge oder sonstigen berufsbezogenen Qualifikationen von Hauptstadtjournalisten, enthalten.
UK 2.16	<i>benevolence</i> von Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur <i>benevolence</i> von Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Dass der- oder derjenige mir persönlich auch zusagt. Das ist auch immer eine persönliche Sache, wie immer im Leben." (PolBund05)	Es alle Passagen kodiert, die Aussagen, die darauf schließen lassen, dass der Bundespolitiker ein Wohlwollen von einem Hauptstadtjournalisten erwartet, enthalten. Dazu gehört auch, wenn eine wechselseitige Sympathie thematisiert wird.
UK 2.17	<i>integrity</i> von Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zur <i>integrity</i> von Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Aber wichtig ist, ob er zu seinem Wort steht, ob er Sachen auch akkurat recherchiert, und ob man sich darauf verlassen kann, dass er auf der Sachebene sauber ist." (PolBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Bundespolitikern zur Integrität von Hauptstadtjournalisten enthalten. Dazu zählen Aussagen zu Ehrlichkeit, Fairness und zu sonstigen mit dem Politiker geteilten moralischen Werten.
UK 2.18	sonstige Faktoren von Glaubwürdigkeit von Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zu sonstigen Faktoren von Glaubwürdigkeit von Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Das entscheide ich auch am Medium. Ich mache mal ein Beispiel: Also, mit der Bild-Zeitung mache ich keine Interviews und auch ansonsten nichts, weil ich da nicht sicher sein kann, dass man da vertrauensvoll mit meinen Statements umgeht." (PolBund04)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen, die Faktoren von Vertrauenswürdigkeit von Hauptstadtjournalisten benennen, sich aber nicht den drei Faktoren <i>ability</i> , <i>benevolence</i> und <i>integrity</i> zuordnen lassen, enthalten.
UK 2.19	Risiken von Vertrauenshandlungen mit Politikern für Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zu einem wahrgenommenen und/ oder tatsächlich eingegangenen Risiko aufgrund von Vertrauen zu Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"[...] natürlich setze ich mich erst einmal einem Risiko aus, weil: wenn ich bestimmte Informationen bekomme, dann muss ich mich natürlich auch zu einem Teil darauf verlassen." (JournBund05)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Hauptstadtjournalisten, die auf Risiken hinweisen, die sich aus einer Vertrauenshandlung mit einem Bundespolitiker ergeben, enthalten. Es werden nur Aussagen kodiert, die sich auf ein durch berufliche Interaktion induziertes Risiko beziehen.

	UK 2.20	Risiken von Vertrauenshandlungen mit Journalisten für Politiker auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zu einem wahrgenommenen und/ oder tatsächlich eingegangenen Risiko aufgrund von Vertrauen zu Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Auf der anderen Seite sind die Gefahren natürlich groß, weil auch die Presse daraus macht, was sie will, wie ihre Intention ist." (PolBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Bundespolitikern, die auf Risiken hinweisen, die sich aus einer Vertrauenshandlung mit einem Hauptstadtjournalisten ergeben, enthalten. Es werden nur Aussagen kodiert, die sich auf ein durch berufliche Interaktion induziertes Risiko beziehen.
	UK 2.21	Outcome/ Feedback/ vorherige Erfahrungen von Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zu <i>outcomes</i> von Vertrauenshandlungen mit Politikern, deren Auswirkungen auf das Eingehen einer weiteren Vertrauenshandlung und/ oder zu vorherigen Erfahrungen aus Vertrauenshandlungen mit Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"Mit dem hatte ich jetzt zehnmal zu tun, der hat mich noch nie angelogen, das hat immer gestimmt, was er mir gesagt hat. Dann verlasse ich mich eigentlich darauf, dass das stimmt." (JournBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die sich auf vergangenes Verhalten eines Bundespolitikers beziehen, sofern es zukünftige Vertrauenshandlungen beeinflussen kann. Dabei werden sowohl positive als auch negative Erfahrungen berücksichtigt. Es werden auch Erfahrungen, die Kollegen des befragten Hauptstadtjournalisten mit einem Bundespolitiker gemacht haben, kodiert.
	UK 2.22	Outcome/ Feedback/ vorherige Erfahrungen von Politikern auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zu <i>outcomes</i> von Vertrauenshandlungen mit Journalisten, deren Auswirkungen auf das Eingehen einer weiteren Vertrauenshandlung und/ oder zu vorherigen Erfahrungen aus Vertrauenshandlungen mit Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Genau, da spielt dann Erfahrung wieder mit rein – aufgrund der Tatsache, dass man vertrauensvoll schon mal etwas zusammen gemacht hat." (PolBund02)	Es werden alle Passagen kodiert, die sich auf vergangenes Verhalten eines Hauptstadtjournalisten beziehen, sofern es zukünftige Vertrauenshandlungen beeinflussen kann. Dabei werden sowohl positive als auch negative Erfahrungen berücksichtigt. Es werden auch Erfahrungen, die Kollegen des befragten Bundespolitikers mit einem Hauptstadtjournalisten gemacht haben, kodiert.
OK 3	UK 3.1	Entwicklung des Vertrauens im Zeitverlauf	Alle Interviewpassagen, die Aussagen zu den verschiedenen Stufen interpersonalen Vertrauens in den professionellen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern gemäß der theoretischen Vorarbeit enthalten.		

UK 3.5	<i>Calculus-based trust</i> von Journalisten in Politiker auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten, welche sich einem <i>calculus-based trust</i> in Politiker auf der Kommunalebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Also, so einen Eindruck gewinnt man ja auch auf den Sitzungen, wenn die sich mal zu Wort melden, aus den Wortbeiträgen, was sich da durchaus eloquent und auch mit Hintergrund anhört – da greife ich dann gerne drauf zurück." (JournKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Lokaljournalisten in einen Kommunalpolitiker, welches von einer Kalkulation der zu erwartenden Vorteile geprägt ist, enthalten. Es werden auch Passagen kodiert, die auf eine Absicherung des Vertrauens durch Drohungen oder Kontrollmechanismen thematisieren.
UK 3.6	<i>Calculus-based trust</i> von Politikern in Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern, welche sich einem <i>calculus-based trust</i> in Journalisten auf der Kommunalebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Das wird ständig überprüft durch das Lesen der Zeitungen. Und das Überprüfen des Inhalts, den ich versucht habe zu transportieren, und was daraus geworden ist. Also insofern: täglich." (PolKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Kommunalpolitikers in einen Lokaljournalisten, welches von einer Kalkulation der zu erwartenden Vorteile geprägt ist, enthalten. Es werden auch Passagen kodiert, die auf eine Absicherung des Vertrauens durch Drohungen oder Kontrollmechanismen thematisieren.
UK 3.7	<i>Knowledge-based trust</i> von Journalisten in Politiker auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten, welche sich einem <i>knowledge-based trust</i> in Politiker auf der Kommunalebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Vertrauen basiert natürlich auf Erfahrungswerten, und je länger man da miteinander zu tun hat und je öfter man dann auch Kontakte hatte, die zu Ergebnissen geführt haben, desto besser ist es natürlich für das Vertrauen." (JournKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Lokaljournalisten in einen Kommunalpolitiker, welches von einer gegenseitigen Kenntnis geprägt ist, enthalten. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk der Fähigkeit, die Vertrauenswürdigkeit des Gegenübers einschätzen zu können. Es werden auch Hinweise auf regelmäßige Kommunikation mit Politikern und die aktive Pflege der Vertrauensbeziehungen zu diesen kodiert.

	UK 3.8	<i>Knowledge-based trust</i> von Politikern in Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern, welche sich einem <i>knowledge-based trust</i> in Journalisten auf der Kommunalebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Man trifft ja immer wieder auf die gleichen handelnden Personen, insofern ist es schön, wenn man sich kennt und weiß, wem man vertrauen kann." (Pol-Komm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Kommunalpolitikers in einen Lokaljournalisten, welches von einer gegenseitigen Kenntnis geprägt ist, enthalten. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk der Fähigkeit, die Vertrauenswürdigkeit des Gegenübers einschätzen zu können. Es werden auch Hinweise auf regelmäßige Kommunikation mit Journalisten und die aktive Pflege der Vertrauensbeziehungen zu diesen kodiert.
	UK 3.9	<i>Identification-based trust</i> von Journalisten in Politiker auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten, welche sich einem <i>identification-based trust</i> in Politiker auf der Kommunalebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	n.a.	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Lokaljournalisten in einen Kommunalpolitiker, welches von einer Identifikation mit den Zielen des Gegenübers geprägt ist, enthalten. Es werden auch Hinweise auf enge Freundschaften zu Politikern, mit denen berufliche Kontakte unterhalten werden, kodiert.
OK 3	UK 3.10	<i>Identification-based trust</i> von Politikern in Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern, welche sich einem <i>identification-based trust</i> in Journalisten auf der Kommunalebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	n.a.	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Kommunalpolitikers in einen Lokaljournalisten, welches von einer Identifikation mit den Zielen des Gegenübers geprägt ist, enthalten. Es werden auch Hinweise auf enge Freundschaften zu Journalisten, mit denen berufliche Kontakte unterhalten werden, kodiert.
	UK 3.11	<i>Calculus-based trust</i> von Journalisten in Politiker auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten, welche sich einem <i>calculus-based trust</i> in Politiker auf der Bundesebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Steigt die Kenntnis - steigt die Berechenbarkeit - steigt die Verlässlichkeit." (Journ-Bund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Hauptstadtjournalisten in einen Bundespolitiker, welches von einer Kalkulation der zu erwartenden Vorteile geprägt ist, enthalten. Es werden auch Passagen kodiert, die auf eine Absicherung des Vertrauens durch Drohungen oder Kontrollmechanismen thematisieren.

UK 3.12	<i>Calculus-based trust</i> von Politikern in Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern, welche sich einem <i>calculus-based trust</i> in Journalisten auf der Bundesebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Man muss immer abwägen, was man jetzt sagt, was man preisgibt, was man nicht preisgibt, auf welche Art man das manchmal sagt - das ist schon so, dass man das mitdenken sollte." (PolBund03)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Bundespolitiklers in einen Hauptstadtjournalisten, welches von einer Abwägung der zu erwartenden Vorteile gegen die zu erwartenden Nachteile gekennzeichnet ist, enthalten. Es werden auch Passagen kodiert, die auf eine Absicherung des Vertrauens durch Drohungen oder Kontrollmechanismen thematisieren.
UK 3.13	<i>Knowledge-based trust</i> von Journalisten in Politiker auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten, welche sich einem <i>knowledge-based trust</i> in Politiker auf der Bundesebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Na ja, man ist für bestimmte Themen zuständig, und Politiker sind auch für bestimmte Themen zuständig. Und dann lernt man sich kennen. Man tauscht Informationen aus, und dann trifft man sich auch mal zum Kaffee. Und wenn es Themen gibt, wo das relevant ist, dann kontaktiert man sich." (JournBund04)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Hauptstadtjournalisten in einen Bundespolitiker, welches von einer gegenseitigen Kenntnis geprägt ist, enthalten. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk der Fähigkeit, die Vertrauenswürdigkeit des Gegenübers einschätzen zu können. Es werden auch Hinweise auf regelmäßige Kommunikation mit Journalisten und die aktive Pflege der Vertrauensbeziehungen zu diesen kodiert.
UK 3.14	<i>Knowledge-based trust</i> von Politikern in Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern, welche sich einem <i>knowledge-based trust</i> in Journalisten auf der Bundesebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	"Man trifft sich sowieso und hört voneinander. Ich mache das jetzt hier auch seit 18 Jahren in Berlin [...]. Da hat man ungefähr das Gefühl, mit wem man kann und mit wem nicht, wem man vertraut und wem nicht." (PolBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Bundespolitiklers in einen Hauptstadtjournalisten, welches von einer gegenseitigen Kenntnis geprägt ist, enthalten. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk der Fähigkeit, die Vertrauenswürdigkeit des Gegenübers einschätzen zu können. Es werden auch Hinweise auf regelmäßige Kommunikation mit Politikern und die aktive Pflege der Vertrauensbeziehungen zu diesen kodiert.

	UK 3.15	<i>Identification-based trust</i> von Journalisten in Politiker auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten, welche sich einem <i>identification-based trust</i> in Politiker auf der Bundesebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	n.a.	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Hauptstadtjournalisten in einen Bundespolitiker, welches von einer Identifikation mit den Zielen des Gegenübers geprägt ist, enthalten. Es werden auch Hinweise auf enge Freundschaften zu Politikern, mit denen berufliche Kontakte unterhalten werden, kodiert.
	UK 3.16	<i>Identification-based trust</i> von Politikern in Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern, welche sich einem <i>identification-based trust</i> in Journalisten auf der Bundesebene gemäß der theoretischen Vorarbeiten zuordnen lassen, enthalten.	n.a.	Es werden alle Passagen kodiert, die Hinweise auf ein Vertrauen eines Bundespolitikers in einen Hauptstadtjournalisten, welches von einer Identifikation mit den Zielen des Gegenübers geprägt ist, enthalten. Es werden auch Hinweise auf enge Freundschaften zu Politikern, mit denen berufliche Kontakte unterhalten werden, kodiert.
	OK 4	Rolle der Digitalisierung im Zusammenhang mit Vertrauen			
	UK 4.1	Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten auf der Kommunalebene zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen enthalten	"Na, man tauscht natürlich Emails aus, oder wenn man jemanden schlecht erreichen kann, ist Email eigentlich auch immer ganz gut. Das schon, ja. Ansonsten - WhatsApp und vielleicht SMS noch - spielt eigentlich keine große Rolle. Das Meiste, wenn, dann ist per Email oder so. Aber das Telefon und das persönliche Gespräch überwiegt dann doch noch deutlich." (JournKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Lokaljournalisten zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen zur beruflichen Kommunikation mit Politikern enthalten. Ein besonderer Fokus liegt auf E-Mail, Messenger-Diensten wie WhatsApp und SMS. Auch berücksichtigt wird die Nutzung von Social Media Plattformen wie Facebook zu beruflichen Zwecken.

	UK 4.2	Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch Politiker auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern auf der Kommunalebene zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen enthalten	"Also, einen großen Anteil hat der Emailverkehr. WhatsApp benutze ich nicht. SMS eigentlich auch nicht zu viel, weil verkürzte Nachrichten immer auch eine gewisse Gefahrenquelle haben. Email ist ein Teil, der mich stark beschäftigt. Die anderen Medien eher nicht." (PolKomm02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Kommunalpolitikern zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen zur beruflichen Kommunikation mit Journalisten enthalten. Ein besonderer Fokus liegt auf E-Mail, Messenger-Diensten wie WhatsApp und SMS. Auch berücksichtigt wird die Nutzung von Social Media Plattformen wie Facebook zu beruflichen Zwecken.
	UK 4.3	Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten auf der Bundesebene zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen enthalten	"Ja, es macht vieles schneller, was für mich als Journalisten natürlich fundamental ist, dass manches einfach schnell geht. Ich erreiche Leute schnell. Es erspart mir manchmal Telefonkontakte. Also ich kann zum Beispiel über Mails oder SMS auch schriftliche Statements abrufen und die schicken mir das schriftlich." (JournBund02)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Hauptstadtjournalisten zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen zur beruflichen Kommunikation mit Politikern enthalten. Ein besonderer Fokus liegt auf E-Mail, Messenger-Diensten wie WhatsApp und SMS. Auch berücksichtigt wird die Nutzung von Social Media Plattformen wie Facebook zu beruflichen Zwecken.
	UK 4.4	Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern auf der Bundesebene zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen enthalten	"Ja, ich schreibe keine Presseerklärungen mehr. Ich haue einfach Sachen bei Facebook und Twitter heraus, und darauf reagieren viele. Kein Mensch liest eine Presseerklärung. Das ist meine Lebenserfahrung." (PolBund01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Bundespolitikern zu deren Nutzung von digitalen Kommunikationskanälen zur beruflichen Kommunikation mit Journalisten enthalten. Ein besonderer Fokus liegt auf E-Mail, Messenger-Diensten wie WhatsApp und SMS. Auch berücksichtigt wird die Nutzung von Social Media Plattformen wie Facebook zu beruflichen Zwecken.

UK 4.5	Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Politikern aus Sicht von Journalisten auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zu den Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Politikern auf der Kommunalebene enthalten.	"Extrem vertrauliche Dinge würde ich jetzt nicht per Email austauschen, insbesondere, wenn es über öffentliche Server geht. [...] Wenn es zum Beispiel um irgendwelche Unterlagen ging oder so, die holt man dann doch eher persönlich ab, statt sie per Mail schicken zu lassen, wo dann der Absender erkennbar ist und sowas." (JournKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Lokaljournalisten zu vertrauensrelevanten Aspekten von digitalen Kommunikationsmedien enthalten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei deren Nutzung zur Übermittlung von vertraulichen Informationen. Es werden auch Aussagen kodiert, in denen die Pflege von Vertrauensbeziehungen mittels digitaler Kommunikationsmedien thematisiert wird.
UK 4.6	Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Journalisten aus Sicht von Politikern auf der Kommunalebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zu den Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Journalisten auf der Kommunalebene enthalten.	"Ja, das ist jetzt Theorie, aber ganz vertrauliche Sachen [...] würde ich nicht den Clouds dieser Welt anvertrauen. Das wäre mir zu gefährlich. Ich sag mal so: Wenn ich jetzt wirklich irgendwo so einer Art Whistleblower Informationen oder so etwas geben würde, dann würde ich sie ihm nicht per Mail geben." (PolKomm01)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Kommunalpolitikern zu vertrauensrelevanten Aspekten von digitalen Kommunikationsmedien enthalten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei deren Nutzung zur Übermittlung von vertraulichen Informationen. Es werden auch Aussagen kodiert, in denen die Pflege von Vertrauensbeziehungen mittels digitaler Kommunikationsmedien thematisiert wird.
UK 4.7	Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Politikern aus Sicht von Journalisten auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Journalisten zu den Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Politikern auf der Bundesebene enthalten.	"Bei Spezi alsachen, also, wenn es um investigative Sachen geht oder wenn es um Kommunikation, zum Beispiel mit Dissidenten im Ausland geht, dann ist es ein ganz großes Problem. Also, gerade in Russland. Da können Sie davon ausgehen, dass Sie da am besten selber hinfahren und es sich aufschreiben lassen." (JournBund07)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Hauptstadtjournalisten zu vertrauensrelevanten Aspekten von digitalen Kommunikationsmedien enthalten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei deren Nutzung zur Übermittlung von vertraulichen Informationen. Es werden auch Aussagen kodiert, in denen die Pflege von Vertrauensbeziehungen mittels digitaler Kommunikationsmedien thematisiert wird.

	UK 4.8	Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Journalisten aus Sicht von Politikern auf der Bundesebene	Alle Interviewpassagen, die Aussagen von Politikern zu den Auswirkungen der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle auf die Vertrauensbeziehungen zu Journalisten auf der Bundesebene enthalten.	"Wenn Sie vertrauensvolle E-Mails schreiben, haben sie nie zu hundert Prozent unter Kontrolle, dass die nicht an Dritte weitergeleitet werden [...] Also, wenn ich wirklich vertrauliche Informationen habe, dann suche ich immer noch das persönliche Gespräch oder mindestens das Telefonat. Das mache ich nicht per E-Mail." (PolBund07)	Es werden alle Passagen kodiert, die Aussagen von Bundespolitikern zu vertrauensrelevanten Aspekten von digitalen Kommunikationsmedien enthalten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei deren Nutzung zur Übermittlung von vertraulichen Informationen. Es werden auch Aussagen kodiert, in denen die Pflege von Vertrauensbeziehungen mittels digitaler Kommunikationsmedien thematisiert wird.
--	-----------	--	---	---	--

